

Der Kreis Oschatz in der friedlichen Revolution 1989/90

Martin Kupke / Michael Richter



Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V. an der
Technischen Universität Dresden



Martin Kupke/Michael Richter

Der Kreis Oschatz in der friedlichen Revolution
1989/90

Berichte und Studien Nr. 39

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden

Martin Kupke / Michael Richter

Der Kreis Oschatz in der
friedlichen Revolution
1989/90

Dresden 2002

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V.
an der Technischen Universität Dresden
Mommsenstr. 13, 01062 Dresden
Tel. (0351) 463 32802, Fax (0351) 463 36079
Layout: Walter Heidenreich, Hannah-Arendt-Institut, Dresden
Fotos: Günther Hunger, Oschatz
Titelfoto: Demonstration am 6.11.1989 in Oschatz (Foto: Günther Hunger)
Umschlaggestaltung: Penta-Design, Berlin
Druck: Sächsisches Druck- und Verlagshaus AG, Dresden
Printed in Germany 2002

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

ISBN 3-931648-42-7

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	7
2.	Der Kreis Oschatz im SED-Staat	10
2.1	Geographische Lage, Wirtschafts- und Sozialstruktur	10
2.2	Historischer Rückblick	13
2.3	Partei- und Staatsapparat	14
2.4	Verhältnis Staat - Kirche	16
3.	Das Krisenjahr 1989 - Entwicklungen im Vorfeld des revolutionären Herbstes	20
3.1	Kommunalwahlen am 7. Mai 1989	20
3.2	Widersprüche zwischen Erfolgsmeldungen und Stimmung der Bevölkerung	25
3.3	Kirche als kritisches Pendant zum Staat	32
4.	Die friedliche Revolution im Kreis Oschatz	36
4.1	Entwicklungen im Umfeld des 40. Jahrestages der DDR-Gründung	36
4.2	Friedensgebete in Oschatz als Kristallisationspunkte der neuen Entwicklung	54
4.3	Erste Demonstration und Bildung des Neuen Forums	60
4.4	Abrechnung im Dialog - St. Aegidien am 6. November	69
4.5	Mauerfall und beginnende Neuformierung der politischen Landschaft	78
4.6	Erneuerter Sozialismus oder freiheitliche Demokratie?	87
4.7	Auflösung der Kreisdienststelle des MfS	102
4.8	Montagsrunden, Bürgerforen, Bürgerkomitees - gesellschaftlicher Aufbruch im Kreis	114
4.9	Erste freie Wahlen und politischer Neuanfang	139
5.	Resümee	154
6.	Anhang	161
6.1	Faksimile: Flugblatt 1. Oschatzer Montagsrunde, 15.1.1990	161
6.2	Abkürzungen	162
6.3	Unveröffentlichte Quellen	163
6.4	Literatur	165
6.5	Personenverzeichnis mit Funktionsangaben 1989/90	169

1. Einleitung

Berlin, Leipzig, in Sachsen eventuell auch Dresden und Plauen, immer wieder richtete sich die öffentliche Aufmerksamkeit 1989/90, gelenkt durch die Medien, auf die zentralen Orte der friedlichen Revolution in der DDR.¹ In der Tat wurde hier Geschichte geschrieben, gingen von hier zentrale Impulse für den gesamten Umbruch in der DDR aus. Wenig Beachtung fanden hingegen bislang kleinere Städte, Orte und einzelne Regionen.² Was geschah während der revolutionären Ereignisse jenseits der großen Städte? Wurde auch dort die revolutionäre „Wende“ mitgetragen oder gar befördert? Gab es hier, parallel zu den Ereignissen in den Zentren ebenfalls ein revolutionäres Geschehen oder fand hier nur zeitverzögert eine nachholende Anpassung an die durch den revolutionären Prozess gesetzten Vorgaben statt?

Die Quellengrundlage für eine Darstellung des Umbruchs auf der Ebene des Kreises Oschatz ist gut. Von zentraler Bedeutung für die Untersuchung sind die Unterlagen von Superintendent Martin Kupke, die jetzt im Hannah-Arendt-Institut in Dresden aufbewahrt werden. Kupke, damals Initiator und Moderator von Bürgerforen und Montagsrunden, der Oschatzer Version des Runden Tisches des Kreises, konnte zudem dank seiner aktiven Rolle im Umbruchprozess eine Fülle zusätzlicher Informationen in die Darstellung einbringen, die bislang schriftlich nicht fixiert waren. Ihm als Theologen ist es auch zu verdanken, dass es in der Darstellung nicht allein um Institutionen und Parteien, sondern um menschliche Schicksale, Haltungen und Entscheidungen sowie um die Verantwortung und Rolle des Einzelnen geht. Das ist auch der Grund dafür, dass etwa bei der Beschreibung von Dialogforen persönliche Wortmeldungen dokumentiert wurden und nicht dem Rotstift einer abstrahierenden Zusammenfassung zum Opfer fielen. Aus Sicht des Historikers war es ein Wagnis, sich gemeinsam mit einem Akteur und Zeitzeugen an die wissenschaftliche Beschreibung und Auswertung eines Prozesses zu machen, bei dem dieser zudem eine zentrale Rolle spielte. Da die Vorteile einer Kooperation jedoch überwogen, wurde dieses Wagnis eingegangen. Der Leser muss sich selbst ein Urteil darüber bilden, ob die Darstellung den Ansprüchen an eine objektive Beschreibung und Analyse gerecht wird. Um Kupkes Rolle zu objektivieren, wurden Bewertungen seiner Person grundsätzlich vom Koautor vorgenommen.

Ebenfalls unverzichtbar und umfassend sind die Bestände des Bezirkstages bzw. Rates des Bezirkes Leipzig, des Volkspolizeikreisamtes (VPKA) Oschatz sowie der SED-Bezirksleitung Leipzig im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig, wo die Untersuchung mit freundlicher Unterstützung begleitet wurde. Dies gilt ebenso für die Bestände des Archivs des Landratsamtes Torgau-Oschatz,

1 Zur Definition des benutzten Revolutionsbegriffes vgl. Richter, Die Revolution in Deutschland, S. 5-7; ders., Friedliche Revolution und Transformation, S. 931.

2 Vgl. Schwabe, Der Herbst '89 in Zahlen, S. 722.

in dessen Oschatzer Außenstelle Unterlagen des Kreistages bzw. Rates des Kreises Oschatz aufbewahrt werden. Als wenig ergiebig erwies sich hingegen das Archiv der Stadtverwaltung Oschatz. Ergänzende Hinweise lieferten die Unterlagen des CDU-Kreisverbandes Oschatz aus dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin und die Berliner Außenstelle des Bundesarchivs Koblenz.

Als einziger zentraler Bestand steht der aus der Kreisdienststelle des MfS in Oschatz nicht mehr zur Verfügung. Wie in allen Kreisdienststellen des MfS wurden hier brisante Unterlagen vernichtet. Dazu gehören die Akten und Datenträger vom Herbst 1989. In der Außenstelle des BStU Leipzig waren hier Anfang des Jahres 2000 31 laufende Meter Akten aus Oschatz vorhanden, die seit Januar 1997 erschlossen wurden. Die Erschließung war mühsam, da sich die Akten in einem ungeordneten und sehr schlechten Zustand befanden. Sie waren verschmutzt, feucht und daher angeschimmelt. Der Inhalt der Akten ist für die Ereignisse 1989/90 wenig ergiebig. Für diesen Zeitraum liegen nur noch Ausreisanträge und die Urlaubskartei der MfS-Mitarbeiter vor. Einige Informationen aus der Kreisdienststelle des MfS in Oschatz finden sich in Dokumenten übergeordneter MfS-Stellen, die Meldungen aus Oschatz festhielten. Ausgewertet wurden auch Aussagen verschiedener Zeitzeugen sowie die Oschatzer Regionalausgabe der „Leipziger Volkszeitung“.

Bis heute liegt für Sachsen eine Fülle lokaler und regionaler Dokumentationen und Studien über die Zeit 1989/90 vor.³ Meist handelt es sich um Dokumentationen, Erlebnisberichte und chronologische Darstellungen von damaligen Akteuren, Kommunalverwaltungen oder Heimatforschern ohne Anspruch auf Wissenschaftlichkeit. Daneben erschienen einige wissenschaftliche Analysen über den Umbruch in den Landkreisen, in denen versucht wird, die Bedeutung von eher ländlichen Kommunen, Regionen oder Kreisen im Umbruchprozess zu bestimmen.⁴ An dieser Stelle nur beiläufig erwähnt

3 Einen DDR-weiten Überblick gibt Schwabe, Der Herbst '89 in Zahlen, S. 733 f. Die Konzentrierung auf Sachsen ergibt sich aus dem Forschungsprofil des Projektes am Hannah-Arendt-Institut, in dessen Rahmen die friedliche Revolution in den sächsischen Kreisen und Kommunen umfassend und vergleichend untersucht wird. Sie ist auch unter arbeitsteiligen Gesichtspunkten zu deuten.

4 Baum/Lipinski/Speccht, Der Neuaufbau der SPD im Raume Wurzen-Grimma-Oschatz; Lausitzbotin. Das Jahr 1989 in der sächsischen Provinz im Spiegel einer Zittauer Oppositionszeitschrift; Meusel, Wunde Punkte - Wendepunkte; Küttler/Röder, Es war das Volk. Die Wende in Plauen; Küttler, Die Wende in Plauen; Röder, Zivilcourage, Die friedliche Revolution Plauen; Krause, Wittichenau; Schlegelmilch, Die politische Wende in der DDR am Beispiel der sächsischen Stadt Wurzen; Richter, Entscheidung für Sachsen; Schneider, „Und plötzlich ging alles so schnell“. Wende und Wandel in Görlitz; Kandler, Die Rolle der Ev.-Luth. Kirche in Freiberg während der Wende; Del Pino/Meinel, Die Wende im Kreis Auerbach; Großenhain im Aufbruch, Eine Überblickschronologie über alle sächsischen Kommunen und Regionen für das Jahr bieten Fiedler/Tiesler, 1989. Chronologie der Wende in Sachsen. In Arbeit befindlich Untersuchungen zur Entwicklung in Radebeul, Meißen und Hoyerswerda.

sei die Fülle an entsprechenden Veröffentlichungen über die Bezirksstädte Karl-Marx-Stadt, Dresden und Leipzig, die entweder versuchen, einen Überblick zu geben, oder einzelne Aspekte der Entwicklung behandeln.⁵ Zur Entwicklung in Oschatz 1989/90 wurde eine von Martin Kupke im Jahr 2002 herausgegebene Dokumentation der Ereignisse herangezogen, die auf Unterlagen aus dem Privatbestand basierte und sich im wesentlichen auf die Stadt Oschatz beschränkte.⁶ Für die Darstellung wurden auch Fotos verwendet, die helfen, sich einen Eindruck von den Ereignissen und der damaligen Stimmung im Kreis Oschatz zu machen.

Eine systematisierende Erfassung der Entwicklungen in Kommunen, Regionen oder Kreisen auf dem Gebiet des heutigen Freistaats Sachsen steht noch aus. Vorarbeiten dazu leisteten bislang Beiträge von Schwabe und Dietrich/Jander sowie Bände von Fischer/Heydemann, Heydemann/Mai/Müller, Meuschel/Richter/Zwahr und Richter.⁷ Einen weiteren Baustein zur Untersuchung der friedlichen Revolution in den sächsischen Kommunen und Landkreisen liefert diese Studie über den Kreis Oschatz. Sie versteht sich als Beitrag zur vergleichenden historischen Untersuchung, möchte aber auch die Bewohner der Oschatzer Region über die damaligen Ereignisse in Kenntnis setzen. An die Entwicklung im Kreis werden Fragen gerichtet, die eine künftige vergleichende Untersuchung mit anderen Kreisen ermöglichen sollen. Wie wirkte sich zum Beispiel die Tatsache, dass die Richtung des Transformationsprozesses auf kommunaler Ebene wesentlich weniger deutlich bundesdeutschen Zielvorgaben folgte als auf der gesamtstaatlichen Ebene, auf die Bildung politisch-gesellschaftlicher Gremien und Strukturen aus? Kam es dadurch zur Bildung von Transformationsgremien, für die ein bundesdeutsches Muster fehlt? Angesichts der bereits jetzt erkennbar werdenden Fülle unterschiedlicher Formen Runder Tische aller Ebenen ist zu fragen, welche vergleichbaren Gremien sich im Kreis Oschatz bildeten, ob diese eher vorparlamentarische oder exekutive Funktionen innehatten oder ob es sich um

5 Hier nur eine kleine Auswahl: Kuhn, Der Tag der Entscheidung; Bahr, Sieben Tage; Reum/Geißler, Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/90; Scherf, Der Runde Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt; Richter, Worte wachsen langsam; Wagner, 20 gegen die SED. Der Dresdner Weg in die Freiheit; Richter/Sobeslavsky, Entscheidungstage in Sachsen; Grabner/Heinze/Pollack, Leipzig im Oktober; Liebold, Zwischen zentralistischer Abhängigkeit und demokratischem Neubeginn. Leipziger Kommunalpolitik in der Wende 1989/90; Richter/Sobeslavsky, Die Gruppe der 20; „Wir treten aus unseren Rolle heraus“. Die Bürgerbewegung 1989/90 in Dresden. Themenheft der Dresdner Hefte 17 (1999) Heft 59; Urlich, Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90; Hollitzer, Heute entscheidet es sich; ders., Wir lebten jedenfalls von Montag zu Montag, Kasper, Die Lausitzer Sorben in der Wende.

6 Kupke, Die Wende in Oschatz.

7 Schwabe, Der Herbst '89 in Zahlen; Dietrich/Jander, Die Ausweitung zum Massenprotest; Fischer/Heydemann, Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen; Heydemann/Mai/Müller, Revolution und Transformation in der DDR 1989/90; Meuschel/Richter/Zwahr, Friedliche Revolution in Sachsen. Hier besonders Zwahr, Die demokratische Revolution in Sachsen; Richter, Entscheidung für Sachsen.

Mischformen handelte, die sich stärker als Vertretungen pluralistischer gesellschaftlicher Interessen verstanden. Wie fügten sich neue Gremien und Kräfte in die vorhandene Institutionenstruktur und Parteienlandschaft ein? Welche Wandlungsprozesse machten „Volksvertretungen“ und Räte sowie Blockparteien und Massenorganisationen durch? Sind Formen der Einbeziehung neuer politischer Kräfte in Kommissionen und Arbeitsgruppen Ausdruck einer gezielten Demokratisierung oder dienten sie eher dem Machterhalt im Rahmen eines zu reformierenden Sozialismus? Welche Kräfte waren für den Wandlungsprozess auf kommunaler Ebene prägend? In welchem Verhältnis standen die Veränderungen auf DDR-Ebene, auf der Ebene des Bezirkes, des Kreises und der Kommunen des Kreises zueinander? Gab es ein kommunales Revolutionsgeschehen, dass sich auf die Region bezog und mit der allgemeinen Entwicklung nur bedingt verknüpft war? Gab es spezifische regionale Problemfelder und Entwicklungen, die sich von anderen Kreisen prinzipiell oder graduell unterschieden? Welche Bedeutung hat das Revolutionsgeschehen in Kreisen und Regionen für den gesamten Transformationsprozess? Der DDR-Kreis Oschatz, etwa gleich weit entfernt von seiner Bezirksstadt Leipzig wie von den Bezirksstädten Dresden und Karl-Marx-Stadt, bietet sich für den Versuch an, Antworten auf diese Fragen zu finden.

2. Der Kreis Oschatz im SED-Staat

2.1 Geographische Lage, Wirtschafts- und Sozialstruktur

Der vorwiegend landwirtschaftlich orientierte DDR-Kreis Oschatz lag im Städtedreieck Dresden/Leipzig/Karl-Marx-Stadt. Siedlungsschwerpunkte der Region waren und sind die Städte Oschatz, Mügeln und Dahlen, in denen sich auch eine bescheidene Industrie konzentrierte. Der Kreis zählte zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung 50 309 Einwohner, die Kreisfläche betrug Ende 1991 458 km². Damit kamen 262 Einwohner auf einen Quadratkilometer.⁸

Die damalige Kreisstadt Oschatz liegt im fruchtbaren Übergang vom Mittelsächsischen Bergland zum Nordsächsischen Tiefland am Flüsschen Döllnitz. Zu den Zentren Dresden, Leipzig und Chemnitz sind es je etwas mehr als fünfzig Kilometer. Mit 19 200 Einwohnern Ende der 80er Jahre stellte Oschatz das Zentrum des agrarisch strukturierten Kreises dar. Die hier ansässige Industrie produzierte unter anderem Glasseide, Waagen, Kinderbekleidung, Hausschuhe, Filzwaren, Öfen, Gasgeräte, Baustoffe und Zucker. Kooperationsbetriebe für Landwirtschaft und LPG lieferten sonstige agrarische Produkte. Im Rahmen des Siebenjahrplanes von 1959 bis 1965 wurde hier das einzige Glasseidenwerk der DDR errichtet, für dessen Beschäftigte in den sechziger Jahren das Wohngebiet Oschatz-West mit rund 700 Woh-

8 Vgl. Freistaat Sachsen 1991/92. Das Jahrbuch, S. 14 und 190.

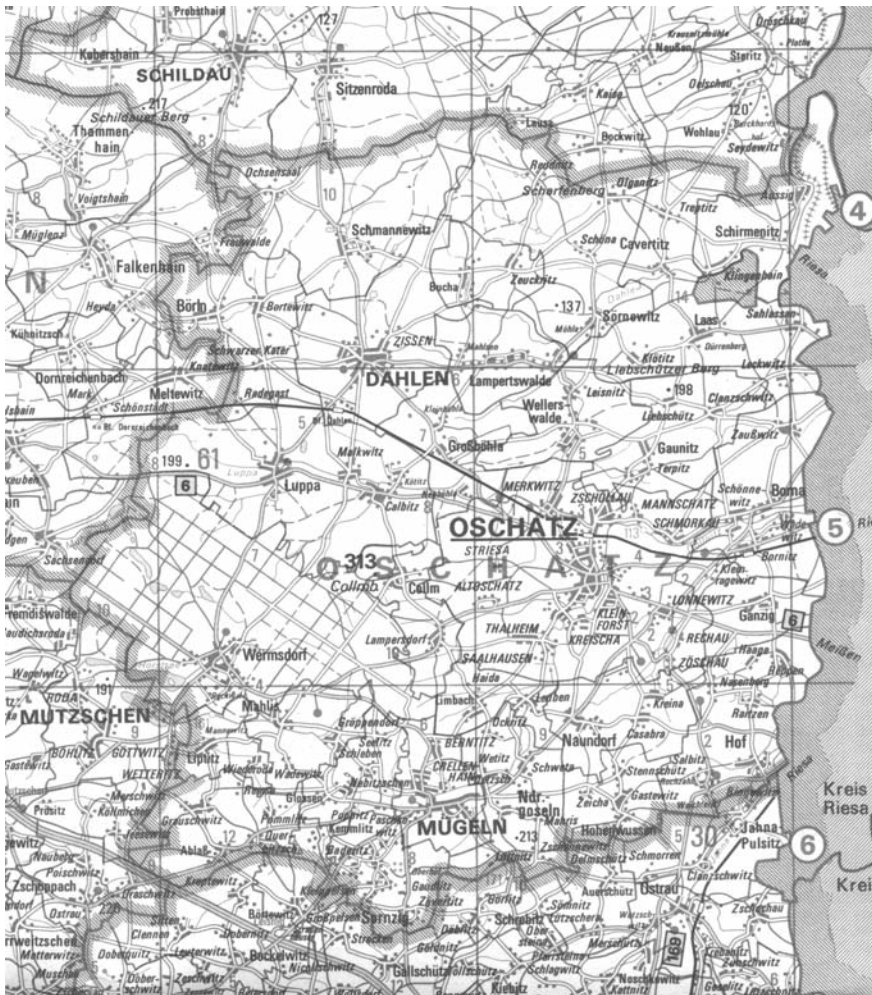


Abb. 1: Der Kreis Oschatz in der DDR

nungen entstand. Die Stadt verfügte über ein Kreiskrankenhaus, eine Poliklinik, eine Erweiterte Oberschule (EOS), ein Museum, ein Kreiskulturhaus, eine Stadt- und Kreisbibliothek, eine Phonotheke, einen Klub der Werktätigen, einen Jugendklub, eine kleine Galerie, einen Stadtpark sowie Sporteinrichtungen. Alljährlich im Februar war Oschatz Austragungsort des „Internationalen Juri-Gagarin-Fechtturniers“. Im August bzw. September fanden regelmäßig Angler- und Blumenfeste statt.

Die Kleinstadt Mügeln liegt am Südrand des ehemaligen DDR-Kreises an der Zubringerstraße zur Autobahn Leipzig-Dresden (Abfahrt Leisnig) im fruchtbaren Lößlehmgebiet des Döllnitztals. Ende der 80er Jahre hatte

Mügelna ca. 5 000 Einwohner. Die Stadt war in der DDR Zentrum des Landwirtschaftsgebietes „Mügelner Ländchen“ mit einigen industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsbetrieben, Sitz eines Gemeindeverbandes sowie Kreuzungspunkt von Landstraßen zwischen Döbeln, Leisnig, Grimma und Oschatz. Es gab einen VEB Keramik- und Ziegelwerke, der unter anderem Ofenkacheln fertigte, einen Betriebsteil des VEB Chemiewerk Bad Köstritz, eine Maschinen- und Blechbearbeitungsfabrik, eine Fabrik für Künstlerfarben (VARIA) und eine Käserei. Drei Kilometer südwestlich befand sich die größte Kaolinlagerstätte der DDR. Im Mügelner Landwirtschaftszentrum waren ein „Volkseigenes Gut“ (VEG), eine LPG Tierproduktion, eine industrielle Schweinezucht- und Rindermastanlage, ein Agrochemisches Zentrum (ACZ), ein Trockenwerk und eine Zwischengenossenschaftliche Bauorganisation (ZBO) zusammengefasst. Die Kleinstadt verfügte über ein Landambulatorium, eine zentrale Polytechnische Oberschule (POS), eine Bibliothek, ein Kino, ein Heimatmuseum, ein Stadtbad, einen Sportplatz und Volkskunstensembles.

Die „Heidestadt“ Dahlen liegt am Südrand der ausgedehnten Waldungen der Dahleener Heide am Flüsschen Dahle. Die Einwohnerzahl lag Ende der 80er Jahre bei rund 3 800. Das Provinzstädtchen liegt abseits der Bahnstrecke und der Fernverkehrsstraße Dresden-Leipzig. Es war Sitz eines Gemeindeverbandes, wirtschaftliches Zentrum im Nordteil des Kreises und übte Versorgungsfunktionen für das Naherholungsgebiet in der südlichen Dahleener Heide aus. Die Industriebetriebe der Stadt stellten Armaturen, Isoliermaterial, Schnittholz und Getränke her. Als Zentrum der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft war Dahlen Standort einer LPG Pflanzenproduktion, einer LPG Tierproduktion, einer Bäuerlichen Handelsgenossenschaft (BHG), eines Mischfutterwerkes, einer industriellen Kartoffelverarbeitungsanlage und eines Flachkühlhauses. Es gab eine Agraringenieurschule, ein Landambulatorium, einen Jugendklub, einen Veteranentreff, eine Stadtbibliothek, eine Heimatstube sowie einige Volkskunstensembles und Sportanlagen. In der Umgebung lagen verschiedene FDGB-Erholungsheime.⁹ Im Süden vor der Stadt befindet sich der 314 Meter hohe Collm, bis 1989 mit einer Außenstelle des geophysikalischen Instituts der Karl-Marx-Universität Leipzig, einer Dienststelle des MfS und einem Aussichts- und Richtfunkturn versehen.

9 Vgl. Lexikon Städte und Wappen der Deutschen Demokratischen Republik, S. 80 f., 300 und 337 f.

2.2 Historischer Rückblick

Bodenfunde belegen, dass das Oschatzer Umland bereits seit der Jungsteinzeit besiedelt war. Von der „Schwedenschanze“ in Altoschatz-Rosenthal, einer einstigen sorbischen Befestigung und frühdeutschen Burgwardanlage, ging die Stadtentwicklung aus. Der Ortsname „Oscec“ (Verhau) wurde auf die östlich entstandene städtische Siedlung am Altmarkt und Kirchberg übertragen. Ende des 12./Anfang des 13. Jahrhunderts entwickelte sich die frühstädtische Marktsiedlung durch die Förderung der Meißeiner Markgrafen zur mittelalterlichen Bürgerstadt. Aus dem Jahr 1200 stammt die Ersterwähnung des Ortes durch den meißnischen Ministerialen Johannes de Ozzetz, die erste urkundliche Erwähnung als Stadt erfolgte in einer Urkunde des Markgrafen Heinrich von Meißen im Jahre 1238. Die günstige Lage der Stadt an der Hohen Straße führte zur Entwicklung des Fernhandels, der Ansiedlung von Kaufleuten, zur Herausbildung des Handwerkes und somit zur wirtschaftlichen Blüte im Spätmittelalter. In den folgenden Jahrhunderten wechselten Wohlstand und Zeiten bitterster Not durch Stadtbrände und Kriegswirren. Bereits 1394 erhielt Oschatz das Privileg, Jahrmärkte abzuhalten. 1478 erwarb die Stadt vom Landesherren die Gerichtsbarkeit. Aus dem 15. Jahrhundert stammen Innungsbriefe der Schneider, Schuhmacher, Böttcher, Bäcker und Kirchner. 1539 erfolgte der Bau des Rathauses. Im selben Jahr setzte sich in Oschatz die Reformation durch, und das protestantische Glaubensbekenntnis wurde eingeführt. 1790 kam es zu Bauernunruhen und bewaffneten Aufständen in der Umgebung. Von 1806 bis 1813 dauerte die Besetzung durch Napoleonische Truppen. Da Sachsen auf französischer Seite gekämpft hatte, mussten beim Wiener Kongress große Teile des Landes an Preußen abgetreten werden. Dadurch entstand zehn Kilometer von Oschatz entfernt in der Dahlemer Heide eine neue Landes- und Zollgrenze. Die damit verbundene Veränderung der Wirtschaftsgebiete wirkte sich für Oschatz negativ aus. Allerdings wurde 1839 die Eisenbahnstrecke Leipzig-Dresden fertiggestellt, wodurch Oschatz Anschluss an das Bahnnetz erhielt.

Mügeln, die zweitgrößte Stadt des Kreises Oschatz, war ursprünglich – wie viele Orte der Umgebung – slawisch besiedelt. Die urkundliche Ersterwähnung stammt aus dem Jahr 984. 1064 wurde Mügeln bischöflicher Besitz und blieb vier Jahrhunderte eng mit dem Klerus verbunden. 1395 schenkte Bischof Johannes III. sein Amtshaus, das heutige Rathaus, der Stadt und setzte einen Bürgermeister sowie sechs Ratsmänner ein. Als äußeres Zeichen dieser Historie führt die Stadt noch heute in abgewandelter Form das bischöfliche Wappen. Jahrhunderte lang übten bischöfliche Herren die Gerichtsbarkeit in Mügeln aus, bis 1595 das Amt Mügeln in den Besitz der sächsischen Kurfürsten übergang. Wirtschaftlich profitierte das Städtchen von seiner Lage an den großen Handelsstraßen. So erhielt Mügeln bereits 1256 das Marktrecht. Wichtigste Säulen der kleinstädtischen Wirtschaft waren das Handwerk und die Landwirtschaft. In der Mitte des 19. Jahrhunderts begann

auch in Mügeln die Industrialisierung, wozu die 1884 eingeweihte Schmalspurbahn mit der Anbindung an das Ferneisenbahnnetz in Oschatz beitrug.

Drittgrößte Stadt des DDR-Kreises Oschatz war Dahlen. An der wichtigen West-Ost-Straße von Leipzig nach Strehla errichteten die Bischöfe von Naumburg in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts eine Burg bei dem 1188 erstmals urkundlich erwähnten Dorf Dahlen, das 1228 Stadtrecht erhielt. Ohne Kaufmannssiedlung und wegen der Konkurrenz des markmeißnischen Oschatz entwickelte sich die Stadt jedoch kaum. Im späten Mittelalter sank sie zu einer dem dortigen Rittergut unterworfenen Patrimonialstadt herab, deren Gewerbe auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft der Umgebung beschränkt waren. Dahlen erlebte im Laufe seiner Entwicklung schwere Rückschläge durch Stadtbrände, Kriege, Pest und Hungersnöte. Bedingt durch die günstige Lage im Kreuzungsbereich zweier wichtiger Handelsstraßen gelang es dem Ort aber immer wieder, sich wirtschaftlich zu erholen. Eine ausgeprägte Land- und später Forstwirtschaft gaben Dahlen seit jeher den typischen Charakter eines Landstädtchens, in dem sich kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe sowie der Handel entwickeln konnten. In die Geschichte ging Dahlen mit der Unterzeichnung des „Hubertusburger Friedens“ nach Beendigung des Siebenjährigen Krieges ein. Der Preußenkönig Friedrich der Große, der in der Zeit vom 19. Februar bis 31. März 1763 Gast im Dahlemer Schloss war, unterzeichnete hier am 21. Februar 1763 den Friedensvertrag.

2.3 Partei- und Staatsapparat

Während der DDR war der Kreis Oschatz politisch und verwaltungsmäßig im Rahmen der zentralistischen SED-Diktatur organisiert. Ein politisches Eigenleben bzw. eine demokratisch-pluralistische Struktur konnten sich nicht entwickeln. Ebenso fehlten alle Institutionen eines Rechtsstaates. Wie überall in der DDR übte die SED die von ihr selbst in der Verfassung verankerte „führende Rolle“ als „Avantgarde der Arbeiterklasse“ aus. Zentrale Lenkungs- und Koordinierungsorgane im Kreis waren dementsprechend die SED-Kreisleitung samt ihren Untergliederungen. Die Kreisleitung umfasste im Oktober 1989 63 Mitglieder und 12 Kandidaten.¹⁰ Je ein Sekretär war für die einzelnen Sachbereiche wie Wirtschaft, Bildung usw. zuständig, denen entsprechende Ratsbereiche im Rat des Kreises bzw. Kommissionen des Kreistages entsprachen. Das Staatsorgan des zentralistisch strukturierten Einheitsstaates auf Kreisebene, der Rat des Kreises, war der SED-Kreisleitung nachgeordnet und wurde von ihr nahezu vollständig dominiert. Formal war der Rat des

10 Protokoll der Beratung mit den Mitgliedern und Kandidaten der SED-KL Oschatz am 24.10.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/007).



Abb. 2: Der Befehlshaber der Oschatzer Kampfgruppen und das Sekretariat der SED-Kreisleitung am 21. Oktober 1988

Kreises Oschatz zwar das exekutive Organ der „Volksvertretung“ auf Kreis-ebene, tatsächlich war aber auch der Oschatzer Kreistag nur ausführendes Organ des allmächtigen und allgegenwärtigen SED-Apparates. Seine Rolle war vergleichbar der der Volkskammer gegenüber dem Apparat des Zentralkomitees der SED. Im Kreistag dominierte wie in den Stadtverordnetenversammlungen der Städte Oschatz, Mügeln und Dahlen die SED über die im Block zusammengeschlossenen Parteien CDU, LDPD, NDPD und DBD sowie über verschiedene Massenorganisationen. Im September 1989 gehörten

dem Kreistag 96 Abgeordnete und 33 Nachfolgekandidaten an.¹¹ Die „Volksvertretungen“ auf Kreis- wie auf Stadt- oder Gemeindeebene gingen nicht aus freien, gleichen und geheimen Wahlen hervor, sondern basierten auf den in der DDR seit 1950 üblichen „Einheitslistenwahlen“. Auf diese Weise erhielt die SED ihre diktatorische, zu keinem Zeitpunkt demokratisch legitimierte Alleinherrschaft über vier Jahrzehnte aufrecht. Dabei schreckten die Funktionäre, wie das Beispiel der Kommunalwahlen von 1989 zeigt, auch nicht vor zusätzlichen, direkten Fälschungen der ohnehin kaum aussagefähigen Einheitslistenwahlen zurück. Zur Absicherung der SED-Diktatur existierte in Oschatz bis zum November 1989 eine Kreisdienststelle des MfS. Politische Aufgaben nahm auch das Volkspolizeikreisamt wahr. Wie den Lagefilmen des Volkspolizeikreisamtes zu entnehmen ist, fand regelmäßig jeden Morgen kurz vor 6.00 Uhr eine Zusammenkunft von SED-Kreisleitung, Kreisdienststelle des MfS, Volkspolizeikreisamt und Rat des Kreises statt.

Dem Volkspolizeikreisamt unterstanden die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die nach dem 17. Juni 1953 zum Schutz der SED-Diktatur gebildet worden waren. Bei diesen handelte es sich um militärische Einheiten in den Betrieben. Sie waren hinlänglich ausgerüstet und wurden in ständiger Kampfbereitschaft gehalten. Permanente Schulungen und Gefechtsübungen sollten sie zu schnellem Einsatz befähigen. Bei einer Schulung der Kommandeure am 13. Januar 1989 in Oschatz galt als wichtigster Schwerpunkt die Stärkung der SED als führender Kraft durch die Kampfgruppen. Dafür waren Qualität und Effektivität der Ausbildung zu verbessern, ein gut organisiertes System in der Dienstordnung zu gewährleisten, die Teilnahme an allen Ausbildungsmaßnahmen durchzusetzen und alle personellen, medizinischen und materiell-technischen Maßnahmen sicher zu stellen. Im Kreis befanden sich zwei sowjetische Kasernen und eine Funkeinheit der Nationalen Volksarmee.

2.4 Verhältnis Staat – Kirche

Einzige eigenständige Institutionen im Kreis Oschatz waren die Kirchen, die deswegen dem sozialistischen Staat ein Dorn im Auge waren. Vor allem die Evangelische Kirche spielte im Vorfeld und während der friedlichen Revolution eine wichtige Rolle. Unter der SED-Herrschaft wurden ihre Arbeit im Kreis teils offen, teils verdeckt behindert und ihre Mitglieder benachteiligt. Anfang der 80er Jahre kam es in Fragen der Friedenssicherung überall in der DDR zu Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche. Hintergrund war das atomare Wettrüsten zwischen Ost und West. Viele Christen weigerten sich, den Hochrüstungs- und Militarisierungskurs zu unterstützen. Seit November 1981 trugen evangelische Jugendliche einen Aufnäher mit den

11 Vgl. Kurzprotokoll der 2. Tagung des Kreistages Oschatz am 27.9.1989 (ALTO, 560).

Worten „Schwerter zu Pflugscharen“. Auch im Kreis Oschatz sahen sich Jugendliche und Pfarrer deswegen Angriffen durch die Staatsmacht ausgesetzt.¹² Zu einem Konflikt anderer Art kam es im Juni 1983, als der damalige Superintendent von Oschatz, Hans-Christoph Schumann, plante, am Gebäude der Superintendentur ein großflächiges Gemälde (6x10 Meter) zum Thema „Unsere schöne Welt“ anzubringen. Der Entwurf des Bildes stammte vom Leipziger Grafiker Mathias Klemm.¹³ Die linke Seite sollte farbig, die rechte schwarz-weiß gestaltet werden. Auf der farbigen Seite waren im Entwurf eine Sonne zu sehen, ein Tisch voller Weinreben und Brote, ein Baum mit Vögeln, sowie Blumen und eine Eidechse. Dass diese Welt bedroht sei, sollte die rechte Seite mit einer Schwarz-Weiß-Darstellung deutlich machen. Um die Übertragung des Bildentwurfes auf die Hauswand der Superintendentur entspann sich ein über Monate dauerndes zähes Ringen, an dessen Ende der Kirche das Anbringen des Gemäldes untersagt wurde.¹⁴ Zu Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche kam es auch, als der Dresdner Kreuzchor am 16. September 1984 in der Oschatzer St. Aegidienkirche auftrat, was nach Meinung des Rates des Kreises polizeilich anmeldepflichtig gewesen wäre.¹⁵ Das Beispiel zeigt, wie sich der Staat in innerkirchliche Belange einmischte und diese zu reglementieren versuchte.

Ein ständiges Konfliktfeld stellte die Diskriminierung christlicher Kinder in der sozialistischen Einheitsschule dar, die wegen ihres Glaubens ständig benachteiligt und unter politischen Druck gesetzt wurden. Zu erheblichen Reibereien zwischen Schule, Kirche und Elternhaus kam es zum Beispiel, als es in der Kirchgemeinde Borna im Jahr 1982 fünfzehn Jungen der 9. Klasse ablehnten, an einem Wehrlager zum Abschluss des Wehrkundeunterrichts teilzunehmen. Sie hatten sich zuvor an einem Gesprächskreis bei Pfarrer Johannes Jenichen über das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“ beteiligt. Den Eltern wurden daraufhin berufliche Nachteile angedroht.¹⁶ Auf einen anderen Fall in Borna verweist ein Beschwerdebrief von Pfarrer Jenichen an die Kreisschulrätin vom 19. August 1982.¹⁷ Hier wurde seitens der Schule und

- 12 Kopie des Briefes von Pfarrer Johannes Gebhardt vom 7. 5. 1982 an das Evangelisch-Lutherische Landeskirchenamt Sachsens (HAIT, Martin Kupke).
- 13 Bericht des RdK Oschatz an den RdB Leipzig vom 27. 6. 1983 (SächsStAL, BT/RdB, 21142).
- 14 Information des RdB Leipzig, Sektor Kirchenfragen, vom 2. 10. 1984 und Mitteilung einer Niederschrift des Vorsitzender des RdK Oschatz, Heinz Küttner, vom 10. 10. 1984 (SächsStAL, BT/RdB, 21142); Kopie des Gesprächsprotokolls (HAIT, Martin Kupke).
- 15 Information des RdB Leipzig, Sektor Kirchenfragen, vom 2. 10. 1984 und Mitteilung einer Niederschrift des Vorsitzenden des RdK Oschatz, Heinz Küttner, vom 10. 10. 1984 (SächsStAL, BT/RdB, 21142). Kopie des Gesprächsprotokolls (HAIT, Martin Kupke).
- 16 Kopie des Berichtes von Superintendent Hans-Christoph Schumann an das Evangelisch-Lutherische Landeskirchenamt Sachsens vom 17. 3. 1982 (ebd.). Telefonische Auskunft von Pfarrer Johannes Jenichen an Martin Kupke vom 1. 6. 2001.
- 17 Kopie des Briefes von Pfarrer Johannes Jenichen an die Kreisschulrätin vom 19. 8. 1982 (ebd.).

der Kreisschulrätin eine seit Jahrzehnten geltende Vereinbarung zwischen Kirchenvorstand und Schulleitung außer Kraft gesetzt, wonach ein Kreuzträger und Schulkinder, die sich an der Kurrende beteiligten, für Beerdigungen vom Schulunterricht freigestellt worden waren. In einem weiteren Fall wurde einer christlichen Schülerin, obwohl sie in allen Fächern beste Noten erhalten hatte, im Juni 1984 das Abschlussprädikat „Ausgezeichnet“ versagt, da sie kein FDJ-Mitglied war und sich nicht an der Jugendweihe beteiligt hatte.¹⁸ Einem Schüler aus Terpitz, der aktiv in der Jungen Gemeinde mitwirkte, wurde 1987 der Besuch der Erweiterten Oberschule in Oschatz verweigert, nachdem er angekündigt hatte, waffenlosen Wehrersatzdienst bei den Bausoldaten leisten zu wollen. Interventionen von Superintendent Martin Kupke beim Rat des Kreises blieben ohne Erfolg.¹⁹ In Luppau wurde Pfarrer Michael Leonhardi auf Grund seiner christlichen Überzeugung über Jahre eine Mitarbeit im Elternaktiv der Klasse seiner Kinder versagt.²⁰

Neben Fragen der Erziehung stellte die Umweltpolitik des SED-Staates ein weiteres ständiges Konfliktfeld zwischen Staat und Kirche dar. Da das Oschatzer Kreisgebiet Obstanbaugebiet war, ergaben sich hier Konflikte wegen des in der DDR üblichen intensiven Einsatzes ökologisch unverträglicher chemischer Pflanzenschutzmittel. Stellungnahmen von Pfarrern gegen die Umweltbelastung und Hinweise auf gesundheitliche Schäden, wie zum Beispiel von Pfarrer Wolfgang Tischendorf aus Sorzig vorgebracht, riefen heftige Reaktionen des Staates hervor und führten zur Observierung durch das MfS.²¹ Alle kirchlichen Aktivitäten auf dem Gebiet der Ökologie wurden von den Staatsorganen der DDR mit größtem Misstrauen betrachtet. So wurde den Vertretern der Kirchen am 23. Februar und 14. Juli 1988 bei Gesprächen mit dem Rat des Kreises erklärt, der kirchliche Oschatzer Ökoreis mische sich in staatliche Angelegenheiten ein, die die Kirche nichts angingen. Der Staat werde es nicht dulden, dass sich die Kirche zum trojanischen Pferd oppositioneller Bestrebungen entwickle.²²

Dem SED-Staat war es ein Dorn im Auge, dass sich die Kirche anmaße, Stellung zu Problemen zu beziehen, die nach SED-Verständnis allein Sache des Staates waren. In regelmäßig stattfindenden Gesprächen des Rates des Kreises mit den Pfarrern der Region versuchte man, diese im Sinne staatlicher Politik und der ideologischen Prämissen der SED zu beeinflussen, was im Kreis Oschatz jedoch ohne Erfolg blieb. Die Funktionäre maßten sich an, festzulegen, womit sich die Kirchen zu beschäftigen hätten und womit nicht.

18 Kopie des Briefes von Bernd Voigtländer an den Direktor der Erich-Vogel-Oberschule in Oschatz vom 25. 6. 1984 (ebd.).

19 Schreiben von Martin Kupke an das Evangelisch-Lutherische Landeskirchenamt Sachsens vom 22. 10. 1987 (ebd.).

20 Schreiben von Pfarrer Michael Leonhardi an den RdK Oschatz vom 5. 9. 1989 (ebd.).

21 Bericht von Pfarrer Wolfgang Tischendorf an das Evangelisch-Lutherische Landeskirchenamt Sachsens vom 2. 10. 1984 (ebd.).

22 Gedächtnisprotokolle von Superintendent Martin Kupke über die Gespräche beim RdK Oschatz am 23. 2. 1988 und am 14. 7. 1988 (ebd.).

So wurde Pfarrern des Kreises im März 1988 beim Rat des Kreises erklärt, die Beantwortung der Sinnfrage für das menschliche Leben sei alleinige Aufgabe der SED und nicht der Kirche. Nur die „Partei der Arbeiterklasse“ könne eine solche zentrale Frage beantworten, da ihre Weltanschauung wissenschaftlich fundiert sei.²³ Da bei den regelmäßigen Konsultationen aber auch Themenvorschläge von Pfarrern behandelt wurden, gehörten diese zu den wenigen Gelegenheiten, die Staatsorgane über gravierende Missstände zu unterrichten. Der Rat des Kreises berichtete seinerseits dem Rat des Bezirkes über alle kirchlichen Aktivitäten und Ereignisse aus den Kirchengemeinden.²⁴ Vor allem waren die Staatsfunktionäre an kirchlichen Personalfragen interessiert. So wurde zum Beispiel sehr detailliert über die Amtseinführung von Superintendent Martin Kupke informiert, der 1986 sein Amt als Leiter des Oschatzer Kirchenkreises antrat.²⁵ Wichtig war dem Staat auch die Kontrolle über Äußerungen geistlicher Würdenträger zu politischen Themen wie Wahlen, den Erhalt des Friedens, den Wehrdienst und schulische sowie ökologische Fragen. Seitens der SED wusste man, dass es sich dabei um Themenfelder handelte, zu denen die Kirche aus ihrem Selbstverständnis Stellung zu beziehen hatte. Deswegen behielten die kreislichen Staatsorgane die Kirche mit ihren Aktivitäten, Amtsträgern und Mitgliedern unter ständiger Kontrolle. Vor allem dienten die regelmäßigen Gespräche mit Pfarrern und Kirchvorstehern der Meinungsforschung. Es gab aber auch Informanten in den Gemeinden, die jede kritische Äußerung in Predigten meldeten, sofern sie diese überhaupt inhaltlich erfassten.²⁶ Solche Berichte hatten eine merkwürdige Struktur und zeigten, dass die Berichterstatter bereits mit einem bestimmten Hörmuster in die Kirche kamen und häufig intellektuell überfordert waren. Zuerst ging es bei ihnen um die Frage: Was wird kritisch zum Staat gesagt? Kam da nicht direkt etwas vor, so hatte sich der Redner ganz allgemein für den Frieden eingesetzt, was als positive Würdigung galt. So hieß es beispielsweise im Bericht über die Amtseinführung von Superintendent Kupke am 30. Juni 1986: „In der Predigt bzw. im gesamten Festakt gab es keine zweideutigen Auslassungen zum Verhältnis Staat-Kirche.“ Doch in der Predigt von Superintendent Kupke gab es sehr wohl Aussagen über das Leben der Christen in der DDR und damit über das Verhältnis Staat-Kirche.²⁷ Superintendent Kupke wandte sich gegen den Untertanengeist, der dort verschwinde, wo Menschen aus dem Geiste Gottes lebten. Man könne es im täglichen Leben nicht allen Menschen recht machen, sich nicht durchs Leben schlän-

23 Gesprächsprotokoll Martin Kupkes vom Gespräch der Pfarrer des Kirchenbezirkes Oschatz mit Vertretern des RdK Oschatz am 1. 3. 1988 (ebd.).

24 Schreiben des RdK Oschatz an den RdB Leipzig vom 28. 5. und 30. 7. 1986 (Sächs-StAL, BT/RdB, genauere Archivangaben fehlen).

25 Schreiben des RdK Oschatz an den RdB Leipzig vom 29. 1., 1. 4. und 3. 7. 1986 (ebd.). Der Kirchenbezirk war nicht vollständig mit dem 1952 geschaffenen staatlichen Kreis Oschatz deckungsgleich.

26 Vgl. Schreiben des RdK Oschatz an den RdB Leipzig vom 30. 6. und 30. 9. 1986 (ebd.).

27 Predigt von Superintendent Kupke am 30. 6. 1986 in Oschatz (HAIT, Martin Kupke).

geln, sondern jeder habe zu tun, was er vor Gott als richtig erkannt habe. Er solle seinen eigenen Standpunkt suchen und ihn dann auch vor den Menschen vertreten. Wo sich Gottes Geist ausbreite, geschehe Abrüstung in Gedanken, Worten und Werken. Da gehe es um die ökologische Rettung der Welt, um Gerechtigkeit in den wirtschaftlichen und politischen Strukturen der Staaten sowie um die Würde des einzelnen Menschen. In der Predigt wurde also nachweislich eine andere Tendenz vertreten als die vom Informanten beschriebene.²⁸ Ähnlich wie in Oschatz verhielt es sich mit dem Bericht des Informanten über den Ordinationsgottesdienst von Pfarrer Ellinger in Mahlis. Im Schreiben des Rates des Kreises Oschatz vom 30. September 1986 hieß es dazu, Superintendent Kupke habe als ein wichtiges Anliegen der Kirche die Erhaltung des Friedens genannt. Zum Verhältnis Kirche-Staat habe es keine Äußerungen gegeben. Tatsächlich aber hatte der Superintendent in seiner Predigt erklärt,²⁹ dass die Menschen an einer schlechten Sache arbeiteten, wenn sie in der Kriegsindustrie tätig seien, sich an der Unterdrückung von Menschen beteiligten, ihnen die Freiheit nähmen, sie quälten und schikanierten. Christen aber täten etwas für das Leben und gegen den Tod. Als Gottes Werkzeuge hätten sie Aufgaben in der Welt. Gott wolle mit seiner Kirche die Welt verändern, damit mehr Frieden, Liebe, Freundlichkeit, Verständnis und Offenheit unter die Leute komme. Auch hier konnte von einer sachgemäßen Berichterstattung nicht die Rede sein.

3. Das Krisenjahr 1989 – Entwicklungen im Vorfeld des revolutionären Herbstes

3.1 Kommunalwahlen am 7. Mai 1989

Wirtschaftlicher Niedergang, zunehmende Versorgungsengpässe, politische Maßregelungen durch eine reformunwillige SED-Führung, die zudem offiziell ein positives Bild von den Lebensverhältnissen zeichnete, das in krassem Widerspruch zu den Erfahrungen der meisten Menschen stand, all dies ließ auch im Kreis Oschatz die Unzufriedenheit der Bevölkerung wachsen. Anders als in den durch westliche Medienberichterstattung und öffentliches Interesse hinlänglich geschützten intellektuellen Oppositionszirkeln Berlins oder Leipzigs gab es in der Provinz kaum Möglichkeiten öffentlicher Artikulation oder eines organisierten Meinungsaustauschs. Ebenso wenig konnte hier von der auf DDR-Ebene vor sich gehenden Vernetzung oppositioneller Strukturen die Rede sein.³⁰ Dennoch beobachteten die Staatsorgane auch hier eine Zunahme von Resistenz und Auflehnung. So machte sich im Vorfeld der

28 Das ist ein Indiz dafür, dass die Berichte der staatlichen Stellen über die Kirche keinesfalls immer ein richtiges Bild zeichneten und in ihrer Bedeutung für die Forschung hinterfragt werden müssen.

29 Predigt von Superintendent Martin Kupke in Mahlis (ebd.).

30 Neubert, Geschichte der Opposition, S. 463.

Kommunalwahlen Nervosität breit. Am 11. April befahl der Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Oberstleutnant Schmidt, einen verstärkten Einsatz von Volkspolizei und Freiwilligen Helfern der VP zur „Vorbeugung und Verhinderung feindlicher, terroristischer o. a. negativer Störhandlungen und Provokationen“. Dazu zählten aus Sicht des Staates auch kritische Hinterfragungen der Einheitslistenwahlen samt ihrer für das Jahr 1989 erwarteten und später nachgewiesenen Fälschungen. Weiterhin angeordnet wurde die „zuverlässige Sicherung der Wahllokale“ und die „verstärkte Sicherung von Objekten und Einrichtungen von besonderer politischer und ökonomischer Bedeutung“. „Unter breitester Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte“ sollten „operative Kräfte der Schutzpolizei und der ABV“ vor allem Räume kontrollieren, „in denen in der Vergangenheit negative Handlungen auftraten. Das betraf im Kreis zum Beispiel Großböhla, Borna, Ganzig, Glossen und Laas. Das „Aufklärungs- und Beobachtungssystem“ wurde verstärkt, um „das Anbringen von schriftlichen Parolen und Losungen mit negativem politischen Inhalt, auch solcher mit vorgetäushtem progressiven Charakter, in der Öffentlichkeit zu verhindern“ und „das Beschädigen oder Abreißen von Fahnen, Transparenten u. a. Ausgestaltungselementen“ nicht zuzulassen. Es gab verstärkte Personen- und Kfz-Kontrollen insbesondere in den Stadtzentren von Oschatz, Mügeln und Dahlen sowie im Umfeld der Wahllokale. In die „operative Streifen-tätigkeit“ wurden unter anderem die SED-Kreisleitung, deren Bildungsstätte, der Rat des Kreises, die Kreisdienststelle des MfS sowie größere Betriebe und Einrichtungen einbezogen. „Personen, von denen wegen des Ausschlusses von der Wahl gem. § 5 Wahlgesetz vom 24.6.1976 oder der Nichtbeteiligung an den vorangegangenen Wahlen, Störungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Wahlen zu erwarten“ waren, wurden im Zusammenwirken mit MfS und ABV verstärkt unter Kontrolle genommen. Allein die Tatsache, sich vier Jahre zuvor nicht am Wahlspektakel beteiligt zu haben, reichte aus, um mit Hilfe der von Schmidt ideologisch gedrillten Volkspolizei ins Blickfeld des MfS zu geraten. Zur Aufdeckung und Verhinderung von Gewalt und „Demonstrativhandlungen“ war die Einsatzbereitschaft der „nichtstrukturmäßigen Gruppe ‚Gewalt‘“ ständig zu gewährleisten.³¹ Fälschungen oder Wahlverweigerungen waren sofort dem Rat des Kreises Oschatz zu melden. Die Sicherung der Wahllokale und der Transport von Wahlunterlagen lag in den Händen der Volkspolizei.³² Neben Fragen der Absicherung der Wahlinszenierung stand wie immer die von der SED argusäugig beobachtete Frage der Wahlbeteiligung im Zentrum staatlichen Interesses. So registrierten die Staatsfunktionäre genau, wer sich nicht an der Wahlsimulation

31 Einsatzbefehl des Leiters des VPKA Oschatz zur Gewährleistung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen vom 11. 4. 1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4799).

32 RdK Oschatz: Organisationsplan zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 7. 5. 1989 (ebd.).

beteiligte. Da bekannt war, dass potentielle Nichtwähler vor allem aus kirchlichen Kreisen kamen, führte der Rat des Kreises Oschatz am 21. April ein Gespräch mit den Pfarrern durch, bei dem man diese von der Notwendigkeit einer hohen Wahlbeteiligung zu überzeugen versuchte. Es war den Staatsfunktionären nicht verborgen geblieben, dass die Geistlichen sehr viel intensiver als in den Jahren zuvor nach dem zugrunde liegenden Wahlrecht, der Gültigkeit der Stimmen oder der Benutzung der Wahlkabinen fragten. Die Staatsfunktionäre fühlten sich durch die Fragen bedrängt und versuchten, die Berechtigung von Einheitslistenwahlen nachzuweisen.³³ Wie nervös die Stimmung der Staatsorgane war, zeigt deren Haltung bei den Feiern zum 1. Mai, also wenige Tage vor der Wahlsimulation. Nachdem in Leipzig Drohungen gegen die Festtribünen bekannt geworden waren, wies das Volkspolizeikreisamt Oschatz an, Tribünen und Stellplätze im Kreis ständig zu kontrollieren. Im Lagefilm des VPKA las sich das so: „An Tribüne TLF 16 und Kleinlöschgeräte“, „Reserve 1 unter Verantwortung von Oltn. Dittrich mit 3 Decken Ausrüstung“ und „Umgruppierung von Kräften in den Nachmittagsstunden in den Raum Dahlen-Börln prüfen“.³⁴ Einen Tag vor der Einheitslistenwahl für die Kreis- und Kommunalparlamente ordnete der Chef der BDVP Leipzig per Fernschreiben um 8.00 Uhr die Volkspolizeikreisämter an, „Festlegungen zur Durchführung einer straffen Personenkontrolle zu Verhinderung von Zusammenrottungen und Provokationen“ vorzunehmen. Das Volkspolizeikreisamt Oschatz erhielt die Anweisung, die Zufahrt zweier Pkw mit westlichen „Korrosponenten“³⁵ nach Leipzig nicht zuzulassen, da diese keine Genehmigung besäßen, über die Wahl zu berichten.³⁶ Trotz aller Sicherungsmaßnahmen konnten „Demonstrativhandlungen“ gegen das Wahlspektakel nicht gänzlich unterbunden werden. So registrierte die Volkspolizei am 6. Mai, dass in der Nacht in Wermsdorf „eine Arbeiterfahne durch Unbekannte abgerissen u. entwendet“ worden war. Eine DDR-Fahne wurde beim Abrissversuch beschädigt.³⁷

In den offiziellen Berichten von Partei und Staat war von derlei Konflikten kaum die Rede. Wie immer war die Zeit vor der Wahl mit Scheinaktivitäten gefüllt. So berichtete die SED-Kreisleitung einen Tag vor der Stimmabgabe an die SED-Bezirksleitung, dass in Arbeitskollektiven, Hausgemeinschaften und Familien in den letzten Tagen viele Wählergespräche stattgefunden hätten. Dabei sei die Bereitschaft bekundet worden, den bewährten Kurs des Friedens und des erfolgreichen Sozialismus in den Farben der DDR mit eigenen Taten und neuen Initiativen, besonders im „Plankampf“, konsequent fortzusetzen. Auf den Rechenschaftslegungen in Betrieben, Genossenschaften

33 Kopie des Gesprächsprotokolls vom 21. 4. 1989 (HAIT, Martin Kupke).

34 VPKA Oschatz, Lagefilm 30. 4.-1. 5.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

35 Originalschreibweise.

36 VPKA Oschatz, Lagefilm zum Ordnungseinsatz Kommunalwahlen am 7. 5. 1989 (ebd. 4799).

37 VPKA Oschatz, Lagefilm 6.-7. 5. 1989 (ebd. 4760).

und Einrichtungen, anlässlich des 1. Mai und der Kommunalwahlen, sei dargelegt worden, mit welchen Ergebnissen die Werktätigen an die Wahlurne getreten seien und den Kandidaten der Nationalen Front frühzeitig ihre Stimme gegeben hätten. Dabei habe der Standpunkt dominiert, dass die soziale Sicherheit und Geborgenheit sowie Vollbeschäftigung zu den Vorzügen und Werten des Sozialismus in der DDR gehörten. Bis zum Wahltag solle jeder Bürger auf seine Frage eine Antwort bekommen, oder es solle ihm deutlich gemacht werden, dass sein Problem zur Zeit nicht lösbar sei. Es seien Agitatorengruppen der Räte der Städte und Gemeinden sowie der Orts- und Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front gebildet worden. Die SED-Kreisleitung schätzte ein, dass „eine optimistische und sachliche Atmosphäre herrscht und die eingesetzten Kommunisten bereit sind, ihren Auftrag mit hoher politischer Verantwortung, Einsatzbereitschaft und Wachsamkeit zu erfüllen“.³⁸ „Zu Ehren der Wahl“ waren wie immer besondere Maßnahmen ergriffen worden. Dazu gehörte die „niveauvolle Ausgestaltung“ der Wahllokale, die Beflaggung öffentlicher Gebäude, die Säuberung von Grundstücken und Wegen sowie Aktivitäten von Kultur- und Volkskunstgruppen. Am Abend des Wahltages berichtete die SED-Kreisleitung der Bezirksleitung Leipzig über den hohen Stand der Wahlbeteiligung. Es seien viele Arbeitsergebnisse zu Ehren der Wahl abgerechnet und neue Verpflichtungen der Arbeitskollektive abgegeben worden. Die Pfarrer, die zur Wahl gegangen waren, wurden namentlich benannt. Der Bericht erwähnte auch die Gemeinden, die bis zum Mittag vollzählig gewählt hatten. Es wurde aber auch erwähnt, dass bei der Stimmenauszählung in fast allen Wahllokalen zahlreiche Bürger anwesend waren, um den Ablauf zu überprüfen, so in Naundorf, Borna, Laas, Schirmenitz sowie in allen Städten des Kreises. In Oschatz hatte Pfarrer Zehme, in Luppia Pfarrer Leonhardi „mit Gehilfen“ an der Stimmenauszählung teilgenommen, in Naundorf der Vorsitzende des Kirchenvorstandes. In Dahlen hieß es auf einem Stimmzettel, auf dem alle Stimmen durchgestrichen waren „No AKW“.³⁹ Störungen der Einheitslistenwahlen gab es im Kreis Oschatz jedoch nicht. Bereits am Abend vor der Wahl meldete das Volkspolizeikreisamt der BDVP, dass öffentliche Ordnung und Sicherheit „jederzeit gewährleistet“ waren.⁴⁰ Ganze 277 Bürger des Kreises Oschatz hatten sich, glaubt man den offiziellen Angaben, gegen die Einheitsliste der Nationalen Front zu den Kreistagswahlen entschieden, 280 Bürger gegen die Einheitslisten der Stadtbezirksversammlungen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen des gesamten Kreises Oschatz. Mit der Stimmung und den tatsächlichen politischen Grundüberzeugungen im Kreis hatten die absurden Ergebnisse freilich nichts zu tun.

38 Schreiben der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 6. 5. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

39 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 7. 5. 1989 (ebd.).

40 VPKA Oschatz, FS 41 an BDVP Leipzig vom 6. 5. 1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4799).

Tabelle 1: Einheitslistenwahl zum Kreistag Oschatz am 6. Mai 1989⁴¹

Wahlberechtigte insgesamt	37 859
Abgegeben Stimmen insgesamt	37 477
Wahlbeteiligung (in %)	98,99
Ungültige Stimmen (absolut)	14
Ungültige Stimmen (in %)	0,04
Gültige Stimmen insgesamt (absolut)	37 463
Gültige Stimmen insgesamt (in %)	99,96
Gültige Stimmen für den Wahlvorschlag (absolut)	37 186
Gültige Stimmen für den Wahlvorschlag (in %)	99,26
Gültige Stimmen gegen den Wahlvorschlag (absolut)	277
Gültige Stimmen gegen den Wahlvorschlag (in %)	0,74
Gewählte Abgeordnete	96
Gewählte Nachfolgekandidaten	34

Tabelle 2: Einheitslistenwahlen zu den Stadtbezirksversammlungen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen des Kreises Oschatz am 6. Mai 1989⁴²

Wahlberechtigte insgesamt	36 874
Abgegeben Stimmen insgesamt	36 490
Wahlbeteiligung (in %)	98,96
Ungültige Stimmen (absolut)	20
Ungültige Stimmen (in %)	0,05
Gültige Stimmen insgesamt (absolut)	36 470
Gültige Stimmen insgesamt (in %)	99,95
Gültige Stimmen für den Wahlvorschlag (absolut)	36 190
Gültige Stimmen für den Wahlvorschlag (in %)	99,23
Gültige Stimmen gegen den Wahlvorschlag (absolut)	280
Gültige Stimmen gegen den Wahlvorschlag (in %)	0,77
Gewählte Abgeordnete	742
Gewählte Nachfolgekandidaten	251

41 ND vom 10.5.1989.

42 Ebd.

In einer Wahlanalyse der SED-Kreisleitung hieß es, die Kommunalwahlen hätten „eindrucksvoll die Größe, die Reife und Überlegenheit unserer sozialistischen Demokratie bestätigt“. Dies habe sich „in der frühzeitigen, bewussten Stimmabgabe, der Freude und Genugtuung, mit dieser Wahlhandlung dafür zu stimmen, dass sich diese erfolgreiche Politik fortsetze, widergespiegelt“.⁴³

3.2 Widersprüche zwischen Erfolgsmeldungen und Stimmung der Bevölkerung

Ungeachtet der unübersehbaren wirtschaftlichen und Versorgungsprobleme, der allgemeinen politischen wie gesellschaftlichen Stagnation und der beginnenden Massenflucht über Ungarn in Richtung Bundesrepublik Deutschland sahen die Agitatoren der Partei keinen Grund, ihren von der Bevölkerung kaum ernst genommenen Kurs der Verklärung der Lage zu ändern. Von der Realität kaum getrübt Erfolgsmeldungen begleiteten die DDR bis zur Revolte des Herbstes 1989. Dabei war es durchgängiges Argumentationsmuster der SED, einen aus ihrer ideologischen Vorstellungswelt des „weltweiten Klassenkampfes beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ abgeleiteten, in der Realität nicht vorhandenen „Klassenfeind“ für Pannen und Misserfolge verantwortlich zu machen. So stellte zum Beispiel der Vorsitzende des Rates des Kreises, Heinz Küttner, bei einer Schulung der Bürgermeister Anfang Juli 1989 fest, dass die „führende Rolle“ der SED vom „Klassenfeind untergraben“ werden solle, wie dies bereits in Polen, Ungarn und ansatzweise auch in der Sowjetunion geschehe.⁴⁴

Nach den Kommunalwahlen war der 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 das nächste politische Großereignis in der DDR. Daten wie diese wurden von der SED stets genutzt, um die Bevölkerung zu zusätzlicher Arbeit und politischer wie gesellschaftlicher Mitarbeit im Rahmen des Systems zu motivieren. Verantwortlich für die Suggestierung vermeintlicher Vorzüge und Fortschritte des Regimes war im Kreis Oschatz vor allem die Abteilung Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung. Diese berichtete am 12. Juli 1989 über „Maßnahmen zur Gestaltung der Sichtagitation in den Städten und Gemeinden des Kreises in Vorbereitung des 40. Jahrestages der Gründung der DDR“.⁴⁵ Zentrale Aufgabe der Agitation und Propaganda sei die Mobilisierung der Werktätigen und Bürger für eine allseitige Stärkung der DDR, die weitere Gestaltung des Sozialismus in den Farben der DDR sowie die Darstellung der „Entstehung des sozialistischen Vaterlandes unter härtesten

43 Wahlanalyse, o. D. (SächsStAL, SED IV F-4/10/053).

44 Handschriftliches Protokoll der Bürgermeisterdienstberatung beim RdK Oschatz am 3. 7. 1989 (ASO, 363).

45 Bericht der SED-KL Oschatz vom 12. 7. 1989 über Maßnahmen zur Gestaltung der Sichtagitation (SächsStAL, SED IV F-4/10/057).

Klassenkampfbedingungen“. Im Maßnahmenkatalog hieß es, von zentraler Bedeutung sei „die Propagierung der erfolgreichen Bilanz als Ergebnis eines von der Partei der Arbeiterklasse geführten, im festen Bündnis mit allen gesellschaftlichen Kräften gestalteten Prozesses tiefgreifender politischer, ökonomischer, geistig-kultureller und sozialer Wandlungen“. Durch eine wirkungsvolle Sichtwerbung sei bei allen Werktätigen die „Liebe zum sozialistischen Vaterland, der Stolz auf das Erreichte und die Bereitschaft, durch tägliche fleißige und schöpferische Arbeit die Politik der SED zum Wohle der Menschen und für den Frieden weiterhin erfolgreich zu realisieren sowie persönliche Konsequenzen für den Schutz der DDR tiefer auszuprägen“. Dazu sollten gemäß ästhetischem Empfinden der SED-Funktionäre Fahngruppen, „Gestaltungselemente, die Symbole des Friedens, der DDR, der Freundschaft, Aufsteller mit bunten Bändern, Wimpelketten u. a.“ angebracht werden, mit denen „Optimismus, Lebensfreude und Schönheit des Sozialismus“ hervorgehoben werden sollten. Die Parteizeitungen waren mit ideologischen Floskeln gefüllt, die selbst viele SED-Mitglieder kaum noch nachvollziehen konnten.

Auch die Angehörigen der Volkspolizei wurden in diesem propagandistischen Stil geschult. Der Leiter des Volkspolizeikreisamtes Oschatz, VPOberstleutnant Harry Schmidt, trug am 22. Juni einen Arbeitsplan für das 2. Halbjahr 1989 vor, der im Sprachstil der Abteilung Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung abgefasst war und in dem die Volkspolizei als politisches Instrument der SED beschrieben wurde. Hier hieß es, die Arbeit der Volkspolizei im Kreis sei „auf die weitere Vorbereitung des XII. Parteitages der SED auszurichten“. Alle Leiter, Vorgesetzten und die Parteiorgane sollten ihre Anstrengungen darauf richten, „die führende Rolle der SED in den Dienststellen unablässig zu erhöhen“, das Vertrauen in die Politik der SED auszuprägen, eine „offensive Auseinandersetzung mit der Politik und Ideologie des Gegners zu führen“, sowie bezüglich der Befürworter einer Demokratisierung der Gesellschaft „ein klares Feindbild zu vermitteln“.⁴⁶ In diesem Zusammenhang musste es die SED-Funktionäre besonders beunruhigen, dass sie sich trotz klarer Bestimmungen für innenpolitische Krisensituationen⁴⁷ nicht mehr uneingeschränkt auf die innere militärische Absicherung ihres Regimes verlassen konnten. So konstatierte Schmidt in einem Bericht über den „Stand der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der Kampfgruppen der Arbeiterklasse im Kreis Oschatz“ der SED-Kreisleitung Oschatz gegenüber ernüchert, die Kampfkraft sei gering und den „Kämpfern“ werde

46 Arbeitsplan des Leiters des VPKA Oschatz für das 2. Halbjahr 1989. 22.6.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4807).

47 In der Anlage des Statuts der Einsatzleitungen war der Einsatz von Militär im Falle innenpolitischer Unruhen geregelt. Vgl. DDR. Nationaler Verteidigungsrat: Statut der Einsatzleitungen der DDR vom 27.10.1981 (mit Wirkung vom 1.1.1982), Anlage 1 und 4. GVS-Nr. A 473 500. In: Sächsischer Landtag, 1. WP, Drucksache 1/4897: Beschlussempfehlung und Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmissbrauch infolge der SED-Herrschaft, Anlage.

der Sinn ihrer Tätigkeit nicht mehr deutlich.⁴⁸ Schmidt verließ sich offenbar nicht mehr auf die offiziellen Erfolgsmeldungen der Parteisekretäre der Betriebe an die SED-Kreisleitung, wonach die Mitglieder der Kampfgruppen „bis auf ganz wenige Ausnahmen, ohne wenn und aber, zu ihrem geleisteten Eid“ stünden.⁴⁹ Wie Recht er jedoch hatte, zeigte sich, als bei den Demonstrationen Mitte Oktober in Leipzig und Karl-Marx-Stadt ganze Einheiten der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ den befohlenen Einsatz gegen die Demonstranten verweigerten. Als besonders problematisch wurden im Juni 1989 die Kampfgruppen der LGP Laas und des VEB Trockenwerk Oschatz eingeschätzt. Aber auch in den Einheiten der „Kreiskampfkräfte“ entdeckte Schmidt Missstände. So blieben 31 „Kämpfer“ bei planmäßigen Ausbildungsmaßnahmen unentschuldig fern. Eine hundertprozentige Strukturstärke und einsatzfähige Reserve war somit nicht mehr vorhanden. Ebenso war der fünfprozentige Frauenanteil nicht gewährleistet. Zwei ehemalige Angehörige der 15. Kampfgruppenhundredschaft hatten Straftaten gegen die staatliche Sicherheit begangen. Im Alarmablauf traten Verzögerungen auf, weil sich Alarmunterführer nicht abgemeldet hatten, die Stellvertreter mangelhaft eingewiesen und Kämpfer nicht erreichbar waren. Der Anteil der SED-Mitglieder war zurückgegangen. Von dreizehn neu aufgenommenen „Kämpfern“ gehörten nur noch sieben der SED an. Es war schwer, Lehrgangsteilnehmer für die Kampfgruppenschule zu gewinnen, und die Auflagen des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung wurden nicht in vollem Umfang erfüllt. Vor diesem Hintergrund forderte Schmidt zur Absicherung des Regimes von allen Kommandeuren und Unterführern eine „straffe militärische Disziplin und Ordnung bei allen Maßnahmen der politischen und Gefechtsausbildung“.⁵⁰ Noch aber reichte der Volkspolizei des Kreises ihre normale Polizeiausbildung. In den VP-Lagefilmen des Sommers 1989 ging es nicht um politische Delikte, sondern um Schlägereien, Sittlichkeitsdelikte, Suizide, Fahren unter Alkohol, Diebstahl, Verkehrsunfälle, kleinere Brandherde und ähnliches. Hierbei zeigen die Lagefilme freilich eine erheblich höhere Kriminalitäts- und Unfallrate als in offiziellen DDR-Darstellungen angegeben.⁵¹

Um die Sicherung der „führenden Rolle“ der SED ging es auch bei einer Sitzung der SED-Kreisleitung am 14. Juli.⁵² Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Karl-Heinz Buschmann, umriss unmissverständlich und prägnant die Grundpositionen der SED: „Die Partei hat immer recht, unser Weg wird von

48 Bericht über den Stand der Kampfkraft der Kampfgruppen im Kreis Oschatz vom 22. 6. 1989 (SächsStAL, SED F-4/10/055).

49 Information der SED-KL Oschatz über die Beratung mit den Parteisekretären vom 3. 10. 1989 (ebd. 060).

50 Bericht über den Stand der Kampfkraft der Kampfgruppen im Kreis Oschatz vom 22. 6. 1989 (ebd. 055).

51 Vgl. Lagefilm des VPKA Oschatz vom 5.-6. 8. 1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz, 4760). Dort weitere Lagefilme.

52 Referat zur 5. Sitzung der SED-KL Oschatz am 14. 7. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/007).

Erfolgen gesäumt, der Feind ist der ideologische Klassengegner.“ Buschmann erklärte, die Werktätigen stimmten den Beschlüssen der Kreisparteiorganisation zu. Die bisherige Politik habe zu einem „tiefen Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk“ geführt. Die SED verfüge über eine „im Leben bewährte, weit in die Zukunft reichende Gesellschaftsstrategie“. Unter ihrer Führung werde eine Arbeit geleistet, die durch Optimismus, Zuversicht und Realismus gekennzeichnet sei. Alle Kräfte richteten sich darauf, die führende Rolle der SED weiter auszuprägen. Die Werte des Sozialismus seien im Volk fest verankert. Die Gegner des Sozialismus würden nichts unversucht lassen, den Sozialismus zu schwächen oder ganz zu beseitigen. Vor allem unter dem Deckmantel der Kirche betrieben Kräfte ihr Handwerk, die der DDR feindlich gegenüberstünden. Es gelte daher, diesen „Nörglern“ entgegenzutreten. Man werde, so der mächtigste Funktionär des Kreises, all jenen eine entschiedene Abfuhr erteilen, die unter der Fahne der „Erneuerung“ die Beseitigung des Sozialismus anstrebten. Buschmann verwies auf die Vorgänge in Peking, wo „aufgeputzte Kräfte Straßensperren errichteten, unbewaffnet eingesetzte Soldaten von Fahrzeugen zerrten und zu Tode prügeln“ sowie „Militärangehörige sogar gelyncht und aufgehängt worden“ seien. Es habe einen „offenen konterrevolutionären Aufruhr“ gegeben, bei dem es um die Frage „wer – wen“ gegangen sei. Die vorbildliche Haltung der „chinesischen Genossen“ habe keinen Zweifel gelassen: „Die Macht des Sozialismus ist unantastbar.“ Dieser Haltung „stimmen wir unteilbar zu“. Indem die SED-Kreisleitung den „Klassenfeind“ als Ursache allen Übels ausmache, bewies sie den hohen Grad ihres ideologisch bedingten Realitätsverlustes und ihre damit einhergehende Unfähigkeit, mit der Krisensituation im Kreis auch nur annähernd pragmatisch umzugehen.

In der Bevölkerung stieß ihre Strategie, alle Fehler und Mängelercheinung dem fiktiven „Klassenfeind“ in die Schuhe zu schieben, auf wenig Resonanz. Hier kollidierten die ideologischen Floskeln der privilegierten Parteifunktionäre oft fundamental mit der alltäglichen Lebenswirklichkeit. Bis in Parteikreise hinein war die Bevölkerung mit den Lebensverhältnissen unzufrieden. Die schlechte Versorgungslage und Probleme in wirtschaftlichen Bereichen bildeten ständige Gesprächsthemen. Trotz offizieller Erfolgsmeldungen fanden die Probleme Eingang in die internen Berichte der SED-Kreisleitung an die Bezirksleitung Leipzig. So klagten am Tag der Erntebereitschaft sämtliche LPGen, dass die Ersatzteilversorgung schlechter geworden sei. In der LPG Oschatz fehlte seit einem Dreivierteljahr eine Achse für einen dringend benötigten Lkw. In der LPG Niedergoseln konnten mehrere Traktoren der Marke ZT 300 nicht zum Stroheinfahren eingesetzt werden, weil Auspuffrohre fehlten. Zwei Kräne der Getreidewirtschaft standen wegen Motor- und Getriebeschaden still. Angesichts der maroden Wirtschaft in der gesamten DDR konnte auch der Rat des Bezirkes in einer Situation keine Abhilfe schaffen, in der das verlustlose Einbringen der Ernte oberstes Gebot war. Eine Folge der wirtschaftlichen Misere war die völlig unzureichende

Versorgung selbst mit Grundnahrungsmitteln. Ältere Genossen klagten darüber, dass Trauersachen kaum zu erwerben seien. Die werktätigen Frauen, besonders in den ländlichen Gebieten, beschwerten sich darüber, dass es nicht bis zum Ladenschluss Brot, Brötchen, Fleisch- und Wurstwaren zu kaufen gebe und die Versorgung mit Textilerzeugnissen und Schuhen der Jahreszeit entsprechend ungenügend sei. „Mitarbeiter und Genossen“ im Gesundheitswesen kritisierten, dass Medikamente und Verbrauchsmaterialien, unter anderem im Dentalbereich, fehlten. Die Apotheken hätten lange Wartezeiten bei der Auslieferung.⁵³ In einem Bericht von Anfang August hieß es, seit Jahren würden „Schwerpunktaufgaben bei den Arbeits- und Lebensbedingungen verschleppt“, die Kosten seien zu hoch, Neuerervorschläge würden im VEB Sägewerk Oschatz und in den Kliniken Hubertusburg nur schleppend bearbeitet, die Genossenschaftsbauern der LPG Laas beschwerten sich, dass Ersatzteile für die Erntetechnik fehlten, in den Gemeinden Glossen und Lonnewitz gebe es Hochwasserschäden, die man hätte verhindern können. Mitarbeiter des Meliorationsbaus klagten darüber, dass ein Traktor der Marke T 174 wegen zahlreicher Mängel monatelang nicht zum Einsatz gekommen sei. In Oschatz sei die Versorgung mit Backwaren, Brot und Brötchen ungenügend. Die Frauen müssten während der Arbeitszeit einkaufen gehen, um noch etwas zu erhalten.

Auch die Fragen zum Bau eines Kernkraftwerkes hielten an. Die kirchlichen Amtsträger stellten bewusst die Frage nach der Energiepolitik des Staates und vertraten die Auffassung, die Industrie sollte Energie einsparen, statt ein neues Kernkraftwerk zu errichten. Es bleibt das Geheimnis der Autoren des Berichtes vom 7. August, wie sie dennoch resümieren konnten, das Stimmungsbild unter den Werktätigen und Bürgern sei im Berichtszeitraum „maßgeblich von der Abrechnung und Bilanzierung der im ersten Halbjahr 1989 erreichten Ergebnisse beim Kampf um die Planerfüllung und der eingegangenen Zusatzverpflichtungen geprägt“ gewesen. Dabei sei in der Diskussion in zahlreichen Partei- und Arbeitskollektiven immer wieder „der Stolz der Genossen und Werktätigen auf die bisher erreichten Ergebnisse“ zum Ausdruck gekommen.⁵⁴ Trotz ihres Stolzes über die uneingeschränkte Zustimmung der Bevölkerung vergaß die SED aber auch im August nicht, das gesellschaftliche Leben im Kreis völlig zu kontrollieren und zu reglementieren. Dass selbst harmlose kulturelle Privatveranstaltungen zu hintergründigen Aktionen der SED-Sicherungsorgane führten, zeigt eine zentrale Meldung des Volkspolizeikreisamtes Oschatz vom 5. August. Hier wurde vermerkt, dass in den Orten Luppä, Calbitz und Malkwitz „nichtunterschiedene Plakate“ aushingen, auf denen für den Nachmittag des Tages zu einem privaten „Volksfest auf der Festwiese in Malkwitz“ eingeladen wurde. Hier

53 Berichte der SED-KL Oschatz über Stimmungen und Meinungen der Werktätigen vom 11. und 19. 7. 1989 (ebd. 056).

54 Berichte der SED-KL Oschatz über Stimmungen und Meinungen der Werktätigen vom 7. 8. 1989 (ebd.).

wollte sich das Akkordeonorchester „Klingende Harmonikafreude“ präsentieren. Da das sommerliche Harmonikaspielen nicht angemeldet worden war, wurden zunächst Erkundigungen beim SED-Bürgermeister Lehmann eingeholt, der ebenfalls nichts wusste. Schließlich wurde der VP-Hauptmann Lotter beauftragt, die Veranstaltung in Malkwitz in Zivil zu überprüfen. Der Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Schmidt, sorgte wie immer dafür, dass „alle Maßnahmen mit MfS abgestimmt“ wurden.⁵⁵ Anders als die Volkspolizei war das MfS klug genug, im Herbst 1989 sämtliche Unterlagen zu vernichten, die Zeugnis davon ablegen, wie penetrant und bürgerfeindlich mit jeder gesellschaftlichen Aktivität umgegangen wurde, über die die SED nicht die vollständige Kontrolle besaß. Der Lagefilm dieses Tages zeichnet ansonsten die üblichen, in der DDR freilich verschwiegenen, Delikte dieses Tages auf. Dazu gehörten Reifenbrände, Schlägereien, Verkehrsunfälle, Sittlichkeitsdelikte, Diebstahl, Fahren unter Alkohol und – in der selben Rubrik – „Nicht-Rückkehr“ aus der Bundesrepublik.

Dass die Schere zwischen offiziellen Erfolgsmeldungen und intern zunehmender Kritik an den allgemeinen Missständen bis in die engsten Parteikreise sich weiter öffnete, machte ein „Agitatorenforum“ am 10. August deutlich, bei dem es zu einer bislang kaum möglichen, kritischen Diskussion der krisenhaften Lage kam. Teilnehmer waren unter anderem Agitatoren und Parteisekretäre der POS „Ernst Schneller“, der POS „Karl Liebknecht“, der EOS „Thomas Mann“, der Kindergärten und -krippen, des Konsums, des Kreiskulturhauses und mehrerer Betriebe und Genossenschaften.

Der Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung, Günter Schmidt, berichtete nach der Zusammenkunft, bei der einstündigen Diskussion habe eindeutig eine Negativtendenz überwogen. So habe ein Genosse nach seinem Referat erklärt, die Probleme in den Betrieben seien ganz anders als von Schmidt dargestellt. Man verfüge nur noch über veraltete Maschinen, die Werktätigen seien verbittert, die Versorgungsfrage müsse gründlicher analysiert und die Arbeit mit der Jugend durch die FDJ-Kreisleitung verbessert werden. Andere Schulungsteilnehmer erklärten, die Wartezeiten auf Pkw seien zu lang. Nur mit Ideologie käme man heute bei den Menschen nicht mehr an. Durch Feierabendarbeit und Aufkaufpreise sei viel Geld unter den Leuten, für das es aber in den Geschäften keine Waren gebe. Versammlungsleiter Schmidt protokollierte: „Daran entzündete sich eine teilweise durch Genossin Lenhardt und Genossin Gasch hysterisch ausartende Diskussion, die schwer unter Kontrolle zu bringen war.“ Die teilnehmenden SED-Agitatoren beklagten aber noch weitere Missstände. So gebe es auf dem Gemüsemarkt außer Kraut, Tomaten und Gurken nichts zu kaufen. Wer erst nach der Arbeit einkaufen könne, bekomme auch diese Waren kaum noch. Nach Ungarn führen die Leute nur, weil sie mal wie im Westen einkaufen wollten. Um sich Geld dafür zu beschaffen, komme es zu Schiebereien. Im

55 VPKA Oschatz, Lagefilm 5.-6.8.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

Zusammenhang mit der Massenflucht wurde sarkastisch gefragt, weshalb keine Bürger aus dem Westen in die DDR übersiedeln wollten, wo es doch angeblich soziale Geborgenheit gebe. Geklagt wurde auch über Produktionsprobleme im VEB Technische Filze. Hier fehlten Garne für die Produktion. Die Diskussion war insofern bemerkenswert, als es sich bei den Diskutanten nicht etwa um erklärte Gegner der Diktatur handelte, sondern um kommunistische Agitatoren, deren Aufgabe es eigentlich war, die herrschende Ideologie unters Volk zu bringen. Die Verhältnisse vor Ort waren aber inzwischen so deprimierend, dass selbst die mehr oder weniger überzeugten Anhänger des Regimes schwer die Augen davor verschließen konnten. In seinem Bericht kommentierte Schmidt konsterniert: „Nur mein konsequentes Einschreiten verhinderte ein Ausbreiten und erzielte einstweiligen Abbruch dieser Diskussion“.⁵⁶ Es veranschaulicht die Lage im August 1989, dass der führende Agitator des Kreises mit seinen Argumenten sogar bei seinen engsten Propagandamitarbeitern scheiterte.

Die Unzufriedenheit selbst in den Reihen der SED war aber nicht neu, sondern schwelte bereits geraume Zeit. Schon im Umfeld der Kommunalwahlen im Mai hatte es kritische Stellungnahmen aus den Reihen der „Avantgarde des Proletariats“ gegeben. So beschwerte sich der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Oschatz, Karl-Heinz Buschmann, am 11. Mai bei der SED-Bezirksleitung Leipzig über die Grundorganisation Laas.⁵⁷ Hier habe die Kreispartei kontrollkommission verschiedene „Missstände“ aufgedeckt. Unter den Genossen gebe es „liberales und parteischädigendes Verhalten“, als Mandatsträger vorgeschlagene Genossen übten sich in „übermäßigem Alkoholgenuß“, es gebe „Tendenzen großer Unterschätzung der politisch-ideologischen Arbeit“ und „ernsthafte Mängel im innerparteilichen Leben“. Dem Sekretär der Parteiorganisation, Siegfried Burkhardt, sei deswegen eine „Rüge“ ausgesprochen worden. Burkhardt, zugleich Mitglied der SED-Bezirksleitung und Vorsitzender der LPG Laas, habe zugegeben, dass er seiner Verantwortung gegenüber seiner Parteiorganisation nicht voll gerecht geworden sei. Noch glaubte die SED-Führung des Kreises – wie ihre Führung in Berlin –, die Probleme in den Griff zu bekommen. Ende August, rund einen Monat vor den revolutionären Ereignissen in Berlin, Dresden, Leipzig und anderen Städten, erklärte der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises Oschatz, Harald Dinter, man werde in Ordnung bringen, „was noch nicht in Ordnung ist“. Dazu werde man die Leitungstätigkeit in der Volkswirtschaft verbessern und „Festlegungen zur erhöhten Autorität und Wirksamkeit der örtlichen Volksvertretungen“ einleiten. Der Kreis habe neunzig Prozent der Kennziffern der Leistungsbewertung erfüllt, ebenso hät-

56 Information des Leiters der Abteilung Agitation und Propaganda bei der SED-KL Oschatz, Günter Schmidt, vom 11. 8. 1989 (SächsStAL, SED F-4/10/086).

57 Brief des 1. Sekretärs der SED-KL Oschatz, Karl-Heinz Buschmann, an den 1. Sekretär der SED-BL Leipzig, Horst Schumann, vom 11. 5. 1989 (ebd. 069).

ten alle Betriebe ihre staatlichen Auflagen und die Planaufgabe der industriellen Warenproduktion bis Ende Juli 1989 mit 104,1 Prozent übertroffen.⁵⁸

3.3 Kirche als kritisches Pendant zum Staat

Angesichts der drängenden politischen wie gesellschaftlichen Probleme wuchs im Kreis Oschatz vor allem die Evangelisch-Lutherische Kirche immer mehr in die Rolle eines Sachwalters von Veränderungen hinein. Noch vor kirchlichen Kritiken an den Modalitäten der Einheitslistenwahl Anfang Mai 1989 machte sich kirchlicher Widerstand gegen die diktatorische Politik der SED am geplanten Bau eines Kernkraftwerkes⁵⁹ bei Dahlen fest. Seit Anfang des Jahres 1989 hatte sich in der Region die Nachricht verbreitet, dass in der Nähe von Dahlen, beim Ortsteil „Schwarzer Kater“, ein Kernkraftwerk gebaut werden sollte. In einem Schreiben vom 13. März berichteten daraufhin Superintendent Kupke sowie alle Pfarrer der Ephorie Oschatz und der Pfarrer von Börln über das Gerücht und wiesen auf entsprechende Ängste in der Bevölkerung hin. Vielen Menschen erscheine die friedliche Nutzung der Kernkraft längst nicht mehr so problemlos wie noch vor zehn Jahren. Die Pfarrer baten deshalb den Rat des Kreises um einen Meinungsaustausch mit den Menschen im Territorium und um umfassende Informationen zum augenblicklichen Sachstand.⁶⁰ Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Karl-Heinz Buschmann, informierte die SED-Bezirksleitung umgehend über das Schreiben mit insgesamt zwanzig Unterschriften von Pfarrern.⁶¹ Das Protestschreiben sorgte im Staatsapparat für erhebliche Aufregung, sollte das Thema Kernenergiegewinnung wegen seiner Brisanz in der Öffentlichkeit doch überhaupt nicht diskutiert werden. Gemeinsam beschlossen der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, der Vorsitzende des Rates des Kreises und der Leiter der Kreisdienststelle des MfS, die Unterzeichner zum Gespräch einzuladen. Dabei sollten diese über die Energiepolitik der DDR und darüber informiert werden, dass sich die Nutzung der friedlichen Kernenergie in der Region noch in der Prüfungsphase befinde. Superintendent Kupke nutzte den Anlass, um dem Rat des Kreises am 5. April weitere Themenvorschläge der Pfarrer mitzuteilen, die bei künftigen Begegnungen behandelt werden sollten. Dazu gehörten das Gesundheitswesen, die Altersversorgung, die Wahlpraxis, die Ausreiseproblematik und fehlende Reisemöglichkeiten. Beim Gespräch mit den Pfarrern am 21. April beim Rat des Kreises bestätigten die Funktio-

58 Bericht des 1. Stellvertreters des Vorsitzenden des RdK Oschatz vom 31. 8. 1989 (AL-TO, 358 B).

59 In der DDR war eher der Begriff „Kernkraft“ üblich, in der Bundesrepublik „Atomkraft“.

60 Schreiben der Pfarrer des Kirchenbezirkes Oschatz an den RdK Oschatz vom 13. 3. 1989 (SächsStAL, SED F-4/10/069).

61 Schreiben des 1. Sekretärs der SED-KL Oschatz, Karl-Heinz Buschmann, an den 1. Sekretär der SED-BL Leipzig, Horst Schumann, vom 17. 3. 1989 (ebd. 0690).

näre, dass es Überlegungen für ein Kernkraftwerk in der Region gebe, aber auch andere Standorte geprüft würden. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. Kernkraftwerke seien zur Energiegewinnung besonders günstig. Sie arbeiteten umweltfreundlicher als Kohlekraftwerke, und die Tendenz gehe weltweit in diese Richtung. Außerdem verfüge man über kompetente Fachleute, denen die Pfarrer voll vertrauen könnten. Die Pfarrer sprachen weitere Fragen des Umweltschutzes an, etwa die Reinheit des Trinkwassers oder die wilden Deponien im Kreisgebiet. Zur Sprache gebracht wurden aber auch die zahlreichen Probleme im Gesundheitswesen. Seitens des Staates musste man konstatieren, dass das Gespräch nicht das gewünschte Ergebnis hatte.⁶² Dass die Kirche kaum zu beeinflussen war, wurde auch deutlich, als das Volkspolizeikreisamt am 6. Mai, einen Tag vor der Kommunalwahlfarce, erneut registrieren musste, dass ein Pfarrer gegen den Bau des Kernkraftwerkes aufgerufen hatte und für den 2. Juni eine Fahrraddemonstration angekündigt wurde.⁶³ Da den Kirchenvertreter die allgemeinen Beschwichtigungsformeln nicht ausreichten, plante die Evangelisch-Lutherische Kirche in Börln bei Dahlen ein Umwelttreffen, auf dem gegen das Kernkraftwerk protestiert werden sollte. In einem Gespräch am 30. Mai drohte daraufhin ein Vertreter des Rates des Kreises damit, der Staat könnte den bevorstehenden Kirchentag in Leipzig verbieten, sollte das Treffen stattfinden.⁶⁴ Superintendent Kupke wies die Drohungen zurück und erklärte, die ökologische Arbeit der Kirche sei eine Form der Mitarbeit, über die der Staat dankbar sein sollte. Die Kirche könne sich ihre Themen nicht vom Staat vorgeben lassen. Es wäre besser, wenn der Staat die Ursachen für die zahlreichen gesellschaftlichen Konflikte bei sich selbst suchte. Es sei an der Zeit, mit den Bürgern über gesellschaftliche Missstände zu sprechen. Er empfahl den Funktionären, den Ökologiekreis der Kirche zu besuchen, um sich mit den dort diskutierten Problemen vertraut zu machen. Die Tatsache, dass sich der Vertreter der Kirche nicht einschüchtern ließ, zeigte auch die bei anderer Gelegenheit geäußerte Kritik an der Wohnungsbaupolitik des SED-Staates. Das Wohnungsproblem, so Kupke, wäre eher lösbar gewesen, hätte der Staat weniger Geld in den Leistungssport und in Repräsentationsbauten gesteckt.⁶⁵

Trotz staatlicher Drohungen kam es am 11. Juni 1989 zum angekündigten Gemeindetag in der Kirche in Börln. Die Gemeinde gehörte wegen der nicht deckungsgleichen Grenzen zum Kirchenbezirk Wurzen, staatlich aber zum Kreis Oschatz. Die staatlichen Stellen observierten die Veranstaltung und stellten sich auf Vorkommnisse ein. Da der Leiter des Volkspolizeikreisamtes Oschatz, Oberstleutnant Schmidt, meinte, dass angesichts der nicht geneh-

62 Gedächtnisprotokoll von Martin Kupke über das Gespräch beim RdK Oschatz am 30. 5. 1989 (HAIT, Martin Kupke).

63 VPKA Oschatz, Lagefilm 6.-7. 5. 1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

64 Gedächtnisprotokoll von Martin Kupke über das Gespräch beim RdK Oschatz am 30. 5. 1989 (HAIT, Martin Kupke).

65 Gedächtnisprotokoll von Martin Kupke über das Gespräch beim RdK Oschatz am 14. 7. 1989 (ebd.).

migten kirchlichen Veranstaltung „die eigenen Kräfte und Mittel nicht ausreichend“ seien, forderte er bei der BDVP Leipzig einen Zug kasernierte Volkspolizeibereitschaft (1:3:18) mit Megaphon, drei FStW Schutzpolizei und ein UFS mit Netzteil an.⁶⁶ Auch die SED machte mobil. In einem Bericht der SED-Kreisleitung an die SED-Bezirksleitung Leipzig hieß es, die Arbeitsbereitschaft des Apparates der Kreisleitung sei angesichts des Treffens um 8.00 Uhr hergestellt gewesen. Man habe eine Informationsgruppe und eine Operativgruppe gebildet. Das Zusammenwirken mit der SED-Kreisleitung im benachbarten Wurzen sei durchgängig gesichert gewesen. Der Gemeindegottesdienst sei jedoch, so hieß es später, ohne besondere Vorkommnisse verlaufen, die öffentliche Ordnung und Sicherheit jederzeit gewährleistet gewesen. Es hätten sich 350 Erwachsene und 120 Kinder beteiligt. In der Kirche habe man Armabänder mit dem Aufdruck „Kernkraft? – nein danke!“ hergestellt. Nach dem Ende der kirchlichen Veranstaltung gegen 15.20 Uhr hätten die Teilnehmer den Veranstaltungsort in kleineren Gruppen verlassen. Gegen 17.00 Uhr habe man einen Bürger aus Torgau gestellt, der einen Aufsteller mit der Aufschrift: „Es lebe Börln. Hier kein Kernkraftwerk“ auf der Straße angebracht hatte. Im Bericht heißt es dann weiter: „Durch die zuständigen Organe wird an der weiteren Aufarbeitung gearbeitet. Die durch das Sekretariat festgelegten Maßnahmen haben sich bewährt. Die Arbeit der Operativgruppe und der Informationsgruppe wurde 18.00 Uhr beendet.“⁶⁷ Die Tatsache, dass ein kleines christliches Ökotreffen den Einsatz der Volkspolizei, des MfS und der SED-Kreisorganisation auslöste, zeigt, wie nervös der SED-Staat auf jede abweichende Meinungsäußerung reagierte.

Observiert wurden aber auch andere kirchliche Aktivitäten. So wurde bei einer Dienstberatung der Bürgermeister beim Rat des Kreises Oschatz am 3. Juli über den bevorstehenden Kirchentag in Leipzig informiert. Superintendent Kupke vom Kirchenbezirk Oschatz leitete dort die Gesprächsgruppe im katholischen Gemeindezentrum St. Bonifazius mit dem Thema: „Die DDR und die Ausländer“.⁶⁸ Die Vertreter des Staates wurden aufgefordert, am kommenden Wochenende an der Veranstaltung teilzunehmen.⁶⁹ Tatsächlich beteiligten sich an der Gesprächsgruppe mehrere Oschatzer, die an sich über keine kirchlichen Kontakte verfügten. Bis unmittelbar vor dem Ende des kommunistischen Regimes registrierte der Staatsapparat jede kritische Äußerung aus den Reihen der Kirchen. So ging der Vorsitzende des Rates des Kreises Oschatz, Heinz Küttner, in einem Bericht an die SED-Kreisleitung am 12.

66 VPKA Oschatz, Kommandierung 69/89: Sicherung des zentralen Zuführungspunktes der BDVP zum Ordnungseinsatz Kirchenkongress/Kirchentag 4. 7. 1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4820). Die Unterlagen des MfS wurden vernichtet, so dass das Ausmaß der Observierung und Durchsetzung nicht mehr festgestellt werden kann.

67 Schreiben der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 11. 6. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

68 In Wirklichkeit hieß das Thema: „Deutsche und Ausländer“.

69 Handschriftliches Protokoll, ohne Unterschrift, vom 3. 7. 1989 (ASO, 363).

September ausführlich auf die kritische Haltung der Kirchenvertreter ein.⁷⁰ Bei Gesprächen über die Abrüstung erklärten diese, die sozialistischen Staaten besäßen bei den konventionellen Waffen ein Übergewicht, daher sei hier eine größere Abrüstung nötig als bei der NATO. Im Zusammenhang mit dem möglichen Bau eines Kernkraftwerkes in Börln hätten die Pfarrer zum Teil provokatorisch gefordert, den Bau von Kernkraftwerken generell zu stoppen, und kritisiert, dass die staatlichen Stellen die Bevölkerung unzureichend informierten. Solche Auffassungen würden vor allem von Superintendent Kupke und den Pfarrern Rudolf Hesse aus Wellerswalde, Gerhard Hemmann aus Schmannewitz, Andreas Markert aus Wermisdorf, Jürgen Schneider aus Börln und dem katholischen Pfarrer Peter Müller aus Oschatz vertreten. Diese seien auch der Meinung, dass in der DDR „Reformen“ und eine „bessere Demokratie“ nötig seien. Im Blick auf die Kommunalwahlen hätten manche Pfarrer „regelrecht Erläuterungen“ verlangt, wie ein Stimmzettel mit „Nein“ auszusehen habe. Dazu gehörten neben den Genannten auch die Pfarrer Matthias Ellinger aus Mahlis, Wolfgang Tischendorf aus Sörnzig, Michael Leonhardi aus Luppä und Wolfgang Ullrich aus Terpitz. Nach der Kommunalwahl hätten die Pfarrer offene Zweifel an der Richtigkeit des Wahlergebnisses geäußert. Superintendent Kupke habe in einem Gespräch gegenüber dem Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres und dem Mitarbeiter für Kirchenfragen erklärt, dass er auf eine Reaktion des Staates warte, gebe es doch in der Bevölkerung Zweifel an der Richtigkeit des Wahlergebnisses. Er halte die Wahlen in der DDR sowieso für undemokratisch. Es sei an der Zeit, das Wahlsystem „nach sowjetischem Muster“ zu ändern.⁷¹ Angesichts der allgemeinen Stagnation der Gesellschaft nach vierzig Jahren totalitärer SED-Diktatur übernahmen Vertreter der Kirche die Funktion eines Sachwalters gesellschaftlicher und politischer Veränderungen. Diese Aufgabe bestimmte von nun an ihre Funktion während des gesamten revolutionären Umbruchprozesses im Kreis Oschatz.

70 Schreiben des RdK Oschatz vom 12.9.1989 an das Sekretariat der SED-KL Oschatz: Bericht über Erfahrungen und Ergebnisse bei der Durchführung der Staatspolitik in Kirchenfragen im Kreis Oschatz (SächsStAL SED IV F-4/10/059).

71 Ebd.

4. Die friedliche Revolution im Kreis Oschatz

4.1 Entwicklungen im Umfeld des 40. Jahrestages der DDR-Gründung

Von Beginn an standen die Herbstereignisse im Kreis Oschatz im engen Wechselverhältnis zur allgemeinen Entwicklung in der DDR – und darüber hinaus – sowie in direkter Beziehung zur Entwicklung in der Bezirksstadt Leipzig. Zahlreiche Einwohner des Kreises beteiligten sich an den dortigen Friedensgebeten und Montagsdemonstrationen. Am 28. August kamen in der Leipziger Nikolaikirche über tausend Menschen zum Friedensgebet zusammen. Superintendent Friedrich Magirus kritisierte, dass sich die Partei- und Staatsführung der DDR nicht genügend Gedanken über die wahren Ursachen für die wachsende Fluchtwelle mache. Nach dem Friedensgebet formierte sich ein Demonstrationzug, aus dem heraus Versammlungs- und Reisefreiheit und andere Veränderungen gefordert wurden. Die Friedensgebete wirkten von Anfang an als öffentliche Klagemauer mit großer Resonanz und wirkten stimulierend für die sich ausbreitende revolutionäre Stimmung in der Bevölkerung. Eine Woche später entfalteten die Bürgerrechtler nach dem Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche Plakate, auf denen zu lesen stand: „Für ein offenes Land mit freien Menschen“, „Reisefreiheit statt Massenflucht“, „Versammlungsfreiheit – Reisefreiheit“. Demonstranten riefen in die Kameras westlicher Fernsehstationen Losungen wie „Wir wollen raus“ und „Freiheit, Freiheit“.

Im Kreis Oschatz war die Lage zu diesem Zeitpunkt noch ruhig. Angesichts der Gesamtlage führte der Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Schmidt, Ende August allerdings vorbeugend Problemdiskussionen mit den Leitern der VP-Dienstseinheiten zu folgenden Fragen durch: „Wie sind aus der Sicht der politischen Führungstätigkeit die Angehörigen und Zivilbeschäftigten weiter zu befähigen, die sich aus der entstandenen Klassenkampfsituation ergebenden Anforderungen und Konsequenzen zur Erhöhung der politischen Standhaftigkeit und Wachsamkeit zu begreifen?“, „Wie ist die Klassenkampfsituation vor allem zwischen der BRD und der DDR klassenmäßig zu beurteilen?“⁷² Am 1. September folgte eine Beratung mit der Leitung des Volkspolizeikreisamtes über die „Gewährleistung einer hohen gesellschaftl. Wirksamkeit bei der komplexen Vorbeugung u. Bekämpfung von Straftaten gegen die staatl. Ordnung und Sicherheit“.⁷³ Anfang September vermerkten die volkspolizeilichen Lagefilme – die MfS-Lagefilme wurden vernichtet – vereinzelt politische Proteste. So hatte ein Schüler der zehnten Klasse in der Buswarte Halle Venissieuxer Straße folgende Sprüche angebracht: „DDR ein frühes Ende“, „Nur 40 Jahre war sie alt“ und „United States of Germany“.

72 VPKA Oschatz, Anhang zum Arbeitsplan des Leiters des VPKA für die politisch-ideologische Arbeit Monat September 1989 vom 29. 8. 1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4807).

73 VPKA Oschatz, Plan der Beratungen/Besprechungen September 1989 (ebd.).

Dazwischen hatte er ein Kreuz „wie bei einem Grabstein“ gezeichnet.⁷⁴ Vereinzelte Protestaktionen wie diese zeigten, dass es auch hier unter der Decke brodelte. Bei der Aufdeckung der Vorkommnisse arbeitete die Volkspolizei wie immer eng mit dem MfS zusammen und stimmte alle Maßnahmen mit diesem ab, wie in den VP-Lagefilmen bei politischen Delikten ausdrücklich vermerkt.⁷⁵

Offizielle Stellungnahmen und interne Berichte der Partei- und Staatsorgane signalisierten im September 1989 zunehmend die inneren Friktionen der Gesellschaft. Erfolgsmeldungen alten Stils kontrastierten mit teils recht offenen Benennungen von Missständen und des wachsenden Widerstandes in der Bevölkerung. Vor allem die Massenflucht über Ungarn wurde zu einem immer wieder reflektierten Thema. Auf einer Sonderratssitzung des Rates des Kreises am 6. September legte der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden einen Bericht nach bisherigem Muster vor, der keinerlei Anzeichen eines politischen Umdenkens zeigte. Unter dem Titel „Erfahrungen und Ergebnisse bei der Durchsetzung eines leistungsorientierten Arbeitsstils sowie dem Kampf um die allseitige Planerfüllung, einschließlich der eingegangenen Verpflichtungen und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit“⁷⁶ hieß es, der Rat des Kreises Oschatz richte seine Hauptanstrengungen unter Führung der SED-Kreisleitung auf die „konsequente Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Noch einmal wurde betont, dass der Kreis Oschatz den Plan der industriellen Warenproduktion bis zum 31. Juli mit 104,1 Prozent erfüllt habe.

Ungeachtet solcher Selbstbeweihräucherungen spitzte sich die Lage in der DDR jedoch schnell zu. Am 9. September unterzeichneten Bärbel Bohley, Rolf Henrich und Jens Reich den Gründungsaufruf des Neuen Forums unter dem Titel „Die Zeit ist reif“. Am Abend des 10. September öffnete Ungarn seine Grenze zu Österreich. Nun setzte ein gewaltiger Flüchtlingsstrom ein. Bis Ende Oktober flohen etwa 50 000 DDR-Bewohner über Ungarn Richtung Westen. Am 15. September begann in Eisenach die 5. Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR. Die Aussprachen wurden von der Ausreiseproblematik beherrscht. Landesbischof Werner Leich forderte grundlegende Reformen, vor allem eine offene Medienpolitik und ein anderes Wahlsystem. Am Rande der Synode forderten CDU-Mitglieder in einem „Brief aus Weimar“ gesellschaftliche und politische Änderungen in der DDR. Am 20. September veröffentlichte das Zentralorgan der LDPD „Der Morgen“ eine Rede des Vorsitzenden Manfred Gerlach zum 40. Jahrestag, in der dieser forderte, „neues nicht zu blockieren, sondern aufzuspüren und auf den Weg zu bringen“. Unter dem Eindruck des Reformprozesses in der Sowjet-

74 VPKA Oschatz, Lagefilm 30.-31.9.1989 (ebd. 4760).

75 Lagefilm des VPKA Oschatz vom 5.-6.8.1989: „Alle Maßnahmen mit MfS abgestimmt.“ (ebd.).

76 Bericht des 1. Stellvertreters des Vorsitzenden für den RdK Oschatz vom 31.8.1989 (ALTO, 358 B).

union hatte Gerlach schon zuvor auf die Notwendigkeit von Veränderungen im Rahmen des Systems hingewiesen.

Nach dem Vorbild der SED-Führung in Berlin sah man auch in der Oschatzer SED-Leitung die Verantwortung für die zugespitzte Lage beim „imperialistischen Klassenfeind“. Angesichts der Tatsache, dass sich im September im Kreis die Meldungen über „ungesetzliche Grenzübertritte“ drastisch mehrten, erkannte die SED-Führung Handlungsbedarf. Im Tagesbericht der SED-Kreisleitung Oschatz an die Bezirksleitung der SED in Leipzig vom 12. September hieß es, dass die Veröffentlichungen zur illegalen Ausreise von DDR-Bewohnern in den Partei- und Arbeitskollektiven sehr stark diskutiert würden. Allerdings könne ungeachtet dessen eingeschätzt werden, dass „diese von der BRD stabsmäßig organisierte Provokation gegen die DDR unter breiten Schichten der Bevölkerung mit Empörung aufgenommen“ werde. Die ungarische Regierung sei der DDR mit ihrer Verletzung der bestehenden Verträge in den Rücken gefallen. In der Partei werde besorgt gefragt, wohin das führen werde. Vor allem wurde nach einem offiziellen Standpunkt der Partei und der Regierung gerufen. „Von oben her“ müsse endlich Klarheit in die verworrenen Verhältnisse gebracht werden. Die Fehleinschätzung der Lage durch die SED zeigte auch die Diskussion, ob man die geflohenen DDR-Bürger wieder aufnehmen solle, wenn sie zurückkehrten. Einige Genossen meinten, die „Verräter“ sollten bleiben, wo sie sind. Die Vorsitzende der Jugendkommission des FDGB-Kreisvorstandes, Petra Pöge, erklärte, die von der ungarischen Regierung unterstützte und genehmigte organisierte Ausreise der DDR-Bürger stelle eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR dar. Es sei nicht in Ordnung, dass ein sozialistischer Staat den „von der BRD organisierten Menschenhandel“ unterstütze. Eine Schande sei es, dass gerade junge Leute, die in sozialer Sicherheit und Geborgenheit aufgewachsen seien, ihr „Vaterland verraten“ würden. Von Seiten der DDR müssten Maßnahmen eingeleitet werden, um solche „Nacht- und Nebelaktionen“ in Zukunft zu verhindern.⁷⁷ Unter Verantwortung des Stellvertreters des Vorsitzenden für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft wurde auch in der ZBO Oschatz-Nord eine Aussprache im Kollektiv organisiert, in deren Ergebnis die öffentliche Distanzierung des Kollektivs von einem republikflüchtigen Kollegen zu dokumentieren sei.⁷⁸ Dass derart organisierte Erklärungen nur die eine Seite der Medaille waren, zeigten illegale Aktionen ausreisewilliger Oschatzer Bürger. So wurde am 15. September „durch unbekannte Täter“ an der Rathaustreppe Oschatz eine „Schmiererei mit Forderungen zur Entlassung aus der Staatsbürgerschaft angebracht“.⁷⁹ Bereits in der Nacht hatten Unbekannte auf das Pflaster des Durchganges vom „Platz

77 Information der SED-KL Oschatz über Stimmungen und Meinungen der Werktätigen vom 12. 9. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

78 Bericht über die Sonderratssitzung des RdK Oschatz am 25. 9. 1989 (ALTO, 358 B).

79 VPKA Oschatz, Lagefilm 15.- 16. 9. 1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ zum Rathaus „Lasst uns in die BRD ihr Kommunisten“ geschrieben.⁸⁰

Am 21. September fand im Oschatzer Thomas-Müntzer-Haus eine Kreisparteiaktivtagung zur Eröffnung des Parteilehrjahres statt. Hier erklärte der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Buschmann, kurz vor dem Republikjubiläum könne mit Stolz und Freude festgestellt werden, dass die SED trotz aller Stürme der Zeit sicheren Schrittes vorangehe. Dem Sozialismus gehöre unwiderruflich die Zukunft. „Nein Genossen“, so Buschmann, „von einer Krise des M/L oder des Sozialismus kann wahrlich nicht die Rede sein.“ Der SED gebühre die Führungsrolle im demokratischen Block, sie sei die führende Kraft bei der weiteren Gestaltung der entwickelten Gesellschaft. Die marxistisch-leninistische Weltanschauung habe sich stets als Anleitung zum Handeln bewährt, weil sie sich nicht auf utopische Vorstellungen stütze, sondern auf die exakte Kenntnis der objektiv wirkenden Gesetzmäßigkeiten. Die SED habe sich, „gestützt auf die schöpferische Anwendung des M/L“ als „Initiator revolutionärer Umgestaltungen und Veränderungen erwiesen“ und gebe „rechtzeitig auf alle Fragen des Lebens Antwort“. Die Entwicklung in der Welt beweise, dass die Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiung auf dem Vormarsch seien. In der DDR gebe es keinen Nachholbedarf an Menschenrechten. Die sozialen, politischen, kulturellen persönlichen Rechte der Bürger der DDR seien durch die Verfassung garantiert und im Leben gesichert. Daher sei jedes SED-Mitglied durch das Parteiprogramm verpflichtet, aktiver Kämpfer an der ideologischen Front zu sein. Kein Genosse dürfe schweigen, wo das politische Argument der Partei gebraucht werde. Das Handeln von Volkspolizei, MfS und Gerichten müsse bestimmt sein von „der Treue und Ergebenheit zur Politik der Partei der Arbeiterklasse, in dem die Macht der Arbeiter und Bauern wie der Augapfel gehütet wird“. Das sei vor allem deswegen wichtig, weil der „Klassenfeind“ derzeit die Übernahme des „politischen Pluralismus“ empfehle, womit er „einzig und allein das Ziel“ verfolge, „den Feinden des Sozialismus Aktionsfelder zu schaffen“. Hinsichtlich der Massenflucht erklärte Buschmann, es handele sich um ein „eiskaltes Geschäft mit DDR-Bürgern“, das „stabsmäßig organisiert“ sei und an dem „vom Bundesgrenzschutz bis zum letzten Vertriebenenverein alles beteiligt“ sei. Freilich sei manch einem DDR-Bewohner „schon in den Aufnahmelagern das kalte Grauen gekommen, als an Zäunen die Zuhälter die ‚neue Ware aus der DDR‘ musterten und ihre entwürdigenden Angebote machten“. Sie hätten „die menschenwürdige Umwelt in der DDR“ verlassen und müssten nun „über Jahre hinweg zu 8 oder mehr Personen in einem Zimmer leben“.⁸¹

In Anlehnung an derartig abstruse Durchhalteparolen und hinsichtlich der konkreten Aufforderung an die Volkspolizei, die Macht der SED zu schützen,

80 VPKA Oschatz, ODH, Rapportbericht 40/89 vom 14.-21.9.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

81 Referat zur Eröffnung des Parteilehrjahres im Oschatzer Thomas-Müntzer-Haus am 21.9.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/063).

erklärte auch der parteitreue Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Schmidt, auf einer Politschulung am 26. September, derzeit komme es „insbesondere darauf an, die Teilnehmer zu motivieren, Kampfpositionen und Überzeugungen auszuprägen, unter *allen* Lagebedingungen im Auftrage der Partei sowie im Dienste der Bürger unseres Landes den Schutz der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung mit ideologischer Standhaftigkeit, klaren politisch-moralischen Handlungen“ zu erfüllen. Es seien „nüchterne Tatsachen“, dass sich Gruppen wie das Neue Forum oder die SDP „unter konkreter Anleitung“ von „BRD-Politikern“ formierten. „Davon“, so Schmidt, „müssen wir in unserer volkspolizeilichen Tätigkeit ausgehen, damit bei keinem Angehörigen Illusionen über den Klassenfeind entstehen“. Deswegen gehe es darum, den „Klassenstandpunkt“ weiter zu festigen und eine „völlige Identifikation mit der marxistisch-leninistischen Lehre von den Klassen, dem Klassenkampf und der historischen Mission der Arbeiterklasse“ zu erreichen.⁸² Der Rat des Kreises Oschatz beschloss am 25. September, in allen Ratsbereichen „zu organisieren, dass sich ausgewählte Persönlichkeiten und Kollektive gegen die Hetzkampagnen des Gegners öffentlich positionieren müssten“. In Kollektiven, aus denen Personen die DDR illegal verlassen hätten, sollten kurzfristig Positionen und Stellungnahmen veranlasst und dem Vorsitzenden des Rates übergeben werden. Um die Stimmung unter Jugendlichen nicht zusätzlich anzuheizen, wurde beschlossen, das Auftreten von Rockformationen sowie die Organisation entsprechender Veranstaltungen im Kreis Oschatz bis auf weiteres nicht zu gestatten. Der Stellvertreter für Inneres wurde „im Zusammenhang mit aufgetretenen Angriffen gegen die staatliche Ordnung“ beauftragt, in Vorbereitung des 40. Jahrestages in allen Städten und Gemeinden Maßnahmen zur erhöhten Sicherheit durchzusetzen.⁸³ Statt auf einen Dialog über die Probleme setzte die SED-Führung auf Restriktionen und eine weitere Verstärkung der ideologischen Erziehung der Jugendlichen. Die Kreisschulrätin, Sigrid Schmidt, betonte am 27. September vor dem Oschatzer Kreistag, das Wirken der Pädagogen diene in der derzeitigen „kämpferfüllten Zeit“ vor allem der „wirksamen Begegnung aller Versuche des Klassenfeindes, den Sozialismus im Frontalangriff zu beseitigen“. Eine besondere Verantwortung komme den Fächern Geschichte und Staatsbürgerkunde bei der weltanschaulich-moralischen Erziehung der Schüler im Sinne der kommunistischen Lehre zu. Die Staatsbürgerkundelehrer müssten die Schüler zu einem soliden politischen Wissen über das Wesen des Sozialismus und die Wissenschaftlichkeit der SED-Politik führen. Man müsse noch stärker darüber nachdenken, „wie Grundhaltungen bei unseren Schülern so stabil ausgeprägt werden, die sie unanfechtbar gegen feindliche

82 VPKA Oschatz, Referat zur Eröffnung des Studienjahres 1989/90 in der politischen Schulung am 26.9.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4793). Hervorhebung im Original.

83 Beschlussprotokoll der Sonderratssitzung des RdK Oschatz am 25.9.1989 (ALTO, 358 B).

Einflüsse“ machten. In diesem Zusammenhang wies die Kreisschulrätin darauf hin, dass es in den Schulen des Kreises „faschistische Tendenzen“ gebe und mehrere Schüler den Geburtstag Adolf Hitlers gefeiert hätten.⁸⁴

Ende September spitzte sich die finale Krise des SED-Staates weiter zu. In der bundesdeutschen Botschaft in Warschau hielten sich inzwischen rund vierhundert DDR-Flüchtlinge auf, in der Prager Botschaft ca. 5 000. Viele von ihnen hausten im verschlammten Garten in überfüllten Zelten und unter Plastikplanen, es gab zu wenig sanitäre Anlagen, geschlafen wurde in Schichten. In dieser Situation erklärte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 30. September nach internationalen Verhandlungen am Rande der UNO-Vollversammlung in New York vom hell erleuchteten Balkon der bundesdeutschen Botschaft aus, dass die Flüchtlinge in die Bundesrepublik ausreisen könnten. Noch in der Nacht fuhren etwa 6 000 DDR-Bewohner in Sonderzügen aus Prag und Warschau über das Territorium der DDR, für das Regime ein folgenschwerer Fehler, wie sich später zeigte. Die Oschatzer SED-Funktionäre nahmen von diesen politischen Ereignissen scheinbar wenig Notiz. Wenn die Flüchtlingsfrage überhaupt offen angesprochen wurde, so schob man die Verantwortung in gewohnter Manier dem „westlichen Klassenfeind“ zu. Am 27. September wurde auf der 2. Tagung des Kreistages erklärt, es gehe den „imperialistischen Kräften“ der BRD darum, durch „ideologische Diversion, politischen und ökonomischen Druck, die DDR zu isolieren und den ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat zu beseitigen“. Allerdings werde man „all jenen eine Abfuhr erteilen, die versuchten, das Rad der Geschichte zurückzudrehen“.⁸⁵ Auf einer Parteiaktivtagung der SED-Kreisleitung war die Rede von einer drohenden Konterrevolution.⁸⁶ Waren die in der Öffentlichkeit gehaltenen Reden der Oschatzer SED Ende September noch von alter Siegesgewissheit getragen, so klangen interne Berichte an die SED-Kreisleitung schon skeptischer. Im Bericht der SED des Rates der Stadt Oschatz hieß es, die meisten Mitglieder der Grundorganisation hätten erklärt, dass die Entwicklung in Ungarn, Polen und der Sowjetunion sie sehr bewege und sie in Sorge seien, welche Konsequenzen sich daraus für die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft ergeben. Anders als in ihren Grundsatzreferaten vor dem Kreistag drückten auch die kommunistischen Funktionäre intern ihre Sorgen darüber aus, dass das ganze sozialistische Lager und mit ihm die DDR zerbrechen könnte. Fast schon hilflos klang die Forderung, der Sozialismus sollte „an Ausstrahlungskraft und Attraktivität weiter gewinnen“. Um die Lage zu verbessern, müssten sich die SED-Mitglieder noch mehr anstrengen. Einzelne Genossen wurden

84 Referat der Kreisschulrätin, Sigrid Schmidt, vor dem Oschatzer Kreistag am 27.9.1989 (ebd. 560).

85 Tätigkeitsbericht des RdK Oschatz für die 2. Kreistagssitzung am 27.9.1989 (ebd.).

86 Vgl. dazu das Referat des 1. Sekretärs der SED-KL Oschatz, Karl-Heinz Becker, zur Kreisdelegiertenkonferenz am 2.12.1989 (SächsStAL, SED, F-10/001).

wegen ihrer ungenügenden Parteiarbeit im Oschatzer Rathaus beim Namen genannt.⁸⁷ Die Parteileitung sollte sich wegen ungenügender „Kampfpositionen“ mit säumigen Ratsmitgliedern beschäftigen. Mit Blick auf die Fluchtbewegung wurde gefragt: „Wie lange wollen wir noch tatenlos zusehen?“ „Wieso fliehen so viele Jugendliche? Haben wir etwas bei ihrer patriotischen Erziehung versäumt?“ Der Bericht des Parteisekretärs der Grundorganisation der SED beim Rat der Stadt Oschatz, Josef Reisenbüchler, schloss schließlich mit dem üblichen Aufruf, in den nächsten Wochen verstärkte politisch-ideologische Arbeit im Rathaus zu treiben, um so den XII. Parteitag der SED würdig vorzubereiten.⁸⁸

Differenzen zwischen Parteifunktionären und Mitgliedern wie in der SED gab es auch in den „befreundeten Blockparteien“. So bereitete sich die Führung des Kreisvorstandes der CDU in ähnlich agitatorischer Weise auf den bevorstehenden 40. Jahrestag vor. Auf einer Festveranstaltung der CDU am 28. September in der Gaststätte „Zum Schwan“ in Oschatz zeichnete CDU-Kreisvorsitzender Ulrich Hofmann zwanzig „Unionsfreunde“ mit der „Ehrennadel zum 40. Jahrestag der DDR“ für „hervorragende Leistungen beim Werden und Wachsen unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und für die Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates“ aus. Was die DDR heute sei, verdanke sie der Tatsache, dass ihre Politik stets dem Grundsatz gefolgt sei: „Alles dem Volk, alles durch das Volk, alles für das Volk!“ Daran habe die CDU ihren tätigen Anteil. Mit der Gründung der DDR sei jener deutsche Staat entstanden, der seit Anbeginn nicht Krieg sondern Frieden auf seine Fahnen geschrieben habe. Die DDR sei das Werk aller seiner Bürger und allen seinen Bürgern eine gute Heimstatt, weshalb sich die CDU mit ihrer Republik so eng verbunden fühle. In der DDR stimmten die Grundinteressen der Gesellschaft und jedes einzelnen prinzipiell überein. Hofmann fand aber auch einige kritische Worte. So nannte er als Grund der Massenflucht „Unzulänglichkeiten“ in Wirtschaft und Gesellschaft. Was derzeit gebraucht werde, sei „eine lebendige Diskussion über alle Fragen von gesamt-gesellschaftlichem Interesse“. Neben diesen kritischen Anmerkungen überwog aber klar das Lob der herrschenden Verhältnisse. Der CDU-Vorsitzenden sprach vom „bewährten Bündnis aller gesellschaftlichen Kräfte im Rahmen der Nationalen Front“. Die historische Leistung der CDU sei es gewesen, Christen aus dem bürgerlichen Lager „auf sozialistische Positionen geführt“ zu haben. Zu diesem Kreis gehörten auch die Auszuzeichnenden, weswegen ihnen Erich Honecker heute diese Ehrenmedaille verleihe.⁸⁹

Auf DDR-Ebene überschlugen sich unterdessen die politischen Ereignisse. Die Opposition begann sich zu formieren und zu vernetzen. Am 1. Oktober

87 Helmut Wittenberg, Lutz Stein, Wolfgang Scholz und Klaus-Jürgen Enders.

88 Bericht der Grundorganisation des RdS Oschatz vom 29. 9. 1989 (ebd. 060).

89 Festansprache des Vorsitzenden des CDU-Kreisverbandes, Ulrich Hofmann, zum 40. Jahrestag der DDR am 28. 9. 1989 (ACDP, II-295).

trafen sich in Berlin Vertreter des Neuen Forums und erarbeiteten einen Rundbrief sowie einen „Problemkatalog“. Sie forderten einen gesellschaftlichen Dialog und wiesen die Kriminalisierung des Neuen Forums durch die SED-Führung zurück. In den Räumen der Berliner Samaritergemeinde versuchten Oppositionelle am selben Tag den „Demokratischen Aufbruch“ ins Leben zu rufen, was jedoch von MfS-Mitarbeitern verhindert wurde. Einige Bürgerrechtler formulierten daraufhin in der Wohnung von Erhard Neubert einen Aufruf und eine „Programmatische Erklärung“ des „Demokratischen Aufbruchs“. In Leipzig gingen am 2. Oktober rund 20 000 Menschen auf die Straße, obwohl ein starkes Polizeiaufgebot die Innenstadt abschirmte. Etliche Demonstranten wurden festgenommen, es gab mehrere Verletzte. Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtete am nächsten Tage von „ungesetzlichen Zusammenrottungen größerer Personengruppen“, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit störten und den Straßenverkehr der Innenstadt beeinträchtigten.

In Oschatz gab es zu diesem Zeitpunkt noch keine öffentlichen Aktionen. Allerdings beteiligten sich etliche Bewohner des Kreises regelmäßig an den Leipziger Montagsdemonstrationen. Die SED-Kreisleitung Oschatz setzte ihre bisherige Linie fort. Das Sekretariat der SED-Kreisleitung gab am 2. Oktober eine Pressemitteilung über eine Beratung des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung, Karl-Heinz Buschmann, mit führenden Vertretern der Blockparteien heraus. Für die CDU nahm Ullrich Hofmann, für die DBD Erwin Müller, für die LDPD Wolfgang Geißler und für die NDPD Karl Schöne teil. Thema der Besprechung war die Vorbereitung des 40. Jahrestages. In der Pressemitteilung hieß es, man habe weitere Fortschritte bei der Erreichung eines volksnahen Arbeitsstiles erzielt, allerdings sei es notwendig, die Zusammenarbeit aller Parteien und Massenorganisationen unter Führung der SED weiter zu verstärken. Alle Teilnehmer verurteilten aufs schärfste „die imperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“.⁹⁰ Ebenfalls Anfang Oktober kam es zu Besprechungen der Parteisekretäre der Betriebe bei der SED-Kreisleitung und der Betriebsdirektoren beim Vorsitzenden des Rates des Kreises, wo diese über die offizielle Linie belehrt wurden. Direkte Informationen dazu liegen nicht vor, allerdings machen die folgenden Beratungen in den VEB deutlich, worum es ging. So gab es am 2. Oktober im VEB EKO Oschatz eine Anleitung durch den Betriebsdirektor und den Parteisekretär, bei der den Beschäftigten erklärt wurde, bei den derzeitigen Ereignissen handele es sich um eine konterrevolutionäre Situation wie vor dem 17. Juni 1953. Herd dieser Konterrevolution sei Leipzig. Zu einer Demonstration wie am 25. September werde es kein zweites Mal kommen. Es gehe um die Macht der Arbeiterklasse und zunehmend um Leben und Tod. Die Kampfgruppen seien informiert worden, dass es zum Einsatz gegen die Demonstranten und zu Blutvergießen kommen könne. Die Waffen müssten beizeiten

90 Pressemitteilung der SED-KL Oschatz vom 2. 10. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/092). Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 3. 10. 1989.

gebraucht werden, damit es gar nicht erst zu einer Situation wie in China komme. Die Arbeiter dürften die Konterrevolutionäre nicht schonen. Daher müsse auch aufmerksam verfolgt werden, was sich in den Kollektiven entwickle, um die Gegner zu entlarven.⁹¹ Diese Einschätzung entsprach der Linie der Berliner SED-Führung, die die Situation als innere Spannungsperiode im Sinne des Statuts der Einsatzleitungen einschätzte und für die militärischen Organe des SED-Staates „erhöhte Einsatzbereitschaft“ befohlen hatte. Entsprechend wurde bei Armee, Polizei und MfS „erhöhte Führungsbereitschaft“ angeordnet, „Zuführungspunkte“ eingerichtet und die Listen von Personen aktualisiert, die gegebenenfalls interniert werden sollten.⁹² Auch in Oschatz liefen die entsprechenden Vorbereitungen. Am 29. September wies der diensthabende Offizier der Bezirksbehörde der Volkspolizei Leipzig an: „Rundspruch an SC u. Org. - bis 03.10.89 15.00 ist die Druckrolle roem. III arab. 1-15 für die zur Verfügung stehenden Kräfte an Org. abzusetzen.“⁹³ Die Einsatzkräfte für die Kontrolle der Kirche am Montag erhielten Instruktionen hinsichtlich Bekleidung und Ausrüstung. Nachdem der Diensthabende des Rates des Kreises dem Volkspolizeikreisamt gemeldet hatte, dass „vermutlich an der Klosterkirche in einem Schaukasten provokativer Text angebracht“ sei, wurde die „Zu widerhandlung“ gesichert, das heißt, der „Text gesichert“ und der Vorgang an die Kreisdienststelle des MfS übergeben.⁹⁴ Überall im Kreis wurden nun Gespräche mit SED-Mitgliedern und anderen Werktätigen geführt, über deren Ergebnisse man die SED-Bezirksleitung Leipzig laufend unterrichtete und von denen man sich eine hohe Wirksamkeit versprach. Dabei, so die Kreisleitung, zeige sich, dass vor allem ältere Genossen auf Grund ihrer reichen Parteierfahrung einen „sehr klaren Standpunkt“ vertraten. Allerdings fielen die Antworten auf die Ursachen der gegenwärtigen Krise jetzt schon differenzierter aus. Die Hetzkampagne des Westens sei nur die eine Seite, die fehlende Attraktivität des Sozialismus die andere. Viele SED-Mitglieder erklärten, dass sie in ihren Arbeitskollektiven nicht mehr überzeugend auftreten könnten, weil „an jeder Ecke die Säge klemmt“. Nichtsdestoweniger werde immer wieder der Stolz auf das bisher Erreichte und das feste Vertrauen zur Partei- und Staatsführung zum Ausdruck gebracht. Einer ganzen Reihe von Genossen sei die Gefährlichkeit der gegenwärtigen politischen Situation nicht voll bewusst, andere seien erschüttert und reagierten ängstlich. Nach ihrer Meinung sei es an der Zeit, dass die Parteiführung etwas unternehme. Andere Parteimitglieder sagten offen, sie glaubten nicht daran, dass die bis jetzt eingeleiteten Maßnahmen Erfolg hätten. Die Parteileitungen führten vor allem die Auseinandersetzung mit denjenigen Genossen, „die unregelmäßig am Mitgliederleben oder am Parteilehrgang teilnehmen, politisch nicht in ihren Kollektiven wirksam werden

91 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 16.11.1989.

92 Vgl. Richter/Sobeslavsky, Die Gruppe der 20, S. 25-34.

93 Bedeutung unklar.

94 VPKA Oschatz, Lagefilm 29.-30.9.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

oder Diskussionen zu aktuell-politischen Fragen ausweichen“. Daher gab es bereits am 3. Oktober sechs Parteiausschlüsse, zwei Streichungen und zwölf Austritte. Kritisch äußerten sich die Leitungskader der Betriebe, dass Planung, Leitung und Bilanzierung in der Volkswirtschaft mangelhaft seien. Bei zahlreichen Maschinen und Fahrzeugen bestehe ein akuter Ersatzteilmangel. Die Arbeitszeit werde vergeudet. Besonders in ländlichen Verkaufsstellen seien Grundnahrungsmittel nicht bis zum Ladenschluss vorhanden. Mangel herrsche an modischen Bekleidungsartikeln und Schuhen und bei Untertrikotagen. Die Bereitstellung von Ersatzteilen und Baumaterialien sei ungenügend, bei Reparaturen und Dienstleistungen habe man zu lange Wartezeiten. In manchen Betrieben, so in der LPG Fortschritt in Dahlen, sei die Pausenversorgung nicht gewährleistet.⁹⁵ In einem Stimmungsbericht der Oschatzer SED-Kreisleitung vom 3. Oktober hieß es, dominierendes Gesprächsthema sei die „illegale Ausreise von DDR-Bürgern“. Man habe bei Gesprächen nahezu alle SED-Mitglieder und breite Kreise der Bevölkerung erreicht und sie mit dem Standpunkt der Partei vertraut gemacht. Die Werktätigen würden „die gegen unsere Republik gerichteten Machenschaften des Westens“ eindeutig verurteilen. Einzelne SED-Mitglieder erklärten, es gebe „wieder eine Situation wie vor 1961 – bloß dieses Mal können wir keine Mauer bauen, – wie sollen wir das Problem jetzt lösen“. Die SED müsse Entscheidungen treffen. Warum würden nicht „ein paar Hundert solcher Leipziger Schreihälse“ in einen Zug der Reichsbahn gesetzt und in die Bundesrepublik ausgewiesen. Insgesamt sei die Stimmung unter den Mitgliedern von Sorge, Resignation und Angst geprägt. Viele SED-Mitglieder mieden Diskussionen und fühlten sich zur Zeit sehr unwohl. Jüngere Leute fragten, warum das Neue Forum nicht zugelassen werde, das wäre doch „ein Fortschritt bei der Demokratisierung in unserem Land“. Sie wollten wissen, weshalb die Zulassung des Neuen Forums nicht möglich sei. Die Regierung sollte einer Reformpolitik aufgeschlossener gegenüberstehen, dann würde sich die Zahl der Ausreisenden bestimmt verringern. Die Gegenseite stellte bei der Jugend aber nur „Einflüsse westlicher Medien“ fest. Die Verhältnisse in der DDR seien für viele Jugendliche nicht sonderlich attraktiv. Jüngere Schulkinder rauchten bereits, die übervollen Schnapsregale verleiteten zum Trinken, das Angebot an Obstsaften sehe dagegen spärlich aus.⁹⁶ Statt über die Zulassung unabhängiger Initiativen wie des Neuen Forums nachzudenken, veranlasste die SED Anfang Oktober die Gründung eines Kreisverbandes der Freidenker zur Unterstützung ihrer ideologisch-weltanschaulichen Grundüberzeugungen. Vorsitzender wurde Prof. Dr. Benno Kiebs, Ursula Przikopp 1. Sekretä-

95 Information der SED-KL Oschatz zum inhaltlichen und organisatorischen Verlauf des Dokumentenaustausches in der Kreisparteiorganisation vom 3. 10. 1989 (Sächs-StAL, SED IV F-4/10/060).

96 Information der SED-KL Oschatz über die Stimmung und Meinungen der Werktätigen vom 3. 10. 1989 (ebd.).

rin.⁹⁷ Zur Untermauerung ihrer Behauptungen organisierte die SED weiterhin Erklärungen gegen „Republikflüchtlinge“. In der Oschatzer Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung“ verurteilten am 3. Oktober Medizinalrat Rolf Zahrend und die Lehrerin Sigrid König von der Kommunalen Berufsschule „Wilhelm Pieck“ die Mitbürger, die dem SED-Staat den Rücken kehrten. Die „Kämpfer“ der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, so der SED-Bericht weiter, stünden bis auf ganz wenige Ausnahmen, „ohne wenn und aber“ zu ihrem geleisteten Eid und hinter der Politik des Zentralkomitees der SED. Auch Mitglieder der WPO Kleinforst hätten ausdrücklich ihr festes Vertrauen zur Partei und zum Generalsekretär Erich Honecker bezeugt.

Am 4. Oktober begannen die offiziellen Feiern zum 40. Jahrestag der DDR in Berlin mit einem Großen Zapfenstreich der NVA. Am selben Tag schrieben „unbekannte Täter“ mit schwarzem Stift an die Oschatzer Litfasssäule am Platz des Friedens „Deutschland erwache“.⁹⁸ Zwei Tage später klebte an der Wermisdorfer Straße Ecke August-Stephan-Straße an einem Verteilerkasten der Post ein Zettel mit der Aufschrift „40 Jahre DDR, 40 Jahre Sklaverei“.⁹⁹ Trotz sich überall in der DDR häufender Proteste wurde der obligatorische Jubel nicht ausgesetzt. Egon Krenz verlieh hohe Auszeichnungen an Werktätige und Arbeitskollektive. Wie auch sonst aus diesem Anlass erfolgte die Ordensvergabe für „hervorragende Leistungen bei der allseitigen Stärkung der DDR und zur Sicherung des Friedens“. Gleichzeitig führen an diesem Tage 7 500 ausreisewillige Bürger in versiegelten Sonderzügen in die Bundesrepublik Deutschland. Auf den Bahnsteigen versuchten zahlreiche Menschen, auf die fahrenden Züge aufzuspringen. Sie wurden wie in Dresden, Freiberg, Karl-Marx-Stadt oder Plauen gewaltsam aus den Bahnhöfen vertrieben. Anlässlich der Leipziger Demonstrationen wurden auf Befehl der BDVP aus den Kreisen des Bezirkes Volkspolizisten nach Leipzig abkommandiert. Ihre Aufgabe bestand unter anderem in der Sicherung zentraler Zuführungspunkte der BDVP.¹⁰⁰ So beteiligten sich auf der einen Seite Bewohner des Kreises Oschatz an den Demonstrationen, andererseits kam die Oschatzer Volkspolizei ebenfalls dort gegen die Demonstranten zum Einsatz. Dadurch wird deutlich, dass ein Teil der Konfliktpotentiale aus den Kreisen in die Bezirksstädte ausgelagert war. Nur in den Ballungszentren konnte über die politische Zukunft entschieden werden.

Im Berliner „Palast der Republik“ fand am 6. Oktober der Staatsakt zum 40. Jahrestag statt. Erich Honecker verkündete: „Soviel steht fest, für uns gilt die in der Gründerzeit der DDR geprägte Losung: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Ehrengast Michail Gorbatschow erklärte: „Fragen, die die DDR betreffen, werden nicht in Moskau, sondern in Berlin entschieden.“ Während die Regierung feierte, verabschiedeten in der Berliner Erlöserkirche

97 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, 3.10.1989.

98 VPKA Oschatz, Lagefilm 4.-5.10.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

99 VPKA Oschatz, Lagefilm 6.-7.10.1989 (ebd.).

100 VPKA Oschatz, FS BDVP Leipzig an VPKA Oschatz vom 5.10.1989 (ebd. 4820).

2 500 Bürger eine Erklärung oppositioneller Gruppen, in einigen Städten kam es zu Demonstrationen. Am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR-Gründung, demonstrierten überall in der DDR Menschen für gesellschaftliche Veränderungen. Sicherheitskräfte gingen mit Schlagstöcken und Wasserwerfern gegen die unzufriedene Bevölkerung vor. Honecker nahm in Berlin eine Militärparade ab, als sei nichts geschehen. Aber die Siegesfeiern entwickelten sich zum Requiem. In Schwante bei Berlin wurde an diesem Abend eine Sozial-Demokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet. Anders als bei vielen Bürgergruppen bestand ihr Ziel von vornherein nicht in einer Reform des Sozialismus, vielmehr forderte sie eine freiheitlich parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte. In Dresden gingen am 8. Oktober die Demonstrationen weiter. Am Nachmittag beschloss der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Hans Modrow, in seiner Funktion als Vorsitzender der aktivierten Bezirkseinsatzleitung, nicht mehr gewaltsam gegen die Demonstranten vorzugehen. Am Abend bildete sich auf der Prager Straße eine Sprechergruppe, die sich als „Gruppe der 20“ am nächsten Morgen mit Berghofer im Rathaus traf, um über die Situation zu reden.¹⁰¹ Vor dem Hintergrund dieser neuen Situation fand am 9. Oktober in Leipzig die erwartete Montagsdemonstration statt, bei der ein militärisches Eingreifen der Staatsmacht erwartet wurde. An Schulen und in Betrieben wurden Warnungen ausgesprochen, sich auf keinen Fall in die Innenstadt zu begeben, weil dort mit der Konterrevolution abgerechnet werde. Die Stadt um die Nikolaikirche glich einem Heerlager, die Leipziger Krankenhäuser räumten Betten und stellten Blutkonserven bereit. Es drohte die „chinesische Lösung“. Trotzdem demonstrierten am Abend 70 000 Menschen friedlich auf dem Ring um das Zentrum. Sie führten Transparente mit, auf denen freie Wahlen und Pressefreiheit gefordert wurden. Die Massen skandierten: „Wir sind das Volk!“ Der befürchtete Polizeieinsatz blieb angesichts der unerwartet hohen Beteiligung, die auch auf die Teilnahme der Bevölkerung aus den umliegenden Kreisen zurückzuführen war, aus.¹⁰²

In Oschatz war von diesen Entwicklungen äußerlich wenig zu spüren. Im Fernschreiben der SED-Kreisleitung an die SED-Bezirksleitung vom 8. Oktober hieß es, die Häuser seien aus Anlass des 7. Oktober festlich geschmückt, die politische Lage sei von Festveranstaltungen geprägt, in den Abendstunden habe es in verschiedenen Orten Fackelumzüge gegeben, unter den Bürgern herrsche eine optimistische Atmosphäre. Die Festredner verstünden es, den Stolz auf das Erreichte zu vertiefen. Allerdings wurde auch erwähnt, dass nicht alle Zuhörer mit den Ausführungen der Festredner einverstanden waren. Durch „Gesten und Mimik“ hätten manche Ablehnung und Zweifel zum Ausdruck gebracht. Es habe Äußerungen gegen die Partei- und Staatsführung

101 Vgl. Richter/Sobeslavsky, Die Gruppe der 20, S. 41–71.

102 Vgl. Hollitzer, Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag, S. 47–59; Kuhn, Der Tag der Entscheidung.

und auch gegen leitende Genossen gegeben. Besonders Jugendliche hätten Forderungen nach Reformen unterstützt. Ebenso sei ein Rückgang bei der Beflaggung durch die Bürger zu beobachten gewesen. „Große Zustimmung bei den Bürgern“, so der Bericht haben vor allem „die Attraktivität der Märkte, die Warenpräsentation sowie zusätzlich Angebote, wie Weintrauben, Schlachtspezialitäten u. a.“ gefunden.¹⁰³ Im Bericht des Parteisekretärs der Grundorganisation der SED im VEB EKO Oschatz vom 9. Oktober beklagte dieser, dass es für die SED-Mitglieder zu wenige Informationen durch die Massenmedien bzw. durch parteiinternes Material gebe, so dass sie auf die täglichen Fragen nicht die richtige Antwort hätten. „Das Verschweigen von unangenehmen Ereignissen, die bei uns passieren, fördert nicht das Vertrauensverhältnis.“ Acht Genossen hätten ihren Austritt aus der Partei erklärt, zwei, weil sie sich der Kirche zugewandt hätten, fünf, weil sie die Politik der SED ablehnten, und einer wolle seine Parteipflichten nicht mehr erfüllen.¹⁰⁴ Im Fernschreiben der SED-Kreisleitung an die SED-Bezirksleitung Leipzig vom 10. Oktober wurde darauf hingewiesen, dass in Diskussionen verstärkt die Frage aufgeworfen werde, warum erst jetzt mit einer offensiveren Informationstätigkeit begonnen werde. Die Bürger wollten wissen, wie weit man noch von einem Runden Tisch entfernt und ob es nicht besser sei, mit den Vertretern des Neuen Forums zu sprechen. Dagegen würden SED-Mitglieder wie zum Beispiel die Oberärztin der Kliniken Hubertusdorf in Wermsdorf die Absage an das Neue Forum begrüßen. Auch der dortige Krankenpfleger habe es begrüßt, „dass den Störenfrieden und Feinden unserer Republik eindeutig die Grenzen gezeigt“ würden. Hauptmann Kessler und Oberleutnant Kopenhagen vom Volkspolizeikreisamt erklärten, es sei unbedingt erforderlich, „unsere Gesellschaftsordnung weiterhin auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus konsequent“ fortzusetzen und „dem Gegner keinerlei Zugeständnisse“ zu machen.¹⁰⁵

In Berlin erklärte das Politbüro des ZK der SED am 11. Oktober im Blick auf die anhaltende Fluchtbewegung: „Die Ursachen [...] mögen vielfältig sein. Wir müssen und werden sie auch bei uns suchen.“ Dieses Eingeständnis war erstaunlich, wurde aber gleich wieder durch die alte Behauptung nivelliert, dass der Hauptgrund die „großangelegte Provokation des Imperialismus der BRD“ sei und der Sozialismus auf deutschem Boden nicht zur Disposition stünde. Andere Töne schlug an diesem Tag die LDPD-Zeitung „Der Morgen“ an. Sie kritisierte die Medienpolitik der DDR. Nun begann ein von der SED-Führung breit angelegter Dialog, mit dem versucht wurde, der gesellschaftlichen Entwicklung Herr zu werden. Am 12. Oktober schrieb die SED-Kreisleitung Oschatz, die Erklärung des Politbüros des ZK der SED sei mit

103 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig, vom 8.10.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

104 Bericht des Parteisekretärs des VEB EKO Oschatz, Otten, vom 9.10.1989 (ebd. 060).

105 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 10.10.1989 (ebd. 086).

Interesse verfolgt und mit großer Zustimmung aufgenommen worden. Über die längst erwartete Erklärung der Parteiführung habe man sich erleichtert gefühlt. Die gedrückte Atmosphäre unter den Mitgliedern habe sich merklich entspannt. Gefragt habe man sich aber, ob die Regierung bislang nicht über die Lage informiert gewesen sei, da sie erst jetzt reagiere. Außerdem wurde die Feststellung des Politbüros begrüßt, dass daran gearbeitet werde, die Ursachen für die Republikflucht aufzudecken. Dies wurde aber gleich wieder mit der Forderung relativiert, „dass antisozialistische Kräfte konsequent ausgegrenzt“ werden müssten. Auch an diesem Tage listete die SED-Kreisleitung wieder Fragen auf, die in den Arbeitskollektiven gestellt würden. So werde gefragt, ob in der Regierung größere Kaderveränderungen zu erwarten seien und ob ein Artikel des Vorsitzenden des DDR-Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, in der FDJ-Zeitung „Junge Welt“, in der dieser einige kritische Bemerkungen gemacht hatte, als Ausdruck der Spaltung des ZK der SED zu verstehen sei. Neben Stimmen, die erkennen ließen, dass man in der SED Veränderungen erwartete, kamen immer wieder auch die Hardliner der SED-Kreisorganisation zu Wort. So erklärte ein Mitarbeiter des VEB EKO Oschatz, „Reformen im Sinne der in den westdeutschen Medien vorgeschlagenen Rezepte“ seien „nicht akzeptabel, da wir ja sonst alle Errungenschaften der vergangenen 40 Jahre beseitigen müssten“.¹⁰⁶ Am 13. Oktober traf Honecker mit den Vorsitzenden der Blockparteien zusammen. Dabei sprach er davon, den Sozialismus „durch tiefgreifende Wandlungen und Reformen ständig weiter zu vervollkommen“. Dem Vorsitzenden der LDPD, Manfred Gerlach, reichten derartige Erklärungen nicht mehr. In der Parteizeitung „Der Morgen“ stellte er das Machtmonopol der SED infrage und forderte, Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Das Neue Forum kam am 14. Oktober zum ersten DDR-weiten Treffen zusammen. Die Massenflucht ging unterdessen weiter. In der bundesdeutschen Botschaft in Warschau waren inzwischen wieder über 1 000 Ausreisewillige versammelt. In Plauen und Halle demonstrierten am 15. Oktober je ca. 20 000 Menschen für Reformen und demokratische Erneuerung. In Leipzig und Karl-Marx-Stadt verweigerten ganze Einheiten der Kampfgruppen den Einsatz gegen die Demonstranten. In Oschatz teilte die SED-Kreisleitung der SED-Bezirksleitung mit, es gäbe von der Tendenz her keine wesentlichen Unterschiede im Stimmungsbild. So würde nach wie vor eine breite Zustimmung zu der Erklärung des Politbüros überwiegen. Allerdings wurde eingeräumt, dass einzelne diese als taktisches Manöver einstufen. Andere fragten, warum die Parteiführung erst jetzt zu einem breiten Dialog bereit sei, obwohl die Probleme schon längere Zeit bestünden. Jugendliche erklärten, die FDJ sei nicht attraktiv genug. In den FDJ-Versammlungen sage kaum jemand seine wahre Meinung. Neben den allgemeinen Versorgungslücken fehlten auch jugendtypische Erzeugnisse, wie Jugendmode, Unterhaltungselektronik,

106 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 12.10.1989 (ebd.).

Mopedersatzteile und ähnliches. Auch die Reiseproblematik werde angesprochen. So fragten Jugendliche, wo man noch hinfahren könne, wenn auch noch die Grenze zur ČSSR geschlossen sei. Immer wieder ging es um die grassierenden Versorgungsmängel. So fehlten Marmelade, Kekse, Suppen, Linsen, Reis und andere Grundnahrungsmittel. Besonders schlecht würden die Dörfer versorgt. Ebenso wenig gebe es die „vielen kleinen Dinge“ wie Fahrradschläuche, Felgen, Ventile, Kleinstersatzteile für Pkw und ähnliches zu kaufen. Seit dem VIII. Parteitag sei darüber immer nur gesprochen worden, geändert habe sich nichts.¹⁰⁷

In Leipzig verdoppelte sich am 16. Oktober die Zahl der Montagsdemonstranten auf ca. 120 000 Personen. Auch in Dresden, Magdeburg, Halle und Berlin forderten Zehntausende die Zulassung des Neuen Forums, freie Wahlen, Presse- und Meinungsfreiheit und die Aufhebung des Visazwanges für die ČSSR. Dennoch hob die Leipziger Bezirksbehörde eine bereits an das Volkspolizeikreisamt ausgegebene „Kommandierung der Kräfte Schutzpolizei“ für diesen Tag wieder auf.¹⁰⁸ Am 16. Oktober teilte die SED-Kreisleitung Oschatz mit, dass sich die Brigade „8. März“ aus dem VEB VARIA Mügeln nicht mit der großen Flut der illegal ausreisenden Bürger der DDR einverstanden erkläre. Dies sei eine verantwortungslose Handlungsweise, die zutiefst zu verurteilen sei. Neben solch organisierten Bekundungen dominierten weiterhin die Klagen über die Versorgungslage. So werde gefragt, warum in den „Delikatgeschäften“ Sahne, Joghurt und Käse zu überhöhten Preisen verkauft würden, diese Artikel aber nicht im normalen Angebot zu haben seien. In den SED-Organisationen wartete man weiterhin auf eine Lösung der Probleme „von oben“. So gebe es hinsichtlich des bevorstehenden Plenums des ZK der SED unter SED-Mitgliedern und -Funktionären eine hohe Erwartungshaltung. Noch immer werde gefragt, ob denn der Partei- und Staatsführung die konkrete Lage nicht bekannt gewesen sei. Außerdem werde bezweifelt, ob wirklich immer wahrheitsgemäß „von unten nach oben“ berichtet worden sei.¹⁰⁹ Angesicht der vom Politbüro verordneten Dialogpolitik entfaltete das Sekretariat der SED-Kreisleitung nun eine hektische Betriebsamkeit. Die Mitglieder des Sekretariats beschlossen, in die Betriebe zu gehen und Gespräche zu führen.¹¹⁰ Über deren Ergebnis hieß es, den SED-Mitgliedern und Werktätigen habe die Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober Mut, Optimismus und Zuversicht gegeben. Trotzdem gebe es noch Fragen, Zweifel und Unklarheiten. Es gelinge nicht, alle Kommunisten zu aktivem Mittun zu veranlassen. Immer wieder werde nach den Ursachen für die gegenwärtige Lage und den Fehlern gefragt, die die SED gemacht habe. Es

107 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 15.10.1989 (ebd.).

108 VPKA Oschatz, Lagefilm 16.-17.10.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

109 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 16.10.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

110 Vorschläge der SED-KL Oschatz vom 17.10.1989 zur Führung des politischen Gesprächs durch die Mitglieder der SED-KL bis zum 31.10.1989 (ebd. 060).

werde nicht verstanden, warum die Parteiführung nicht zeitiger reagiert und warum sie eine so defensive Informationspolitik betrieben habe. Daneben wurden aber auch die ökonomischen Grundprinzipien der SED hinterfragt. Woran liege es, dass man bei der Versorgung nicht vorwärts komme? Wie bekomme man die „Ökonomie in den Griff“ und könne das Leistungsprinzip durchsetzen. Thematisiert wurden neue Formen des politischen Umganges mit „Andersdenkenden“. Alle Berichte machten deutlich, dass die SED-Mitglieder kaum wussten, wie sie nach vierzig Jahren Diktatur mit der neuen Situation umgehen sollten. Einige Genossen, so ein Bericht, würden „von den Problemen fast erschlagen“. Immer wieder hieß es, man erwarte klare Entscheidungen von „oben“. Inzwischen zeigte sich auch, dass viele Mitglieder sich opportunistisch den sich abzeichnenden neuen Verhältnissen anpassen. So wurde im Kreis Oschatz seit dem 5. Oktober ein deutliches Ansteigen der Austrittserklärungen verzeichnet. Viele Mitglieder wollten unter den gegenwärtigen Bedingungen nichts mehr mit der SED zu tun haben und fragten, was wäre, wenn es einmal „andersherum“ käme. Bis zum 17. Oktober gab es im Kreis 21 Parteiaustritte, fünf Streichungen und 18 Ausschlüsse.¹¹¹ Wie stark die Unsicherheit in der SED und ihren Sicherungsorganen war, zeigte die Tatsache, dass die Bezirksbehörde der Volkspolizei am 18. Oktober ankündigte, dass die ideologische Schulung für den Monat November ausfalle.¹¹² Neben einer wachsenden ideologischen Verunsicherung in den Reihen der SED standen nach den Berichten der Kreisleitung Mitte Oktober weiterhin Fragen der Versorgung im Zentrum des Interesses. Die Bevölkerung kritisierte, dass es noch immer an Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren fehle. Es gebe kaum eine kundenfreundliche Bedienung oder eine ansprechende Warenpräsentation. Die Existenz der Delikatverkaufsstellen wurde in Frage gestellt. Die Handwerker klagten, dass sie nicht über genügend Material verfügten. Neben dem Warenangebot wurden die staatliche Subventionspolitik, die fehlenden Reisemöglichkeiten und ökonomische Probleme wie das Lohn-Leistungsverhältnis diskutiert. Die Bevölkerung forderte, die „Leitungskader“, die ihren Aufgaben nicht gerecht geworden seien, zur Verantwortung zu ziehen. Fragen gab es zum Neuen Forum. Immer mehr SED-Mitglieder vertraten die Meinung, dass mit deren Mitgliedern geredet werden müsse. Es gebe, so die Kreisleitung, auch zahlreiche Werktätige, die der Erklärung des Politbüros ablehnend gegenüberstünden. Der Sinneswandel im Politbüro sei so plötzlich gekommen, dass die Frage erlaubt sein müsse, ob er überhaupt ehrlich gemeint sei. Die Personen, die die bisherigen Verhältnisse zu verantworten hätten, seien nicht in der Lage, mit den neuen Anforderungen fertig zu werden. Der Beginn eines gesellschaftlichen Dialoges sei nicht das Verdienst der SED, sondern das Ergebnis der Demonstration

111 Information der SED-KL Oschatz vom 17.10.1989 über den Verlauf und die Ergebnisse der persönlichen Gespräche mit den Mitgliedern und Kandidaten der SED zum Umtausch der Parteidokumente (ebd.).

112 VPKA Oschatz, Lagefilm 18.-19.10.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

nen auf der Straße. Kritisch vermerkt wurde, dass sich die Pfarrer und die Mitglieder der Kirchenvorstände des Kreises bei Gesprächen mit ihrer Meinung sehr zurück hielten und eine abwartende Haltung einnahmen. Dagegen stelle der kirchliche Jugendwart in Collm einige sehr konkrete Fragen. Er wende sich gegen Gewalt und kritisiere den Einsatz der Volkspolizei gegen friedliche Demonstranten in Dresden. Er frage, warum das Neue Forum nicht zugelassen werde und erst tausende Menschen auf die Straße gehen müssten, um die Dialogbereitschaft der SED zu erreichen.¹¹³

Am 18. Oktober trat Erich Honecker von seinen Ämtern zurück und wurde durch Egon Krenz ersetzt. Zum Sturz Honeckers gingen die Meinungen unter den SED-Mitgliedern im Kreis Oschatz auseinander. Hielten einige die Absetzung für gerechtfertigt und sinnvoll, meinten andere, die Schuld dürfe jetzt nicht auf ihn abgewälzt werden. Befürworter eines Wechsels an der Spitze vertraten die Auffassung, dass durch den Wechsel wesentliche Probleme geklärt werden könnten. Insgesamt zeigte sich, dass für die Mehrzahl der SED-Mitglieder der Machtwechsel überraschend kam.¹¹⁴ Am 19. Oktober wandte sich Krenz erstmals als neue Generalsekretär an die Öffentlichkeit. Er rief erneut zum Dialog auf und beauftragte den Innenminister, den Entwurf eines neuen Reisegesetzes vorzulegen. Damit griff er eine der wichtigsten Forderungen der Demonstranten auf. Im Oschatzer Stimmungsbericht an die SED-Bezirksleitung wurde betont, dass die Rede von Egon Krenz zu unterschiedlichen Reaktionen geführt habe. Bei der Mehrzahl habe sie Zustimmung gefunden, vereinzelt gebe es Ablehnung. Gefragt werde in der Bevölkerung, ob „der Richtige“ gewählt worden sei. Einige erklärten, man habe von der Rede mehr erwartet und sei enttäuscht.¹¹⁵ In Anlehnung an den neuen Kurs von Krenz forderte nun auch der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Karl-Heinz Buschmann, bei einer Beratung des Sekretariats der SED-Kreisleitung die Parteisekretäre und Parteiaktivisten zum bisher tunlichst vermiedenen Dialog mit der Bevölkerung auf.¹¹⁶

In der Dresdner Innenstadt gingen am 20. Oktober rund 50 000 Menschen auf die Straße und forderten freie Wahlen. Die DDR-Regierung machte verschiedene Zugeständnisse. Sie hob das Verbot der sowjetischen Zeitung „Sputnik“ auf und bot erstmalig den Bürgern, die das Land verlassen haben, an, offiziell in die DDR zurückzukehren. Am 21. Oktober kam es in verschiedenen Städten zu Demonstrationen. Der sächsische Landesbischof, Johannes Hempel, wandte sich gegen die führende Rolle der SED. Während die CDU-Führung noch zögerte, bekannte sich die LDPD zu Forderungen der Demonstranten nach einer Reform der Gesellschaft und sprach sich für die Zulassung des Neuen Forums aus. Für den 23. Oktober war wieder eine Montags-

113 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 17.10.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

114 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 18.10.1989 (ebd.).

115 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 19.10.1989 (ebd.).

116 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, 19.10.1989.

demonstration in Leipzig angekündigt, an der sich erneut zahlreiche Einwohner des Kreises Oschatz beteiligten. Umgekehrt waren hierfür durch die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Leipzig auch VP-Mitarbeiter aus den Kreisen des Bezirkes in die Messestadt befohlen worden. Diese Kommandierung wurde allerdings am 20. Oktober erneut aufgehoben, weil man inzwischen in den Kreisen nicht mehr auf die Präsenz der Volkspolizei für den Fall eventueller Demonstrationen verzichten wollte. Im entsprechenden Rundspruch hieß es, die gemäß Befehl am 23. Oktober nach Leipzig zu erfolgende Kommandierung habe nicht zu erfolgen. Die „Genossen sollten sich stattdessen ab 14.00 Uhr abrufbereit im Volkspolizeikreisamt aufhalten“.¹¹⁷ Am 20. Oktober fand im Volkspolizeikreisamt eine Stabsdienstbesprechung statt, bei der die politische Entwicklung ausgewertet wurde. Die Kritik an ihrem Verhalten war auch hier Anlass zu einer Debatte über die künftige Rolle der Volkspolizei in der Diktatur und ihr Verhältnis zur herrschenden kommunistischen Partei. Hauptmann Rudolph erklärte, er sei „schockiert über den plötzlichen Wechsel“ in der SED-Führung und finde das in der angespannten Lage nicht klug. Schimpfen und Meckern helfe aber nicht weiter, man müsse handeln. Viele zeigten nun eine abwartende Haltung, und es trenne sich die Spreu vom Weizen. Hauptmann Schwarz erklärte, es habe bei der Ablösung Erich Honeckers „eine gewisse Unruhe“ bei den VP-Mitarbeitern gegeben. Erst mit der Erklärung von Egon Krenz sei beim Gespräch mit dem „ABV-Kollektiv“ wieder etwas Ruhe über den Personalwechsel eingezogen. Reformen wie in Ungarn und Polen seien „von keinem Genossen in Erwägung gezogen“ worden. Jeder begreife angesichts der Entwicklung, „welchen Stellenwert Ordnung und Sicherheit in unserem Staat“ hätten. Hauptmann Gerhard Hänsch meinte, die Volkspolizei sei zur Zeit das am meisten mit Schmutz beworfene Organ. Major Loth erklärte, die Volkspolizei stehe vor einer Wende, weil sie ein Stück der Partei sei. Als „Kommunisten in Uniform“ trage man „eine hohe Verantwortung, das Verhältnis von Partei-Volk-Staat zu festigen“. Der Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Schmidt, meinte, jeder Volkspolizist müsse darüber nachdenken, wie er sich als „Kommunist in Uniform“ verhalte. Er selber stehe „voll und ganz hinter unserem neuen Generalsekretär Egon Krenz“ und werde dafür auch eintreten. Der „Schutz der Arbeiter- und Bauern-Macht“ sei „Voraussetzung für das, was wir wollen – das war so – das ist so – und das bleibt so!!!!“¹¹⁸ Die SED-Kreisleitung Oschatz berichtete am 22. Oktober, dass fast durchgängig die veränderte Informations- und Medienpolitik begrüßt werde. Die Leute sagten: „Na also, es geht doch.“ Man frage allerdings, warum die Gründe für die Ablösung von Günter Mittag und Joachim Herrmann nicht offen dargelegt

117 VPKA Oschatz, Lagefilm 20.-21.10.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

118 VPKA Oschatz, Protokoll zur Stabsdienstbesprechung am 20.10.1989 (ebd. 4806). Ausrufungszeichen im Original.

würden. Einige meinten, dass weitere Kaderveränderungen zu erwarten seien.¹¹⁹

4.2 Friedensgebete in Oschatz als Kristallisationspunkte der neuen Entwicklung

Hatte sich die Kirche bereits im Vorfeld des Umbruchs zum Fürsprecher vom Staat negierter Bürgerinteressen gemacht, so übernahm sie im Herbst 1989 im Kreis Oschatz eine zentrale Funktion bei der Lenkung und inhaltlichen Ausrichtung des gesellschaftlichen Aufbruchprozesses. Bereits ab dem 3. Oktober hatte es auf Beschluss des Oschatzer Kirchenvorstandes Friedensgebete im Altarraum der St. Aegidienkirche gegeben. Im Hintergrund hatte dabei die Befürchtung gestanden, die Partei- und Staatsführung werde gewaltsam gegen die Oppositionsbewegung im Lande vorgehen. Daher hatten sich zunächst nur einige Oschatzer Christen zusammengefunden, um für den Frieden im Lande zu beten. Bei diesen Friedensgebeten waren erstmals in der Oschatzer Öffentlichkeit Forderungen nach einer Liberalisierung der Gesellschaft ausgesprochen worden. Die Zahl der Teilnehmer lag zunächst zwischen zwanzig und fünfzig Personen. Im Laufe des Oktober kamen immer mehr Menschen in die Kirche, wo sie Hilfe, Orientierung, Information und Zuspruch erwarteten. Da es in der St. Aegidienkirche zu kalt wurde, verlegte man das Friedensgebet in die Klosterkirche. Hier fanden sich am 23. Oktober bereits etwa achtzig Personen zum Friedensgebet zusammen.¹²⁰ Die SED-Bezirksleitung Leipzig, bisher im wesentlichen nur mit den Montagsdemonstrationen in der Bezirksstadt konfrontiert, konstatierte die Tendenz, dass auch in den Kreisen Friedensgebete organisiert wurden. Für den 23. Oktober registrierte sie entsprechende Veranstaltungen in Delitzsch, Döbeln, Oschatz, Torgau und Wurzen. Die Teilnehmerzahlen lagen nach SED-Angaben zwischen 75 Personen in Oschatz und 1 200 in Torgau.¹²¹ In Oschatz war der frühere Bezirkskatechet, Matthias Kölbl, für den Programmablauf des Abends zuständig, Pfarrer Berthold Zehme für die Andacht und die Gebete, während Superintendent Martin Kupke Stellung zur politischen Situation nahm. Hierbei wurde deutlich, dass die Oschatzer Kirche klarer als andere ein Ende der Diktatur forderte. Unter Leitung ihres Superintendenten übernahm die Kirche damit vorläufig die Meinungsführerschaft und prägte maßgeblich das Stimmungsbild über die Grenzen der Stadt hinaus. So erklärte Kupke, der SED-Staat mache die Menschen krank, deshalb hätten viele bereits das Land verlassen. Die Menschen kämen in die Kirche, um nach den Möglichkeiten

119 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 22.10.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

120 Protokoll des Friedensgebetes am 23.10.1989 in der Oschatzer Klosterkirche (HAIT, Martin Kupke).

121 SächsStAL, SED 864, Bl. 23.

des Gesundwerdens zu fragen und Gott um neue Wege zu bitten. In diesen Tagen würden die Menschen unter die Dächer der Kirchen fluten, weil ihnen andere Dächer verweigert würden. Das Volk wache auf, es erhebe seine Stimme und gehe auf die Straße. Dadurch sei es bereits zu ersten Veränderungen gekommen. Auch die Zeitungen würden jetzt erstaunliche Dinge schreiben. Über die brutalen Handlungen der Sicherheitskräfte werde berichtet und über die Forderung, diese zur Rechenschaft zu ziehen. Das verschlage vielen den Atem. Der Superintendent trug zehn von ihm formulierte Forderungen vor, die er in den nächsten Tagen zu einem 14-Punkte-Programm erweiterte und beim nächsten Friedensgebet am 30. Oktober als Flugblatt auslegte.¹²² Darin wurde die Beachtung der Menschenwürde für jedermann gefordert. Deren Verletzung sei der eigentliche Grund für die Massenflucht. Gefordert wurden eine parlamentarische Demokratie, ein neues Wahlgesetz, freie Wahlen, Wirtschaftsreformen, Rechtssicherheit, die Auflösung des MfS, Medienfreiheit, ein Demonstrationsrecht, neue Reisegesetze, Reformen des Schul- und Hochschulwesens, die Aufarbeitung der deutschen Geschichte, einen zivilen Wehrdienst und tiefgreifende Reformen für das ganze Land. Trotz der brisanten Forderungen erwähnte der Tagesbericht der SED-Kreisleitung die Veranstaltung nur kurz. Es seien 75 Teilnehmer anwesend gewesen, davon 80 Prozent Jugendliche, vor allem junge Eheleute. In Lampertswalde hätten sich bei einem weiteren Friedensgebet 45 Personen beteiligt, vorwiegend seien Autos von außerhalb zu sehen gewesen. Der Verlauf in Oschatz habe sich auf die Erhaltung friedlicher Zusammenarbeit gerichtet.¹²³ Obwohl klare Forderungen formuliert wurden, die auf eine revolutionäre Veränderung von Politik, Rechtssystem, Gesellschaft und Wirtschaft zielten, war die SED-Kreisleitung offenbar nicht in der Lage, die Meinungsäußerungen in der Kirche richtig zu deuten. Das mag daran gelegen haben, dass die Partei vor allem mit sich selbst befasst war. So berichtete die SED-Kreisleitung, dass der Parteisekretär des VEB Technische Filze, „der sich nicht imstande sah, seinen Genossen eine Antwort zu geben,“ seinen Austritt aus der Partei erklärt habe. Andere wurden wie das Mitglied der Kreisleitung Elke Jentzsch „wegen prinzipienlosen und kapitulanten Verhaltens“ ausgeschlossen.¹²⁴ Am nächsten Tage berichtete die SED-Kreisleitung von der Sorge vieler Mitglieder, dass die Anzahl der Leipziger Demonstranten immer größer werde und auch Bürger des Kreises Oschatz daran teilnähmen. Gefragt wurde auch, warum gegenwärtig gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane, die für ihr hartes Vorgehen zur Rechenschaft gezogen werden sollten, eine Kampagne zugelas-

122 In Dresden war es ebenfalls ein Theologe, der katholische Kaplan Frank Richter, der zunächst die Forderungen der Demonstranten als Postulate der Gruppe der 20 formulierte. Vgl. Richter/Sobeslavsky, Die Gruppe der 20, S. 58 f.

123 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 23.10.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

124 Protokoll der SED-KL Oschatz über eine Beratung mit den Mitgliedern und Kandidaten der KL am 24.10.1989 (ebd. 007).

sen werde und ob diese nicht verleumdet würden.¹²⁵ Dieser Bericht wie frühere Schilderungen zeigte die Fokussierung der Wahrnehmung des SED-Gremiums auf die eigenen Mitglieder, deren Meinung als Bevölkerungsmeinung gedeutet wurde. Dabei gab es nicht nur ideologisch begründete Meinungsunterschiede zwischen Kommunisten und anderen Bürgern, sondern auch unterschiedliche Perspektiven, die sich aus der Stellung im diktatorischen System ergaben. So befanden sich viele SED-Mitglieder in einer besonderen Situation, die jetzt zu besonderen Sorgen Anlass bot. Viele von ihnen hatten die Privilegien der SED-Diktatur genutzt und sich über ihre Mitbürger erhoben. Ein großer Teil war fest in der kommunistischen Ideologie verwurzelt und kam mit den revolutionären Ereignissen nicht zurecht. Die Angst vor einem Umsturz nahm zu. Es gab auch Fragen wie „Inwieweit sind jetzt die Lehrbücher für Staatsbürgerkunde und Geschichte noch verwendbar?“ oder „Sollte man die SPD als Konkurrenz zur SED zulassen?“ Einige erklärten, es täte der SED gut, um die Führungsrolle kämpfen zu müssen. Einige Parteimitglieder hielten es für notwendig, im Parteiapparat den Personalbestand zu reduzieren, um nicht so viel Beitrag zahlen zu müssen. Der Stimmungsbericht vom 25. Oktober – die Oschatzer Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung“ berichtete an diesem Tag, dass die Versorgung mit Brot erneut nicht bis Ladenschluss gewährleistet war – ging erneut auf die Wahl von Egon Krenz zum Staatsratsvorsitzenden ein. Die Mehrheit der Bevölkerung habe sich zustimmend geäußert. Es gebe aber auch Meinungen wie „Lange ist Krenz nicht am Ruder, das ist nur eine Übergangslösung, dann kommt der Reformier.“ Die Ankündigung des Reisegesetzes stieß in den Reihen der SED keinesfalls auf ungeteilte Zustimmung. So wurde gefragt, ob man sich damit nicht wieder das Problem schaffe, „dass eine Masse abhaut“. Gefragt wurde auch, woher die dafür notwendigen Valuta kommen sollen. Hinsichtlich der an Stärke zunehmenden Demonstrationen fragten einige SED-Mitglieder besorgt, ob man „das jemals wieder in den Griff kriegen“ werde.¹²⁶

Um letzteres auszuschließen, fanden am 26. Oktober in zahlreichen Städten erneut Demonstrationen statt, an denen sich wie in Dresden bis zu 100 000 Menschen beteiligten. Die sich ändernde politische Lage zeigte sich inzwischen daran, dass sich ein Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Günter Schabowski, erstmals mit Vertretern des Neuen Forums traf. Die Medien begannen freizügiger über die Ereignisse zu berichten. Weniger freizügig zeigte sich weiterhin das Volkspolizeikreisamt Oschatz. Im Arbeitsplan seines Leiters, Schmidt, hieß es unter dem 28. Oktober, das Ziel der politisch-ideologischen Arbeit bestehe darin, „alle Angehörigen und Zivilbeschäftigten weiter zu befähigen, jederzeit die Arbeiter- und Bauern-Macht zu schützen“ sowie „politische Standhaftigkeit und revolutionäre Wachsamkeit zu gewähr-

125 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 24. 10. 1989 (ebd. 086).

126 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 25. 10. 1989 (ebd.).

leisten“. Es müsse, so Oberstleutnant Schmidt, beraten werden, wie jeder VP-Angehörige „vor allem jeder Kommunist, durch sein beispielhaftes Handeln zur Sicherung der Macht und zur Stärkung des Sozialismus beiträgt“. Es gehe darum, „den Klassenauftrag unter allen Lagebedingungen zu erfüllen“. Das schließe ein, „Bewährtes in der Dienstdurchführung zu vervollkommen und Hemmendes zu überwinden“.¹²⁷ Die größere Offenheit in Presse, Funk und Fernsehen außerhalb des Kreises Oschatz wurde auch von der hiesigen Bevölkerung registriert. Die Folge war, dass die DDR-Medien intensiver wahrgenommen wurden. Ein Hauptproblem im Kreis war seit längerem die desolante medizinische Versorgung. Die Ärzte im Kreiskrankenhaus nutzten die neue Offenheit und fragten nun nach der Glaubwürdigkeit der SED, besonders ihrer führenden Funktionäre. Sie kritisierten die unzureichende Bereitstellung von Medikamenten, Verbrauchsmaterial und Geräten im Gesundheitswesen. Generell rückte die SED nun immer stärker in den Fokus der Kritik. Vor allem unter Jugendlichen registrierte die SED eine „Zunahme aggressiven Auftretens“ im Sinne des Neuen Forums. Studenten der Dahleener Agraringenieurschule hinterfragten die führende Rolle der SED und meinten, eigentlich müsse doch in der Landwirtschaft die Demokratische Bauernpartei Deutschlands das Sagen haben. So naiv ein Großteil der Forderungen und Fragen auch war, zeigte er doch den breiten Willen, sich aus der von der SED verordneten Unmündigkeit zu befreien. Immer mehr Bürger forderten inzwischen recht offensiv die Bestrafung der Verantwortlichen für die bisherige Politik. SED-Mitglieder fragten: „Was ist an unserer Politik noch richtig?“ Bei ihrer Anleitung zum Parteilehrjahr vertraten viele kommunistische Propagandisten die Auffassung, dass dieses nicht mehr den aktuellen Erfordernissen entspreche. Gleiche Tendenzen gab es bei der Anleitung im FDJ-Studienjahr.¹²⁸ Ende Oktober nahm die Aggressivität gegenüber der SED in den Arbeitskollektiven zu. Parteisekretäre wurden offen angegriffen und aufgefordert, zu ihren Fehlern Stellung zu beziehen. Ein größerer Teil der Bevölkerung bekannte sich inzwischen offen zu den Prinzipien des Neuen Forums. Immer mehr Bewohner der Kreises nahmen an den Montagsdemonstrationen in Leipzig teil und bekannten sich dazu.¹²⁹ Im Kreis Oschatz selber kam es hingegen noch immer nicht zu öffentlichen Demonstrationen. Die SED-Kreisleitung versuchte die Zeit für einen Stimmungsumschwung zu nutzen. Täglich gingen die führenden Funktionäre zum Dialog in VEB und Einrichtungen. Obwohl die Dialogveranstaltungen so organisiert waren, dass vor allem SED-Mitglieder zu Wort kamen, wurden die Funktionäre überall mit denselben Problemen konfrontiert. Bei einer SED-

127 VPKA Oschatz, Anhang zum Arbeitsplan des Leiters des VPKA für die politisch-ideologische Arbeit Monat November 1989 vom 26. 10. 1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4807).

128 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 26. 10. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

129 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 27. 10. 1989 (ebd.).

Mitgliederversammlung des Landbaukombinates erklärte der dortige Parteisekretär, Roland Schupke, man sei guten Willens, den mit der 9. ZK-Tagung eingeleiteten Prozess mitzugestalten, freilich reiche das Leistungsvermögen des Betriebes dazu nicht aus. Ein Vertreter des Jugendkollektivs auf der Baustelle Molkerei in Oschatz forderte bessere Arbeitsbedingungen. Angesichts des Mangels an Ersatzteilen sei eine vernünftige Arbeit nicht mehr möglich.¹³⁰ Bei einer „Arbeiterversammlung“ im Glasseidenwerk Oschatz diskutierten zu Beginn der Nachtschicht dreißig Mitglieder der Jugendbrigade „Albert Schweitzer“ mit Buschmann.¹³¹ Einen Tag später folgte eine Dialogveranstaltung des 1. Sekretärs mit Ärzten des Oschatzer Kreiskrankenhauses und der Poliklinik mit Buschmann, Küttner, Fleck und Hetmank. Hauptthemen waren hier die Ursachen für das Verlassen der DDR, die mangelhafte Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und die Medienpolitik. Erstmals gab Buschmann zu, dass die Gründe für die Ausreisewelle nicht allein „außen“ zu suchen seien. Die Ärzte erklärten, für Schwestern und Ärzte sei aufgrund fehlenden Personals und überflüssiger Schreibearbeit die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Es sei schlimm, dass man in Mitteleuropa überhaupt über die Sicherstellung der Grundernährung reden müsse. Beim Betriebsessen gebe es seit Monaten keinerlei Gemüse mehr. In der Verkaufsstelle an der Straße der Einheit gebe es nicht genügend Milch, Brot, Quark und Kindersäfte. Das einzige, was es unter der SED immer reichlich gebe, sei Schnaps.¹³²

Am 27. Oktober wurden die Pfarrer des Kreises zum Gespräch beim Rat des Kreises geladen,¹³³ dem letzten dieser Art zwischen SED-Staat und Kirche. Die ideologische Argumentation und das Verhalten der kommunistischen Staatsfunktionäre hatten sich geändert. So gaben sie, bisher völlig undenkbar, ihre Schuld an bestimmten Missständen zu, schoben die Hauptverantwortung aber auf die SED-Führung, der sie hätten folgen müssen. Als die Pfarrer ihre altbekannte Forderung nach einem zivilen Ersatzdienst wiederholten, wurde auf bisher undenkbarer Weise geantwortet, es werde demnächst entsprechende Gesetzesvorlagen geben. Über Jahrzehnte hatte der sozialistische Staat diese Forderung abgewiesen, nun, unter dem Druck der revolutionären Ereignisse, waren die kommunistischen Funktionäre zu Zugeständnissen bereit. Zur Sprache kam auch wieder das im Kreis leidige Problem des maroden Gesundheitswesens. Als der kommunistische Kreisarzt, Horst Wunder, die Ärzte kritisierte, die in die Bundesrepublik gegangen waren und erklärte, diese hätten ihre Patienten und ihren Beruf verraten, erwiderte Pfarrer Tischendorf, vielleicht liege dies

130 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 25.10.1989.

131 Vgl. ebd. vom 26.10.1989.

132 Vgl. ebd. vom 27.10.1989.

133 Protokoll von Berthold Zehme über das Gespräch zwischen einigen Pfarrern des Kirchenbezirkes Oschatz und Vertretern des RdK Oschatz am 27.10.1989 (HAIT, Martin Kupke); Handschriftliches Protokoll des Gespräches am 27.10.1989 beim RdK von Martin Kupke (ebd.).

daran, dass bislang in der DDR die ethische Haltung der Medizinstudenten nicht gefragt gewesen sei. Zur Barmherzigkeit und zum Humanismus habe man die Jugendlichen nicht gerade erzogen. Tischendorf wies auch auf die zahlreichen Probleme der Kirche im schulischen Bereich hin. Der Bereich Volksbildung des Rates des Kreises hätte Gespräche dazu mit der Kirche stets abgelehnt. In der Schule hätten die Kinder zu den Lehrern kein Vertrauen, diese würden die Kinder nur aushorchen. Die Schule erziehe die Kinder zur Doppelzüngigkeit. Kritisiert wurde auch die vormilitärische Erziehung. So müssten Kinder vor dem Schulgebäude mit einem Gewehr zur Ehrenwache antreten. Die Staatsfunktionäre, die sich bislang stets über die Forderungen der Kirche hinweggesetzt hatten, übten sich nun in opportunistischer Anpassung an die Erfordernisse einer sich rasch wandelnden Zeit. So erklärte Ratsmitglied Karl-Heinz Becker auf die Vorwürfe der Theologen, er schäme sich für das falsche Verhalten der Lehrer. Ratsmitglied Harald Dinter machte plötzlich das für die Ohren der Pfarrer ganz erstaunliche Angebot, die Kirche könne doch bei den Stadtverordneten im Bereich Umweltschutz mitarbeiten. Noch vor einem halben Jahr wäre allein ein solcher Gedanke undenkbar gewesen. Superintendent Kupke wies auf die geschichtliche Stunde hin, in der man sich befinde. Die Geschwindigkeit der Ereignisse verschlage den Menschen den Atem. Das Volk wache auf. Wer hätte gedacht, welche Kräfte in diesem bisher schweigenden Volk steckten. In der Zeitung habe jemand von der Eigendynamik der Wahrheit geschrieben. In der Tat kämpfe sich die Wahrheit irgendwann ans Licht. Dies erlebten die Menschen jetzt in der DDR. Sie begännen zu sagen, was sie immer schon meinten. Zuerst hätten sie das Dach der Kirche gesucht, weil ihnen andere Dächer verweigert wurden. Hier konnten sie reden und fragen, bekamen Antworten und fanden Orientierung. Das wäre eigentlich die Aufgabe des Staates gewesen. Die Kirchen hätten stellvertretend diese Aufgaben übernommen. Die Menschen seien dann auf die Straßen gegangen. Das seien die Mutigen und Hoffnungsvollen gewesen. Andere hätten das Land verlassen, weil sie nichts mehr hofften. Unter dem Druck dieser Massenflucht musste die Regierung handeln. Sie hätte es längst tun müssen. Erst jetzt, nach langem Zögern, sei sie bereit dazu. Die Wende habe begonnen. Wenn es zu tiefgreifenden Änderungen kommen solle, wenn hier eine Gesellschaft aufgebaut werde, in der Menschen gerne leben, müsse sich ziemlich alles verändern. Zum Abschluss verlas Kupke sein 14-Punkte-Programm vom 23. Oktober, in dem radikale Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Ordnung der DDR eingefordert wurden.¹³⁴

Ende Oktober verstärkte sich auch der Profilierungsprozess der bislang von der SED in politischer Unmündigkeit gehaltenen Blockparteien. Am 28. Oktober definierte sich die DDR-CDU erstmalig als unabhängige Partei. Auch NDPD und LDPD kündigten größere Eigenständigkeit an. Für Ver-

134 Protokoll der Rede von Martin Kupke vor den Vertretern des RdK Oschatz und einigen Pfarrern am 27.10.1989 (ebd.).

änderungen demonstrierten nun auch immer öfter die Bewohner kleinerer Städte wie an diesem Tag in Greiz, Freiberg und Senftenberg. In Berlin forderten am 29. Oktober rund 20 000 Demonstranten „Weg mit der Mauer!“ Mit einer Schweigeminute gedachten sie der Maueropfer und forderten Rechenschaft vom Oberbürgermeister, dem Polizeipräsidenten und dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin. Auch in Leipzig und Karl-Marx-Stadt forderten Demonstranten den Rücktritt des Politbüros. In Oschatz hatte der Rat der Stadt für diesen Sonntagvormittag zu einem dreistündigen „Rathausgespräch“ geladen. Nach einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ äußerten sich hier zahlreiche Bürger vor allem zu konkreten kommunalen Belangen. Gemäß der allgemeinen Dialogpolitik der SED sprach der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises, Harald Dinter, zwar von der Daseinsberechtigung der Demonstrationen, eine Lösung der Probleme könne es aber auf der Straße nicht geben.¹³⁵ Ein völlig anderes Bild von der Veranstaltung zeichnete ein interner Bericht der SED-Kreisleitung. Danach ging es hier bereits um die führende Rolle der SED, um die Verantwortlichen für die Situation in der Wirtschaft, um eine künftig größere Rolle der Blockparteien und um die Ausgrenzung des Neuen Forums von Dialogveranstaltungen. Einige ältere SED-Mitglieder hätten nach der Veranstaltung kritisiert, dass „bei solchen Gesprächen alles bisher Geschaffene eliminiert werde“.¹³⁶ Die offensichtliche Diskrepanz zwischen dem offiziellen Bericht in der SED-Zeitung und deren interne Beschreibung ist eklatant. Die Parteizeitung verschwieg die tatsächlich auf den Dialogveranstaltungen aufgeworfenen Fragen, führte die Bevölkerung damit über die tatsächliche Situation in die Irre und zeigte, dass von einer tatsächlichen Bereitschaft zum offenen Dialog keine Rede sein konnte.

4.3 Erste Demonstration und Bildung des Neuen Forums

Am 30. Oktober fand in der Kirche das nächste Friedensgebet statt.¹³⁷ Die Kirchengemeinde hatte für 18.00 Uhr wieder in die Klosterkirche eingeladen, der Ort musste aber gewechselt werden, weil die Kirche für die Menschenmenge nicht ausreichte. So fand die Veranstaltung in der kalten St. Aegidienkirche mit viel Improvisation ihre Fortsetzung. Etwa 800 Personen versammelten sich hier.¹³⁸ Kupkes 14-Punkte-Programm lag als Flugblatt aus.

135 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 31.10.1989.

136 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 30.10.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086). Vgl. „Im Gespräch mit den Bürgern“. In: LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 31.10.1989.

137 Protokoll vom Friedensgebet am 30.10.1989 in der Oschatzer St. Aegidienkirche (HAIT, Martin Kupke).

138 Im Rapportbericht des VPKA heißt es: „mit ca. 600 [handschr.: 4 500 mit Podiumsgespräch] Teilnehmern“. VPKA Oschatz, ODH, Rapportbericht 46/89 vom 27.10.-2.11.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

Reformen¹³⁹

1. In allen Bereichen unseres Lebens muss es erlebbar werden, dass jeder Mensch eine Würde hat. Diese Würde darf nicht mehr mit Füßen getreten werden. Die verletzte Menschenwürde ist der eigentliche Grund für die Massenflucht.
2. Über die Grundfragen unseres Landes sollte es einen Volksentscheid geben. Welches die Grundfragen sind, müsste in einem breiten Dialog mit allen Schichten der Bevölkerung ermittelt werden.
3. Wir brauchen eine parlamentarische Demokratie. Dazu gehört ein Mehrparteiensystem. Es müssen sich bei uns neue Parteien bilden und profilieren können. Die SED hat in der Vergangenheit ihren Führungsanspruch nicht gerechtfertigt. Sie kann daher in Zukunft nur eine Partei unter anderen sein und muss sich der Wahl durch das Volk stellen. Egon Krenz hat gesagt: „Es geht nicht um uns.“ Dies muss seine Partei nun beweisen.
4. Wir brauchen ein neues Wahlgesetz und freie Wahlen.
4. In unserem Lande muss es mit allen Schichten der Bevölkerung eine Sozialismus-Diskussion geben. Es ist zu klären: Was ist Sozialismus?
6. Wir brauchen Wirtschaftsreformen. Die wirtschaftliche Lage in unserem Lande ist zum Erschrecken. Wir sind eine Mangelgesellschaft. Vorschläge für Wirtschaftsreformen müssen von den Wirtschaftsfachleuten kommen, nicht von den Parteifunktionären.
7. Die politischen Strafgesetze sind aufzuheben. Das Angst machende Erlebnis der Rechtsunsicherheit sitzt den Menschen in den Gliedern. Viele haben deshalb das Land verlassen.
8. Wir brauchen ein parlamentarisches Kontrollsystem für alle Machtinstrumente im Staat. Politische Strukturen sind aufzubauen, die jede Selbstständigkeit von Macht unmöglich machen.
9. Das Ministerium für Staatssicherheit ist aufzulösen. Es verhindert den inneren Frieden in unserem Lande. Desgleichen sollten die Kampfgruppen aufgelöst werden.
10. Wir brauchen Medienfreiheit und das Demonstrationsrecht.
11. Wir brauchen neue Reisegesetze.
12. Wir brauchen Reformen des gesamten Schul- und Hochschulwesens. Die Schule ist in der Vergangenheit weder ihrer bildenden noch ihrer erzieherischen Aufgabe gerecht geworden. Sie trägt zum großen Teil Verantwortung für die Massenflucht der Jugend, da sie die Jugend unterdrückt und zur Zweigleisigkeit genötigt hat.
13. Wir brauchen die Aufarbeitung unserer Geschichte bis in die Gegenwart hinein. Die Fehler der Vergangenheit müssen deutlich werden, damit sie nicht wiederholt werden.

139 Reformen, Oschatz, am 30.10.1989, gez. Martin Kupke (HAIT, Martin Kupke).

14. Wir erwarten die schnelle Einführung des zivilen Wehrersatzdienstes. Seit langem wird er von jungen Christen gefordert. Heute liegt seine Notwendigkeit besonders auf der Hand, da katastrophale Verhältnisse im diakonischen, medizinischen und pflegerischen Bereich bestehen. Wir brauchen in unserem Lande tiefgreifende Reformen, für Retuschen ist es längst zu spät. Es muss sehr schnell zu totalen Veränderungen kommen, billiger können wir eine bessere Zukunft nicht haben.

Der Superintendent las einen Bericht des Sächsischen Landeskirchenamtes über Misshandlungen von Demonstranten in Dresden vor. Dann wurde öffentlich diskutiert. Wer etwas sagen wollte, kam nach vorn in den Altarraum. Eine Mikrofonanlage konnte wegen der Kürze der Zeit nicht installiert werden. Angesprochen wurden unter anderem die Probleme im Gesundheitswesen und in den Schulen, die Wohnungspolitik, freie Wahlen, Medienfreiheit, Versorgungsprobleme, die Definition von Sozialismus, die Forderung nach Amnestie politisch Gefangener, das Demonstrationsrecht, ökologische Fragen (z. B. Umweltdaten für Oschatz) und die niedrigen Renten in der DDR.

Im Anschluss an das Friedensgebet fand die erste „nichtgenehmigte“ Demonstration in Oschatz statt. Angesichts der veränderten politischen Lage, so die Unterlagen, verzichtete das Volkspolizeikreisamt auf die Einleitung eines zunächst erwogenen Ermittlungsverfahrens.¹⁴⁰ Laut Angaben der Volkspolizei formierten sich ca. 400¹⁴¹ Personen der Kreisstadt und des Kreises, vorwiegend zwischen zwanzig und dreißig Jahren, und zogen ohne Gewalttätigkeiten und unter Rufen von Losungen durch die Innenstadt.¹⁴² In Sprechchören wurde „Neues Forum, jetzt oder nie“, „Wir sind das Volk“, „Stasi in die Produktion“, „Stasi in die Kohle“ und „Jetzt oder nie“ gerufen. Der Demonstrationzug, der sich von der Kirche über den Ernst-Thälmann-Platz, die Lutherstraße, die Promenade, die Friedrich-Naumann-Promenade, die Seminarstraße, den Platz der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft und erneut über den Ernst-Thälmann-Platz zurück zur Kirche bewegte, war von Sicherheitskräften durchsetzt. Geleitet wurde die Überwachung durch den Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Schmidt. In Zusammenarbeit mit MfS und SED-Kreisleitung koordinierte er den Einsatz der Abschnittsbevollmächtigten, Zivilaufklärer der Kriminalpolizei, MfS-Mitarbeiter und Verkehrspolizisten. Im Volkspolizeikreisamt stand eine Reserve bereit. Im Originaltext liest sich dies so: „Was veranlasst: Sicherung in der Tiefe durch OP-Kräfte S. und ABV, Zivilaufklärer K im ZW mit KDFS eingesetzt, Regulierung durch Kräfte VK, Reserve im VPKA, Führung durch Führungsgruppe unter Leitung

140 VPKA Oschatz, FS an BDVP ODH Leipzig vom 27.11.1989: Ergänzungs- und Abschlussmeldung zum FS 234 vom 30.10.89. Demonstration nach Friedensgebet (nicht genehmigt) am 30.10.1989, 20.00 Uhr (SächsStAL, VPKA Oschatz 4761).

141 Handschriftliche Ergänzung: 3 500.

142 VPKA Oschatz, ODH, Rapportbericht 46/89 vom 27.10.-2.11.1989 (ebd. 4760).

des Leiters VPKA!“¹⁴³ Die Lagefilme des VPKA zeigen, dass auch die folgenden Demonstrationen von „Sicherheitskräften“ durchgesetzt waren. Dass dies den Demonstranten klar war, zeigte die Demonstration am 6. November, als „Stasi aus der Demo!“ gerufen wurde.

Nachdem auf der Demonstration die schnelle Bildung des Neuen Forums auch im Kreis Oschatz gefordert worden war, fanden sich Bürger an verschiedenen Orten des Kreises außerhalb der Kirchen unter dem Dach dieses DDR-weit agierenden, lockeren Zusammenschlusses zusammen, um gemeinsam über Möglichkeiten politischer und gesellschaftlicher Veränderungen nachzudenken. Erstmals hatten sich am 30. September in Grünheide rund dreißig Personen aus elf Bezirken getroffen und das Neue Forum für die DDR gegründet. In einem Statutentwurf hieß es, das Neue Forum sei eine Vereinigung von Bürgern, die an einer demokratischen Umgestaltung ihrer Gesellschaft interessiert sind, mit dem Ziel eines demokratischen Sozialismus, der den politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen weitgehend gerecht werde. Hauptarbeitsform des Neuen Forums sei der öffentliche Dialog mit den Vertretern staatlicher Organe und Einrichtungen, Parteien und Massenorganisationen, der Wirtschaft und der Kultur sowie mit Bürgern und Bürgerinitiativen. In einem Sofortprogramm wurde unter anderem gefordert, dass die Regierung politische und wirtschaftliche Entscheidungen nur noch nach Konsultation und umfassender Information der Oppositionsgruppen treffen sollte. Gefordert wurde ein Volksentscheid über eine Verfassung der DDR, Kommunalwahlen bis spätestens 6. Mai 1990, ein Streikrecht, die Auflösung der Parteiapparate und der Kampfgruppen, die Erarbeitung eines Mediengesetzes, Pressefreiheit, Reformen des Bildungswesens, eine Erhöhung der Mindestrenten, eine einseitige Abrüstung, die Einrichtung eines sozialen Zivildienstes, die Schaffung von Alternativen zur offiziellen Energiepolitik und die Wiedereinführung abgeschaffter kirchlicher Feiertage.¹⁴⁴ Das Neue Forum stellte bei der Regierung der DDR einen Antrag auf Zulassung, den in der Folgezeit tausende DDR-Bewohner unterstützen und der zu einer zentralen Forderung auf allen Demonstrationen wurde. Die Aktenlage in den verschiedensten regionalen Archiven macht deutlich, welche Bedeutung die Flugschriften des Neuen Forums für die Bildung vergleichbarer Strukturen in Kreisen und Kommunen hatten. Im Kreis Oschatz kursierten vor allem Flugblätter des Berliner und Leipziger Neuen Forums. So ist in einem Lagefilm der Volkspolizei festgehalten, dass ein VP-Mitarbeiter in der Telefonzelle auf dem Dahlemer Markt ein Schriftstück mit folgendem Inhalt fand: „Bekanntgabe des Neuen Forum Leipzig. Für den 13.11.89 hat die Sprechergruppe eine Demo beantragt. Grund: Notwendigkeit und das Recht auf Versammlungs-, Vereinigungs- u. Pressefreiheit. Es soll die Möglichkeit bestehen, Aussprachen zu genannten Themen zu halten.

143 VPKA Oschatz, FS 234 an BDVP ODH Leipzig vom 30.10.1989: Demonstration nach Friedensgebet [nicht genehmigt] am 30.10.1989, 20.00 Uhr (ebd. 4761).

144 Aufruf des Neuen Forums (HAIT, Flugblattsammlung)

Beginn 10 Uhr Markt Altes Rathaus.“¹⁴⁵ Wie überall in der DDR bildeten sich auch im Kreis Oschatz Gruppen des Neuen Forums. Besonders aktiv war die Oschatzer Basisgruppe des Neuen Forums in der Kreisstadt mit Arbeitsgruppen für die Sachbereiche „Organisatorisches“, „Stasi, NVA und Recht“, „Volksbildung“, „Kultur und Jugend“, „Gesundheitswesen“, „Wirtschaft, Versorgung, Handwerk“, „Umweltschutz“ sowie einer Kontrollgruppe.¹⁴⁶ In einem undatierten Schreiben wies die Oschatzer Basisgruppe auf die Bedeutung der Kirche für die friedliche Revolution im Kreis hin. Die Kirche gewähre den Menschen schon lange Zuflucht. Hier könnten sie ihre Angst überwinden und zu sich selbst wie auch zu ihrer eigenen Menschenwürde finden. Unter dem Dach der Kirche seien viele Oschatzer mündiger geworden und hätten erkannt, welchen verlogenen Herrschern sie jahrzehntelang eingeschüchtert, gedemütigt, unterwürfig und geistig manipuliert gedient hätten. Leider gebe es noch immer zu viele, die nur in den eigenen vier Wänden schimpften und sich alle Türen offen halten wollten. Viele befürchteten, die SED-Herrschaft kehre zurück und sie könnten gemaßregelt werden. Es seien noch zu wenige im Lande, die im Alltag den Mund auf täten und sich wehrten. Die Kirche habe man erheblich belastet durch den Frust und seine Entladung. Sie könnten der Kirche nur ihren Dank sagen und sie bitten, ihnen weiter auf dem Weg in eine menschenfreundliche Zukunft hilfreich zu sein.¹⁴⁷ Neben der thematischen Gruppenarbeit übernahm das Neue Forum in Oschatz vor allem die Organisation der Demonstrationen, die im Anschluss an die Friedensgebete in der St. Aegidienkirche stattfanden. Die Mitglieder fertigten Transparente und trugen diese bei den Demonstrationen durch die Oschatzer Straßen. Dazu gehörten unter anderem folgende Texte: „Der große Buschmann, der kleine Fleck, beide müssen weg!“, „Reformen in allen Bereichen. Neues Forum zulassen“, „Neues Forum, neue Hoffnung“, „Pressefreiheit“, „Demokratie jetzt oder nie“, „Machtanspruch der SED – nach 40 Jahren – das Volk sagt nee!“, „SPD wie vor 1933 die stärkste Partei in Oschatz“, „Alle müssen wählen! Stimmenenthaltung schadet der Demokratie“, „Gebt unseren Kindern eine Zukunft in einem freien demokratischen Staat“ und „Stasi in die Volkswirtschaft“.

Wie notwendig die Bildung neuer Gruppierungen war, bewiesen die Blockparteien, die am 31. Oktober unter turnusmäßiger Leitung der NDPD zur Beratung zusammenkamen und in einer „Erklärung des Demokratischen Blocks des Kreises Oschatz“ keinen Zweifel an ihrer Überzeugung ließen, dass der Sozialismus in der DDR aus ihrer Sicht eine „unumstößliche Tatsache“ sei.¹⁴⁸ Dass die Führungen der Blockparteien mit dieser Grundhaltung nicht die Meinung der Mehrzahl ihrer Mitglieder bzw. der Bevölkerung repräsentierten, zeigte ein kritisches Schreiben der CDU-Ortsgruppe Mahlis

145 VPKA Oschatz, Lagefilm 1989 11.-12.11.1989 (ebd. 4760).

146 Die Mitglieder finden sich in Kupke, Die Wende in Oschatz, S. 34.

147 Schreiben des Neuen Forums, Gruppe Oschatz (HAIT, Martin Kupke).

148 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 2.11.1989.

vom 31. Oktober, das an das Zentralorgan der CDU „Neue Zeit“ zur Veröffentlichung weitergeleitet wurde. Die Mahliser „Unionsfreunde“ kritisierten eine Rede des CDU-Parteivorsitzenden, Gerald Götting, im Fernsehen und das Verhalten des Parteivorstandes. Sie forderten spürbare Veränderungen in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Umweltschutz, Bildungswesen, Reiseverkehr und Medienpolitik. Die politischen Grundlagen des Regimes standen hier noch nicht zur Disposition. Es hieß lediglich, künftig müsse auf die Forderungen der Bürger eingegangen werden. Die CDU dürfe nicht zu allem „ja“ sagen, was die SED vorgebe. In der Partei wachse die Kritik am Hauptvorstand und am Vorsitzenden Gerald Götting. Man müsse wieder das werden und praktizieren, „was wir einst unter Otto Nuschke getan haben“.¹⁴⁹

Im Mügelner Kino fand an diesem Dienstag ein dreistündiges Bürgerforum statt, bei dem einzelne Redner Forderungen vortrugen, die über eine immanente Kritik des Systems hinausgingen und auf revolutionäre politische Veränderung abzielten. Neben ökologischen und Alltagsproblemen, etwa in der Wohnungsversorgung, wurden auch konkrete Einzelprobleme angesprochen, etwa dass junge Handwerker keine Gewerbe genehmigung bekämen. Jugendliche Teilnehmer erklärten, die Jugend gehöre dem Volk und sei keine Kampfesreserve der SED. Die Macht dürfe künftig nicht mehr in wenigen Händen konzentriert sein. Deswegen sei eine Änderung des Wahlsystems erforderlich. Nötig seien Gesetzestreue und Pluralismus. Um die politischen Forderungen zu unterstreichen, wurde das von Superintendent Kupke ausgearbeitete 14-Punkte-Programm vorgetragen, das offensichtlich die gewünschte Wirkung entfaltete.¹⁵⁰

Hatten die Partei- und Staatsorgane im Kreis versucht, politische Forderungen auf den Dialogveranstaltungen durch eine geschickte Regie zu verhindern, so sahen sie sich getäuscht. Bürgerforen, die sich mehr und mehr ihrem Einfluss entzogen, entwickelten sich zu Tribunalen der Anklage gegen die verfehlte Politik der SED. Bei einer Sondersitzung konstatierten die Mitglieder des Rates des Kreises Oschatz am 31. Oktober mit Empörung und erkennbarer Panik, dass es Angriffe auf die Partei bzw. ausgewählte Persönlichkeiten gab und „sogenannte freie Wahlen“ gefordert wurden. Die Staatsfunktionäre forderten, die Autorität der sozialistischen Staatsmacht wieder herzustellen. Das Protokoll der Sitzung erweckt den Eindruck einer hektischen Betriebsamkeit auf der Basis der herkömmlichen Ideologie. Immerhin wurde in Anlehnung an die modifizierte Linie der SED-Führung unter Egon Krenz gefordert, den Personalbestand des Staatsapparates zu reduzieren. Die von Krenz postulierte Wende im gesellschaftlichen Leben des sozialistischen Staates müsse sich zuerst in der Produktion vollziehen. Die Hauptaufgabe liege in der Erfüllung des Planes für 1989. Die erforderliche

149 Offener Brief der CDU-Ortsgruppe Mahlis vom 31.10.1989 an den Verlag Neue Zeit (ACDP, II-295). Freilich war die CDU unter Otto Nuschke gleichgeschaltet worden.

150 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 3.11.1989.

Leistung dafür sei aber nur erreichbar, wenn in den Arbeitskollektiven eine solide politische Arbeit geleistet werde.¹⁵¹ Im Stil der bisherigen Dialogveranstaltungen fand am nächsten Tag ein öffentliches Dialogforum der Oschatzer Stadtverordnetenversammlung in der Aula der kommunalen Berufsschule „Wilhelm Pieck“ statt, an dem sich rund 300 Personen beteiligten. SED-Bürgermeister Hetmank plädierte dafür, keine Schuldzuweisungen für Vergangenes vorzunehmen, sondern Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Bei der Dialogveranstaltung ging es nach Darstellung der SED-Parteizeitung erneut nicht um politische Kernfragen, sondern vor allem um Probleme der Wirtschaft und der Versorgung. So sei bemängelt worden, dass die Versorgung mit Baumaterialien nur noch über Schmiergeld möglich sei. Der Leiter eines Betriebsteils des Baukombinats Leipzig habe erklärt, man könne Neubauwohnungen nicht fertig stellen, weil Heizungsinstallationen fehlten. Ebenso konnten Versehrtenwohnungen wegen Materialversorgungsmängeln nicht fertiggestellt werden. Die Abgeordneten hätten sich erkennbar mit Vorschlägen zurückgehalten.¹⁵²

Während Egon Krenz am 1. November in Berlin erklärte, es gehe künftig darum, „die großen Potentiale des Sozialismus“ noch besser auszuschöpfen, setzte sich in der Bevölkerung immer mehr die Überzeugung durch, dass es besser sei, auf diese Potentiale gänzlich zu verzichten. So wurde im Oschatzer Stimmungsbericht an die SED-Bezirksleitung beklagt, dass in den Diskussionen ausschließlich der SED die Schuld für die gegenwärtige Situation gegeben werde. Die SED-Mitglieder würden in den Arbeitskollektiven sehr kritisch, unsachlich und provokatorisch gefragt, wie es zur derzeitigen Situation habe kommen können. Die Bevölkerung des Kreises fordere immer wieder rasche und tiefgreifende Veränderungen. Vielen SED-Mitgliedern falle es schwer, in der Öffentlichkeit überzeugend aufzutreten und sich im Sinne ihrer Partei zu positionieren. Viele brächten aber zum Ausdruck, dass nur durch eine ordentliche Arbeit der Sozialismus wieder attraktiver gemacht werden könne. Einige Genossen äußerten die Befürchtung, das Neue Forum könne sich zu einer Oppositionspartei entwickeln und die Macht an sich reißen.¹⁵³ Auf DDR-Ebene war der 2. November der Tag der Rücktritte. Mit zweiwöchiger Verspätung teilte der Ministerrat mit, dass Margot Honecker „aus persönlichen Gründen“ ihr Rücktrittsgesuch eingereicht hatte. Gemeldet wurden die Rücktritte von Harry Tisch als Vorsitzender des FDGB, Gerald Götting als Parteivorsitzender der CDU und Heinrich Homann als Vorsitzender der NDPD. Ebenso wurden einige SED-Bezirkschefs von ihren Ämtern entbunden. Die Bevölkerung hatte ihnen zuvor „feudalabsolutistische Manieren“ vorgeworfen. Dass die Absetzung einiger korrupter Spitzenfunktionäre der revoltierenden Bevölkerung nicht mehr reichte, wurde klar, als es

151 Protokoll der Sondersitzung des RdK Oschatz am 31.10.1989 (ALTO, 358 C).

152 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 4./5.11.1989.

153 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 1.11.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

am Abend in zahlreichen Städten wieder zu großen Demonstrationen kam, auf denen bereits der Rücktritt der gesamten Regierung Stoph gefordert wurde. Die Oschatzer Stimmungsinformation dieses Tages an die SED-Bezirksleitung Leipzig konstatierte, dass es in der Bevölkerung ein großes Bedürfnis gebe, sich offen zu allen bewegenden Fragen zu äußern. Man freue sich, dass sich der Informationsgehalt der Massenmedien spürbar verbessert habe. Begrüßt werde auch, dass der visafreie Reiseverkehr in die ČSSR wieder aufgenommen worden sei. Ältere SED-Mitglieder hätten aber auch Angst, dass viele Bürger auf diesem Wege wieder die DDR verlassen würden. Nach deren Meinung sollte man gewaltsam durchgreifen und gegen die Protestierer vorgehen.¹⁵⁴ Diese Hoffnungen der Altkommunisten sollten sich aber nicht mehr erfüllen. Egon Krenz kündigte stattdessen am 3. November an, dass sich das ZK der SED von Hermann Axen, Kurt Hager und Erich Mielke trennen werde. Im Medienbereich setzte sich „Glasnost“ durch. So wurden bisher verbotene sowjetische Filme gezeigt. Die SED-Kreisleitung Oschatz berichtete über „Stützpunktberatungen“ mit Parteisekretären, bei denen diese beklagten, dass keine klare Linie der Partei zu erkennen sei. Es gelte, die SED wieder in die Offensive zu führen. Große Erwartungen verbanden die Funktionäre mit der bevorstehenden 10. Tagung des ZK der SED. Ältere Genossen, so der Bericht, würden sehr bewegt und bedrückt zum Ausdruck bringen, dass ihr Vertrauen in die Partei- und Staatsführung stark beeinträchtigt sei. Manch einer schäme sich inzwischen, Kommunist zu sein. Auch von der Oschatzer SED-Kreisleitung habe man sich oft unterdrückt gefühlt, einen wirklichen Dialog habe es nie gegeben. Da die Kreisleitung auf kritische Bemerkungen nicht eingegangen sei, habe sich Gleichgültigkeit und Doppelzüngigkeit entwickelt. Besonders niveaulos seien Beratungen mit Kadern der Staats- und Sicherheitsorgane sowie aus dem Bereich der Volksbildung gewesen. Außerdem würden die Parteifunktionäre in Volkseigenen Betrieben und Wohngebieten den Funktionären der Kreisleitung, vor allem dessen 1. Sekretär, eine „ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Privilegien“ unterstellen. Dieser Vorwurf sei auch beim letzten Montagsgebet erhoben worden. Viele Mitglieder forderten in diesem Zusammenhang kadermäßige Veränderungen im Kreis.¹⁵⁵

Nicht nur innerhalb der SED hatte es seit Jahrzehnten keine offenen Diskussionen gegeben, innerhalb der Diktatur hatten die Staatsvertreter vor allem das offene Gespräch mit der Bevölkerung gemieden, wusste oder ahnte man doch, dass die behauptete Zustimmung zur Diktatur nichts mit der Realität zu tun hatte. Erst jetzt, unter dem Druck des gesellschaftlichen Aufbruchs in eine neue politische Kultur des Umgangs miteinander, sahen sich die Staatsfunktionäre gezwungen, Bevölkerungsforderungen nach Gesprächen nachzukommen. Treibende Kraft hierbei war die Kirche. Hier plante

154 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 2.11.1989 (ebd.).

155 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 3.11.1989 (ebd.).

man für den 6. November eine breite gesellschaftliche Aussprache in der Oschatzer St. Aegidienkirche. Zur Vorbereitung der Versammlung fand am 4. November ein Gespräch von Pfarrern mit Vertretern des Rates des Kreises statt. Der Rat war durch den Vorsitzenden, Heinz Küttner, seinen Stellvertreter für Inneres, Karl-Heinz Becker, sowie das Ratsmitglied Harald Dinter vertreten. Außerdem beteiligte sich der Oschatzer Bürgermeister, Günter Hetmank, an der Runde. Von kirchlicher Seite nahmen Superintendent Kupke und die Vorsitzenden der evangelischen Pfarrkonvente, Pfarrer Berthold Zehme (Oschatz), Pfarrer Lothar Mende (Dahlen), Pfarrer Wolfgang Tischendorf (Sornzig), Pfarrer Andreas Klemm (Cavertitz) und der katholische Pfarrer Peter Müller (Oschatz) teil. Das Gespräch fand trotz anfänglicher Bedenken der kommunistischen Funktionäre in der Elisabeth-Kapelle, also im kirchlichen Raum, statt. Beim Gespräch erklärten die Funktionäre, auch sie hätten derzeit mehr Fragen als Antworten, wären aber bereit, Vorschläge aus der Bevölkerung entgegenzunehmen und Gesprächsmöglichkeiten zu schaffen. Sie wollten zu allem reden, seien aber nicht für alles kompetent. Nach einigem Zögern erklärten sie sich bereit, am 6. November im Anschluss an das Friedengebet in der St. Aegidienkirche ein Gespräch mit der Bevölkerung zu führen. Die Veranstaltung war von kirchlicher Seite bereits publik gemacht worden, so dass ein Rückzug der staatlichen Vertreter ohne Gesichtsverlust kaum möglich war. Im Lagefilm des Volkspolizeikreisamtes hieß es über die Besprechung, die Kirche rechne mit ca. 5 000 Teilnehmern, deren Zusammensetzung unbekannt sei. Die Kirchenvertreter sollen nach diesem Lagefilm erklärt haben, sie seien „nicht in der Lage, diese Personenansammlung zu beherrschen“, und hätten deshalb eine „Sicherheitspartnerschaft mit Sicherheitsorganen“ vorgeschlagen. Dergleichen Bitten sind von kirchlicher Seite aus aber nie vorgetragen worden, dies widersprach ihren Prinzipien. Sie forderte aber die Anwesenheit des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung, des Leiters der Kreisdienststelle des MfS, des Vorsitzenden des Rates des Kreises und weiterer Ratsmitglieder.¹⁵⁶ Während die Staatsfunktionäre des Rates des Kreises und der Stadt mit den Kirchenvertretern verhandelten, wurde auf Anweisung der Bezirkseinsatzleitung seitens der SED-Kreisleitung Oschatz am 4. November um 17.20 Uhr die volle Einsatzbereitschaft der Kreisleitung hergestellt. Das hieß, dass sich bis zum Friedengebet am Montag von 28 Mitgliedern 27 in der Kreisleitung aufhielten. Außerdem wurde ein fester Kontakt zu den Führungsstellen der SED-Kreisleitungen Döbeln, Wurzen und Torgau hergestellt, um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Montagsfriedengebet und der zu erwartenden Demonstration zu beraten. Einen ständigen Kontakt gab es zudem zum Volkspolizeikreisamt und zur Kreisdienststelle des MfS. Das Sekretariat der SED-Kreisleitung legte fest, dass an dem Podiumsgespräch in der Kirche der Vorsitzende des Rates des Kreises mit anderen Ratsmitgliedern sowie dem Oschatzer Bürgermeister,

156 VPKA Oschatz, Lagefilm 4.-5.11.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

nicht aber der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und der stellvertretende Leiter des MfS teilnehmen sollten. Dazu wurde erklärt, dass der 1. Sekretär zu einem Gespräch mit Vertretern der Kirche außerhalb kirchlicher Einrichtungen bereit sei, wenn dies gewünscht werde.¹⁵⁷ Am Sonntagvormittag fand in der fast vollbesetzten Kreisleitung eine Krisensitzung des Sekretariats statt, bei der nochmals die politische Situation im Kreis eingeschätzt wurde. Da die Lage ruhig war, wurde der SED-Bezirksleitung mitgeteilt, es gebe keine besonderen Vorkommnisse. Bei den sonntäglichen Gottesdiensten in der Stadt und im Kreis Oschatz sei die Teilnahme normal gewesen. Der Vorsitzende des Rates des Kreises habe von den Vertretern der Kirche ein Verlaufsprogramm des morgigen Podiumsgesprächs in der St. Aegidienkirche erhalten. Für den von den Staatsvertretern mit Spannung erwarteten Montag legte das Sekretariat Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen für die SED-Kreisleitung, den Rat des Kreises, die Kreisdienststelle des MfS und den Rat der Stadt Oschatz fest.¹⁵⁸ Das heißt, dass der gesamte Staatsapparat im Kreis mobilisiert wurde, um das Gespräch in der Kirche zu überwachen und die teilnehmenden Funktionäre abzusichern.

4.4 Abrechnung im Dialog – St. Aegidien am 6. November

Am Morgen des 6. November konnte die Bevölkerung in der Presse den „Entwurf des Gesetzes über Reisen ins Ausland“ nachlesen. Noch am selben Tage brachten sie mehrheitlich ihre Ablehnung der weiterhin reglementierten Reisepraxis zum Ausdruck. Auf der Montagsdemonstration in Leipzig wurde Reisefreiheit ohne jede Einschränkung gefordert. Die Forderung des Tages lautete: „Wir brauchen keine Gesetze, die Mauer muss weg.“ In der SED-Kreisleitung Oschatz hatte man über das Wochenende Zeit zum Nachdenken gehabt und stellte sich nun die Frage, weshalb man wie gebannt auf eine Veranstaltung der Kirche warte und am zurückliegenden Wochenende den eigenen Dialog im Kreis Oschatz nicht fortgesetzt habe. Das interne Resümee für die SED-Bezirksleitung lautete ernüchert: „Die Partei ist sprachlos“ oder „einige haben bestimmt Angst gekriegt“.¹⁵⁹ In einer Situation, in der für alle Seiten nicht überschaubar war, in welche Richtung die Entwicklung weitergehen würde, fand am frühen Abend des 6. November in der Oschatzer St. Aegidienkirche das Friedensgebet mit der geplanten Podiumsdiskussion statt.¹⁶⁰ Das Pfarramt hatte die Veranstaltung ordnungsgemäß gemeldet und auf Grundlage des Paragraphen 3 der Veranstaltungsverordnung vom 30.

157 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 4. 11. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

158 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 5. 11. 1989 (ebd.).

159 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 6. 11. 1989 (ebd.).

160 Podiumsgespräch am 6. 11. 1989 in St. Aegidien (HAIT, Martin Kupke). Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 8. 11. 1989.



Abb. 3: Friedensgebet und Podiumsgespräch am 6. November 1989 in der Oschatzer St. Aegidienkirche

Juni 1980 eine Erlaubnis erhalten. Allerdings hatte die Kirche Auflagen zu erfüllen: „1. Die Teilnehmer an der Veranstaltung sind zu Ruhe und Besonnenheit aufzufordern. Jegliche Gewaltanwendung gegen Personen und Objekte sowie Aufforderungen zur Gewalt sind konsequent vom Veranstalter zu unterbinden. 2. Rowdyhafte Kräfte sind vom Veranstalter zu isolieren und auszuschalten. 3. Durch den Veranstalter sind 25 Ordnungskräfte einzusetzen. Diese sind in geeigneter Weise zu kennzeichnen.“¹⁶¹ Ca. 4 000 Oschatzer drängten in die Kirche, die nur die Hälfte von ihnen fasste. Die Kirchentüren mussten wegen Überfüllung geschlossen werden. Bei Nieselregen hielten die Menschen um die Kirche herum einige Stunden aus. Eine Lautsprecheranlage war installiert worden, so dass in der ganzen Innenstadt zu hören war, was in der Kirche gesprochen wurde. Viele Organisationshelfer sorgten für die äußere Ordnung. Das DRK war mit Sprechfunk anwesend. In der Kirche wurde ein Transparent mit der Forderung „Freie Wahlen!“ hochgehalten. Die Staatsfunktionäre wurden um 17.45 Uhr vom Rathaus abgeholt.

Um 18.00 Uhr begann das Friedensgebet. Der frühere Oschatzer Bezirkskatechet, Matthias Kölbl, hielt die Andacht, die Gebete wurden von einer Vorbereitungsgruppe gesprochen, dann folgte das Podiumsgespräch. Im Altarraum waren für die Gesprächsteilnehmer Tische, Stühle und Mikrofone aufgestellt worden. Von Seiten des Staates nahmen der Vorsitzende des Rates des Kreises, Heinz Küttner, sein Stellvertreter für Inneres, Karl-Heinz Becker, die Kreisschulrätin, Sigrid Schmidt, der Kreisarzt, Horst Wunder, der Sekretär des Rates des Kreises, Horst Keller, der Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ im Kreis Oschatz, Manfred Bajewsky, die Mitglieder des Rates für Wohnungspolitik, Wilfried Claus, und für ÖVW, Werner Kittel, sowie der Bürgermeister von Oschatz, Günter Hetmank, teil. Geladen, aber nicht gekommen, waren der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung und der Leiter des Kreisamtes für Staatssicherheit. Als Moderator wurde Superintendent Kupke von Pfarrer Andreas Markert aus Wermisdorf unterstützt. Kupke wies zur Beginn der Aussprache auf die Unsicherheiten und Ängste der Bevölkerung sowie deren angestauten Zorn hin. Keiner könne daran interessiert sein, dass sich dieser entlade. Deshalb plädierte er für Gewaltlosigkeit auf allen Ebenen. Die Methoden des Neuanfangs würden den Fortgang prägen. Die Kirche wolle den Aufbruch mit christlichen Normen begleiten. Begriffe wie Güte und Barmherzigkeit sollten nicht länger Fremdwörter sein. Es gäbe zwar keine Tabu-Themen, er plädiere aber dafür, so miteinander zu reden, dass keiner am Boden zerstört werde. Im Lande sei schon zu viel kaputt, nun müsse aufgebaut werden und zwar auch neue menschliche Beziehungen. Nach Kupkes Einleitung klagte Heinz Küttner darüber, dass nun überall im Lande von den staatlichen Stellen eine kritische Wertung der eigenen Person und Schuld an der Krise erwartet werde. Statt vom eigenen Schuldanteil zu sprechen, gab er eine Art Verpflichtung ab. Er werde dafür sorgen, dass die

161 VPKA Oschatz, Lagefilm 1989 6.-7.11.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

gesellschaftliche Erneuerung herbeigeführt werde. Die begonnene Wende werde unumkehrbar sein. In Zukunft werde der Rat des Kreises unakzeptable Entscheidungen übergeordneter Stellen zurückweisen. Statt dessen werde man künftig den Willen des Volkes vollziehen. Daher suche er den Dialog mit denen, die für mehr Demokratie und Sozialismus eintreten. Zu Beginn der nun folgenden Aussprache nutzte Kupke als Moderator die Gelegenheit, um die Diskussion auf zentrale Themen des laufenden Prozesses hinzulenken. Es gehe derzeit um die künftige politische Struktur des Landes, ein neues Wahlgesetz, den Termin für Neuwahlen, die Führungsrolle der SED, das Mehrparteiensystem, das Demonstrationsrecht, die Rolle des Staates, die Schule und das Bildungswesen. Als erster Redner trat Christian Sachse aus Mahlis ans Mikrofon. Er sagte, er sei Christ und gehöre zum Neuen Forum. Bisher habe er kein Vertrauen zum Staat gehabt. Für engagierte Christen sei das Leben in der DDR hart gewesen. Nun staune er, wie aalglatt und wendig die SED plötzlich sei. Schnell übernehme sie Programme, die in der Illegalität entstanden seien. Am Staatshaushalt würden sich Leute bereichern und an der Mangelwirtschaft verdienen. Nötig seien unabhängige Kommissionen, die Amtsmissbrauch und Korruption untersuchten. Küttner und Becker forderten daraufhin, konkret zu sagen, wer sich am Staat bereichere, damit dies untersucht werden könne. Immerhin gebe es eine Kreisstaatsanwaltschaft und eine Kommission für Ordnung und Sicherheit. Rudolf Thiel wollte wissen, was mit dem Eigentum der bisher Ausgereisten geschehen sei, wie sich die Verantwortlichen dazu stellen, dass innerhalb von drei Tagen 1800 Menschen die DDR verlassen hätten, und was sie zu tun gedächten, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Zum Eigentum der Ausgereisten erklärte Küttner, es werde auf Sperrkonten eingezahlt und den Betroffenen im Falle einer Rückkehr wieder zur Verfügung gestellt. Auf die Frage, wie weitere Ausreisen zu verhindern seien, gingen die Funktionäre nicht ein. Statt dessen informierte Becker über die jetzt unbürokratischere Form der Antragstellung. Alle vorliegenden Anträge seien bereits bearbeitet worden. Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 10. Oktober 1989 hätten 108 Arbeitskräfte den Kreis Oschatz verlassen. Er sei darüber „erschüttert und verstehe die Republikflucht der Massen nicht“. Als Kupke auf den Zorn der Massen als Ursache hinwies, meinte Werner Kittel, es gebe viele Politiker, die Anstrengungen unternehmen würden, um das Land besonders für junge Leute wieder attraktiv zu machen. Bürgermeister Hetmank ergänzte, der Rat der Stadt werde Bürger und Fachleute einbeziehen, um Lösungen zu erarbeiten. Das Wissen und Können der Werktätigen von Oschatz reiche dafür aus. Zur allgemeinen Überraschung forderte plötzlich das NDPD-Mitglied Hans-Joachim Kunath den sofortigen Rücktritt des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung, Buschmann. Dieser habe sich unter Ausnutzung seiner Dienststellung beim Erwerb eines Wochenendgrundstückes persönlich bereichert, anderen Bürgern gegenüber ein herabwürdigendes Benehmen gezeigt und Unwahrheiten verbreitet. Unter anderem habe Buschmann nach einer

Karnevalsveranstaltung am 28. Februar 1987 veranlasst, einem Büttnerredner Sprechverbot zu erteilen. Vor Parteisekretären habe er am 6. Oktober erklärt: „Wenn sich die Bürger unseres Kreises zusammenrotten, dann werden wir sie zusammenknüppeln.“ Als nächster Redner wollte Gerd Löschke aus Mügeln wissen, warum die Menschen in der DDR heute noch wie Leibeigene hinter Mauern und Stacheldraht leben müssten. Für seine Forderung nach freien Wahlen unter der Aufsicht der UNO erhielt er starken Beifall. Olaf Hiemann vom Neuen Forum wies auf eine parteiinterne Information der SED hin, in der man die Mitglieder des Neuen Forums als konterrevolutionäre Elemente bezeichnet hatte, die von den bundesdeutschen Medien gesteuert würden und mit allen Mitteln bekämpft werden müssten. Küttner wich klaren Beantwortungen aus, erklärte in diesem Fall jedoch seine Bereitschaft, sich mit Vertretern des Neuen Forums an einen Tisch zu setzen. Auf die Frage von Superintendent Kupke, wie weit die Kampfgruppen bereits aufgelöst seien, erklärte Küttner, dies falle nicht in die Kompetenz des Rates des Kreises. Becker erklärte, der Termin für Neuwahlen werde vom Staatsrat festgesetzt. Auf die Frage eines Zwischenrufers, was es mit der Äußerung des 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung auf sich habe, Demonstrationen im Oschatzer Bereich zusammenzuknüppeln, erklärte Küttner, er stelle sich hinter den Standpunkt des Superintendenten, dass jede Demonstration eine Willensäußerung sei. Sie solle friedlich verlaufen, nur so erfülle sie ihren Zweck. Von seiner Seite gäbe es keine Repressalien. Gegen diese Art der Darstellung protestierte Stefanie Wogawa. Sie habe erfahren, dass Küttner bei einer Sitzung mit Betriebsleitern am 29. September beim Rat des Kreises ebenfalls erklärt habe: „Wenn es sein muss, schießen wir auch nach innen.“ Als Küttner darauf nicht einging, erklärte Martin Gey aus Merkwitz, jeder wisse, dass Küttner die Äußerung getan und auch bei einer Anleitung der NDPD wiederholt habe. Während nun aus dem Kirchenschiff lautstark die Absetzung Küttners verlangt wurde, stritt dieser die Aussagen ab. Dirk Heinrich vom Neuen Forum wollte vom Ratsvorsitzenden wissen, ob er meine, dass die am 7. Mai 1989 gewählten Abgeordneten der Kommunalparlamente demokratisch legitimiert seien, und ob er sich selbst als legitimierten Vertreter der Bevölkerung des Kreises ansehe. Küttner erklärte, der Wahlmodus sei nicht vom Rat des Kreises festgelegt worden. Er verteidigte diesen dann aber, indem er die gängigen Argumente zur Verteidigung der Einheitslistenwahl als einem Grundelement der Diktatur wiederholte. So hätten sich alle Abgeordneten in den Wohngebieten zur Diskussion gestellt und die Bürger die Möglichkeit gehabt, Fragen zu stellen. Die Kandidaten seien von den Blockparteien vorgeschlagen worden, einige habe man abgelehnt. Dirk Heinrich wollte daraufhin genauer wissen, ob Küttner bekannt sei, wie die Wahlen im Kreis Oschatz gelaufen seien, und wie er Einheitslistenwahlen generell bewerte. Darauf erklärte der Sekretär des Rates des Kreises, Keller, das Wahlgesetz von 1976 habe unter den bisherigen Bedingungen seine Dienste getan. Es sei nun allerdings zwingend notwendig, es zu überarbeiten.

Zur Rechtmäßigkeit der Wahlen im Kreis Oschatz gebe es zwar Anfragen, das Wahlergebnis sei aber rechtmäßig. Heinrich erklärte daraufhin, dass die SED nie das Vertrauen einer Bevölkerungsmehrheit gehabt habe, daher könne sie dieses auch nicht wiedergewinnen. Die bisherige Macht der SED habe auf der Einschüchterung der Menschen beruht. Dafür habe ihr das MfS gedient. Daher gelte es, die Staatssicherheit abzubauen. In einer unabhängigen Kommission müsse man deren Vergehen aufdecken und verhindern, dass die Akten vernichtet werden. Christian Beck berichtete daraufhin, am Morgen des 7. Oktober hätten zwei MfS-Mitarbeiter an seiner Tür geklingelt und ihn aufgefordert, zur Klärung eines Sachverhaltes mitzukommen. Einer von beiden sei der MfS-Mitarbeiter Harald Hönecke gewesen. Ihm wurde vorgeworfen, er besäße Informationen über eine am 7. Oktober in Oschatz geplante Demonstration. Ihm drohten zwei Jahren Gefängnis, wenn er die Informationen nicht preisgebe. Auf dem Volkspolizeikreisamt sei dann eine 3-Seiten-Ansicht von ihm aufgenommen worden. Kupke schlug nach diesem Bericht eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe vor. Küttner versprach, dies dem Kreistag vorzuschlagen, und der Chefredakteur der Oschatzer Kreisredaktion der „Leipziger Volkszeitung“, Manfred Bajewsky, fügte hinzu, die Presse werde unverzüglich darüber berichten. Beide Zusagen wurden nie eingelöst.

Erdmute Lohse brachte nun die Schulproblematik zur Sprache. Auf ihre Frage, wie es sein könne, dass Schüler registriert werden, die zum Friedensgebet gehen, erklärte die Kreisschulrätin, Sigrid Schmidt, sie habe so etwas nie angeordnet. Dinge, welche die Kirche betreffen, würden von der Schule überhaupt nicht registriert. Angesichts dieser offensichtlichen Unwahrheit sprach ihr Frau Lohse ihr Misstrauen aus. Pfarrer Tischendorf aus Sorzig forderte die sofortige Aussetzung des Faches Staatsbürgerkunde. Frau Wittig aus Lampertswalde wollte wissen, wie es möglich sei, dass eine Schuldirektorin Kinder vom Chor ausschließe, weil diese zur Christenlehre gehen und diejenigen auf eine Liste schreibe, die am Friedensgebet teilnehmen. Sie fragte die Kreisschulrätin nach ihrem Gewissen, wie sie sich in so kurzer Zeit umdrehen könne und sprach ihr ebenfalls das Misstrauen aus. Die Kreisschulrätin informierte darüber, dass heute alle Direktoren angewiesen worden seien, im Fach Staatsbürgerkunde mit den Schülern über aktuelle Fragen zu sprechen. Ab sofort gebe es in diesem Fach keine Zensuren mehr. Die Vorkommnisse in Lampertswalde wolle sie überprüfen. Dirk Heinrich forderte nun die Abschaffung des Faches Wehrkunde. Schmidt erklärte, mit dem heutigen Tag sei das Fach abgesetzt worden. Ulrike Zehme erklärte daraufhin, dass die vormilitärische Erziehung im Kindergarten fortgesetzt werde. Sie ziehe sich nach wie vor wie ein roter Faden durch das ganze SED-Erziehungsprogramm. Schmidt entgegnete, Spielautos der NVA, der Volkspolizei und der Feuerwehr seien legitim; diese Dinge würden zum Leben gehören. Alle anderen militärischen Medien sollten in den Kindergärten aus dem Beschäftigungsbereich herausgenommen werden. Wenn in der Schule

Angst entstanden sei, werde sie ernsthaft daran arbeiten, Vertrauen und Zuneigung zu schaffen.

Nun folgten Anfragen an die Kreisredaktion der „Leipziger Volkszeitung“. Herr Löschke aus Mügeln fragte, wie es den Redakteuren des kommunistischen Blattes gelungen sei, binnen weniger Tage eine solche Kehrtwendung zu machen. Matthias Winkler machte den Vorschlag, auf der Kreisseite Meinungsäußerungen der Bevölkerung abzudrucken oder eine für alle offene Stadtzeitung zu schaffen. Chefredakteur Bajewsky versprach, alles zu notieren und in Zukunft darüber zu berichten, wie die Vorschläge zu verwirklichen seien. Ein Zwischenrufer wollte wissen, wo die Schreiber der bisherigen ideologischen Leitartikel seien. Der Chefredakteur musste zugeben, dass sie weiterarbeiteten, zur Zeit aber keine Leitartikel schreiben würden. Zwischenrufer forderten nun auch Bajewskys Absetzung. Zwar werde jetzt über die Ereignisse im Kreis berichtet, es fehle aber eine gebührende Bewertung. Die Stimmung in der Kirche war spannungsgeladen, explosiv. Immer wieder waren wütende Zwischenrufe zu hören. Als Moderator hatte der Superintendent Mühe, einen sachlichen Gesprächsverlauf zu gewährleisten. Zum Abschluss erklärte Kupke, vor einiger Zeit seien solche Gespräche völlig undenkbar gewesen. In Zukunft sollten sie in öffentlichen Räume stattfinden und nicht in der Kirche. Diese wolle nur Geburtshelfer einer neuer Gesellschaft sein. Wenn das Kind geboren sei und laufen lerne, werde man sich wieder den kirchlichen Hauptaufgaben zuwenden, für die ihre Kräfte selbst kaum reichten. In Zukunft gehe es darum, zu lernen, wie politische Arbeit zu organisieren sei. In Oschatz sollten sich neue Parteien und Gruppen sammeln, wofür der Rat der Stadt Räume zur Verfügung stellen sollte. Hier könnten die Parteien ihre Programme erarbeiten und sich zur Wahl stellen. Die Zeit dränge. Kupke schlug die Einrichtung einer computergestützten Sammelstelle für Vorschläge vor. Diese bedürfe allerdings einer öffentlichen Kontrolle, die für den Aufbau der zukünftigen Demokratie besonders wichtig sei. Abschließend rief der Superintendent die Bürger auf, laut und deutlich ein neues Wahlgesetz und einen Termin für Neuwahlen zu fordern. Die kommenden Wahlen seien auch für den Kreis und die Stadt das zentrale politische Ereignis. Erst nach einer Neubildung der Regierung sowie der Stadt- und Landgemeinden könnten konkrete Ergebnisse für eine neue Gesellschaft erreicht werden.

An diesem 6. November wurde der Bevölkerung in der St. Aegidienkirche deutlich, dass die friedliche Revolution auch Oschatz erreicht hatte. Es ging nun nicht mehr allein um den Sturz des Regimes auf DDR-Ebene, sondern um die Realisierung des revolutionären Prozesses im Kreis sowie in den Städten und Gemeinden. Für die Teilnehmer, einschließlich der anwesenden Staatsfunktionäre, wurde spürbar, dass die Machtverhältnisse bereits andere waren als noch vor einigen Tagen und Wochen. Ab diesem Abend musste jedem Beteiligten klargeworden sein, dass sich künftig in Oschatz die Verhältnisse ändern würden. Dies machte auch die anschließende, zweite, wie-



Abb. 4: Demonstration nach dem Friedensgebet am 13.11.1989 in der Oschatzer Innenstadt

derum ungenehmigte Demonstration durch Oschatz deutlich, bei der es sich nicht um die einzige an diesem Tag im Bezirk Leipzig handelte. Demonstrationen und Kundgebungen registrierte das MfS auch in Leipzig (200 000), Delitzsch (1 000), Döbeln (1 500), Leisnig (200), Grimma (1 000), Colditz (1 000) und Wurzen (2 000).¹⁶² Allerdings handelte es sich bei der Oschatzer Demonstration um die größte im Bezirk außerhalb Leipzig an diesem Abend. Für den Umbruchprozess im Kreis stellte sie eine wesentliche Zäsur dar. Zwischen 3 500 und 4 000 Teilnehmer¹⁶³ trugen selbstangefertigte Plakate oder riefen Losungen wie „Buschmann weg“, „Wir sind das Volk“, „Neues Forum“, „Neues Forum. Neue Hoffnung“, „Jetzt oder nie“, „Demokratie jetzt oder nie. Neues Forum zulassen“, „Pressefreiheit!“, „Freie Wahlen“, „Endlich kommt die Wende – die SED-Macht ist am Ende!“, „Machtanspruch der SED? – nach 40 Jahren – Das Volk sagt NEE!“, „SED muss weg“, „SPD wie vor 1933 so heute die stärkste Partei in Oschatz!“, „Reformer an

162 Zentraler Operativstab: Bericht zur sicherheitspolitischen Lage in der Hauptstadt Berlin und den Bezirken der DDR im Zeitraum vom 6.11.1989 zum 7.11.1989 (BStU, ZA, HA VIII-AKG 1672, Bl. 58-74).

163 Nach MfS-Angaben handelte es sich um 4 000 Teilnehmer. Zentraler Operativstab: Bericht zur sicherheitspolitischen Lage in der Hauptstadt Berlin und den Bezirken der DDR im Zeitraum vom 6.11.1989 zum 7.11.1989 (ebd.). Das VPKA Oschatz meldete 3 500 Teilnehmer. VPKA Oschatz, FS 33 an BDVP ODH Leipzig vom 6.11.1989: Demonstration nach Friedensgebet [nicht genehmigt] am 6.11.1989, 20.30 Uhr (SächsStAL, VPKA Oschatz 4761).

die Macht“, „Stasi in die Kohle“, „Stasi in die Produktion“, „Stasi aus der Demo“, „Unsere Löhne sind zu klein, der Deli darf deshalb nicht sein“ und „SED – das tut weh“. Volkspolizei und Staatssicherheit arbeiteten in gewohnter Manier bei der Kontrolle zusammen. VP-Chef Schmidt informierte die Bezirksbehörde Leipzig über die veranlassten Maßnahmen: „Sicherung in der Tiefe durch op. Kräfte S und ABV, Zivilaufklärer K im ZW mit KdFS eingesetzt, Regulierung durch Kräfte VK, Reserve im VPKA gebildet, Führung durch Führungsgruppe unter Leitung d. Leiter VPKA und seiner FÜG.“¹⁶⁴ An den Zaun des Gebäudes der Kreisdienststelle des MfS wurde als Aufforderung zu produktiver Arbeit Arbeitskleidung gehängt. Demonstranten stellten brennende Kerzen auf die Zaunsockel und riefen „die bekannten Sprechchöre gegen das MfS“.¹⁶⁵

Der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Buschmann, hatte es abgelehnt, sich den Fragen der Bewohner in der St. Aegidienkirche zu stellen. Er bevorzugte den Dialog vor ausgesuchtem Publikum und traf sich am selben Tag mit Mitgliedern des Klubs der Intelligenz und der jungen Intelligenz innerhalb des Kulturbundes des Kreises. Aber auch hier mussten er und die ihn begleitenden Funktionäre inzwischen erfahren, dass ihnen die Regie der Dialoge entglitt. So kritisierten die „Intelligenzler“ Funktionsprivilegien und forderten personelle Konsequenzen. Buschmanns Antwort machte sein Verständnis vom Charakter der vor sich gehenden „Wende“ deutlich. So erklärte er, zu deren Vollendung seien „keine Kaderveränderungen nötig“. Kritisiert wurden hier auch die mangelnden Informationen zum Thema Kernkraftwerk. Diesbezüglich seien die Einwohner von Börln und des Ortsteils Schwarzer Kater seitens des Staates regelrecht eingeschüchtert worden. Am Ende des Dialogs kritisierten die Teilnehmer, beim Gespräch seien die eigentlichen Ursachen aller Missstände außer Acht gelassen worden. Die Antworten der Funktionäre hätten die meisten Fragen offen gelassen. Als Ergebnis der Runde konstatierte Gabi Liebegall von der „Leipziger Volkszeitung“ Unzufriedenheit. Es habe keinen Vertrauensgewinn für die SED-Funktionäre gegeben.¹⁶⁶ Erkennbar verärgert berichtete die SED-Kreisleitung Oschatz der Bezirksleitung Leipzig am nächsten Tag über das Friedensgebet in der St. Aegidienkirche, wo es vor allem um Schuldzuweisungen gegen die SED gegangen sei. Die Weiterführung des Dialogs, so die Schlussfolgerung für die kommunistischen Funktionäre, führe zu keinem Ergebnis. Einige Genossen kämen nicht mit der schonungslosen Aufdeckung der Wahrheit durch die Medien zurecht. Die Austritte aus der SED nähmen weiter zu.¹⁶⁷ Zu Ergebnissen führten die Dialoge schon, freilich nicht zu den von den

164 VPKA Oschatz, FS 33 an BDVP ODH Leipzig vom 6.11.1989: Demonstration nach Friedensgebet (nicht genehmigt) am 6.11.1989, 20.30 Uhr (ebd.).

165 BStU, ZA, HA XXII 531, Bl. 030-031.

166 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 8.11.1989.

167 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 7.11.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

Funktionären gewünscht. So musste die SED-Bezirksleitung konstatieren, dass „Anfeindungen und Verleumdungen gegen Funktionäre wegen angeblicher Privilegien und fehlender Vertrauensbasis“ zunahmen und sich vor allem gegen die 1. Sekretäre der Kreisleitungen in Delitzsch, Leipzig-Land, Leipzig-Stadt, Oschatz, Wurzen und Torgau richteten.¹⁶⁸ Dass es Anfang November nicht mehr nur um Schuldzuweisungen ging, zeigt der VP-Lagefilm vom 7./8. November. Hier befahl der Leiter des Volkspolizeikreisamtes den „operativen Kräften“ und den ABV wegen der „Androhung von Gewalt gegen führende Persönlichkeiten des Kreises“, das Gebiet um die Gabelsberger Straße in Oschatz verstärkt in die Streifenfähigkeit einzubeziehen. Die von Schmidt angeordnete Methode war: „Vorrangig gedeckte Beobachtung im Abstand von 1 Std. Verdächtige Personen auf S 26 erfassen. Mögliche Hinweise sofort an ODH zur Abstimmung mit Ltr. VPKA melden.“¹⁶⁹

4.5 Mauerfall und beginnende Neuformierung der politischen Landschaft

Am 8. November, zwei Tage vor dem Fall der Mauer, trat das SED-Politbüro zurück. Die Oschatzer SED-Kreisleitung berichtete, wie schmerzlich es für die Genossen sei, dass die SED nun wohl ihre führende Rolle verlieren werde. Die Parteileitung sei hilflos. Gefragt wurde, weshalb die Volkskammer nicht zusammentrete, da inzwischen ja auch die Regierung zurückgetreten sei.¹⁷⁰ Beim Friedensgebet in der St. Aegidienkirche hatte Kupke auf die Bedeutung der Parteien für die kommenden Wahlen und die Demokratisierung im Kreis Oschatz hingewiesen. In den Blockparteien und Massenorganisationen hatte man inzwischen begonnen, sich über den künftigen Kurs auseinanderzusetzen. Dabei prallten Anhänger einer freiheitlichen Demokratie und einer Reform des Sozialismus aufeinander. Den Empfehlungen ihrer DDR-Parteivorstände folgend, teilten die Oschatzer Blockparteien dem Vorsitzenden des Rates des Kreises ab dem 8. November mit, dass sie künftig im Kreistag eigene Fraktionen bilden würden. Dies, so die LDPD, diene der „Wiederherstellung der Demokratie und Erhöhung der Qualität der Arbeit im Kreistag“ und mache eine Veränderung der Sitzordnung notwendig.¹⁷¹ Auch

168 SächsStAL, SED-BL 823, Bl. 131.

169 VPKA Oschatz, Lagefilm 1989 7.-8.11.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

170 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 8.11.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

171 Schreiben der DBD an den RdK Oschatz vom 8.11.1989; Schreiben der LDPD an den RdK Oschatz vom 9.11.1989; Schreiben der CDU an den RdK Oschatz vom 9.11.1989; Schreiben des FDGB an den RdK Oschatz vom 16.11.1989 (ALTO, 554); Schreiben der Kreisvorsitzenden des DFD, Monika Keller, an den RdK Oschatz vom 8.2.1990 (ebd., 555); Schreiben der Kreisleitung der FDJ an den RdK Oschatz vom 17.2.1990 (ebd., 554).

in die Massenorganisationen kam Bewegung. Dass sich die politische Zukunft nicht mehr nur im Rahmen der bisherigen Parteien und Massenorganisationen abspielen würde, wurde deutlich, als das DDR-Innenministerium die Zulassung des Neuen Forums bestätigte. Am 8. November beschloss der Rat des Kreises ein Aktionsprogramm, in dessen Rahmen der Bevölkerung „konkrete Themenkreise zur Führung des Dialogs“ angeboten werden sollten. Dem Superintendenten schlug der Rat vor, einzelne Dialoge zu verschiedenen Themen zu führen und diese nicht mehr an die Friedensgebete zu binden.¹⁷² Dass der damit verbundene Versuch, die Massenveranstaltung zu vereinzeln und die thematische Deutungshoheit wieder in die Verantwortung des SED-gelenkten Rates zu legen, nicht gelingen würde, machte das Treffen der Gruppe am 8. November deutlich, mit der Kupke die Veranstaltungen in der Kirche vorbereitete und auswertete. In dieser Gruppe aus Vertretern der Kirche sowie der Parteien und neuen Gruppierungen waren Vertreter der SED nicht vertreten. Die von Kupke berufene Vorbereitungsgruppe wurde in den nächsten Monaten zur festen Einrichtung und versammelte sich regelmäßig im Arbeitszimmer des Superintendenten.

Im Kreis Oschatz gewann die Entwicklung nun immer mehr an Dynamik. Aus allen Ecken des Kreises kamen kritische Äußerungen. In einem Informationsbericht zur politischen Lage in Wermsdorf hieß es, es bewege die Bevölkerung, auch die SED-Mitglieder, sehr, dass der SED-Staat innerhalb von vier Wochen „aus den Angeln“ gehoben worden sei. Auch die Wermsdorfer Bevölkerung dringe darauf, ein Bürgerforum durchzuführen. Zugleich kritisierte die Mitarbeiterin des Rates der Gemeinde, Sofie Goldammer, dass in der gegenwärtigen Situation überhaupt noch Berichte abgefordert würden, schließlich seien die Meinungsäußerungen der Bevölkerung in allen Orten gleichlautend und die Forderungen bekannt. Sie informierte darüber, dass der Rat der Gemeinde in Abstimmung mit den Vorsitzenden der Ständigen Kommissionen, dem Ortsausschuss der Nationalen Front und der Ortsparteileitung am 9. November ein Bürgerforum durchführen und dass am 13. November ein Friedensgebet folgen werde.¹⁷³ Das Bürgerforum Wermsdorf forderte dann am 16. November den Rücktritt des gesamten Rates der Gemeinde, der dieser Aufforderung wenig später auch folgte.¹⁷⁴ Nach dem Rücktritt des SED-Politbüros des ZK der SED begannen auf Kreisebene die Strukturen der Diktatur ins Wanken zu kommen. SED-Mitglieder des Kreises fragten: „Können wir bei freien Wahlen, vielleicht in der augenblicklichen Situation nicht als Partei abgewählt werden – Was wird dann?“¹⁷⁵ Um das

172 Beschlussprotokoll der 12. Sitzung des RdK Oschatz am 8.11.1989 (ALTO, 358 C).

173 Informationsbericht des Gemeindeamtes Wermsdorf zur politischen Lage vom 8.11.1989 (HAIT, Martin Kupke).

174 Schreiben des amtierenden Bürgermeisters der Gemeinde Wermsdorf, Schreiber, vom 23.11.1989. Kopie des Schreibens (ebd.).

175 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 9.11.1989 (SächsStAL, SED 889, Bl. 30-32).

Überleben der SED zu sichern, versuchte die Partei der Situation mit Personalveränderungen Herr zu werden. Am 9. November wurde Karl-Heinz Buschmann von seiner Funktion als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung entbunden.¹⁷⁶ Das Sekretariat der SED-Kreisleitung begründete den Schritt damit, dass Buschmann sich den Anforderungen der Erneuerung nicht mehr gewachsen fühle. Im Interesse der SED sei seine Abberufung richtig und notwendig. Von der Bevölkerung war ihm zuvor Machtmissbrauch beim Bau eines Bungalows am Collm vorgeworfen worden. Vor den Mitgliedern der SED-Kreisleitung räumte der kommunistische Funktionär seine Mitverantwortung für die derzeitigen Zustände und seine „Unsicherheiten in der Führungstätigkeit“ ein. Er habe Hinweise und Kritiken aus den Grundorganisationen nicht genug beachtet. In holprigem Deutsch erklärte der bisher einflussreichste Funktionär im Kreis: „Auch an mir geübte Kritik hinsichtlich einer Reihe charakterlicher Verhaltensweisen meinerseits im Umgang mit Genossen als auch Bürgern anerkenne ich nicht nur, sondern verstehe das als eine echte Kritik meiner Arbeit.“ Mit seiner Abberufung sei er einverstanden. Nach seiner Zustimmung erfolgte sie denn auch einstimmig durch Abstimmung mit Handzeichen.¹⁷⁷ Mit der Absetzung reagierte das Sekretariat der SED-Kreisleitung auch auf Vorwürfe aus der Bevölkerung, Buschmann sei feudalabsolutistisch aufgetreten. Mit ihm traten auch der 2. Sekretär der SED-Kreisleitung, Hans Färber, der Sekretär für Agitation und Propaganda, Frank Fleck, und der Sekretär für Landwirtschaft, Franz Hurt, zurück. Auch ihnen wurde vorgeworfen, ihre Macht für persönliche Vorteile missbraucht zu haben. Wie Buschmann habe Hurt seine Macht für den Bau eines Bungalows missbraucht. Immer wieder seien sonst kaum erhältliche Fleischwaren vom Schlachtbetrieb direkt in die Wohnungen der Sekretäre gebracht worden. An Buschmanns Stelle trat der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises für Inneres, Karl-Heinz Becker, seit 1967 SED-Mitglied und Absolvent der SED-Bezirksparteischule, wurde als „klassenbewusster Genosse“ charakterisiert, der sich durch „hohe Parteilichkeit“ auszeichne.¹⁷⁸ Zu neuen Mitgliedern des Sekretariats der SED-Kreisleitung wurden als 2. Sekretär der bisherige Abteilungsleiter Parteiorgane, Ulrich Jäger, als Sekretärin für Wirtschaft Margot Schönfeld und als Sekretär für Landwirtschaft Reinhard Mende eingesetzt. Der Posten des Sekretärs für Agitation und Propaganda blieb unbesetzt. Jäger war 1985 vom Posten des 2. Sekretärs der FDJ-Kreisleitung als Sektorenleiter Operativ und stellvertretender Abteilungsleiter Parteiorgane in die SED-Kreisleitung übernommen worden. Mende war nach einer Karriere vom Traktorenschlosser zum Parteisekretär im

176 Protokoll der Sitzung der SED-Kreisleitung am 9./10.11.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/007).

177 Erklärung des 1. Sekretärs der SED-KL Oschatz, Karl-Heinz Buschmann, am 9.11.1989 vor dem Sekretariat der SED-KL (ebd.).

178 Beschluss des Sekretariats der SED-KL Oschatz vom 9.11.1989 (ebd.); SED-BL Leipzig: Information zur politischen Lage im Bezirk, gez. Helmut Hackenberg, 2. Sekretär, vom 10.11.1989 (SächsStAL, SED-BL 823, Bl. 148).

Kreisbetrieb für Landtechnik als Mitarbeiter für Landwirtschaft in die SED-Kreisleitung gewechselt. Mit dem Austausch der verantwortlichen Funktionäre durch Kommunisten aus der zweiten Reihe versuchte die SED-Organisation nach dem Beispiel der Berliner Parteiführung die eigene Haut zu retten. Um deren künftige parteiliche Unabhängigkeit zu betonen, beschloss die Kreisleitung, dass der Vorsitzende des Kreisverbandes des FDGB, Rolf Finke, die 1. Sekretärin der FDJ-Kreisleitung, Ute Singelmann, der Vorsitzende der Kreisplankommission, Hellmuth Bauer, der Vorsitzende der Kreispartei-Kontrollkommission, Artin Hofmann, und der Vorsitzende des Rates des Kreises, Heinz Küttner, künftig keine Mitglieder des Sekretariats der SED-Kreisleitung mehr sein würden. Für die nächste Sitzung angekündigt wurde die Wahl der ehrenamtlichen Mitglieder der Sekretariate für Landwirtschaft, Fritz Laasch, für Industrie, Wolfgang Brakmann, und noch ohne Namensnennung für Gesundheitswesen, Handel und Versorgung sowie Volksbildung. Außerdem wurde beschlossen, im Kreistag künftig eine eigene SED-Fraktion zu bilden. Für den 2. Dezember wurde eine Kreisdelegiertenkonferenz ins Thomas-Müntzer-Haus einberufen, an der 265 Delegierte teilnehmen sollten.¹⁷⁹

Durch die von der Bevölkerung erzwungene Öffnung der Grenze in der Nacht zum 10. November erhielt die Entwicklung einen weiteren, entscheidenden Schub. Es war klar, dass die Diktatur ohne geschlossene Grenze keine Chance zum Überleben hatte. Nur durch die mit sowjetischer Hilfe aufrechterhaltene Mauer und das dazugehörige interne Repressionssystem war es den Kommunisten gelungen, sich gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung über Jahrzehnte an der Macht zu halten. Diese Zeit des diktatorischen Regimes und seiner privilegierten Vertreter ging nun auch im Kreis Oschatz immer schneller dem Ende entgegen.

Nach dem Fall der Mauer machte sich in der SED-Kreisorganisation Oschatz Lethargie breit. Im unselbstständigen ideologischen Denken befangen, setzte man hier alle Hoffnungen auf die 10. Tagung des ZK der SED und erwartete von bevorstehenden Parteitagungen die Lösung der Probleme von oben. Von der SED-Kreisleitung Oschatz wurde die Bedeutung der Grenzöffnung kaum angemessen wahrgenommen. Erst langsam drangen die Bilder des Tages in das Bewusstsein der Verantwortlichen. An der innerdeutschen Grenze stauten sich die Autos am 11. November bis zu 60 Kilometer lang. Etwa drei Millionen Menschen aus der DDR nutzten das Wochenende zu einem Besuch im Westen. Auf dem Berliner Kurfürstendamm wurde die ganze Nacht gefeiert, ein ungeheurer Freudentaumel erfasste die Menschen. Im Bericht der SED-Kreisleitung zur Lage hieß es dazu etwas unbeholfen, dass die Maueröffnung im Mittelpunkt vieler Diskussionen stehe. Das Thema beuge die Werktätigen und Bürger.¹⁸⁰ In der SED aber mehrten sich die be-

179 VPKA Oschatz, Lagefilm 1989 10.-11.11.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

180 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 10.11.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

sorgten Stimmen. Mitglieder fragten ängstlich, ob die Partei die Situation noch im Griff habe. Sicher kämen doch viele der Westreisenden nicht zurück. Wie solle die DDR dies bei ihrer schwachen Arbeitskräftesituation verkraften. Die Parteisekretäre aus Volkseigenen Betrieben, Einrichtungen und Wohngebieten berichteten, dass die Parteiaustritte der SED-Mitglieder anhielten. Vereinzelt werde geäußert, dass „die Partei nicht mehr zu halten“ sei.¹⁸¹ Um die künftige Rolle der SED ging es auch bei einer Beratung im Volkspolizeikreisamt am Tag nach der Maueröffnung. Hier berichtete Amtsleiter Schmidt über die außerordentliche Sitzung der SED-Kreisleitung am Vortag. Anstatt seine Mitarbeiter auf eine parteineutrale Rolle der Polizei im sich abzeichnenden demokratisierten Staatswesen vorzubereiten, bekräftigte er die strikte kommunistische Ausrichtung. Schmidt erklärte, in der angespannten politischen Situation stelle für jeden Volkspolizisten „Treue und Ergebenheit gegenüber Partei und Regierung“ die Grundlage des Handelns dar. Nur auf Grundlage einer engen Bindung an die SED sei unter seiner Führung „Sicherheit und Vertrauen in und zwischen uns“ möglich und könne die Volkspolizei „Mitverantwortung für das Alte und das Neue“ übernehmen.¹⁸²

Am 12. November kündigte das Zentralkomitee der SED den unter den SED-Mitgliedern sehnlich erwarteten Sonderparteitag an, auf dem die Führung komplett neu gewählt werden sollte. Hoffnungsträger für viele SED-Mitglieder war der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, der als kommunistischer Reformler geltende Hans Modrow. Die Oschatzer SED-Kreisleitung äußerte daraufhin die Erwartung, dass die Kommunisten nun endlich aus ihrer Ratlosigkeit in eine neue Offensive geführt würden. Um diese zu unterstützen, plante die SED-Kreisleitung für den bevorstehenden Montag eine Gegendemonstration. Der Plan scheiterte freilich, weil die Bereitschaft fehlte, sich an einer solchen Veranstaltung überhaupt noch zu beteiligen. Viele SED-Mitglieder waren angesichts der ungewissen Zukunft und der Angriffe gegen die SED nicht daran interessiert, sich öffentlich im Sinne ihrer Partei zu profilieren, eher wartete man die kommenden politischen Verhältnisse ab. Statt Aufbruchstimmung dominierten in den Reihen der SED Sorgen um die eigene Zukunft und Klagen über den fortschreitenden Zerfall der bisherigen Alleinherrschaft. Auch bei den Staatsbürgerkunde- und Russischlehrern herrschte Unsicherheit. Die bisherigen Themen für den Staatsbürgerkundeunterricht waren bereits ausgesetzt, die Russischlehrer plagten Zweifel über die künftige Rolle der Sprache der bisherigen Besatzungsmacht. Etliche Lehrer waren den Diskussionen mit den Schülern über die aktuelle Situation auch psychisch nicht gewachsen. Zahlreiche Einwohner des Kreises Oschatz fuhren nun in die Bundesrepublik und nach West-Berlin. Vor dem Volkspolizeikreisamt und vor der Staatsbank in Oschatz bildeten sich Men-

181 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 11.11.1989 (ebd.).

182 VPKA Oschatz, Protokoll zur Beratung am 10.11.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4806).

schenschlangen, um Papiere und Geld zu bekommen.¹⁸³ Bis zum Abend des 13. November erteilte das Oschatzer Meldeamt 9 466 Visa für Reisen in den Westen.¹⁸⁴ Die Parteisekretäre des Kreises Oschatz seien verbittert und enttäuscht, berichtete die SED-Kreisleitung. Offensichtlich ohne sich über die bisherige eigene Rolle als Träger einer Diktatur klar zu sein, erklärte die Kreisleitung, nur durch ehrliche und fleißige Arbeit jedes Kommunisten könne der Vertrauensbruch zur SED wieder überwunden werden.¹⁸⁵

Zum Friedensgebet am 13. November war die St. Aegidienkirche wieder überfüllt.¹⁸⁶ Obwohl wegen der offenen Grenze weniger Teilnehmer als in der Woche zuvor kamen, mussten ca. 500 Interessierte die Debatten vor der Kirche über Lautsprecher verfolgen. Nach einem Friedensgebet moderierte Superintendent Kupke vom Altarraum aus die Diskussionsrunde. Er wies einleitend darauf hin, dass vor einer Woche noch keiner geahnt habe, dass heute die Grenze offen sein werde. Überall im Lande seien die Menschen darüber glücklich. Aber noch wisse keiner, wie sich die offene Grenze auswirke. Wirtschaftlich gehe es in der DDR weiter bergab. Einen Aufschwung werde der Osten allein nicht schaffen. So müsse nun auch verstärkt die Frage gestellt werden, welche Gesellschaftsform für den Osten die richtige sei. Auf jeden Fall müsse sie sozial, demokratisch und pluralistisch sein. Das Wort „Sozialismus“ sei nicht mehr verwendbar. Die Menschen hätten eine große Sehnsucht nach Frieden und Freiheit, nach der Überwindung von Hunger und Armut in der Welt, nach einem freundlichen und entspannten Zusammenleben. Im zukünftigen Gesellschaftsmodell sollten diese Sehnsüchte verwirklicht werden. Erneut rief Kupke zur Gewaltlosigkeit auf. Zwar seien viele Menschen zornig, doch Gewalt sei ein Kennzeichen der Diktatur, diese Zeit müsse nun endgültig vorbei sein. Er rief dazu auf, sich am Aufbau einer neuen Ordnung zu beteiligen und nicht nur den Akteuren auf der politischen Bühne zuzusehen.¹⁸⁷ Dass vom Rat des Kreises trotz Einladung diesmal niemand zur Diskussionsrunde erschienen war, wurde von den Anwesenden mit Buhrufen quittiert. Ursache dafür war ein Beschluss der SED-Kreisleitung, sich künftig von Bürgerforen fernzuhalten, da diese doch nur als Tribunale der Anklage gegen die SED dienten.¹⁸⁸ Der Chefredakteur der Oschatzer Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung“, Manfred Bajewski, selbst Mitglied der Kreisleitung, erklärte, dass er durch den Kreisleitungsbeschluss, nicht mehr über Veranstaltungen zu berichten, unter Handlungszwang gestanden habe.

183 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 12. 11. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

184 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 15. 11. 1989.

185 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 13. 11. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

186 Protokoll vom Friedensgebet am 13. 11. 1989 in der Oschatzer St. Aegidienkirche (HAIT, Martin Kupke).

187 Manuskript der Rede von Martin Kupke beim Friedensgebet am 13. 11. 1989 (ebd.).

188 Sitzung der SED-KL Oschatz am 9. und 10. 11. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/007).

Er sei darauf angesprochen worden, weshalb das SED-Blatt bei der Demonstration am letzten Montag nicht anwesend gewesen sei und folglich nicht berichtet habe. Jetzt wolle er den wahren Grund nennen, denn die SED-Mitglieder müssten nun endlich glaubwürdig werden, sonst sei ihr Untergang vorprogrammiert. Tatsächlich informierte die Oschatzer Presse von nun an regelmäßig, wenn auch stark verkürzt, über Demonstrationen und Veranstaltungen der Gegner des SED-Regimes. Nach dem Friedensgebet beteiligten sich erneut ca. 3 500 Teilnehmer an einer Demonstration durch die Oschatzer Innenstadt. Neben den bisherigen Transparenten hieß es diesmal auch „Sachsen bleibt wachsam“ und „Keinen Ego(n)ismus“. Auch in Leipzig (100 000), Delitzsch (900), Döbeln (200), Leisnig (60) und Grimma (500) kam es trotz Nebels wieder zu Demonstrationen.¹⁸⁹ Alle Demonstrationen in den Städten des Bezirkes Leipzig verliefen friedlich. Es wurden „die bekannten Plakate“ mitgeführt, Sprechchöre gegen die SED und das MfS und für freie Wahlen gerufen und der Rücktritt örtlicher Partei- und Staatsfunktionäre verlangt.¹⁹⁰

Die Oschatzer SED-Kreisleitung erwähnte die Veranstaltung in der St. Aegidienkirche in ihrem Tagesbericht vom 14. November mit keinem Wort. Statt dessen wurde die Wahl von Günter Maleuda zum Volkskammerpräsidenten und von Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR kommentiert. Beides habe in der Bevölkerung Zustimmung erfahren. Geäußert werde auch, „dass es eine Schande sei, dass man uns bisher so belogen und betrogen habe“, und dass die Tagung der Volkskammer das Vertrauen zur SED noch mehr zerstört habe. Für die Parteiwahlen sei es schwierig, Kandidaten in den Parteikollektiven zu finden. Niemand wolle sich mehr in ein SED-Amt wählen lassen.¹⁹¹

Dass sich die Kirche im Kreis auch weiterhin in der Pflicht sah, die Bevölkerung im Sinne freiheitlich-demokratischer Verhältnisse zu mobilisieren, wurde deutlich, als Superintendent Kupke am 15. November in der Oschatzer Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel mit der Überschrift „Wohin geht die Reise und wer bestimmt den Kurs?“ veröffentlichte. Darin hieß es, die Ereignisse im Lande seien atemberaubend und einmalig. Die Kirche stehe mitten im Strudel, aus den Kirchen seien die Menschen auf die Straße gegangen. Unter dem Druck der Demonstrationen und der Massenflucht habe sich im Lande der Aufbruch ereignet, der bisher gewaltlos verlaufen sei. Nur ein neues Denken und Verhalten führe in neue Zeiten. Die Kirche wolle für diese neuen Maßstäbe ihren Einfluss geltend machen. Als

189 Zentraler Operativstab: Bericht zur sicherheitspolitischen Lage in der Hauptstadt der DDR, Berlin, und in den Bezirken der DDR im Zeitraum vom 13. 11. 1989 bis 14. 11. 1989 (BStU, ZA, HA VIII-AKG 1672 Bl. 146–160). SächsStAL, SED-BL Leipzig, 823, Bl. 153.

190 Lagefilm Ministerium des Innern vom 13. 11. 1989 (BArch B, DO 1, 2.1, 52461, Bl. 284).

191 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 14. 11. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

nächster Schritt seien Neuwahlen notwendig. Die SED müsse sich wie alle anderen Gruppierungen der Wahl stellen. Sie könne künftig nur noch eine Partei unter anderen sein. Unter ihrer Führung sei das Land dort gelandet, wo es sich heute befinde. Ihr absoluter Machtanspruch und ihre Verknüpfung mit allen Regierungsämtern sei durch nichts gerechtfertigt. In Zukunft müsse die Macht geteilt und die Machthaber müssen kontrolliert werden. Das Land brauche neue Leute und neue Programme.

Noch war nicht klar, ob diese neuen Leute und neuen Programme aus den bisherigen Blockparteien oder eher aus neuen politischen Gruppierungen kommen würden. Auf DDR-Ebene verstärkten die Blockparteien jedenfalls ihre Angriffe gegen die andauernde SED-Dominanz. Am 15. November erklärte die LDPD, sie werde auf der nächsten Tagung der Volkskammer einen Gesetzentwurf zur Änderung des Artikels 1 der Verfassung einbringen. Der Führungsanspruch einer Partei sei ersatzlos zu streichen. Die staatlichen Organe müssten sich von der Bevormundung durch die SED lösen. Auch im Kreis Oschatz ging die Bevölkerung davon aus, dass die Grundlagen der SED-Alleinherrschaft bereits dauerhaft zerschlagen waren. Entsprechend ließen die massiven Angriffe gegen die SED nach und richteten sich, so die SED-Kreisleitung, nur noch gegen einzelne Funktionäre. Ältere Parteimitglieder klagten darüber, in ihrem Leben umsonst gearbeitet und gekämpft zu haben, wenn die gesamte Entwicklung der vierzig Jahre DDR wertlos sei. Gegner wie das Neue Forum würden die Auflösung der SED-Grundorganisationen in den Betrieben und der Kampfgruppen fordern. In den Leitungssitzungen würden die SED-Mitglieder immer wieder ihrer maßlosen Enttäuschung, ihrem Zorn und ihrer Verbitterung darüber Ausdruck verleihen, dass die führenden Funktionäre diese komplizierte Lage im Lande herbeigeführt hätten. Ältere Genossen, die sich immer der Parteidisziplin unterworfen hätten, fühlten sich betrogen. In den Arbeitskollektiven beschimpfte und beleidigte man SED-Mitglieder. Diesen Druck hielten viele nicht mehr aus und verließen die Partei. Bis zum 14. November seien bereits 43 Mitglieder der Kreisorganisation ausgetreten.¹⁹² Angesichts der Lage gebe es unter den SED-Mitgliedern eine große Erwartung im Blick auf die bevorstehende Tagung der Volkskammer. Viele forderten, dass sich Honecker, Mittag und Sindermann zu ihrer persönlichen Verantwortung äußerten. Wegen des „spektakulären Eigenheimbaus des Sohnes von Genossen Kleiber“ beschimpfen und beleidigen die Arbeitskollegen die SED-Mitglieder im Kollektiv. Durchaus üblich seien Sätze wie „Du bist auch einer von diesen Dreckschweinen“. Unter den Jugendlichen gebe es Diskussionen über die FDJ. Viele träten aus, da die FDJ keine Zukunft habe.¹⁹³

Am 16. November bereitete der Rat des Kreises die nächste Kreistagsitzung und das Referat des Ratsvorsitzenden vor. Es wurde eine „eindeutige Klarstellung zu den Zwängen“ beschlossen, „die durch übergeordnete staat-

192 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 15.11.1989 (ebd.).

193 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 16.11.1989 (ebd.).

liche Organe dem Kreistag und dem Rat des Kreises diktiert“ worden seien.¹⁹⁴ Am selben Tag beriet der „Demokratische Block“ des Kreises unter der Leitung des FDGB-Kreisvorsitzenden, Rolf Finke (SED), das Aktionsprogramm des Rates des Kreises, das der Ratsvorsitzende dem Kreistag vortragen sollte. Die Kreisvorsitzenden der NDPD und der CDU, Karl Schöne und Ullrich Hofmann, empfahlen, die Mitglieder des Rates des Kreises sollten ihre Funktionen zur Verfügung stellen. Nur in neuer Zusammensetzung sei es möglich, vertrauensbildend zu wirken. Vor allem müsse die Kreisschulrätin ihr Amt niederlegen. Die CDU kündigte ihren Austritt aus der Nationalen Front an. Für die SED erklärte Karl-Heinz Becker, dass seine Partei keinen Führungsanspruch mehr erhebe, sondern dieser „nur durch solide Arbeit“ gewonnen werden könne. Die SED verstehe sich künftig im Kreistag als „gleichberechtigte Partei“.¹⁹⁵ In Wermisdorf wurde am 16. November auf einem Bürgerforum der Rücktritt des gesamten Rates der Gemeinde gefordert, der daraufhin am 22. November geschlossen zurücktrat. Bereits am 13. November hatte die SED-Bürgermeisterin, Lange, ihren Rücktritt erklärt.¹⁹⁶ Am 17. November wandte sich die SED-Kreisleitung Oschatz brieflich an Krenz und erklärte, im Kreis bestünden große Erwartungen im Blick auf den außerordentlichen Parteitag. Es gehe auch darum, dass die Anfeindungen gegen die Mitglieder der SED aufhörten und wieder Vertrauen geschaffen werde. Viele Genossen machten vom Ergebnis des Parteitages ihren weiteren Verbleib in der Partei abhängig. Außerdem werde die Bestrafung der Funktionäre gefordert, die unter Missbrauch ihrer Funktion politische, moralische und gesetzliche Verfehlungen begangen hätten.¹⁹⁷ Gegenüber der SED-Bezirksleitung berichtete die Kreisleitung von der Forderung der Mitglieder, die Parteifinzen offen zu legen, um auszuschließen, dass sich einzelne an den Beitragsgeldern bereichert hätten. Gefragt werde auch nach der Perspektive der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, da in zukünftigen Koalitionsregierungen eine einzelne Partei doch gar keinen Anspruch auf ein bewaffnetes Organ haben könne.¹⁹⁸ In der Zeitung erklärte der Vorsitzende des Rates des Kreises, Heinz Küttner, zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen, zwar habe er zur Wachsamkeit gemahnt, aber niemals zum Waffengebrauch aufgefordert. Bei einer entsprechenden Beratung der Parteisekretäre sei er nicht anwesend gewesen.¹⁹⁹ Da sich überall im Land Gruppen und Komitees bildeten, die Klarheit in Machenschaften der SED und ihrer

194 Protokoll der außerordentlichen Sitzung des RdK Oschatz am 16.11.1989 (ALTO, 358 C).

195 Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks des Kreises Oschatz am 15.11.1989 (ACDP, II-295).

196 Einladung des RdG Wermisdorf vom 23.11.1989 (HAIT, Briefwechsel Sächsische Staatskanzlei).

197 Telegramm der SED-KL Oschatz an Egon Krenz vom 17.11.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

198 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 17.11.1989 (ebd.).

199 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 17.11.1989.

Sicherheitsorgane bringen wollten, befahl die Bezirksbehörde Leipzig auch dem Volkspolizeikreisamt Oschatz: „Wenn Untersuchungsgruppen in Erscheinung treten, ist der Zutritt nicht zu gestatten und auch keine Auskunft zu erteilen.“²⁰⁰

Am 18. November erhielt das Neue Forum erstmals die offizielle Genehmigung für die Durchführung einer Großkundgebung in Leipzig. 30 000 Personen beteiligten sich an der Veranstaltung, bei der Egon Krenz als „Wahlfälscher“ und „Freund des chinesischen Terrors“ attackiert wurde. Es signalisierte einen Stimmungsumschwung, dass nun auch der Vorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach, kritisiert wurde. Er habe die Politik der SED über Jahrzehnte mitgetragen und versuche sich nun als Erneuerer zu profilieren. In Berlin berichtete an diesem Sonnabend der Generalstaatsanwalt vor der Volkskammer von Übergriffen Angehöriger des MfS und der Volkspolizei am 7. und 8. Oktober. An diesen Tagen seien 3 456 friedliche Demonstranten zugeführt worden.

4.6 Erneuerter Sozialismus oder freiheitliche Demokratie?

In Oschatz fand am 18. November die lange vorbereitete, außerordentliche Tagung des Kreistages statt.²⁰¹ Einen Tag zuvor hatten sich noch einmal die Blockparteien getroffen, um die Sitzung vorzubereiten.²⁰² Gleich zu Beginn wurde mitgeteilt, dass LDPD, CDU, NDPD, SED, FDGB und FDJ künftig eigene Fraktionen bilden würden.²⁰³ In seinem Referat erklärte Küttner selbstkritisch, die Mitglieder des Rates und die Abgeordneten des Oschatzer Kreistages hätten die entstandene Lage mit zu verantworten. Die Wende und der demokratische Aufbruch seien durch hunderttausende Leipziger Bürger und tausende Bürger des Kreises Oschatz sowie in der ganzen Republik erzwungen worden. Dadurch sei von jedem „eine klare Haltung für die grundlegende Erneuerung des Sozialismus“ zu erwarten. Fehlentwicklungen könne man nicht mit Schönfärberei wegwischen. Durch die Demonstrationen und vor allem durch das Verlassen der DDR von tausenden von Bürgern sei vieles in Bewegung geraten. Das sei ein schmerzhafter Erkenntnisprozess. Eine kritische Betrachtung der eigenen Arbeit zeige vieles, was prinzipiell verändert werden müsse. In der bewegten Zeit der vergangenen Wochen habe auch das Verhältnis von Staat und Kirche im Kreis Oschatz eine große Bewährungsprobe bestanden. Beide seien auf der Grundlage gemeinsamer Lebensinteressen, trotz weltanschaulicher Gegensätze, in äußerst kritischen Momenten bereit gewesen, miteinander zu reden. Davon zeugten auch die

200 VPKA Oschatz, Lagefilm 15.-16.11.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

201 Protokoll der außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18.11.1989 in Oschatz (ALTO, 554).

202 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 18./19.11.1989.

203 Die Fraktionsbildung des DFD erfolgte erst am 7.2.1990.

Gespräche mit Superintendent Kupke und weiteren kirchlichen Amtsträgern. Küttner bekundete dem Superintendenten und anderen kirchlichen Amtsträgern seinen Respekt und Dank. Sie hätten großen Anteil daran, dass die Demonstrationen mit Vernunft, Besonnenheit und Gewaltlosigkeit endeten. Auch der Rat des Kreises kenne erst seit der Sitzung des Bezirkstages am 7. November die erschütternden Tatsachen und bewussten Verschleierungen der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage und gesellschaftlichen Verhältnisse.²⁰⁴ Küttners Rede zeigte, dass es für den Vorsitzenden des Rates des Kreises trotz Selbstkritik selbstverständlich war, dass er und die anderen Mitglieder des Rates des Kreises, wenn auch mit verändertem Arbeitsstil, weiterarbeiten und die Macht in der Hand behalten würden. Auch der Fortbestand eines erneuerten Sozialismus stand für die Staatsfunktionäre noch immer nicht zur Disposition. Aber bereits die Diskussionsbeiträge der nach politischer Eigenständigkeit drängenden Abgeordneten der anderen Parteien zeigten, dass es mit der sozialistischen Zukunft für die erneuerungswilligen SED-Staatsfunktionäre schwierig werden könnte. Der NDPD-Kreisvorsitzende, Karl Schöne, erklärte, im Lande habe sich Bedeutendes ereignet, und keine der hier im Kreistag etablierten Parteien und Organisationen könne sich die Veränderungen auf die eigene Fahne schreiben. Der Sturm auf der Straße habe sie alle in die neue Richtung gedreht, und dieser Sturm auf der Straße, aufgekommen unter den Dächern der Kirchen, werde künftig verhindern, dass verfassungsmäßig festgeschrieben, die Fahne einer Partei hoch über den Fähnchen der anderen wehe. Deshalb trete er konsequent dafür ein, dass insbesondere Kinder und Jugendliche aus christlichen Elternhäusern in ihrer schulischen und beruflichen Entwicklung keinerlei Nachteile mehr haben sollten. Viele seiner Parteifreunde seien der Auffassung, dass für Gängelei und Zwang die Kreisschulrätin Sigrid Schmidt persönliche Verantwortung trage. Die Fraktion der NDPD beantrage deshalb, die Vertrauensfrage zu stellen.²⁰⁵ Für die CDU forderte Annelie Seupel, die SED-Parteigruppen in den Betrieben aufzulösen. Der Führungsanspruch der SED sei zu beseitigen. Küttner sei in seiner Funktion als Vorsitzender des Rates des Kreises voll verantwortlich für die vom Rat getroffenen Entscheidungen. Deshalb beantrage sie, zum Abgeordneten Küttner die Vertrauensfrage zu stellen.²⁰⁶ Für die LDPD stellte Jürgen Mehnert fest, dass es nicht um neue Frauen und Männer gehe, sondern um radikales Umdenken und eine prinzipiell neue Politik in Staat und Wirtschaft. Die LDPD fordere deshalb einen pluralistischen Sozialismus.²⁰⁷ Für die DBD wandte sich Erwin Müller ebenfalls gegen den

204 Referat von Heinz Küttner zur außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18.11.1989 (ALTO, 554).

205 Diskussionsbeitrag von Karl Schöne zur außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18.11.1989 in Oschatz (ebd.).

206 Diskussionsbeitrag von Dr. Annelie Seupel zur außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18.11.1989 in Oschatz (ebd.).

207 Diskussionsbeitrag von Jürgen Mehnert zur außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18.11.1989 in Oschatz (ebd.).

Führungsanspruch der SED und forderte freie Wahlen. Allerdings plädierte er dafür, dass sich die Landwirtschaft innerhalb der Strukturen von LPG, VEG und zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen weiterentwickeln sollte. Nur die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion müsse überwunden werden. Die Bauern sollten künftig selbst entscheiden, wie sie ihre Produktion organisieren wollten. Die DBD werde sich künftig stärker dem Umweltschutz zuwenden. Auch Müller forderte, gegenüber dem Vorsitzenden des Rates des Kreises und der Kreisschulrätin die Vertrauensfrage zu stellen. Für den FDGB übte sich Rolf Finke in Selbstkritik. Mit Hinweisen auf Lenin forderte auch er freie Wahlen und versprach, dass der FDGB in Zukunft als Interessenvertretung der Werktätigen arbeiten und nicht mehr auf die Zugehörigkeit zu einer Partei achten werde.²⁰⁸ Der Mandatsträger des Kulturbundes und Vorsitzende der Ständigen Kommission Kultur, Jürgen Quisdorf, vermied es, die politischen Veränderungen überhaupt anzusprechen oder politische Forderungen zu stellen.²⁰⁹ Der zweite Redner für die CDU, Frank Kupfer, kritisierte massiv das bisherige Wahlsystem, durch das vor allem die SED gestärkt worden sei. So seien allein im Kreistag 70,8 Prozent aller Mitglieder Angehörige der SED, was eine Missachtung der anderen Parteien bedeute. Er forderte freie, gleiche, allgemeine und geheime Wahlen und die Änderung der Verfassung.²¹⁰ Für die SED wies der neue SED-Kreissekretär, Karl-Heinz Becker, noch einmal auf die vielen Mängel im bisherigen System hin, deren Ursachen in einer verfehlten Politik der Führung der SED lägen und deren Auswirkung zu einer tiefen Vertrauenskrise auch im Kreis Oschatz geführt hätten. Selbstkritisch und schonungslos werde seine Partei den Prozess der Analyse fortsetzen, um die begonnene Wende auch im Kreis Oschatz weiterzuführen und unumkehrbar zu machen. Seine Partei beanspruche kein Monopol auf die Wahrheit, sie sehe aber in der Macht der Arbeiterklasse und Bauern die Garantie für die Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft. Für seine zukünftige Arbeit gelte nun der Grundsatz der Trennung von Partei, Staat, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen.²¹¹ Auch diese Rede zeigte deutlich die allgemein verbreitete Tendenz, eine eigene Verantwortung für die Verhältnisse in der DDR zu leugnen und der SED-Führung in Berlin die Schuld zuzuweisen. Becker versuchte, den Eindruck zu erwecken, als seien die Veränderungen des Herbstes auf dem parteieigenen Boden gewachsen und durch einen gewachsenen Erkenntnisprozess in seiner eigenen Partei zustande gekommen. Erstmals kam am 18. November ein Vertreter des Neue Forums vor dem Kreistag zu Wort.

208 Diskussionsbeitrag von Rolf Finke zur außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18.11.1989 in Oschatz (ebd.).

209 Diskussionsbeitrag von Dr. Jürgen Quisdorf zur außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18.11.1989 in Oschatz (ebd.).

210 Diskussionsbeitrag von Frank Kupfer zur außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18.11.1989 in Oschatz (ebd.).

211 Diskussionsbeitrag von Karl-Heinz Becker zur außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18.11.1989 in Oschatz (ebd.).

Olaf Hiemann erklärte, dass nur Parteilose für das Neue Forum kandidieren könnten, und forderte die Möglichkeit der Mitarbeit in den Ständigen Kommissionen des Kreistages, den Zugang zu allen Informationen über die anstehenden Probleme sowie den freien Zugang zu den Medien. Das Neue Forum sei kein „Meckerklub“, sondern wolle die Arbeit der Parteien und Staatsorgane kontrollieren und qualifizieren. Dazu habe man verschiedene Arbeitsgruppen gebildet. Hiemann betonte die Eigenständigkeit des Oschatzer Neuen Forums. So müssten Äußerungen des Neuen Forums in Berlin oder Leipzig nicht mit der Meinung des Neuen Forums in Oschatz identisch sein. Stellungnahmen des Neuen Forums müssten von mindestens fünf Mitgliedern der Sprechergruppe getragen werden. Äußerungen einzelner Mitglieder gäben nicht die offizielle Meinung des Neuen Forums wieder. Kritisch äußerte er sich zum Bericht des Ratsvorsitzenden, der ihm mehr als ein Versuch der Schuldabwälzung erschienen sei.²¹² Kreisschulrätin Sigrid Schmidt versuchte schließlich, sich damit zu verteidigen, sie habe ihre Aufgabe als Kreisschulrätin und Kommunistin aus ehrlicher Überzeugung und mit viel Anstrengungen zu erfüllen versucht. Dabei sei sie stets von der Position ausgegangen, dass die Politik des Staates wissenschaftlich fundiert sei und richtige Aufgaben formuliert habe. Deshalb fühle sie sich, wie viele andere, zutiefst enttäuscht, dass sich nun erweise, dass das nicht so gewesen sei. Dennoch sollte man bei allem kritischen Betrachten nicht vergessen, dass dank fleißiger Arbeit der Pädagogen gute Ergebnisse in der fürsorglichen Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder erreicht worden seien. Leistungsstarke Schüler, auch aus kirchlichen Kreisen, hätten weiterführende Bildungseinrichtungen besucht. Sie halte aber eine grundlegende Erneuerung des Bildungs- und Erziehungskonzepts der Schule für unbedingt notwendig.²¹³ Aus Selbstrechtfertigung zeichnete die Kreisschulrätin nun ein Bild, in dem von der Erziehung im Sinne kommunistischer Ziele, der Erziehung zum „Hass auf den Klassenfeind“ oder von Benachteiligung christlicher Schüler nicht die Rede war.

Dass trotz entsprechender Bestrebungen aus den Blockparteien von einem Aufbruch des Oschatzer Kreistages kaum die Rede sein konnte, zeigte sich, als der dank Einheitslistenwahl zu 70,8 Prozent mit SED-Mitgliedern besetzte Kreistag dem Ratsvorsitzenden das Vertrauen aussprach. Selbst die in der Bevölkerung wegen ihres ideologischen Kurses kritisierte Kreisschulrätin, Sigrid Schmidt, konnte sich trotz Misstrauensantrag des Vertrauens der kommunistischen Mehrheit sicher sein. Mit dieser Mehrheit bestätigte der Kreistag auch den Bericht des Rates des Kreises über die künftige Arbeits-

212 Diskussionsbeitrag von Olaf Hiemann zur außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18. 11. 1989 in Oschatz (ebd.).

213 Diskussionsbeitrag von Sigrid Schmidt zur außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18. 11. 1989 in Oschatz (ebd.).

weise „bei der Durchführung sozialistischer Kommunalpolitik“.²¹⁴ Um auf dieser Grundlage eine breitere Einbeziehung der Bevölkerung zu erreichen, wurde die Bildung einer Vorschlagskommission und von Arbeitsgruppen in den ständigen Kommissionen beschlossen.²¹⁵ In dem bestätigten Beschlussentwurf hieß es, Ziel der Vorschlagskommission sei die Einbeziehung interessierter Bürger in die Arbeit des Kreistages. Die Arbeitsgruppen in den ständigen Kommissionen sollten „im engen Zusammenwirken mit den in der Nationalen Front der DDR vereinigten Parteien und Massenorganisationen, allen demokratischen Kräften und unter breiter Mitwirkung interessierter Bürger, einschließlich kirchlicher Basisgruppen, unseres Kreises der Vorschlagskommission Entscheidungsvorschläge unterbreiten“.²¹⁶ Die Tagung machte klar, dass sich die Erneuerungsbereitschaft der SED-Funktionäre auf eine Modifizierung der sozialistischen Diktatur, nicht aber auf die Schaffung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse richtete. Bei ihrem Versuch, die Macht durch Teilzugeständnisse zu sichern, konnte sich die SED zu diesem Zeitpunkt noch der uneingeschränkten Unterstützung von MfS und Volkspolizei sicher sein, auch wenn die Diskussion über die bisherige und künftige Rolle in der zweiten Novemberhälfte auch die Oschatzer Volkspolizei erreichte. Dafür sorgte ein weiteres Mal der Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Schmidt. Bei einer Beratung mit den Leitern DZ/VP GP am 17. November unternahm der Stellvertreter des Leiters des Volkspolizeikreisamtes einen Vorstoß in Richtung einer Trennung von Partei und Polizei. Er zeigte sich beunruhigt über die ständigen Angriffe auf die SED und stellte die Frage der Trennung von politischer und fachlicher Führung sowie von Staat und Partei. Gespräche mit den VP-Angehörigen zeigten, dass diese eine „saubere und sachliche Einstellung“ zum Dienst und zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Kreis hätten. Schmidt wies diesen Vorstoß zurück und erklärte, ein gestriges Forum in Schmannewitz habe ihm eines klargemacht, „unter den Massen ist Hass gegen die Partei, wieder wird gegen die VP voll aufgerollt“. Sein Stellvertreter für Politarbeit erklärte, die SED-Grundorganisation des Volkspolizeikreisamtes sei sicher die einzige im Kreis, die noch keinen Austritt zu verzeichnen habe. Sollte bei der Volkspolizei ein Austritt erfolgen, dann sei das nach seiner Meinung kein Grund zur Entlassung des Genossen. In der Politschulung seien die bisherigen Themen abgesetzt. Als neues Thema werde nun über das „Wesen der Wende“ gesprochen. Schmidt erklärte abschließend, die VP-Angehörigen führten ihren Dienst auf der Grundlage der DDR-Verfassung und ihrem Eid, in denen die führende Rolle der SED festgeschrieben waren. Daran ändere sich nichts. Man müsse die Lage im Kreis kritisch beurteilen, Ordnung und Sicherheit seien auf jeden

214 Beschluss des Kreistages Oschatz 26-IX/89 der außerordentliche Tagung am 18.11.1989 (ebd.).

215 Protokoll der außerordentlichen Tagung des Kreistages am 18.11.1989 in Oschatz (ebd.).

216 Beschlussentwurf zum Beschluss 27-IX/89 der außerordentlichen Tagung des Kreistages Oschatz am 18.11.1989 (ebd.).

Fall zu gewährleisten. Jeder Leiter müsse sich Klarheit über seine Rolle verschaffen, stets voran gehen und „nicht nebenan die Genossen anhören“. Schmidt bestätigte, dass ab sofort jeder Angehörige der Volkspolizei in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin reisen könne und dass Kontakte dorthin „absolut keine Rolle mehr“ spielten.²¹⁷

In der zweiten Novemberhälfte kristallisierten sich immer mehr zwei Hauptrichtungen in der Bevölkerung heraus. Plädierten die einen für den Erhalt einer reformierten DDR, so wünschten die anderen die Wiederherstellung der staatlichen Einheit. Die noch an den Schalthebeln der Macht sitzende SED sprach sich ebenso wie viele linke Intellektuelle und Bürgerrechtler für eine Reform des Sozialismus und eine Beibehaltung der Teilung Deutschlands aus. In Potsdam forderten am 19. November 30 000 SED-Mitglieder eine „Koalition der Vernunft im Interesse eines reformierten Sozialismus“. Krenz erklärte, der Führungsanspruch der SED bestehe weiter, müsse jedoch jeden Tag neu erarbeitet werden. Am 20. November führte der Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters, erste Gespräche mit der Regierung Modrow. Zuvor hatte Seiters Bedingungen für ein bundesdeutsches Engagement in der DDR formuliert: Freie Wahlen, Zulassung oppositioneller Parteien, Aufgabe des Führungsanspruches der SED, Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen, Einrichtung eines Devisenfonds für DDR-Reisende, Abschaffung des Pflichtumtausches und Reiseerleichterungen für Bürger der Bundesrepublik. Auf den inzwischen politisch polarisierten Leipziger Montags-Demonstrationen wurde jetzt auch die Wiedervereinigung gefordert. Es gab Sprechchöre wie „Deutschland einig Vaterland!“.

Die politischen Auseinandersetzungen im Kreis Oschatz drehten sich Ende November weiterhin weniger um die Alternative staatliche Einheit Deutschlands oder Erhalt der DDR, sondern um eine die kommunale Politik mehr tangierende Wahl zwischen einem erneuerten Sozialismus und einem freiheitlich-demokratischen System. Verbunden blieb diese Frage weiterhin mit den alltäglichen Problemen der Bevölkerung wie der Versorgung, der medizinischen Betreuung und dem Funktionieren der Wirtschaft.

Am 20. November folgte ein weiteres Friedensgebet in der St. Aegidienkirche. Die Zahl der Teilnehmer war weiter rückläufig, immerhin waren aber noch etwa 800 Interessierte gekommen. Superintendent Kupke erklärte, wenn die Kirche zum Friedensgebet und zur Diskussion einlade, dann deswegen, weil sie den Menschen die Gelegenheit geben wolle, ihr Leid zu klagen. Verschlucktes oder unterdrücktes Leid läge wie ein Sandsack auf der Seele. Darüber hinaus helfe das Reden in der Kirche, die Gesellschaft zu verändern. Auch im Kreis Oschatz sei einiges in Bewegung geraten. Das, was in der Kirche gesagt werde, sei weiter gereicht worden und habe sich ausgewirkt. Er wolle deshalb auch heute wieder zum Reden und Klagen Mut machen. Käte Miene aus Lampertswalde beklagte daraufhin, dass die Alten die Trümmer

217 VPKA Oschatz: Protokoll zur Beratung am 17.11.1989 mit den Leitern DZ/VPGP (SächsStAL, VPKA Oschatz 4806).

des Krieges weggeräumt hätten und dafür nun 350 Mark Mindestrente erhielten. Sie forderte eine höhere Rente und einen Wohnblock für Rentner in der Kreisstadt mit ärztlicher Betreuung. Diethelm Kattner von der LDPD beklagte sich darüber, dass sich einige am Volkseigentum bereichert hätten. Dafür sollten sie nicht ungeschoren bleiben. Auch Honecker müsse sich für das rechtfertigen, was er verschuldet habe. Die Handwerker bräuchten eine Dachorganisation, ein einheitliches Lohn- und Preisgefüge, ein überarbeitetes Steuergesetz, eine neue Regelung des Krankengeldes, eine ehrliche Rentenzahlung sowie eine qualitativ bessere und auch menschlichere Steuerprüfung. Bernd Voigtländer vom Oschatzer Ökologie-Kreis erklärte, staatliche Stellen hätten diesen immer nur behindert, statt ihn zu fördern. Die Situation sei beängstigend. Das Grundwasser habe sich verschlechtert, die Schornsteine bliesen Staub- und Schwefeldioxid in die Luft, das Flüsschen Dölnitz sei verschmutzt. Er fordere Umweltschutz als Fach in der Schule und eine grundlegende Schulreform. Zur anschließenden Demonstration gab Dirk Heinrich vom Neuen Forum einige Informationen. Er habe sie auf seinen Namen angemeldet, da das Neue Forum kein Rechtsträger sei. Die genehmigte Demonstration führte dann von 19.45 Uhr bis 20.30 Uhr wieder durch die Oschatzer Innenstadt, vorbei am Gebäude der Kreisdienststelle des MfS. Ca. 1 000 Personen forderten auf mitgeführten Transparenten Pressefreiheit und griffen das MfS an. Viele Plakate wurden mitgeführt, auf denen Forderungen der Demonstranten zu lesen waren.²¹⁸ In Sprechchören hieß es: „Wir sind das Volk“, „Stasi in die Volkswirtschaft“ und „Schließt Euch an“.²¹⁹ Am Objekt des Kreisamtes für Nationale Sicherheit wurden brennende Kerzen abgestellt.²²⁰ Am selben Montagabend gab es auch in Leipzig (150 000), Delitzsch (700), Colditz (250), Wurzen (2 500) und Döbeln wieder Demonstrationen.²²¹

Am 20. November führten die CDU-Ortsgruppen Mügeln, Sorntzig, Glosen und Niedergoseln eine gemeinsame Versammlung durch, um ihre Haltung zum revolutionären Prozess zu bestimmen. In einem gemeinsamen, vom Vorsitzenden der Ortsgruppe Mügeln, Michael Winkler, unterzeichneten Papier forderten sie vom Hauptvorstand der CDU, sich dafür einzusetzen, schnellstmöglich ein neues Wahlgesetz vorzulegen und einen Termin für Neuwahlen bekannt zu geben. Die führende Rolle der SED dürfe nicht länger anerkannt, das in Amt für Nationale Sicherheit umbenannte MfS sowie die Kampfgruppen müssten abgeschafft werden.²²² Schon seit längerem wurde

218 Protokoll vom Friedensgebet am 20.11.1989 in der Oschatzer St. Aegidienkirche (HAIT, Martin Kupke).

219 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 22.11.1989.

220 BStU, ZA, HA XXII 1721, Bl. 065.

221 Zentraler Operativstab: Bericht zur sicherheitspolitischen Lage in der Hauptstadt der DDR und in den Bezirken der DDR im Zeitraum vom 20.11.1989 bis 21.11.1989 (BStU, ZA, HA VIII-AKG 1672 Bl. 214–224).

222 Brief des Vorsitzenden der CDU-Ortsgruppe Mügeln vom 25.11.1989 an den Hauptvorstand der CDU Berlin (ACDP, II-295).

der Hauptvorstand mit Forderungen von der Basis konfrontiert, freilich hatte es unter dem CDU-Vorsitzenden Gerald Götting darauf keine Reaktionen gegeben. Götting, der die CDU im Auftrage der SED über Jahrzehnte geführt und dabei eng mit dem MfS zusammengearbeitet hatte, war es nicht gelungen zu verhindern, dass sich an der CDU-Basis über Jahrzehnte hinweg eine kritische Haltung erhalten hatte. Bis zum Herbst 1989 war es immer nur ein kleinerer Teil der Mitglieder gewesen, der die SED-Diktatur unterstützte. Verschiedene Ortsgruppenvorstände hatten sich schon im Sommer 1986 in Briefen an Götting gewandt und Veränderungen angemahnt.²²³ Als die Ortsgruppen im Mügeln Raum ihre Forderungen formulierten, war Götting bereits von seiner Funktion als CDU-Vorsitzender zurückgetreten. Hier stellte man sich wie überall an der CDU-Basis bereits auf die zu erwartenden neuen Aufgaben in einer veränderten politischen Landschaft ein und kündigte die Mitarbeit in der Nationalen Front auf.²²⁴ Die SED-Kreisleitung berichtete am 21. November weder über das Friedensgebet noch über die Demonstration in Oschatz. Diese waren inzwischen weniger erwähnenswert als die sich aus der allgemeinen Protestbewegung ableitbaren, künftigen politischen Veränderungen. Darauf versuchte man sich nun in der SED-Kreisleitung einzustellen und befasste sich eher mit den Perspektiven der Parteiarbeit in den Betrieben. Angesichts der Forderungen nach Zerschlagung der dortigen kommunistischen Grundorganisationen waren die Meinungen innerhalb der Partei gespalten. Während ein Teil der Mitglieder dafür plädierte, die Betriebsparteiorganisation zu erhalten, meinten andere, man solle sie auflösen, da Partei und Wirtschaft künftig entflechtet würden. Da angesichts der Emanzipation der Blockparteien auch die Nationale Front keine Zukunft mehr habe, sollte man deren Ausschüsse auflösen, zumal sie vielerorts noch nie richtig arbeitsfähig gewesen seien.²²⁵ Dass und in welchem Maße die SED sich in einem internen, formalen Wandlungsprozess befand, wurde auch deutlich, als der neue 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Roland Wötzel, am 23. November einen neuen Namen, ein neues Programm und ein verändertes Statut für die SED forderte. Am selben Tag wurde gegen Erich Honecker ein Parteiverfahren eröffnet, und Günter Mittag wurde aus der SED ausgeschlossen. Einen Tag später verkündete Egon Krenz im „Neuen Deutschland“, dass der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen werde. Angesichts der Tatsache, dass bei den Demonstrationen immer stärker eine Wiedervereinigung beider deutscher Staaten gefordert wurde, veröffentlichten DDR-Intellektuelle am 26. November den „Aufruf für unser Land“. Darin sprachen sich unter anderem Stefan Heym, Christa Wolf, Friedrich Schorlemmer und verschiedene SED-Funk-

223 Vgl. Richter, *Aufbruch an der Basis*, S. 191–197.

224 Schreiben des Vorsitzenden der CDU-Ortsgruppe Mügeln, Michael Winkler, an den Vorsitzenden des Stadtausschusses der Nationalen Front, Erich König, vom 25. 11. 1989 (ACDP, II-295).

225 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 21. 11. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

tionäre für die Eigenständigkeit einer reformierten DDR aus. Mit dem fast zeitgleich bekannt gegebenen Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler Helmut Kohl, in dem er einen Stufenplan zur deutschen Einheit auf freiheitlich-demokratischer und sozial-marktwirtschaftlicher Grundlage anbot, hatte die Bevölkerung nun die Wahl zwischen zwei extrem konträren Konzepten.²²⁶

Die SED-Kreisleitung Oschatz berichtete am 26. November, der Betriebsleiter des VEB Hausschuhwerke sei „aus Verbitterung, Schmerz und Scham“ aus der SED ausgetreten, Andere Mitglieder forderten „mehr Ehrlichkeit und Offenheit über die reale Lage im Kreis auf allen Gebieten“. Kritisch äußerten sich einige SED-Mitglieder über die veränderte Berichterstattung der „Leipziger Volkszeitung“. Man sei verärgert und empört darüber, dass kaum noch zu spüren sei, dass es sich um eine kommunistische Parteizeitung handle. Eine ganze Reihe veröffentlichter Standpunkte und Meinungen richte sich tendenziös gegen die SED.²²⁷ Einen Tag später meldete die SED-Kreisleitung nach Leipzig, auch bei SED-Mitgliedern, die bislang die Möglichkeit genutzt hätten, in den Westen zu fahren, dominiere die Begeisterung über das dortige Warenangebot und die Verkaufskultur. Immer mehr Bürger stellten die Frage, wofür sie in den vierzig Jahren DDR eigentlich gearbeitet hätten.²²⁸ Am 27. November wertete der Rat des Kreises eine Beratung beim Rat des Bezirkes Leipzig aus, bei der über die Absicht des neuen Ministerpräsidenten, Hans Modrow, informiert worden war, die Arbeit der Staatsorgane unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Auch für den Kreis Oschatz müsse, so der Ratsvorsitzende, die Funktion der Staatsorgane „absolut und auf allen Gebieten“ gesichert werden. Die „einheitliche sozialistische Staatsmacht“ sei Voraussetzung für das Weiterbestehen der DDR. Zur künftigen Rolle des Kreistages und der örtlichen „Volksvertretungen“ erklärte Küttner, diese seien künftig „politisch leitende Gremien mit dem Auftrag, mehr Leistungen für den Sozialismus zu erbringen“. Dazu sei vor allem „viel sachliche Demokratie“ erforderlich.²²⁹ Angesichts der bereits vorangetriebenen Veränderungen der Rolle und politischen Funktionen von Kreistag und Rat bedeuteten die Anweisungen der Modrow-Regierung zur Stabilität der sozialistischen Staatsmacht in ihrer Grundtendenz eine Rücknahme bereits vollzogener oder eine Infragestellung sich abzeichnender Demokratisierungen. Die Vorgaben Modrows unterstützten restaurative Tendenzen und führten auch im Kreis Oschatz zu einer weiteren politischen Polarisierung der Parteien. Die Bevölkerung des Kreises setzte sich ohnehin über die Versuche der SED-gelenkten Regierung hinweg, die sozialistische Staatsmacht zu retten. Hier wiesen die Zeichen längst in Richtung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse.

226 Vgl. Richter, Die Revolution in Deutschland, S. 21.

227 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 26. 11. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

228 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 27. 11. 1989 (ebd.).

229 Beschlussprotokoll der 13. Sitzung des RdK Oschatz am 27. 11. 1989 (ALTO, 358 C).

Das zeigte auch das Friedensgebet am Abend des 27. November in der St. Aegidienkirche, an dem sich nach VP-Angaben ca. 1 200 Personen beteiligten.²³⁰ Vor der inzwischen üblichen Diskussionsrunde erklärte Superintendent Kupke, dass dies das letzte Friedensgebet in diesem Jahr sei. Die Zusammenkunft habe einen anderen Charakter als die bisherigen. Klagemauer sei die Kirche heute nicht. Statt dessen forderte er auf, Vorschläge zu machen, wie die kommende Aufbauarbeit in Oschatz und im Lande aussehen könnte. Im nächsten Jahr werde es freie Wahlen geben. Bis dahin müsste die Bevölkerung wissen, welche Programme und welche Personen zu wählen seien. Diese Programme müssten aber erst erarbeitet werden. In den Schulen und bei der NVA sei von Erneuerung noch wenig zu spüren, und in manchen Betrieben sei es ebenfalls noch ziemlich still. Die Staatssicherheit arbeite weiter und auch die Kampfgruppen gebe es noch. Die Wirtschaftslage sei katastrophal, und von der Zerstörung der ethischen und moralischen Werte wolle er gar nicht erst reden. Es gelte daher, mit allen Gruppen der Bevölkerung eine gewaltige Aufbauarbeit zu leisten. Kupke forderte gezielt auf, Absichten und Pläne vorzutragen. Damit wurde die Veranstaltung zu einer Tribüne der Parteien. Der Sekretär der Oschatzer CDU, Frank Kupfer, erklärte, er stelle sich für die Zukunft eine Konföderation beider deutscher Staaten in den heutigen Grenzen vor. Dazu seien eine neue Verfassung und neue Gesetze notwendig. Die CDU wende sich gegen die führende Rolle einer Partei und trete für allgemeine, freie und geheime Wahlen ein. Sie werde eine Vorschlagskommission bilden. Bruno Leib riet, die Arbeit der örtlichen Organe zu kontrollieren, um Einblick in alle Entscheidungsfindungen zu bekommen. Rudolf Thomas aus Laas stellte die Frage, warum niemand von der SED anwesend sei. Es sei beschämend, dass sich ihre Vertreter nach der ersten Diskussionsrunde nicht mehr bei den Diskussionen hätten blicken lassen. Johannes Rudolph aus Laas wies darauf hin, dass keiner derzeit wisse, wie es weitergehen werde. Die Menschen im Lande müssten sich aber genau darüber jetzt Gedanken machen. Werner Plath von der LDPD fand es bedauerlich, dass dies die letzte Runde in der St. Aegidienkirche sei. Die Parteien sollten die Diskussion fortsetzen. Es sei schlimm, wenn sie aufhörten, miteinander zu reden. Daher schlug er vor, die Gespräche im Oschatzer Kino fortzusetzen. Die LDPD würde für die erste dortige Veranstaltung die organisatorische Verantwortung übernehmen. Uwe Münkner vom Neuen Forum forderte, die Umweltdaten für Oschatz zu veröffentlichen, und dankte der St. Aegidienkirche. Sie sei für die Menschen ein Zufluchtsort und ein Ort gewesen, an dem sie mündig werden konnten. Dann schlug er vor, eine Mahnwache am Gebäude der Kreisdienststelle des MfS zu errichten. Pfarrer Torsten Heinrich aus Lampertswalde wies darauf hin, dass in den Dörfern Friedensgebete stattfänden. In Lampertswalde sei dies an jedem Donnerstag Abend der Fall. Der Berufssoldat Jörg Schmücker, bisher SED-Mitglied, be-

230 VPKA Oschatz, Lagefilm 1989 27.-28.11.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

richtete von seinem persönlichen Werdegang. Seine Eltern seien überzeugte Kommunisten, die ihm beigebracht hätten, die Politik der SED sei immer richtig. Nun sei für ihn eine Welt zusammengebrochen. Er bat für sich um eine neue Chance und berichtete, in der NVA sei es mit der führenden Rolle der SED vorbei. Die Politabteilung sei bereits aufgelöst worden, und die Soldaten nutzten die neue Reisefreiheit.²³¹ Ein anderer Teilnehmer erklärte, die SED habe ihre Chance verspielt, die Straße bliebe weiterhin aktuell, die Schuldigen müssten bestraft werden, die Kampfgruppen seien aufzulösen. Dirk Heinrich vom Neuen Forum fügte hinzu, die bisherige Subventionspolitik müsse neu durchdacht werden. Friedmar Freund drückte seine Freude über das kirchliche Engagement und kirchliche Artikel in der Zeitung aus, fragte aber, was sich wirklich geändert habe. Überall säßen die „Wendehälse“ in ihren bisherigen Funktionen. Er forderte deren Abtritt. Claudia Strieter ging erneut auf das bei den Friedensgebeten thematisierte Schulproblem ein. Bisher hätten die Lehrer gesagt, der Sozialismus wäre das Beste. Nun seien die Lehrer in einer schwierigen Situation. Niemand würde ihnen erklären, warum es plötzlich diesen politischen Wechsel gebe. Nach der Diskussion erklärte der Superintendent, die Christen des Landes würden die Gebete für Frieden und Neuanfang in den Gottesdiensten fortsetzen, zu denen er einlade. In der Kirche werde man sich auch zukünftig für Himmel und Erde einsetzen, weil für das Leben beides wichtig sei. Wenn irgendwo gekürzt werde, entweder beim Himmel oder bei der Erde, führe dies zur Verarmung des Lebens. Das hätten die Menschen in der DDR in den vergangenen Jahrzehnten erfahren. Die Kirche wolle dazu beitragen, dass die Menschen aus der inneren und äußeren Verarmung herauskämen. Zum Glücklichsein würden sie nicht unbedingt ein Wirtschaftswunder brauchen, dafür aber innere und äußere Verhältnisse, in denen sich die Menschen auch als solche fühlten. Dann äußerte er Überlegungen zu künftigen Veranstaltungen. Er lud alle Interessierten für den Abend des 8. Januar 1990 in die Klosterkirche ein. Dort werde man sich in Arbeitsgruppen versammeln und überlegen, was weiter zu tun sei. In der kommenden Adventszeit sollten die Bürger aber zunächst Ruhe und Besinnung finden.²³² Letzteres blieb angesichts der andauernden revolutionären Veränderungen freilich ein frommer Wunsch. Um 19.00 Uhr begann eine Demonstration durch die Oschatzer Innenstadt, an der sich ca. 500 Personen beteiligten, die zwei Transparente mit sich führten. Um 20.25 Uhr löste sie sich auf dem „Platz der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ auf.²³³ Die Sprechchöre richteten sich diesmal

231 Laut Pressemitteilung konstituierte sich wenig später im „Walter-Laue-Regiment“ eine Basisgruppe des unabhängigen Verbandes aktiv dienender und ehemaliger Berufssoldaten, die die gesellschaftlichen Veränderungen begrüßte und für ein offenes Gespräch mit allen Kräften der Gesellschaft über die Zukunft der Armee plädierte. Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 3. 1. 1990.

232 Protokoll vom Friedensgebet am 27.11.1989 in der Oschatzer St. Aegidienkirche (HAIT, Martin Kupke).

233 VPKA Oschatz, Lagefilm 1989 27.-28.11.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

ausschließlich gegen die Staatssicherheit.²³⁴ Zu Demonstrationen und Kundgebungen kam es im Bezirk auch in Leipzig (100 000), Döbeln (800), Delitzsch (600) und Wurzen (500).²³⁵

Am 28. November beschloss die SED-Kreisleitung Oschatz, eine Arbeitsgruppe „zur planmäßigen Untersuchung von Anschuldigungen gegen den bisherigen 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Karl-Heinz Buschmann, sowie die Mitglieder der Kreisleitung Hans Färber, Frank Fleck und Franz Hurt zu bilden. Auch im Kreis Oschatz stand die SED unter Druck, verließen doch immer mehr Mitglieder die Partei. Hier waren sogar drei Mitglieder der Kreisleitung und zwei Kandidatinnen aus der Partei ausgetreten.²³⁶ Insgesamt hatten bis zu diesem Tag 705 SED-Mitglieder im Kreis ihren Parteiaustritt erklärt, acht Grundorganisationen waren bereits aufgelöst worden.²³⁷ Das Sekretariat der FDJ-Kreisleitung forderte in einem Offenen Brief an die Jugend des Kreises den Erhalt und eine Reform der FDJ.²³⁸ In der Marienkirche in Altmügeln fand am 29. November ein Friedensgebet mit Bürgerforum statt, das von Pfarrer Tischendorf aus Sornewitz moderiert wurde. 225 Bürger diskutierten mit Vertretern aller Parteien unter anderem über eine Trennung von Schule und Partei und forderten baldige freie Wahlen. Sie protestierten gegen die andauernde Dominanz der SED im Kreistag, die dort mit den Vertretern der Massenorganisationen über siebzig Prozent aller Sitze verfüge. Mit Demokratie habe dies nichts zu tun.²³⁹ Ein zunächst geplanter Schweigemarsch nach dem Friedensgebet fand nicht statt.²⁴⁰

Am 30. November formierte sich eine Vorschlagskommission des Kreistages, in der die SED erstmals nicht mehr dominierte. Vorsitzender wurde Frank Kupfer (CDU), seine Stellvertreterin Danuta Baumann (LDPD), als Sekretär fungierte Karin Fischer (SED). Die Kommission bildete eine Reihe von Arbeitsgruppen, die in den Ständigen Kommissionen wirken und mit denen die erstarrte Arbeit des Kreistages aufgebrochen und neue Ideen aus der Bevölkerung umgesetzt werden sollten. Das Konzept ähnelte den Arbeitsgruppen der Dresdner Stadtverordnetenversammlung, in die die Gruppe der 20 Mitglieder und unabhängige Bürger entsandte.²⁴¹ Die Bildung der Vorschlagskommission bedeutete nach der Fraktionsbildung einen wichtigen zweiten Schritt auf dem Weg der bislang demokratisch nicht legitimierten

234 BStU, ZA, HA XXII 1721, Bl. 027.

235 HA XXII, Zentraler Operativstab: Bericht zur sicherheitspolitischen Lage in der Hauptstadt und in den Bezirken der DDR im Zeitraum vom 27.11.1989 bis 28.11.1989 (ebd. 5942 Bl. 196–204).

236 Sitzungsprotokoll der SED-KL Oschatz vom 28.11.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/007).

237 Bemerkungen zur Kreisleitungssitzung am 28.11.1989 (ebd.).

238 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 28.11.1989.

239 Bürgerforum in der Altmügelner Marienkirche am 29.11.1989. In: LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 1.12.1989. Vgl. Schreiben von Wolfgang Tischendorf an den Kreisverband der CDU Oschatz vom 17.11.1989 (ACDP, II-295).

240 VPKA Oschatz, Lagefilm 29.-30.11.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

241 Vgl. Richter/Sobeslavsky, Die Gruppe der 20, S. 126.

„Volksvertretung“. Bis zu freien Wahlen hatten nun engagierte, von einer breiten Öffentlichkeit des Kreises unterstützte Bürger die Möglichkeit, sich an der Sacharbeit des Kreistages zu beteiligen. Folgende Arbeitsgruppen (mit Vorsitzenden) wurden gebildet: Wirtschaft/Finanzen/Preise (Annelie Seupel, CDU), Handel/ ÖVW/Handwerk (Reinhard Flach, parteilos), Landwirtschaft/Umweltschutz/Wasserwirtschaft/Naturschutz (Wolfgang Sahlbach, CDU), Demokratie/Rechtssicherheit/Rechtsstaatlichkeit (Jutta Brieger, parteilos), Verkehrs- und Nachrichtenwesen/Energie (Bernd Biedermann, NDPD), Bildung/Kultur/Jugend (Gabi Neubert, Neues Forum), Gesundheits- und Sozialwesen/Rentner/Behinderte (Klaus-Peter Heidemann, CDU), Sport/Erholung (Hans-Joachim Gless, SED).²⁴² Damit besetzte die CDU neben dem Kommissionsvorsitzenden drei von acht Vorsitzenden der Arbeitsgruppen. Bis zum Ende des Jahres gingen hier über achtzig Vorschläge aus der Bevölkerung ein. In der Arbeitsgemeinschaft „Demokratie/Rechtssicherheit/Rechtsstaatlichkeit“ schlug Superintendent Kupke wegen unzureichender Artikulationsmöglichkeiten der Bürger und Parteien die Einrichtung einer öffentlichen Meinungstafel vor. Von Bernd Biedermann (NDPD) kam der Vorschlag, eine Untersuchungsgruppe zu bilden, die prüfen sollte, ob die Vermutung stimmte, dass Hinterlassenschaften von Ausgereisten zu Schleuderpreisen verkauft worden seien. Weitere Vorschläge betrafen die Nutzung der Gebäude von MfS und SED. In der Arbeitsgruppe Verkehr wurde über Anträge beraten, die Telefonanschlüsse ehemaliger MfS- und SED-Mitarbeiter anderen Hausbewohnern zuzuteilen. Zum besseren Empfang westlicher Fernsehsender wurde hier auch eine Antennenverkabelung vorgeschlagen.²⁴³

Die fortschreitende Liberalisierung und beginnende Demokratisierung im Kreis Oschatz schlug sich neben den damit verbundenen Protesten gegen die bisherige Machtpraxis immer stärker in den Berichten der SED-Kreisleitung Oschatz an die übergeordnete Parteileitung in Leipzig nieder. Unter den SED-Genossen wie in der gesamten Bevölkerung, so hieß es hier, sei man empört über Amtsmissbrauch, Korruption und Privilegien der abgesetzten Spitzenfunktionäre. Einige fragten, woher die Devisen für die in Wandlitz angebotenen Waren gekommen seien. Empört sei man, dass das Solidaritätsaufkommen des FDGB für das Pfingsttreffen der FDJ verwandt und damit missbraucht worden sei. Die dafür Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Auch das Thema deutsche Einheit werde diskutiert. Meist seien es Jugendliche, die Vorteile darin sähen. Mit Interesse werde auch die Entwicklung in der ČSSR verfolgt. Die Bürger fragten, ob 1968 dort nicht schon die Versuche zerstört worden seien, sich von stalinistischen Machtmechanismen zu trennen.²⁴⁴ Unter der Bevölkerung des Kreises

242 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 1.12.1989. Die übrigen Mitglieder sind in der LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 6.12.1989 genannt.

243 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 5.1.1990.

244 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 29.11.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

Oschatz dominiere die Meinung, einige Funktionäre hätten unter der Fahne der SED in einem angeblichen Arbeiter-und-Bauern-Staat wie Kapitalisten gelebt. Auch die Glaubwürdigkeit von Egon Krenz werde in Zweifel gezogen, da auch er in Wandlitz wohnte. In der Bevölkerung würden große Erwartungen in die Volkskammersitzung am 1. Dezember gesetzt, von der eine schonungslose Aufdeckung und Rechenschaftslegung erwartet werde. Viele Kommunisten schämten sich, Mitglieder der SED zu sein. Der Vorstand der LPG Dahlen habe bereits beschlossen, dass die SED nichts mehr an der Wandzeitung zu suchen habe. Immer mehr Bürger würden offen für die Wiedervereinigung Deutschlands eintreten, da dies die beste Lösung sei, um vor allem die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Die Parteiaustritte dauerten an.²⁴⁵ Auch bei der Volkspolizei Oschatz traten die ersten Mitglieder aus der Partei aus, so Hauptmann Werner Schneider bei einer Beratung am 1. Dezember. Auch andere Leiter wiesen darauf hin, dass die SED-Mitglieder sich gegen die SED aussprechen würden. Offensichtlich spielten hierbei Überlegungen über die künftige Rolle der Polizei eine Rolle, in der diese sich nicht mehr als Organ einer kommunistischen Partei würde definieren können. Zu dieser Frage gingen die Auffassungen auseinander. Während zum Beispiel Hauptmann Schwarz von der VPGP Dahlen erklärte, Parteiaustritte stünden für ihn „nicht zur Debatte“, wies der Hauptmann Dieter Noatzsch vom Volkspolizeikreisamt darauf hin, dass die Volkspolizei künftig einen Verfassungs- und keinen Klassenauftrag mehr habe.²⁴⁶ Hintergrund der Debatten war die rapide sinkende Akzeptanz der Volkspolizei. Dies war zum einen darauf zurückzuführen, dass inzwischen bekannt geworden war, dass sie sich an den Knüppelaktionen Anfang Oktober beteiligt hatte, zum anderen wurde inzwischen ihre von Schmidt gegen den Widerstand etlicher Untergebener aufrecht-erhaltene kommunistische Ausrichtung angegriffen.

Parallel zu den Veränderungen in der SED-Führung in Berlin verabschiedete die SED-Kreisorganisation, wo bis zum 1. Dezember 879 Mitglieder ausgetreten waren,²⁴⁷ am 2. Dezember auf einer Kreisdelegiertenkonferenz „Oschatzer Grundsätze für eine erneuerte SED“.²⁴⁸ Darin hieß es, auch im Kreis Oschatz erlebten die Menschen Wochen von historischer Bedeutung. Das Volk habe getan, was Marx, Engels und Lenin als höchsten Akt der Souveränität verstanden hätten, es habe seine Geschicke in die eigenen Hände genommen. Auch die Oschatzer Kreisparteiorganisation befinde sich in einem Prozess tiefgreifender Erneuerung, an dessen Ende eine Partei stehen werde, die „kein Verkünder ewiger Wahrheiten“ mehr sein könne, über keine Kommandostrukturen von oben nach unten und keine Ausführungsstruk-

245 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 1.12.1989 (ebd.).

246 VPKA Oschatz, Protokoll zur Beratung am 1.12.1989 mit den Leitern DZ/VPGP (SächsStAL, VPKA Oschatz, 4806).

247 Referat des 1. Sekretärs der SED-KL Oschatz, Karl-Heinz Becker, zur Kreisdelegiertenkonferenz am 2.12.1989 (SächsStAL, SED, F-10/001).

248 Unsere Oschatzer Grundsätze. Diskussionsbeitrag der SED-Kreisleitung vor der Kreisdelegiertenkonferenz (SächsStAL, SED IV F-4/10/007).

turen von unten nach oben mehr verfügen werde, keine Privilegien und keine Geheimniskrämerei mehr dulden werde und keine „anmaßenden Selbsterhebungsansprüche über andere“ mehr wolle. Die derzeitige Situation sei eingetreten, weil die SED „selbtherrlich, erfolgsberauscht und unkritisch geführt“ habe. Dass dies noch immer keine Abkehr vom Sozialismus bedeutete, machte der neue 1. Sekretär, Karl-Heinz Becker, in seinem Hauptreferat klar, in dem er erklärte, die von der SED gelenkten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ hätten als Schutzorgan für die Volkswirtschaft auch in der künftigen, erneuerten sozialistischen Gesellschaft ihren festen Platz. Die Situation verlange von jedem SED-Mitglied „Stehvermögen und revolutionären Optimismus“, um „den Sozialismus zu bewahren“. Es gehe „um nichts Geringeres als um die Zukunft unseres Landes als sozialistischen Staat im Herzen Europas“. Dabei müssten allerdings künftig „Vorbehalte gegenüber anderen Meinungen und Auffassungen zum Sozialismus“ durch die SED „restlos abgelegt“ werden. Mit dieser Eingrenzung sprach er sich klar gegen eine Tolerierung politischer Kräfte aus, deren Ziel die Ersetzung jeglicher Spielarten des Sozialismus durch eine freiheitlich-demokratische Grundordnung war. In diesem Sinne wurde sogar eine „Rückkehr zum Geist der Liebknecht/Luxemburg-Partei oder der KPdSU, wie sie es bis Ende der 20er Jahre war“, gefordert²⁴⁹ und damit eine Zeit beschworen, in der die KPD im mitteldeutschen Aufstand militärisch gegen die Demokratie der Weimarer Zeit gekämpft und die KPdSU unter Führung Lenins tausende politische Gegner ermordet hatte. Die 239 Delegierten aus allen Teilen des Kreises wählten in geheimer Abstimmung ihre Vertreter für den bevorstehenden Sonderpartei-tag der SED in Berlin. Alle Sekretariatsmitglieder mussten sich der Vertrauensfrage stellen. Einstimmig wurden Karl-Heinz Becker, Bernd Kröbe und Gisela Hendrich bestätigt, mehrheitlich Fritsch Laasch, Reinhard Mende und Margot Schoenfeld.²⁵⁰ Becker kündigte an, am 4. Dezember werde man sich auch in Oschatz an einem Runden Tisch treffen.²⁵¹ Dafür, dass sich die sozialistischen Ziele der SED nicht erfüllten, sorgte die revoltierende Bevölkerung, die der SED jedes noch so kleine Abrücken von ihrem Machtanspruch abtrotzen musste. Nur unter dem Druck der revolutionären Ereignisse und in nachholender Umsetzung von Vorgaben aus der SED-Führung, daran lässt die Entwicklung im Kreis Oschatz keinen Zweifel, trennte sich die SED von ihrer diktatorischen Macht.

Die teilweise kriminellen Methoden der SED-Führung bei ihrer Machtsicherung brachte Anfang Dezember die Aufdeckung der Waffengeschäfte der SED-Führung unter Verantwortung des führenden DDR-Devisenbeschaffers

249 Referat des 1. Sekretärs der SED-KL Oschatz, Karl-Heinz Becker, zur Kreisdelegiertenkonferenz am 2. 12. 1989 (ebd. 001). Vgl. FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 2. 12. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

250 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 5. 12. 1989.

251 Referat des 1. Sekretärs der SED-KL Oschatz, Karl-Heinz Becker, zur Kreisdelegiertenkonferenz am 2. 12. 1989 (SächsStAL, SED, F-10/001).

und MfS-Mitarbeiters Alexander Schalck-Golodkowski ans Tageslicht. Am 4. Dezember informierte die SED-Kreisleitung Oschatz darüber, die Bevölkerung werde durch die Veröffentlichungen über die Praktiken Schalck-Golodkowskis stark bewegt. Ebenso nehme die Bevölkerung mit Empörung die Informationen zur Entlarvung eines geheimen Waffenlagers in der Nähe von Rostock auf. Die Bevölkerung sei entsetzt darüber, dass in der DDR Waffenhandel betrieben worden sei, um mit den so erlangten Devisen „krumme Geschäfte“ der leitenden Funktionäre zu finanzieren. Es bedrücke die SED-Mitglieder des Kreises Oschatz, dass es wiederum Bürgergruppen waren, die dies aufdeckten und nicht die SED. Durch diese Enthüllungen habe die Zahl der Parteiaustritte deutlich zugenommen. Zum Teil träten die gesamten Leitungen von Grundorganisationen gleich mit aus. Zahlreiche SED-Mitglieder im Kreise erwarteten, dass das gesamte Zentralkomitee samt seinem Politbüro zurücktrete. Der Zerfall der Partei sei nicht mehr aufzuhalten. Viele Bürger bedauerten, dass in der DDR die Todesstrafe abgeschafft worden sei.²⁵²

4.7 Auflösung der Kreisdienststelle des MfS

Im Dezember fanden im Oschatzer Kino zwei Versammlungen statt, die sich mit der Rolle des MfS befassten und nicht von der Kirche verantwortet oder moderiert wurden. Das hing mit dem angekündigten Rückzug der Kirche aus der Politik zusammen, der zum einen wegen der bevorstehenden Advents- und Weihnachtszeit unumgänglich schien, zum anderen auf der Meinung Kupkes basierte, dass künftig die politischen Kräfte des Kreises die Organisation der Bürgerforen in die Hände nehmen sollten. Die erste Versammlung am 4. Dezember wurde, wie beim letzten Friedensgebet angekündigt, von der LDPD organisiert und von Werner Plath moderiert. Das Kino war fast vollständig besetzt. Wie zuvor in der St. Aegidienkirche brachte die Bevölkerung des Kreises ihren Frust und ihre Verbitterung in etwa dreißig Gesprächsbeiträgen zum Ausdruck. Die meisten Redner forderten, Korruption und Machtmissbrauch schonungslos offen zu legen, die Kampfgruppen und das in AfNS umbenannte MfS aufzulösen, geheime und freie Wahlen durchzuführen und die Betriebsparteiorganisationen der SED zu beseitigen. Immer wieder wurde die Diskussion von Wutausbrüchen einzelner Redner begleitet. Der Moderator von der LDPD sah sich veranlasst, immer wieder zur Sachlichkeit aufzurufen. Mehr als zuvor stand die SED im Kreuzfeuer der Kritik. Die Bürger forderten Rechenschaft von den ehemals leitenden SED-Sekretären der Kreisleitung, Buschmann, Färber, Hurt und Fleck. Als Buschmanns Nachfolger im Amt des 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Karl-Heinz Herr Becker, ankündigte, eine Arbeitsgruppe werde Korruption und Machtmissbrauch untersuchen, wurde unter Protesten erwidert, man wisse

252 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 4.12.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

schon, was dabei herauskomme, immerhin sei der Staatsanwalt ja selbst SED-Mitglied. Als Becker erwiderte, die SED-Parteidisziplin gehe nicht so weit, kriminelle Delikte zu decken, kam es angesichts der bisherigen Praxis seiner Partei und des MfS im Saal zu lautstarken Protesten und zu Tumulten. Dirk Heinrich vom Neuen Forum empfahl, noch am selben Abend das Gebäude der Kreisdienststelle des MfS zu besichtigen. Da der Kreisstaatsanwalt nicht erreichbar war, wurde vereinbart, dass sich Vertreter der Parteien am nächsten Morgen um 8.00 Uhr vor dem Kreisgericht treffen sollten. Eine Mahnwache stand zu diesem Zeitpunkt bereits vor dem Gebäude der Staatssicherheit. Sie beendete nach Auskunft von Dirk Heinrich und Olaf Hiemann vom Neuen Forum Oschatz ihre Tätigkeit gegen 20.30 Uhr und hatte am Gebäude Plakate angebracht, auf denen es hieß: „Wann zieht die Stasi endlich aus – die Rentner brauchen dieses Haus! Wir helfen gern beim Ausräumen. Neues Forum“ und „Da wo noch Stasi-Leute sind fordern Christen ein Haus für Mutter und Kind!“ Während der Nacht stellte das Volkspolizeikreisamt „zur Überwachung KDfS wegen Personen- und Kfz-Bewegung bis 5.12.89 gg. 08 Uhr“ Posten auf.²⁵³ Dieser Hinweis deutet darauf hin, dass die Mitarbeiter der Kreisdienststelle die Nacht vor der angekündigten Begehung und nach dem Ende der Mahnwache nutzten, um mit Billigung der Volkspolizei Unterlagen aus dem Gebäude abzutransportieren.

Über die Begehung des Gebäudes am 5. Dezember fertigte der Oschatzer Pfarrer, Berthold Zehme, ein Protokoll an.²⁵⁴ Auch die Oschatzer Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung“ berichtete am 8. Dezember darüber. Demnach begrüßte der stellvertretende Leiter der Dienststelle, Dieter Ullrich, die Bürgergruppe am Eingang. An der Begehung der Kreisdienststelle waren neben Vertretern der Parteien (außer NDPD), Kreisstaatsanwalt Jörg Winkler, Vertreter des Neuen Forums und der „Leipziger Volkszeitung“ sowie Pfarrer Berthold Zehme beteiligt. Im Konferenzraum des Hauses erkundigte sich ein Staatsanwalt, ob Siegellack vorhanden sei. Das war der Fall. Ullrich erklärte, das Haus habe unterschiedliche Räume, die sogenannten „sensiblen“ Räume dürften nicht betreten werden. Nach Intervention Zehmes und telefonischer Rücksprache mit seinen Vorgesetzten gab Ullrich die Erlaubnis zur Besichtigung. Er erklärte, das MfS befinde sich im Umbruch, verschiedene Akten, die sich erübrigt hätten, seien schon im Reißwolf vernichtet worden. Dies sei ein normaler Vorgang, den man schon immer praktiziere. Man habe „alles vernichtet, was unter heutigen Gesichtspunkten nicht mehr unter Staatsfeindlichkeit zu verstehen“ sei. Damit war klar, dass alle belastenden Unterlagen über die Observierung von „Staatsfeinden“ bis in den Herbst 1989 bereits vernichtet worden waren. Einem den Autoren namentlich bekannten Zeitzeugen erzählte 1995 ein ehemaliger MfS-Mitarbeiter, dass alle brisanten Unterlagen im November vernichtet worden seien. MfS-Mitarbeiter hätten sich

253 VPKA Oschatz, Lagefilm 1989 4.-5.12.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

254 Protokoll von Berthold Zehme über die Begehung der Kreisdienststelle des MfS am 5.12.1989 (HAIT, Martin Kupke).

Uniformen der sowjetischen Streitkräfte besorgt, seien in dieser Verkleidung in die sowjetische Kaserne am Dresdner Berg gefahren und hätten in der dortigen Heizungsanlage die Unterlagen verbrannt. Durch die Gasheizung im eigenen MfS-Gebäude sei dies dort nicht möglich gewesen. Im Verlauf des Gesprächs am 5. Dezember wurde unter anderem gefragt, nach welchen Kriterien die Inoffiziellen Mitarbeiter ausgesucht worden seien. Ullrich erklärte, es handele sich um „patriotische Kräfte“, deren Mitarbeit freiwillig und unentgeltlich gewesen sei. Die hauptamtlichen Mitarbeiter, die etwa wie Ingenieure verdient hätten, seien bei ihrer Arbeit von „Kundschaftern“ unterstützt worden. Gemeinsam habe man gegen Nationalismus, Rassismus und Sabotage gekämpft und auf der Basis von Befehl und Gehorsam gearbeitet, etwa wie bei der Armee. Daher sei über die Befehle auch nicht weiter nachgedacht worden. Die jetzige Situation sei für die Mitarbeiter belastend, sie sähen sich sogar Morddrohungen ausgesetzt. Eigentlich hätten sie geglaubt, ihr Verhältnis zur Bevölkerung sei gut, jetzt aber würde man sie und ihre Frauen beschimpfen und ausgrenzen. Die ehemaligen Mitarbeiter fänden keine Arbeit mehr, in den Betrieben würden sie die neuen Arbeitskollegen nicht annehmen. Das sei psychische Gewalt, die sie nicht verdient hätten. Auf die Anfrage, wie die Mitarbeiter des MfS die politische Lage heute beurteilten, entgegnete Ullrich, hätte man doch nur auf die Kritiker gehört. Sie hätten falsche Weisungen bekommen. So sei ihnen erklärt worden, dass eine Konterrevolution stattfinde. Das habe ihr Verhalten bedingt. Die Besucher wollten wissen, weshalb die Mitarbeiter der Kreisdienststelle nicht zur Diskussion mit der Bevölkerung in die Kirche gekommen seien. Ullrich entgegnete, sie hätten Superintendent Kupke mitteilen lassen, sie kämen an jeden Ort, aber nicht in die Kirche. Auf die Frage, ob die MfS-Mitarbeiter für den Schutz des Volkes oder für den Schutz der Staatsvertreter da gewesen seien, entgegnete Ullrich unklar, sie hätten Material geliefert, um Licht ins Dunkle zu bringen. Dann kamen Fragen zur Überwachung der Telefone. Ullrich leugnete, dass es solch eine Überwachung je gegeben habe, und der Staatsanwalt fügte hinzu, auch er habe so etwas nie angeordnet. Auf die Frage nach der Größe der Dienststelle sprach Ullrich von 34 Mitarbeitern, die sich nun alle um einen anderen Arbeitsplatz bemühen müssten. Im Hause gebe es 16 Zimmer mit drei sensiblen Räumen. In der versiegelten Waffenkammer befänden sich Maschinenpistolen, Munition, Pistolen, eine Panzerbüchse, Gewehre, Optik und Schutzanzüge. Jeder Mitarbeiter habe eine Waffe gehabt. Alles werde nun nach Berlin transportiert. Das Gespräch und die Besichtigung des Objektes endeten gegen 11.15 Uhr.²⁵⁵ Da die Beteiligten nach dem Ende des Besuches unzufrieden über das Ergebnis waren, rief die Lokalredaktion der „Leipziger Volkszeitung“ deswegen auf Empfehlung von Pfarrer Zehme und mit Einverständnis des Kreisstaatsanwaltes nochmals kurzfristig alle Abgesandten zusammen, was bis auf die Vertreter der CDU und des Neuen

255 Protokoll von Berthold Zehme über die Begehung der Kreisdienststelle des MfS am 5.12.1989 (ebd.).

Forums auch gelang. Sie begaben sich erneut in das Kreisamt für Nationale Sicherheit, wo der Staatsanwalt des Kreises im Beisein der Mitarbeiter gegen 14.00 Uhr auch all jene Tresore und Schränke versiegelte, in die vorher kein Einblick genommen werden durfte. Der Kreisstaatsanwalt erklärte, dass die geschlossenen Tresore nur durch den Militärstaatsanwalt geöffnet werden dürften. Ullrich erklärte daraufhin, dass den Mitarbeitern damit sämtliche Arbeitsgrundlagen entzogen seien, und informierte das Bezirksamt Leipzig für Nationale Sicherheit über die Arbeitsunfähigkeit.²⁵⁶ In der Nacht zum 6. Dezember übernahmen erneut ein Offizier und ein Wachtmeister der Volkspolizei die Sicherung der Dienststelle des AfNS.²⁵⁷ Aus Sicht des Bürgerkomitees sollten sie verhindern, dass Dokumente weggeschafft oder vernichtet würden. Der VP-Bericht über die Nacht zuvor zeigt jedoch, dass die Volkspolizei dieser Aufgabe offenbar nicht nachkam, sondern den Abtransport von Unterlagen deckte. Angesichts dieser Haltung der Volkspolizei hatte die Modrow-Regierung Anlass zur Befürchtung, dass bei Bekanntwerden solch kommunistischer Solidarität die Protestaktionen auch auf die Volkspolizeikreisämter übergreifen könnten. Daher wies der Minister für innere Angelegenheiten an, „ab sofort auf Grund der politischen Lage die Dienststellen verstärkt zu sichern“, den diensthabenden Offizier „mit einem Genossen zu verstärken“ und die Bildung einer Führungsgruppe vorzubereiten.²⁵⁸ Am 6. Dezember versuchte sich das „Kollektiv“ des Kreisamtes für Nationale Sicherheit in der „Leipziger Volkszeitung“ für die bisherige Tätigkeit zu rechtfertigen. Man fühle sich ungerechtfertigt angegriffen, denn die Existenz eines Geheimdienstes sei wichtig. Während die Mitarbeiter noch damit beschäftigt waren, ihre Unterlagen über die Observierung und Unterdrückung renitenter Bürger zu vernichten, erklärte man hier, für Offenlegung und Transparenz einzutreten.²⁵⁹

Am 6. Dezember meldete die SED-Kreisleitung Oschatz, viele Mitglieder sähen „für den Fortbestand der SED keine Perspektive“ mehr.²⁶⁰ Bei vielen Bürgern, so einen Tag später, gebe es Zweifel hinsichtlich der weiteren Perspektive der DDR.²⁶¹ Der Rat der Stadt Oschatz distanzierte sich in einem Aufruf von den „verbrecherischen Machenschaften der SED-Führung“ und lud zum Zweck der Vertrauensbildung zu einer öffentlichen Tagung der Stadtverordnetenversammlung ein. SED-Bürgermeister Hetmank forderte die Bewohner zum Einbringen von Vorschlägen auf und versprach, die Anliegen ernst zu nehmen.²⁶² In der Gemeinde Ablass beteiligten sich siebzig Einwohner, Pfarrer Ulrich Korbel und Bürgermeister Volkmar Winkler an

256 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 8.12.1989.

257 Vgl. ebd. vom 7.12.1989.

258 VPKA Oschatz, Lagefilm 1989 3.–4.12.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

259 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 6.12.1989.

260 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 6.12.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

261 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 8.12.1989 (ebd.).

262 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 8.12.1989.

einem Bürgerforum.²⁶³ Am 11. Dezember, nach Beginn des SED-Sonderparteitages,²⁶⁴ meldete die Kreisleitung ein nur mäßiges Interesse der Bewohner des Kreises. Es dominiere die Auffassung, die SED habe die Bevölkerung an den Abgrund geführt, nun werde die SED durch das Volk gestürzt. Viele meinten, der SED sollte nach alledem keinen Augenblick mehr getraut werden. Viele SED-Mitglieder seien empört darüber, dass der Name der Partei geändert werde. Von Etikettenschwindel sei die Rede. Die Bevölkerung frage nach der Perspektive des Sozialismus. Der Wille eines Volkes könne nicht ewig durch die Diktatur einer Partei unterdrückt werden.²⁶⁵

Die Krise der SED nutzten die Blockparteien zur weiteren eigenen Demokratisierung und programmatischen Profilierung. Nach der CDU erklärte auch die NDPD auf einer erweiterten Kreisvorstandssitzung ihren Austritt aus dem Demokratischen Block und der Nationalen Front des Kreises. Gleichzeitig wurde dem bisherigen Sekretariat das Vertrauen ausgesprochen. Die NDPD, 1948 von der sowjetischen Besatzungsmacht zur Schwächung von CDU und LDP ins Leben gerufen, forderte nun die Auflösung der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die Beseitigung der SED-Parteigruppen in den Betrieben, die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben und „aus nationaler und demokratischer Verantwortung eine Konföderation beider deutscher Staaten mit dem Ziel der Vereinigung in den heute bestehenden Grenzen in einem vereinten Europa“.²⁶⁶

Am Vormittag des 10. Dezember um 10.15 Uhr teilte die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei allen Leitern der Volkspolizeikreisämter des Bezirkes Leipzig mit, dass die Kreisämter für Nationale Sicherheit bis zum 12. Dezember aufgelöst würden. Dazu erfolge derzeit eine Einweisung der Leiter der Kreisämter im Bezirksamt. Alle damit im Zusammenhang durchzuführenden Maßnahmen seien zwischen den Leitern beider Dienststellen abzusprechen. Unter anderem sollten die Waffen und andere Technik in den Volkspolizeikreisämtern eingelagert und Aktenmaterial von den Kreisämtern in das Bezirksamt für Nationale Sicherheit umgelagert werden. Die notwendigen Transporte sollten durch die Volkspolizei abgesichert und dabei darauf orientiert werden, sie bis zum 11. Dezember um 16.00 Uhr, also vor Beginn der nächsten Montagsdemonstration, abzuschließen. Es sei „in allen Fällen die notwendige Unterstützung zu geben“. Daraufhin bot der Leiter des Volkspolizeikreisamtes Oschatz, Schmidt, in Abstimmung mit dem amtierenden Leiter des Kreisamtes für Nationale Sicherheit, Ullrich, Dirk Heinrich vom Bürgerkomitee am Abend des 10. Dezember eine Sicherheitspartnerschaft an. Dieser, so der VP-Lagefilm, „war erstaunt, dass VP erst jetzt beginnt, das hat das Forum schon gestern gewollt, gemeinsame Sicherung, er

263 Vgl. ebd. vom 14.12.1989.

264 Vgl. Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS.

265 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 11.12.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

266 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 9./10.12.1989.

war erboast und nimmt zur Kenntnis und wird Vorschlag weiterleiten“. Schmidt legte daraufhin fest, einen Offizier und einen Wachtmeister von 7.00 bis 19.00 Uhr gegen Verpflegung und Bezahlung durch das AfNS abzukommandieren. Ihre Aufgabe bestand in der „Sicherung der Dienststelle AfNS mit Unterstützung Angehöriger der DS“. Sie hatten dafür zu sorgen, dass keine Materialien oder Dokumente weggebracht oder vernichtet werden. Dazu sollten sie vor allem den Ein- und Auslass von Kfz und Mitarbeitern des Kreisamtes auf mitgeführte Materialien oder Dokumente kontrollieren bzw. eine Vernichtung verhindern. Ausdrücklich legte Schmidt fest, dass die Teilnahme von Vertretern gesellschaftlicher Gruppen wie dem Neuen Forum an der Sicherung in Form einer Sicherheitspartnerschaft „nur nach Bestätigung des Leiters VPKA möglich“ sei.²⁶⁷

Am Vormittag des 11. Dezember transportierte nach Information von Johannes Rudolph ein Kleinbus der Marke „Barkas“ die verbliebenen Unterlagen der Kreisdienststelle in das Bezirksamt für Nationale Sicherheit in Leipzig, vom Volksmund wegen seiner Lage „Runde Ecke“ genannt. Vom Leipziger Bürgerkomitee war Pfarrer Zehme für die Aktion kurzfristig autorisiert worden. Unter Aufsicht der Vertreter der Parteien, des Neuen Forums, eines Parteilosen und eines Vertreters der „Leipziger Volkszeitung“ brach Kreisstaatsanwalt Jörg Winkler vor dem Transport die Siegel. Sämtliches Schriftgut, einschließlich geheimer Unterlagen, wurde in vorgesehene Behältnisse gepackt, insgesamt ergab dies 23 Säcke und sieben Koffer.²⁶⁸ Im Barkas fuhr Johannes Rudolph aus Laas, Gabi Liebegall von der „Leipziger Volkszeitung“ und als Fahrer der VP-Angehörige Gunter Schilling. Einige Mitarbeiter des KAfNS begleiteten den Transport mit einem Pkw nach Leipzig. Hier übernahm ein Militärstaatsanwalt das gesamte Material. Heute befinden sich in Leipzig 31 laufende Meter Akten aus Oschatz. Es handelt sich vor allem um Ausreiseanträge und die Urlaubskartei der Mitarbeiter. Am 12. Dezember erfolgte die Auslagerung der Waffen und Munition im Beisein delegierter Bürger. Die Nachrichtentechnik wurde sichergestellt.²⁶⁹ Am 14. Dezember um 14.00 Uhr wurde das Objekt des Amtes für Nationale Sicherheit durch den amtierenden Leiter, Dieter Ullrich, an den Vertreter des Rates des Kreises Oschatz, Heinz Keller, übergeben. Mit Wirkung dieses Tages ging auch die Rechtsträgerschaft auf den Rat des Kreises über.²⁷⁰ Die durchgehenden Sicherungsmaßnahmen durch Angehörige der Volkspolizei wurden aufgehoben. Lediglich im Rahmen der operativen Streifentätigkeit führte die Volkspolizei Stichkontrollen zur äußeren Sicherheit dieses Objektes durch.²⁷¹ Die ehemalige Kreisdienststelle des MfS in Oschatz blieb nun geschlossen. Am 13. Dezember informierte die SED-Kreisleitung Oschatz darüber, in der SED

267 VPKA Oschatz, Lagefilm 1989 10.-11.12.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

268 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 13.12.1989.

269 Vgl. ebd. vom 14.12.1989.

270 Vgl. ebd. vom 15.12.1989.

271 VPKA Oschatz, Lagefilm 1989 14.-15.12.1989 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4760).

werde mit Angst zur Kenntnis genommen, dass die Ämter für Nationale Sicherheit aufgelöst, die Kampfgruppen entwaffnet, die Handlungsfähigkeit der NVA und der Grenztruppen eingeschränkt seien. Das beunruhigte vor allem ältere Genossen. Viele Parteimitglieder äußerten ihre „tiefe Sorge und Angst“ vor den immer lauter werdenden Forderungen nach einer Wiedervereinigung Deutschlands.²⁷² Am nächsten Tage wurde über die Auflösung von Grundorganisationen als Folge von Parteiaustritten in folgenden Einrichtungen und Betrieben berichtet: Energieversorgung, Sägewerk Dahlen, Holzverarbeitung, Maschinenfabrik, LPG (T) Wellerswalde, Funkstelle Collm, Gaststätte Reudnitz, Elektrobau, PGH Kfz, PGH Taschuba, Heinrich-Rau-Oberschule Mügeln, Sonderschule Wiederoda, Rat der Gemeinde Wermisdorf und Pflegeheim Gaudlitz.²⁷³ Statt für die SED als Gestalter einer neuen Zukunft sprachen sich immer mehr Werktätige in den Industriebetrieben des Kreises für eine Vereinigung beider deutscher Staaten aus, von der man sich, so die Kreisleitung, eine rasche Lösung der wirtschaftlichen Probleme erhoffte.²⁷⁴ Parallel zur zweiten Sitzungshälfte des Außerordentlichen Parteitages der SED ging im Kreis Oschatz die Diskussion über den neuen Namen der Partei weiter. Die meisten SED-Mitglieder begrüßten es, dass eine Entscheidung noch nicht getroffen worden sei, teilte die SED-Kreisleitung Oschatz am 17. Dezember mit. Erwartet werde an der Basis auch eine neue Verständigung über den Sozialismusbegriff.²⁷⁵

Nach der Schließung der Kreisdienststelle ging das Gespräch über die Rolle des MfS und seiner Mitarbeiter in der Oschatzer Öffentlichkeit weiter. Da die Bevölkerung auch nach Formen der Vernetzung von Volkspolizei und MfS fragte, hatte es der Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Schmidt, schon Mitte Dezember für opportun gehalten, die Vorsitzenden aller Parteien, Pfarrer Zehme sowie einen Vertreter des Neuen Forums zum 19. Dezember zu einem Gespräch in das Volkspolizeikreisamt einzuladen und mit diesen „einige Diensträume“ zu besichtigen.²⁷⁶ Dabei kam es Schmidt entgegen, dass sich im Kreis wie in der gesamten DDR der Zorn der Bevölkerung auf das MfS fokussierte, man in der Volkspolizei hingegen eine Institution sah, die auch unter veränderten Bedingungen weiter benötigt würde. Das sicherte Schmidt und anderen VP-Mitarbeitern im Gegensatz zu engen Genossen vom MfS eine berufliche Zukunft unter den veränderten Bedingungen. Schmidt blieb in seinem Amt und ist trotz seines aktiven Eintretens für den Erhalt der kommunistischen Diktatur heute Polizeirat und Leiter des Führungsstabes bei der Polizeidirektion Grimma.

272 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 13.12.1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

273 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 14.12.1989 (ebd.).

274 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 15.12.1989 (ebd.).

275 FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 17.12.1989 (ebd.).

276 VPKA Oschatz, Protokoll zur Sonderdienstberatung am 15.12.1989 [handschr.] (SächsStAL, VPKA Oschatz 4806).

Dass das Mitte Dezember vorbereitete Gespräch am 19. Dezember ein kluger Schachzug Schmidts gewesen war, machte die am 18. Dezember stattfindende Versammlung im Kino deutlich, bei der es um die Rolle des MfS ging und die diesmal von der CDU geleitet wurde und vorbereitet worden war.²⁷⁷ Zwar waren mehrere Mitarbeiter der Staatssicherheit zum Gespräch eingeladen worden, es erschien aber nur der bisherige Leiter der Kreisdienststelle, Helmut Müller. Auf diesen richtete sich nun die angestaute Wut der Bevölkerung. Nachdem eine schonungslose Offenheit bei der Aufklärung der Tätigkeit des MfS und die Zerschlagung des gesamten Apparats gefordert wurde, berichtete Müller zunächst über seine Biografie, um dann auf die Schuldfrage aus seiner Sicht einzugehen. Wie in der SED üblich, schob er die Verantwortung auf die SED-Führung und erklärte, er schäme sich für deren Verbrechen, was bei den Zuhörern wütende Zwischenrufe provozierte. Es war erkennbar, dass Müller die Beantwortung konkreter Fragen zu umgehen versuchte oder einfach die Unwahrheit sagte. Er wiederholte seine Behauptung, in Oschatz habe es keine Telefon- und Postüberwachung gegeben. Auf die Frage nach der Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS verweigerte er mit Hinweis auf seinen Fahneneid jede Aussage und erklärte, es käme zum Bürgerkrieg, wenn solche Geheimnisse publik würden. Wie aufgeheizt die Stimmung war, zeigte sich, als aus dem Publikum Rufe kamen, die Praktiken des MfS seien die gleichen wie die der Nazis, die Staatssicherheit sei faschistisch und SED-gesteuert. Letzteres dementierte Müller mit dem Hinweis, die SED-Kreisleitung sei für sie nicht weisungsberechtigt gewesen. Aus dem Publikum wurde nun gefordert, die Namen von „Dunkelmännern“ zu nennen, was Müller mit der Begründung ablehnte, dies stünde unter Strafe. Pfarrer Jürgen Schneider aus Börln kritisierte, dass der bisherige Leiter der Kreisdienststelle sich weigere, Stellung zu dem moralischen Schaden zu nehmen, den das MfS angerichtet habe. Müller verteidigte sich mit dem Hinweis, ein Leiter könne auch menschlich verfahren, er sei seinen Pflichten immer nachgekommen. Unter seiner Leitung habe es in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren keine Repressionen gegeben, er habe „Andersdenkende“ nicht gemaßregelt, sondern lediglich seinem Staat vertrauensvoll gedient. Diese Darstellung empfanden die meisten Anwesenden als Zumutung. Ein Teilnehmer rief daraufhin zornig: „Die Stasi war ein Angstapparat, sie war überall.“ Wieder verteidigte sich Müller mit der Gegenfrage: „Ich weiß nicht, woher Ihre Erkenntnisse stammen.“ Nun wurde gefordert, Müller sollte zur Strafe im – wenig komfortablen – Altersheim Börln untergebracht werden. Völlig unerwartet stellte sich ein Herr Schumann als ehemaliger Mitarbeiter des MfS in Leipzig vor und berichtete, dies sei für ihn eine schlimme Zeit gewesen. Er habe wegen des guten Einkommens beim MfS gearbeitet und als Unterfeldwebel dafür 1.300,- Mark brutto monatlich erhalten, außerdem Schichtzuschläge sowie Kleidungs- und Wohnungsgeld. Er sei mit dem,

277 Protokoll des Bürgerforums im Oschatzer Kino am 18.12.1989 (HAIT, Martin Kupke).

was er tun musste, nicht einverstanden gewesen. Bei seiner Entlassung habe er unterschreiben müssen, nichts über seine Tätigkeit zu berichten. Diesem offenen Bericht zollte Olaf Hiemann seinen Respekt, wogegen Helmut Müller seine Hände in Unschuld wasche. Müller erklärte nun, er sei nicht mehr bereit, sich auf diese Weise der Öffentlichkeit zu stellen. Statt dessen bot er dem Superintendenten später telefonisch eine Gesprächsmöglichkeit im kleinen Kreis an. Von Seiten der „Leipziger Volkszeitung“ stieß das Bürgerforum in Oschatz auf Kritik. Der Leiter der Oschatzer Lokalredaktion, Manfred Bajewsky, erklärte, die montäglichen Bürgerforen seien „nicht unbedingt ein Beitrag für die Zukunft der Stadt“. Mit Blick auf den Mügeln Runden Tisch empfahl er, auch in Oschatz einen Runden Tisch zu bilden. Hier könne wirklich konstruktive Arbeit geleistet werden.²⁷⁸ In Mügeln war am 12. Dezember erstmalig zu einem Runden Tisch eingeladen worden.²⁷⁹ Auslöser dafür war hier eine schlecht besuchte Stadtverordnetenversammlung am 7. Dezember und der nicht mehr arbeitsfähige Stadtausschuss der Nationalen Front sowie des Demokratischen Blocks gewesen. Der Runde Tisch der Stadt trat erstmals am 18. Dezember zusammen. Initiatoren der Runde waren der Vorsitzende der NDPD in Mügeln, Siegfried Schönherr, der SED-Bürgermeister von Mügeln, Bernd Brink, und das Mitglied des evangelischen Kirchenvorstandes, NDPD-Mitglied Ullrich Bürger. Am Gespräch beteiligten sich dreißig Einwohner. Bei der ersten Sitzung ging es vor allem um Verfahrensfragen und eine Einbeziehung der Bürgerinitiativen, insbesondere der „Antennengemeinschaft“ als der größten Initiative Mügeln. Daneben kam es zu einem Gedankenaustausch über die Rolle des Gremiums in der Wahlvorbereitung. Es wurde festgelegt, dass beim nächsten Runden Tisch am 8. Januar nur zwei Vertreter jeder Partei und Organisation teilnehmen sollten.²⁸⁰ Am 22. Dezember veröffentlichte die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel Kupkes, in dem dieser sich mit der nun auch im Kreis breit diskutierten Frage der deutschen Einheit auseinandersetzte. Der Superintendent, der schon bisher meinungsbildend gewirkt hatte, erklärte, zur Einheit Deutschlands gebe es keine Alternative. Die DDR sei unter den vorhandenen Bedingungen nicht lebensfähig. Das deutsche Schiff behalte seine Schlagseite, die östliche Ladung rutsche auch weiterhin auf die westliche Seite rüber. Dieses Problem sei nur durch die Einheit zu lösen. Doch sollte diese nicht zu früh und nicht zu spät kommen. Es sei nicht gut, wenn der Osten vom Westen einfach als Konkursmasse übernommen werde. Dies würde das Selbstgefühl der Menschen in der DDR verletzen und hätte auch auf die Zukunft des gemeinsamen deutschen Staates negative Auswirkungen. Bei einer Vereinigung der beiden deutschen Teile müsste der Osten auch etwas Positives einzubringen haben. Dieses gelte es in der nächsten Zeit herauszufiltern. Auch sollte man

278 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 28.12.1989.

279 Vgl. ebd. vom 13.12.1989.

280 Vgl. ebd. vom 22.12.1989.

sich zunächst darüber verständigen, was die Menschen im Osten wollten und was nicht. Er sei der Meinung, der künftige deutsche Staat sollte zuerst ein Rechts- und Sozialstaat sein, in dem es vor allem Sicherheit für die Schwachen gebe. Beim Wirtschaftsaufbau gelte es, darauf zu achten, dass ein Gleichgewicht zwischen Ökologie und Ökonomie entstehe. Militärisch müsse bis zu einem Minimum abgerüstet werden. Beide deutsche Staaten müssten ihre Militärblöcke verlassen, sie würden damit den Weg für ein freies und entmilitarisertes Europa ebnen. In der nächsten Zeit sollte es mit Vertretern beider Teile Gespräche am Runden Tisch geben. Bei diesen Gesprächen könnte der Osten sein Empfinden für soziale Gerechtigkeit einbringen und die westliche Seite ihre Finanz- und Wirtschaftskenntnisse. Ideen seien zwar immer gut, aber noch besser sei es, diese mit Fachkenntnissen zu verwirklichen. Ost und West brauchten auch hier einander. Nach freien Wahlen sollten in beiden deutschen Staaten Vorbereitungen für einen Volksentscheid über die deutsche Frage getroffen werden. Mit diesem Artikel wurde das Thema deutsche Einheit in der Oschatzer Öffentlichkeit erstmalig positiv behandelt. Am selben Tag veröffentlichte das Blatt auch eine Lesermeinung gegen die Wiedervereinigung.²⁸¹ Christina Körnig aus der Gemeinde Hof führte verschiedene Gründe gegen die Wiedervereinigung an. Die Bürger würden die Vorzüge der DDR gegen Bananen, Flimmer, Glanz und bunte Schaufenster eintauschen. Im Westen müssten Menschen unter Brücken schlafen, könnten nicht zum Arzt gehen, hätten keine Brille und kein Gebiss, weil sie dies nicht bezahlen könnten. Sie würden entlassen, wenn sie zu alt oder weil sie schwanger seien. Im Falle einer Wiedervereinigung würden die DDR-Bewohner immer die „Zonis“ bleiben, der Osten die „Gesindekammer der BRD“. Gegen diesen Artikel veröffentlichte die „Leipziger Volkszeitung“ wiederum zwei Proteste. Helmut Zahsowk empfahl, den Artikel von Superintendent Kupke zur Lektüre, in dem ein klarer Weg zu einer sinnvollen Vereinigung beider deutsche Staaten aufgezeigt werde. Im übrigen hätten die niedrigen Mieten in der DDR zu einem katastrophalen Verfall der Altbauten geführt. Die geringe Arbeitslosigkeit ergebe sich daraus, dass es in der DDR keine moderne und produktive Struktur der Betriebe gebe. Der Ausverkauf der DDR geschehe nicht bei der Wiedervereinigung, sondern sei längst durch die SED vollzogen worden, die die Versorgung der Bevölkerung behindere, Kunstwerke verhökert, Waffen und Devisen verschoben habe und selbst auf Kosten der Bevölkerung lebe. In dieselbe Richtung ging die Argumentation von Otto Friedrich. Er verwies auf den Zustand der Straßen und Häuser, das Verhältnis der Mieten in der DDR zu den nicht gedeckten Hausunterhaltungskosten. Den Deutschen in der DDR gehe es nicht in erster Linie um wirtschaftliche Vorteile, sondern um das Zusammenleben von Menschen gleicher Sprache in freier persönlicher Entfaltung.²⁸²

281 „Zur deutschen Einheit“. In: Ebd. vom 22. 12. 1989.

282 Vgl. ebd. vom 25. 1. 1990.

Am 5. Januar 1990 fand das vom Leiter der MfS-Kreisdienststelle angebotene Gespräch im kleineren Kreis im Arbeitszimmer des Superintendenten statt.²⁸³ Beteiligt waren der bisherige Leiter der Kreisdienststelle Oschatz, Müller, sein Stellvertreter, Ullrich, der bisherige Stellvertreter des Rates des Kreises für Inneres, Becker (SED), das Mitglied des Rates des Kreises, Olaf Mescheder (CDU), der 1. Sekretär des DBD-Kreisverbandes, Robert Schöpp, Bernd Klemig und Klaus Hennig als Vertreter der NDPD, Manfred Bajewsky von der „Leipziger Volkszeitung“ sowie Pfarrer Zehme und Superintendent Kupke, der die Gesprächsleitung hatte. Ullrich protestierte gegen die Veranstaltung am 18. Dezember im Oschatzer Kino, an der er aus privaten Gründen nicht habe teilnehmen können.²⁸⁴ Sie sei disziplinos gewesen, Teilnehmer hätten gefordert, Müller aufzuhängen. Sie hätten aber ein sachliches Gespräch erwartet. Ullrich wies darauf hin, dass sie bislang nicht von ihrer dienstlichen Schweigepflicht entbunden seien. Auch Müller erklärte, er sei zwar gesprächsbereit, aber nicht auf die erlebte Weise. Er schäme sich nicht, Mitarbeiter des MfS gewesen zu sein, auch wenn es harte Maßnahmen gegeben habe. Er habe sich immer den Gesetzen entsprechend verhalten. Rechtsverletzungen habe es in Oschatz nicht gegeben. Von den Vergehen seiner Vorgesetzten habe er nichts gewusst. Für deren Verhalten schäme er sich. In der SED bleibe er aber trotzdem. Ihm sei die Zusammenarbeit mit den patriotischen Kräften im MfS wichtig gewesen. Diese Inoffiziellen Mitarbeiter hätten allerdings öfter gewechselt. Sie kämen aus allen Parteien und Schichten der Bevölkerung, Namen könne er nicht nennen. Die Inoffiziellen Mitarbeiter seien nicht zu ihrer Tätigkeit erpresst worden, sie hätten dies völlig freiwillig getan. Auch bei der Veranstaltung im Kino seien einige anwesend gewesen. Die geringste IM-Dichte hätte es im Bereich der Gastronomie gegeben. Einige seien für die Sicherung der Volkswirtschaft zuständig gewesen, andere für die Spionageabwehr und den Havarieschutz. Geheimnisträger seien durch Einholen von Erkundigungen sicherheitspolitisch überprüft worden. Es galt, Menschenhandel zu bekämpfen, Übersiedler zu überprüfen und zu versuchen, Antragsteller zurückzugewinnen. Sie hätten die Einstellung der Bevölkerung des Kreises Oschatz sehr genau gekannt. Es sei ein Trauerspiel, dass sie die Parteiführung nicht über ihre Kenntnisse informiert hätten. In Oschatz habe es wenig oppositionelle Tätigkeit gegeben, die zu observieren gewesen sei. Nur mit dem Oschatzer Ökologie-Kreis habe man sich beschäftigt, aber nicht eingegriffen. Er stehe zur Staatssicherheit. Seine vier Kinder hätte er auch auf diesen Weg gebracht. Von der SED habe die Staatssicherheit keine Weisung erhalten. Müller bedankte sich für die Möglichkeit des heutigen Gesprächs. Er erlebe, dass die Kirche den Menschen Achtung,

283 Protokoll des Gesprächs mit den Leitern der Oschatzer Kreisdienststelle des MfS am 5. 1. 1990 (HAIT, Martin Kupke).

284 Tatsächlich nahm Ullrich wegen eines entsprechenden Beschlusses des Sekretariats der SED KL nicht teil. Vgl. FS der SED-KL Oschatz an die SED-BL Leipzig vom 4. 11. 1989 (SächsStAL, SED IV F-4/10/086).

Liebe und Vertrauen entgegenbringe. Nach Müller erklärte sein bisheriger Stellvertreter, Ullrich, er sei seit 36 Jahren Mitarbeiter des MfS, habe immer treu und ehrlich gearbeitet und stets familiäre Interessen hinten angestellt, weil es der Dienst erforderte. Die jetzigen Zeiten seien für ihn und die anderen Mitarbeiter hart. Was ihnen ihre Führung angetan habe, bewege alle Mitarbeiter, bis hin zu den Reinigungskräften. Sie hätten viel Kraft in ihre Arbeit gesteckt. Vieles habe nur das MfS verhindern können, zum Beispiel das Ausschleusen von Republikflüchtlingen. Auch an den Wochenenden seien sie für den Staat unterwegs gewesen. Von den Privilegien ihrer Spitze hätten sie nichts gewusst, selber hätten sie keine gehabt. Die harten Angriffe aus der Bevölkerung seien daher nicht gerechtfertigt. Auf die Frage von Superintendent Kupke, welche Motive sie für ihre Arbeit gehabt hätten, erklärte Ullrich, bereits seine Eltern hätten für die Staatssicherheit gearbeitet. Sie hätten dem Frieden gedient, seien dabei aber militärisch organisiert gewesen. Es habe Befehl und Gehorsam gegeben. Die Fluchtbewegung hätte ihn zum Nachdenken angeregt. Robert Schöpp warf ein, die Staatssicherheit habe aber bisher die falschen Gesetze gegen das Volk durchgesetzt und auch den Tatendrang in der Wirtschaft gehemmt. Nun gelte es, Demokratie zu lernen, einen demokratischen Umgang praktiziere man hier bereits. Bernd Klemig schlug vor, die Strukturen des MfS öffentlich zu machen, woraufhin Müller erneut auf seine Schweigepflicht hinwies, die das verhindere. Ullrich verwies auf die momentanen sozialen Probleme der Mitarbeiter. Bis Ende Januar müssten alle entlassen werden, wer dann keine Arbeit habe, verfüge über keinerlei Einkommen. Kupke führte noch einmal das Problem der Telefonüberwachung an, hatte er doch selbst gerade eine solche erleben müssen. Am 10. November hatte er um 9.00 Uhr mit Pfarrer Tischendorf in Sornitz telefoniert. Nach einer Weile hatte eine Stimme das Gespräch unterbrochen und erklärt: „Und morgen wollt Ihr wohl die Kommunisten alle an die Wand stellen? Ich höre Euch schon eine ganze Weile zu.“ Kupke hatte nach eigenem Bekunden geantwortet: „Wir haben zur Gewaltlosigkeit aufgerufen und setzen uns auch in Zukunft dafür ein. Gewalt gehörte zum bisherigen System, das neue System muss besser werden. Wir vertrauen dem Volke, Ihr habt ihm misstraut.“ Antwort auf der anderen Seite: „Manches sehe ich ja davon ein.“ Als Kupke fragte, wer sich in das Gespräch eingeschaltet habe, ging der Mithörer aus der Leitung.²⁸⁵ Nun aber dementierte Müller energisch, dass ihre Dienststelle je eine Telefonüberwachung vorgenommen habe. Möglicherweise hätten andere Stellen abgehört, man selbst habe dies nicht wahrgenommen, es sei wohl drahtlos per Radar über die Funkstation des MfS auf dem Collm gegangen. Zu seiner Motivation merkte er an, er habe den Marxismus-Leninismus als richtige Weltanschauung anerkannt. Von daher sei ihm auch der Staatsschutz wichtig gewesen. Einen guten Staat müsse man vor Angriffen schützen. Da das Volk unreif sei, sei es auch gefährlich.

285 Gedächtnisprotokoll von Martin Kupke vom 10.11.1989 (HAIT, Martin Kupke).

Sie hätten aber nicht das Gefühl gehabt, gegen das Volk zu arbeiten. Viele seien ja auch zufrieden gewesen. Aussagen über das Volk ließen sich nicht verallgemeinern. Nach dem Eindruck Kupkes kam bei den führenden MfS-Mitarbeiter des Kreises während des gesamten Gespräches an keiner Stelle Einsicht, Reue oder Bedauern zum Ausdruck. Vielmehr verteidigten sie ihre Tätigkeit. Fehler wurden nur bei der Tätigkeit der Regierung der DDR gesehen, die auch für die Entwicklung seit dem Herbst 1989 verantwortlich gemacht wurde. Beide Leiter der Kreisdienststelle gaben sich im Arbeitszimmer des Superintendenten ausgesprochen bieder und stellten sich als Beamte dar, die nur ihre Pflicht getan hätten. Dass sie einer Einrichtung gedient hatten, die dem Schutz einer totalitären Diktatur diene und dabei nicht vor Gewalt und kriminellen Methoden zurückschreckte, wollten sie nicht wahrhaben, obwohl es genügend entsprechende Berichte gab und gibt. So liegt der Bericht einer Überwachungsaktion der Staatssicherheit in Oschatz vor, bei der ein Wehrpflichtiger aus der Oschatzer Kaserne der NVA überprüft wurde. Das MfS hatte seine Post gelesen und hörte am Telefon mit, wenn er mit seiner Frau sprach. Als er sich mit ihr im Oschatzer Hotel „Weißes Roß“ traf, war das Nachbarzimmer vom MfS als Stützpunkt eingerichtet worden. Alles, was beide sagten, wurde von vier Offizieren des MfS aufgezeichnet.²⁸⁶ Hoffnungen der beiden Leiter der Kreisdienststelle Oschatz auf eine Weiterarbeit des MfS als Verfassungsschutz und Nachrichtendienst einer erneuerten DDR erfüllten sich nicht. Am 12. Januar 1990 setzte der Zentrale Runde Tisch gegen Ministerpräsident Modrow die endgültige Auflösung des MfS durch.²⁸⁷

4.8 Montagsrunden, Bürgerforen, Bürgerkomitees – gesellschaftlicher Aufbruch im Kreis

Mit der Entmachtung des SED-Terror- und Observierungsapparates MfS verloren die Bürger immer mehr die Angst vor einer Restauration des entthronten Regimes und begannen immer offensiver, mit den einst gefürchteten Spitzenfunktionären der SED abzurechnen. Nachdem die oberen Etagen des politischen Machtgefüges gestürzt waren, wagten die Menschen in Kommunen und Betrieben, gegen ihre bisherigen Peiniger vorzugehen. Die meisten hatten nicht vergessen, was ihnen viele der SED-Funktionäre angetan hatten. Dabei ging es oft um konkrete Einzelerlebnisse der Bürger mit den bisherigen Vertretern des Regimes. So veröffentlichte zum Beispiel die „Leipziger Volkszeitung“ am 4. Januar in ihrem Oschatzer Regionalteil einen „Offenen Brief“ mit 171 Unterschriften von Mitgliedern der LPG Laas an ihren Vorsitzenden, den Volkskammerabgeordneten der SED/PDS Siegfried Burkhardt. Die LPG-Mitglieder warfen ihm vor, die „stalinistische Machtstruktur“, die im ganzen

286 Vgl. Gieseke, Die DDR-Staatssicherheit, S. 73.

287 Vgl. Richter, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, S. 148.

Lande herrschte, auch bei ihnen in der LPG aus eigenem Antrieb durchgesetzt zu haben. Noch vor wenigen Wochen hätten sie es nicht gewagt, einen solchen Brief zu schreiben, denn dann wären sie unweigerlich einzeln vor ein ihm höriges Tribunal gezerzt worden. Sein Meisterstück in der Demokratie habe er vollbracht, als auf seine Veranlassung eine Kollegin aus der Leitung gedrängt wurde, weil sie sich seinem Willen nicht unterordnen wollte. Die Frau habe daraufhin einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten. Er sei sogar so weit gegangen, den Kolleginnen ihrer Brigade zu verbieten, bei ihr Krankenhausbesuche zu machen. Die demokratische Umgestaltung habe bisher ihren Betrieb noch nicht erreicht, und es sei fraglich, ob dies unter seiner Leitung überhaupt möglich sei. Burghardt sei ein „Wendehals“, und man sei nicht mehr damit einverstanden, dass er die LPG in der Volkskammer vertrete.

Schon im Dezember war auf Initiative des Superintendenten ein Vorbereitungskreis zusammengekommen, der Kupkes Vorschlag aufgegriffen und beschlossen hatte, die Gesprächsrunden des Herbstes 1989 Anfang des Jahres 1990 in der Klosterkirche fortzusetzen. Dieser Kreis legte am 5. Januar fest, die künftigen Versammlungen wieder am Montag durchzuführen, sie „Montagsrunden“ zu nennen und sie in einem kirchlichen Raum unter kirchlicher Leitung stattfinden zu lassen. Charakter und Funktion der Runden sollte sich allerdings ändern. Es ging nun nicht mehr um allgemeine Volksaussprachen, vielmehr passte man sich der durch die Tätigkeit inzwischen unabhängiger Parteien veränderten politischen Lage an und bildete einen Runden Tisch des Kreises. Zu den Gesprächsrunden wurde nur ein begrenzter Kreis von 22 Personen eingeladen, die die alten und neuen politischen Kräfte des Kreises repräsentierten. Je zwei Vertreter sollten die fünf bisherigen Parteien CDU, DBD, LDPD, NDPD und SED stellen, je zwei Vertreter das Neue Forum, die SPD, der Ökokreis, die evangelische und die katholische Kirche. Hinzu kamen zwei parteilose Bürger. Andere neue Gruppierungen hatten sich im Kreis bislang nicht gebildet. Die „Leipziger Volkszeitung“ wurde eingeladen, sich ohne Stimmrecht an den Runden zu beteiligen. Zwei Gesprächsleiter sollten die Gespräche moderieren. Es wurde festgelegt, dass die Montagsrunden zwar öffentlich sein, die Zuhörer aber kein Rederecht haben sollten. Das Gespräch sollte also nur von den Teilnehmern am Tisch geführt werden. Dem Moderator konnten Zettel gereicht werden, auf dem anonym Gesprächswünsche vermerkt waren. Schwerpunktthemen sollten das Gesundheitswesen, Belange der Schule, Baufragen, die öffentliche Versorgung, die Wahlvorbereitung und die deutsche Einheit sein. Angesichts der prekären medizinischen Versorgung im Kreis sollte mit dem Thema „Gesundheitswesen“ begonnen und dazu sollten Fachleute eingeladen werden. Über die folgenden Themen hatte jeweils die Montagsrunde zu entscheiden. Die so konzipierten Oschatzer Montagsrunden entsprachen den Runden Tischen, die zu dieser Zeit überall im Lande entstanden. Die Entwicklung verlief in Oschatz nur etwas anders. Auslöser war hier die

Erwartung der Oschatzer Bevölkerung an die Kirche. Unter diesem Erwartungsdruck lud Superintendent Kupke verschiedene Leute zu sich ein und überlegte mit ihnen, was in der gegenwärtigen Situation zu tun sei. Aus diesen Überlegungen im Arbeitszimmer des Superintendenten gingen die Montagsrunden und deren Namensgebung hervor. Man wollte im Blick auf den Namen nicht einfach kopieren, was es anderweitig schon gab. Als begünstigend für die Bildung des Runden Tisches des Kreises Oschatz erwiesen sich allerdings die ersten Sitzungen des Zentralen Runden Tisches der DDR, der am 7. Dezember im Berliner Dietrich-Bonhoeffer-Haus erstmals zusammengekommen war. Es wurden überall auf Bezirks- und Kreisebene Runde Tische gegründet, deren vielfältige Formen und Funktionen erst ansatzweise untersucht sind. Im Gegensatz zu Oschatz gingen viele von ihnen auf Initiativen des Staatsapparates zurück, die damit Forderungen der Modrow-Regierung nach entsprechenden Kooperationsmodellen entsprachen, andere auf oppositionelle oder kirchliche Initiativen. Im Kreis Oschatz gingen die wesentlichen Impulse auf Kreisebene von der Kirche, in den Kommunen auch von Blockparteien aus. So waren die Runde Tische in Mügeln und Dahlen auf Initiativen der NDPD zurückzuführen. In Dahlen hatte die NDPD-Grundeinheit am 8. Januar zur Bildung aufgerufen.²⁸⁸ An diesem Tag kam der Runde Tisch in Mügeln bereits zum zweiten Mal zusammen. Auch die Tagungsleitung lag hier beim NDPD-Vorsitzenden von Mügeln, Siegfried Schönherr. Vertreten waren rund dreißig Vertreter von Parteien und Bürgerbewegungen. Die „Antennengemeinschaft“ als stärkste Bürgergemeinschaft der Stadt schlug vor, in allen Mügeln Ortsteilen und Gemeinden einen lokalen Informationskanal per Text aufzubauen. Die Anwesenden stimmten einem entsprechenden Antrag an die Post einstimmig zu. Der Vorgang und die Tatsache, dass eine „Antennengemeinschaft“ die bedeutendste Bürgergruppe der Stadt bildete, verdeutlicht den hohen Informationsbedarf der Einwohner nach Jahrzehnten kommunistischer Diktatur. Bürgermeister Bernd Brink griff hier den Beschluss Modrows vom 4. Januar auf, die Ausschüsse der Nationalen Front in Bürgerbewegungen umzudeuten, und schlug vor, die Wohnbezirksschüsse der Nationalen Front entsprechend dieser Empfehlung in Bürgerkomitees oder Basisgruppen umzubenennen.²⁸⁹ Mit solchen Vorschlägen stärkte die SED/PDS aber eher die in der gesamten DDR kursierenden Vermutungen, Modrow versuche die Restauration der bisherigen DDR-Verhältnisse. In Berlin riefen wegen solcher Befürchtungen an diesem Tag das Neue Forum und die SDP zu neuen Demonstrationen „gegen die Restaurationspolitik der SED und ihres Sicherheitsapparates“ auf.²⁹⁰

Die Montagsrunden und Bürgerforen, die ab Januar auf Kreisebene stattfanden, waren im wesentlichen die Folge der Friedensgebete vom Herbst 1989. Nachdem die Kirche sich über die Weihnachtszeit vorübergehend aus

288 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 29.12.1989.

289 Vgl. ebd. vom 10.1.1990.

290 Vgl. FAZ vom 8.1.1990.

der Organisation von Gesprächsrunden verabschiedet hatte, zeigte sich bald, dass Bevölkerung und Staatsfunktionäre eine Moderation durch die Kirche wünschten. Unter ihrer Regie waren die Gesprächsrunden aggressionsfreier und konstruktiver verlaufen als die Bürgerversammlungen im Oschatzer Kinosaal. Außerdem waren die kirchlichen Vertreter neutraler als die Blockparteien, die während des Dezembers die Organisation der Bürgerforen in Händen hielten. In einer nach wie vor unübersichtlichen und auch explosiven Situation ließ sich die Kirche in Oschatz daher Anfang des Jahres 1990 erneut in die Pflicht nehmen, Gesprächsmöglichkeiten anzubieten und die Runden zu moderieren. Die kirchlichen Mitarbeiter empfanden ihre Tätigkeit als politische Diakonie und handelten aus der Einsicht, dass es anders als in anderen Kreisen der DDR in Oschatz keine politische Kraft gab, die diese Funktion übernehmen konnte. Hinzu kam, dass die kirchlichen Mitarbeiter aus ihrer Tätigkeit über Erfahrungen in der Gesprächsführung verfügten. Sie hatten demokratische Prinzipien auf Synoden, bei Kirchentagen, in Kirchengemeinden vorstandssitzungen oder in den Gesprächsgruppen der Kirchengemeinden praktiziert. Diese Erfahrungen brachten sie nun als kirchliche Moderatoren bei den Gesprächsrunden ein und trugen so für alle Beteiligten zur Einübung in künftige demokratische Umgangsformen bei. Auf diese Weise wurden nach den Friedensgebeten auch die Oschatzer Montagsrunden für die Bürger des Kreises zu Kinderstuben der Demokratie. Die Bürger konnten hier ihre Meinung offen vertreten, die Moderatoren koordinierten die Gespräche und versuchten, wichtige Sachthemen voranzubringen, aber auch jeder Meinung eine Chance zu geben. Das Gesprächsergebnis war aus Sicht der Moderatoren immer offen. Bei den im Januar 1990 beginnenden Montagsrunden wurden aber nicht nur einzelne Sachthemen diskutiert, vielmehr fassten die Stimmberechtigten auch Beschlüsse und gaben Hinweise, die dann von den verantwortlichen Stellen verwirklicht wurden. Besonders wichtig waren die Oschatzer Montagsrunden und Bürgerforen für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen im März und Mai 1990. Durch diese demokratischen Gremien und ihre zahlreichen Helfer wurde die korrekte Durchführung der Wahlen erst möglich. So hatten diese Zusammenkünfte eine mehrfache Funktion. Frust, Zorn und Ärger konnten losgelassen werden, es wurde geklagt, den Menschen war es möglich, miteinander nachzudenken und zu reden, Orientierung und neue Hoffnung wurden gegeben, ein möglicher Weg in die Zukunft konnte erkennbar und begehbar gemacht werden.

Das erste Bürgerforum fand am 8. Januar in der Klosterkirche statt. Die Atmosphäre in der DDR war zu diesem Zeitpunkt von der durch die Politik Modrows ausgelösten Befürchtung geprägt, die SED/PDS versuche in einem Restaurationskurs die alten Verhältnisse zu konservieren. Der Einladung zum Forum waren ca. 600 Personen gefolgt. Dicht an dicht standen die Bürger des Kreises vor der Kirche. In den oberen Kirchenraum wurde das Geschehen aus dem unteren Gemeinderaum durch Lautsprecher übertragen. Zum Ärger der Beteiligten schickten nicht alle Parteien ihre Vertreter, ebenso fehl-

ten erneut Vertreter des Rates des Kreises und der Stadt Oschatz. Beim Oschatzer Rathaus lag die Ursache darin, dass der Rat der Stadt eine Konkurrenz zu eigenen Bemühungen befürchtete, mit den Bürger ins Gespräch zu kommen. Gegenüber der „Leipziger Volkszeitung“ erklärte der stellvertretende Bürgermeister, Horst Wesser, man habe selbst zur öffentlichen Stadtverordnetenversammlung und zu „Donnerstagsgesprächen“ eingeladen. Aus Ärger darüber, dass fast niemand der Einladung gefolgt war, sei man auch nicht in die Kirche gekommen.²⁹¹ Der Versuch des nach wie vor von der SED/ PDS dominierten Rates der Stadt, das Heft in die Hand nehmen, war misslungen. Die Massen strömten nicht zum Rathausgespräch, sondern in die Kirche. Hier begrüßte Superintendent Kupke die Teilnehmer und erklärte, die Zeit des Zusehens sei vorbei, von nun an lohnten sich politische Aktivitäten wieder.²⁹² Hinter den Menschen liege der Zusammenbruch des Sozialismus in ganz Osteuropa. Die politische und wirtschaftliche Hinterlassenschaft der bisher regierenden kommunistischen Parteien sei ein Schrotthaufen. Die SED habe sich zur Verantwortung bekannt, gehe aber trotzdem bereits wieder in die Offensive und spreche von einem demokratischen Sozialismus, der ein menschliches Antlitz haben solle. Er frage sich, wieso die SED überhaupt etwas fordere, nachdem sie als führende Partei abgedankt habe. Das Volk werde dabei nicht noch einmal mitmachen. Es habe keinen Sinn, Misslungenes wie den „realen Sozialismus“ retten zu wollen. Dass Sozialismus auf der Basis des Marxismus-Leninismus nicht praktikierbar sei, sollte jeder aus den Misserfolgen der vergangenen Jahrzehnte gelernt haben. Einige Altgenossen saßen in den Ecken und grübelten darüber nach, wie sie sich wieder ins Spiel bringen könnten. Dabei benutzten sie als Mittel den Rechtsradikalismus, den es ja gebe, aber sie bliesen diese Gefahr zusätzlich auf, um für sich selber politisches Kapital daraus zu schlagen. Damit bezog sich Kupke auf eine am 3. Januar von der SED/PDS organisierte Kundgebung im Berliner „Treptower Park“, bei der mit Blick auf rechtsradikale Tendenzen und angesichts der Forderungen nach Wiedervereinigung die Bildung eines Verfassungsschutzes als Nachfolger des MfS gefordert worden war.²⁹³ Kupke rief dazu auf, wachsam zu sein. Das Volk müsse jetzt schnell zu einer politischen Kraft werden. Dies könne ein schwieriger Prozess werden, denn seit 1933 herrschten Diktaturen über den Osten Deutschlands, die sich bemühten, „geistige Zwerge“ aus den Menschen zu machen. In den Schulen Margot Honeckers seien Untertanen produziert worden, viele hätten die deutsche Sprache verlernt, weil ihnen aus den Zeitungen nur ein „grässliches Parteichinesisch“ bekannt sei. Trotz der schwierigen Vergangenheit und der ungünstigen Voraussetzungen gebe es aber die Chance, eine neue Gesellschaft aufzubauen. Die Ereignisse der letzten Monate hätten gezeigt, dass viel demokratischer Willen vorhanden sei. Diesen Willen müssten die Bürger

291 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 11. 1. 1990.

292 Text (HAIT, Martin Kupke) Faksimile siehe S. 161.

293 Vgl. Richter, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, S. 128-132.

nochmals zeigen, um nicht anderen das Feld zu überlassen. Die Ausführungen machten erneut klar, dass es Kupke nach wie vor nicht nur um eine Moderation der Montagsgespräche ging, sondern dass er seine hervorgehobene Position nutzte, um die Bevölkerung zu ermuntern, eine Entwicklung in Richtung eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates zu gehen. Da seine Postulate dennoch überparteilich blieben, fand er damit in der Bevölkerung wie bei den Parteien Anerkennung. Kupke schlug vor, darüber zu diskutieren, was in den Betrieben an demokratischer Aufbauarbeit geschehe, und forderte auf, Verantwortung zu übernehmen. Im Laufe der Montagsrunde wurde beschlossen, eine Gruppe für Öffentlichkeitsarbeit und eine Initiativgruppe Schule zu bilden, von den Montagsrunden Videoaufnahmen zu machen, eine freie Zeitung zu gründen, in Oschatz eine Litfasssäule für Informationen der Montagsrunde aufzustellen und in den Betrieben die Schwarzen Bretter der SED-Agitatoren für alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte nutzbar zu machen. Thematisiert wurden auch die Rechte und die demokratische Legitimierung des Oschatzer Bürgerkomitees. Nachdem der Richter am Oschatzer Kreisgericht Thomas Fischer Rechte und Klagemöglichkeiten von Bürgerkomitees erörtert hatte, wurden spontan 385 Unterschriften zur Legitimierung des Komitees abgegeben,²⁹⁴ das am 9. Januar erstmals offiziell zusammenkam. Unter dem Vorsitz von Diethelm Kattner (LDPD) einigten sich die vierzehn Mitglieder auf das gemeinsame Ziel, künftig die Einhaltung von Absprachen und Zusagen von den Montagsgesprächen zu kontrollieren und jeweils in der folgenden Woche darüber zu berichten. Der Chefarzt des Oschatzer Kreiskrankenhauses, Manfred Schollmeyer, wurde beauftragt, Verbindung zur künftigen Partnerstadt Blomberg aufzunehmen und Vertreter der Stadt nach Oschatz einzuladen. Während der Veranstaltung wurde über die Bildung eines SPD-Kreisverbandes informiert. Auch die „Leipziger Volkszeitung“ zeigte an, dass eine Sprechergruppe Oschatz, bestehend aus René Dorow, Friedhelm Zieger und Manfred Voigt, die Bildung eines sozialdemokratischen Kreisverbandes ankündigte und Interessierte zur Mitarbeit aufforderte.²⁹⁵ Wenig später lud die Initiativgruppe der SPD in Oschatz für den 23. Januar zu einem Informationsabend ein.²⁹⁶ Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass in den Betrieben nichts geschehe, wer etwas sage, werde wie zum Beispiel in der LPG Luppaschikaniert. Ein anderer Teilnehmer wollte wissen, wieso sich der Rat des Kreises nicht an der Runde beteilige und warum im Gebäude der ehemaligen Kreisdienststelle der MfS noch Licht brenne und Autos rein und raus führen. Erneut wurde gefordert, die SED zu enteignen.²⁹⁷

294 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 11.1.1990.

295 Vgl. ebd. vom 12.1.1990. Wenig informativ ist in diesem Zusammenhang Baum/Lipinski/Specht, Der Neuaufbau der SPD im Raume Wurzten-Grimma-Oschatz.

296 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 20./21.1.1990.

297 Vgl. ebd. vom 12.1.1990.

Da der Zorn der Bevölkerung sich aber nicht nur gegen das MfS richtete, sondern auch gegenüber der SED/PDS der Vorwurf erhoben wurde, dass die Partei die Verantwortung für die Tätigkeit des MfS trüge, dem sie nicht umsonst den Namen „Schild und Schwert der Partei“ gegeben habe, und da zudem Vermutungen laut wurden, die Partei arbeite weiterhin mit dem MfS zusammen, erklärte die SED/PDS sich bereit, einer Bürgergruppe den Zutritt zum Parteihaus zu gewähren. Hintergrund des Konfliktes war der Versuch der Regierung Modrow, das MfS/AfNS in einen Verfassungsschutz und einen Nachrichtendienst umzuwandeln.²⁹⁸ Daraufhin war es bereits am Nachmittag des 5. Januar zur Begehung des Parteihauses der SED/PDS durch ein Bürgerkomitee, bestehend aus Pfarrer Zehme sowie je einem Vertreter des Neuen Forums, der CDU, der LDPD, der „Leipziger Volkszeitung“ und der Volkspolizei, gekommen. Im Beisein von Karl-Heinz Becker versiegelte Kreisstaatsanwalt Jörg Winkler Panzerschranke und sicherte das Archiv der Partei. Gerüchte in der Bevölkerung, wonach ein armstarkes Abhörkabel zum Gebäude der Post führe, bestätigten sich dabei nicht. Schon zuvor waren Sondertelefone und Richtfunkverbindungen stillgelegt und Material sichergestellt worden.²⁹⁹ Am 11. Januar nannte sich die bisherige SED-Kreisleitung in „Kreisvorstand der SED/PDS Oschatz“ um.³⁰⁰ Damit verband die bisherige Staatspartei die Hoffnung, der veränderte Name werde die Akzeptanz in der Bevölkerung verbessern. Auch bei der Volkspolizei erwog man einen veränderten Umgang mit der Bevölkerung, nachdem es Mitte Januar „rowdyhafte Ausschreitungen gegen Schutzpolizisten“ gegeben hatte. Hier, so Schmidt nun opportunistisch, müsse „richtiges, taktisches Verhalten gezeigt werden“ und es sei „exakt auf der gesetzlichen Grundlage zu handeln“. Vor allem sollten die Volkspolizisten „keine unüberlegten Aussagen gegenüber den Bürgern führen“. Da es sich bei den Volkspolizisten fast durchweg um SED-Mitglieder handelte, hatten sie in altgewohnter und von Schmidt noch im Dezember eingeforderter Manier aus ihrer kommunistischen Überzeugung keinen Hehl gemacht. Dies stieß inzwischen in der Bevölkerung auf immer weniger Verständnis. Um die „Genossen Volkspolizisten“ mit den sich verändernden „Klassenkampfbedingungen“ vertraut zu machen, legte Schmidt fest, dass ab sofort wöchentlich ein halbstündiges politisch-aktuelles Gespräch „zu aktuellen Ereignissen aus staatspolitischer Sicht“, sprich aus der Sicht der SED/PDS gelenkten Modrow-Regierung, zu führen war. Hinzu kamen monatlich je zwei Stunden „polit-kulturelle Massennarbeit“ sowie „staatspolitische Schulung“, und dies, obwohl laut offiziellen Angaben der Volkspolizei die Grundorganisationen der SED/PDS seit Anfang Januar aufgelöst waren.³⁰¹ Dabei ging es selbstredend nicht um eine Aufarbeitung der

298 Vgl. Richter, Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, S. 110–121.

299 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 9. und 10. 1. 1990.

300 Beschlussvorlage des SED-PDS-Kreisvorstandes vom 10. 1. 1990 (SächsStAL, SED IV F-4/10/007).

301 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 25. 1. 1990.

bisherigen SED-Diktatur samt ihrer Vergehen an der Bevölkerung, vielmehr wies Schmidt den Leiter der Kriminalpolizei gerade zur Ablenkung davon an, bis zum 7. Februar herauszuarbeiten: „Was haben wir an Delikten/Personen in Richtung Neofaschismus bisher gehabt? Was wurde daraus gemacht?“³⁰² Wie zuvor der „Antifaschismus“ als ideologisch verzerrte Form der Aufarbeitung der NS-Verbrechen zur Legitimierung der SED-Diktatur hatte herhalten müssen, so bediente sich die SED/PDS im Januar 1990 des Themas „Neofaschismus“, um auf diese Weise die damit auf eine Stufe gestellten Wiedervereinigungsbemühungen zu diskreditieren. Von einer unpolitischen Polizei konnte angesichts der bisherigen Vorgaben des Leiters des Volkspolizeikreisamtes zu diesem Zeitpunkt im Kreis kaum ansatzweise die Rede sein.

Am 13. Januar trafen sich in Oschatz Vertreter des Neuen Forums aus neun Kreisen des Bezirkes Leipzig, um über ein gemeinsames Programm zu beraten. Bis auf die Vertreter aus Borna, wo die Basisgruppen noch keine endgültige Entscheidung getroffen hatten, stimmten die Sprecher aller Kreise „für Deutsche Einheit in den heutigen Grenzen und für eine soziale Marktwirtschaft unter Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse“. Damit bestätigte sich der Trend, dass sich die Gruppen des Neuen Forums in den sächsischen Bezirken in ihrer politischen Grundorientierung deutlich von der reformsozialistischen DDR-Sprechergruppe in Berlin unterschieden. Die Sprecher verurteilten die „Hinhaltungs- und Verdummungspolitik der SED/PDS“, die ausschließlich der Restaurierung der eigenen Partei diene und deren Macht nach wie vor bestehe.³⁰³

Die erste reguläre Montagsrunde am 15. Januar befasste sich mit dem Thema „Gesundheitswesen“.³⁰⁴ In der überfüllten Klosterkirche waren die Tische für die Gesprächsleiter im Viereck aufgestellt. Im Saal saßen und standen die Zuhörer dicht gedrängt. Kupke erklärte, die am Tisch Sitzenden verträten die meisten Menschen im Territorium. Was sie besprechen und beschließen würden, gehe alle etwas an. Vor der Runde lägen viele Aufgaben. Bereits für diesen Abend gebe es eine Fülle von Einzelfragen, Informationen und Problemen. Notwendig seien ein hohes Maß an Konzentration und Disziplin sowie eine sachliche, freundliche und faire Atmosphäre. In der Form des Umganges miteinander zeige sich, wes Geistes Kind jemand sei. Vielleicht gelinge es, bei der Montagsrunde neue Strukturen zu finden, mit denen die Lösung von Problemen leichter sei als in der Vergangenheit, wo man die eigentlichen Fragen des Volkes gewaltsam unterdrückt habe. Für eine gute Zukunft sei es wichtig, dass es gelinge, Konflikte und Lebensfragen gewaltlos, human und gerecht zu lösen. Wenn die evangelische Kirche zur Montagsrunde einlade, so Kupke nochmals, so tue sie dies stellvertretend, bis

302 VPKA Oschatz, Protokoll zur Beratung am 19.1.1990 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4806).

303 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 18.1.1990.

304 Protokoll von der 1. Montagsrunde am 15.1.1990 in der Oschatzer Klosterkirche (HAIT, Martin Kupke).

sich im Kreis demokratische Strukturen gebildet hätten. Als Gäste zum Thema nahmen erneut Kreisarzt Horst Wunder, der ärztliche Direktor des Kreiskrankenhauses, Günther Schmidt, der ärztliche Direktor der Kliniken Hubertusburg, Günter Hoffmann, und der Chefarzt am Kreiskrankenhaus, Manfred Schollmeier, teil. Reden durften nur die eigentlichen Teilnehmer der Montagsrunde und ihre Gäste. Die Zuhörer konnten Zettel mit Anfragen abgeben. Das Thema für die nächste Runde wurde durch Abstimmung beschlossen. Abstimmungsberechtigt waren nur die 22 Delegierten. Die LDPD hatte für den Abend einen Organisationsdienst geschaffen. Den Vorschlag, die Gewerkschaft in die Montagsrunde einzubeziehen, lehnte die Versammlung mehrheitlich ab. Es wurde bekannt gegeben, dass der VEB ZBO Mügeln eine Litfasssäule gestiftet hatte, die in der Oschatzer Sporerstraße aufgestellt werden sollte. Dieter Köhncke als Vertreter des Betriebes wurde gedankt und nochmals darauf hingewiesen, dass die Litfasssäule der Bevölkerung dazu diene, sich öffentlich zu äußern. Ausdrücklich wurde um qualifizierte Texte gebeten und dazu aufgefordert, keine Verleumdungen und Beschimpfungen anzubringen. Die Teilnehmer stimmten zu, von der Montagsrunde ein Protokoll zu schreiben und dieses auszugsweise zu veröffentlichen. Für die nächste Montagsrunde wurde das Thema „Volksbildung“ festgelegt.

Zum Thema „Gesundheitswesen“ lagen bereits Anfragen aus der Bevölkerung vor. So wollte die Bevölkerung wissen, ob und wie man einen Organspendeausweis erwerben könne, ob Angehörige das Recht hätten, von einer Organentnahme zu erfahren, ob bei einer normalen Geburt eine ambulante Entbindung möglich sei, ob ein Frauenarzt eine Schwangerschaftsunterbrechung ablehnen dürfe, obwohl sie gewünscht werde, und wie der schlechte Umgangston in den medizinischen Einrichtungen verbessert werden könne. Die anwesenden Fachärzte bemühten sich, die gestellten Fragen zu beantworten. Sie wiesen immer wieder auf den Mangel an Pflegepersonal und an Ärzten hin. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien in den Westen gegangen. Die Arbeitsbedingungen für das medizinische Personal in den Krankenhäusern seien schlecht. Im Wermisdorfer Krankenhaus Hubertusburg müssten die Schwestern sogar noch die Öfen heizen. Hier gebe es 24 unbesetzte Schwesternstellen und noch einmal die gleiche Zahl von Schwestern, die sich im Mutterschaftsurlaub befänden. Die sozialpolitischen Maßnahmen hätten sich katastrophal ausgewirkt. Insgesamt fehlten in der Klinik fünfzig bis sechzig Schwestern. Die Kirche habe bislang über den größten Notstand hinweggeholfen. So sei der Jugendwart des Kirchenbezirkes Oschatz, Rolf Thielemann, mit Jugendlichen zur Hilfe gekommen. Problematisch sei auch, dass sich das Krankenhaus in einem alten und baufälligen Schloss befinde. Der ärztliche Direktor müsse sich um alles kümmern, auch um die zahlreichen notwendigen Bauvorhaben. Diese Umstände trügen zur Republikflucht vieler medizinischer Mitarbeiter bei. Dazu kämen das unbefriedigende Lohngefüge, das sich nicht nach Qualifikation und Leistung richte, die schlechte Entlohnung und die Erwartung, das Leben im Westen sei besser.

Auf die Anfrage, ob es künftig für Ärzte im Kreis Oschatz die Möglichkeit gebe, sich in einer eigenen Praxis niederzulassen, erklärte Kreisarzt Wunder, es werde eine entsprechende neue Anordnung erwartet. Auf die Frage, was aus dem Gebäude des MfS werde und wer darüber entscheide, antwortete der Kreisarzt, es gebe eine Arbeitsgruppe zur Problematik. Die Stadtverordnetenversammlung werde abschließend darüber befinden, da der Rat des Kreises die Entscheidungsvollmacht an die Stadt abgegeben habe. Die Zweigstellenleiterin der Inneren Mission, Ilse Schmidt, forderte, über die künftige Verwendung des Gebäudes vor Ort und sofort abzustimmen. Dieser Vorschlag fand Anklang, und die Montagsrunde beschloss einstimmig, geistig geschädigte Kinder und Jugendliche in dem Gebäude unterzubringen. Die Stadtverordnetenversammlung folgte wenig später dieser Vorgabe und legte mit 31 gegen 7 Stimmen fest, im MfS-Gebäude ein Wohnheim für psychischgeschädigte Menschen einzurichten.³⁰⁵

Weitere Fragen betrafen den Wohnkomplex für Behinderte in Oschatz-West, Ablehnungen von Bewerbungen bei Erwachsenenqualifikationen für medizinische Berufe, Kontingente für Medikamente im Kreiskrankenhaus und die Perspektiven pflegebedürftiger Menschen. Nach Auskunft von Schmidt gab es im Kreiskrankenhaus Oschatz einen Anteil von zehn Prozent Pflegefällen unter den Patienten. Andere Fragen betrafen gesetzliche Regelungen für den Fall, dass Familien ihre Angehörigen selber pflegen wollten, sowie die gesonderte ambulante Betreuung der Nomenklaturkader. Wunder informierte darüber, dass es die bisher gesetzlich festgelegten Untersuchungen der Funktionäre nicht mehr gebe. Auf die Frage, wie im medizinischen Bereich der Niveauunterschied zwischen Bundesrepublik und DDR verkräftet werde, erklärte er, die Unterschiede seien so markant, dass sie im Grunde nicht zu verkräften seien. So verfüge zum Beispiel das Altersheim Börln über 140 Betten, habe aber keinen Waschraum und keinen Trockenraum. Auch andere angesprochene Themen wie freie Arztwahl, ambulante Geburt, private Pflege- und Feierabendheime sowie das Patienten-Bestellsystem zeigten, dass die Bevölkerung bislang mit zahllosen Alltagsproblemen konfrontiert war, zu deren Lösung sich das kommunistische Regime nicht in der Lage gezeigt hatte. Obwohl das desolate Gesundheitswesen für die Bevölkerung im Kreis ein großes Problem dargestellt hatte, durfte es bisher in der Öffentlichkeit nicht diskutiert werden. Nun brachten die Menschen ihre Probleme in der Hoffnung zu Sprache, dass Änderungen bewirkt würden. Die Ergebnisse der Montagsrunde wurden der Bevölkerung von der bei dieser Runde gebildeten „Kommission Öffentlichkeitsarbeit“ auf einem Flugblatt bekannt gemacht. Unter anderem wurde über die Bildung des „Bürgerkomitees zur Kontrolle der Beschlüsse des Runden Tisches“ und die bevorstehende Bildung eines Bürgerkomitees für Gesundheitswesen informiert.³⁰⁶

305 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 23.1.1990.

306 1. Oschatzer Montagsrunde am 15.1.1990 durchgeführt [Flugschrift] (HAIT, Martin Kupke).

Am 15. Januar setzte die NDPD ihre Profilierungsversuche fort. Das Sekretariat des Kreisvorstandes distanzierte sich deutlich von der SED/PDS und schloss jede weitere Zusammenarbeit aus. Die SED habe die „Wirtschaft ruiniert, die Menschenrechte mit Füßen getreten und die Demokratie zur Farce gemacht“. Die NDPD löse sich nun von der SED/PDS und trete ein für Soziale Marktwirtschaft, eine Konföderation zwischen DDR und Bundesrepublik, eine „gleichberechtigte Vereinigung beider Staaten in den derzeitigen Grenzen“, die Einführung des Leistungsprinzips in der Wirtschaft, die Förderung von Handwerk und Gewerbe, den Austritt beider Staaten aus Nato und Warschauer Pakt, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Einführung der alten Länderstrukturen. Die NDPD wolle künftig die menschliche Persönlichkeit und die Rechte und Würde ihrer Individualität ins Zentrum ihrer Politik stellen. Für den bevorstehenden DDR-Parteitag wurden Siegfried Schönherr aus Mügeln und Hans-Joachim Kunath aus Oschatz-Nord gewählt.³⁰⁷

Als die zweite Montagsrunde in der Oschatzer Klosterkirche zum Thema „Volksbildung“ beriet,³⁰⁸ hatte die „Leipziger Volkszeitung“ kurz zuvor erklärt, ab sofort ein unabhängiges Blatt zu sein und sich von jeder Bindung an die SED/PDS gelöst zu haben.³⁰⁹ Auch am Abend des 22. Januar war wegen Überfüllung eine Lautsprecherübertragung zum oberen Raum der Kirche notwendig. Einleitend erklärte Moderator Kupke, der Vorbereitungskreis habe den letzten Montag ausgewertet und festgestellt, es sei auf Dauer nicht möglich, dass ein kleiner Kreis rede und die meisten stumm blieben. Deshalb plane man, zusätzlich auch wieder ein Bürgerforum im Kino zu organisieren. Bürgerforen und Montagsrunden sollten im Wechsel stattfinden. Auch thematisch könne gewechselt werden. Bei der nächsten Montagsrunde in der Klosterkirche werde es um Kommunalfragen gehen, beim Bürgerforum im Kino um aktuelle politische Fragen. Am nächsten Montag werde man sich um 18.00 Uhr im Kino treffen, um sich mit der Wahlvorbereitung zu befassen. Es sei wichtig, dass sich die Parteien und alle politisch-aktiven Gruppen zur Wahl vorstellten. Im Anschluss an diese Veranstaltung im Kino werde es dann wieder eine Demonstration geben. Kupke forderte gezielt auf, qualifizierte Plakate zu aktuellen Fragen anzufertigen. Für den 5. Februar kündigte er die nächste Montagsrunde an, die sich nochmals mit dem Gesundheitswesen befassen sollte. Zur Vorbereitung sei eine Initiativgruppe „Gesundheits- und Sozialwesen“ gebildet worden. Auch hier machten die organisatorischen Fragen deutlich, dass Unsicherheit hinsichtlich der Funktionsweise politisch-gesellschaftlicher Gremien in der Übergangszeit bis zur Herstellung einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie herrschte.

307 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 19.1.1990.

308 Protokoll von der 2. Montagsrunde am 22.1.1990 in der Oschatzer Klosterkirche (HAIT, Martin Kupke); 2. Oschatzer Montagsrunde (Runder Tisch) durchgeführt am 22.1.1990 (ebd.).

309 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 19.1.1990.

Glichen die Montagsrunden den sich überall bildenden Runden Tischen, so dienten die nun weiterhin durchgeführten Bürgerforen wie im Herbst 1989 der Information und Artikulation der Bevölkerung. Auf diese Weise ergänzten sie die Montagsrunden. Bei beiden Gremien handelte es sich um rein transformatorische Einrichtungen ohne Anspruch auf dauerhafte legislative oder exekutive Funktionen. In ihnen organisierten die politischen Parteien, Gruppierungen und engagierte Bürger selbstverantwortlich den Übergang von der Diktatur zur Demokratie vor Ort. Ihre Legitimierung erhielten sie durch die allgemein geäußerte Akzeptanz der Bevölkerung, die sich auch in der Teilnahme und in zustimmenden Stellungnahmen niederschlug. Beide Transformationsgremien stellten zwar die demokratische Legitimierung der „Volksvertretungen“ und Räte auf den Ebenen des Kreises sowie der Städte und Gemeinden in Frage, nicht aber die Notwendigkeit ihres Weiterwirkens bis zu freien und geheimen Kommunalwahlen. Beansprucht und genutzt wurden allerdings für diesen überschaubaren Zeitraum die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten, die mit Hilfe einer neugeschaffenen Kommission für Öffentlichkeitsarbeit, von Bürgerkomitees und Arbeitsgruppen bei den ständigen Kommissionen des Kreistages wahrgenommen werden sollten.

Am 22. Januar wurde bekannt gegeben, dass die Litfasssäule stehe und die Bürger geradezu magnetisch anziehe. Kupke forderte die Bevölkerung auf, diese Säule nur für politische Zwecke zu nutzen und interessante, qualifizierte Plakate anzukleben. Die Kommission für Öffentlichkeitsarbeit werde die Säule kontrollieren und betreuen. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich in Oschatz ein Behindertenverband in Gründung befinde. Er dementierte das in Oschatz kursierende Gerücht, in der Kirche hingen die Namen der Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS aus. Zum Thema „Schul- und Bildungsfragen“ waren die Kreisschulrätin, Sigrid Schmidt, der Direktor der Pestalozzi-Oberschule, Peter Streubel, der Direktor der Erweiterten Oberschule, Walter Niebilsky, sowie Herr Liebig als Elternvertreter und Melanie Müller als Schülervertreterin eingeladen worden. Die Gesprächsleitung für die Aussprache lag beim ehemaligen Oschatzer Bezirkskatecheten, Kölbl. Dieser zitierte als Aufmacher für die Diskussion einen Dozenten für Marxismus-Leninismus der Pädagogischen Hochschule Dresden, der erklärt habe, von gelungener kommunistischer Erziehung könne gesprochen werden, wenn jeder DDR-Bürger zu ähnlichen Äußerungen, Handlungen, Überlegungen komme wie die Mitglieder des ZK der SED. Weniger Beifall erntete die Kreisschulrätin, deren Ausführungen eher von Gelächter und Protestäußerungen begleitet wurden. Die kommunistische Pädagogin erklärte, aus dem bisherigen Bildungswesen seien selbstbewusste junge Leute hervorgegangen, die über ein umfassendes Wissen verfügten. Ihre Äußerung, kommunistische Erziehung sei immer auch Erziehung zu menschlichen Verhaltensweisen wie Hilfsbereitschaft, Unterstützung, Achtung voreinander und Solidarität gewesen, führte zu lautstarken Protesten und erheblicher Unruhe im Saal. Sie räumte allerdings ein, dass die einseitige ideologische Ausrichtung tatsächlich

zu einer Enge im Denken geführt habe, die nun überwunden werden müsse. In diesem Zusammenhang forderte sie, den Pädagogen das Recht einzuräumen, am Umdenkungsprozess teilzunehmen. Gegen die selbstbewusst wirkenden Erklärungen der Kreisschulrätin meinte der Elternvertreter, es sei kein Verdienst der sozialistischen Schule, wenn es heute Schüler mit freiem Denken gäbe. Die Ursache dafür liege vielmehr darin, dass es den kommunistischen Lehrern nicht gelungen sei, den Schülern das freie Denken abzuerziehen. Wenn die Lehrer – wie die Kreisschulrätin – ihre Fehler nicht einsähen, könnten sie sich auch nicht ändern. Auch der Oschatzer Bezirkskatechet, Manfred Eulitz, meinte, Quelle der Bildung der Jugendlichen sei nicht die Schule gewesen, sondern verbotene Literatur aus dem Westen. Als der Direktor der Pestalozzi-Oberschule erklärte, es habe in den Schulen kein Unterrichtsfach Marxismus-Leninismus gegeben, wies der Lehrer Erhard Haschke darauf hin, dass es vielmehr kein Unterrichtsfach gegeben habe, in dem der Marxismus-Leninismus nicht vorgekommen sei. Die Teilnehmer forderten, die SED samt Marxismus-Leninismus aus den Schulen zu entfernen. Den Lehrern wurde vorgeworfen, sich mit der Wende schwer zu tun und ihren alten Stil beibehalten zu haben. Gabi Neubert vom Neuen Forum, selbst Lehrerin, bestätigte dies und erklärte, es könne nicht nur darum gehen, die Schule inhaltlich umzugestalten, es sei auch ein Umerziehungsprozess erforderlich, der noch nicht einmal begonnen habe. Die Lehrerin Marion Müller, die sich der Oschatzer SPD angeschlossen hatte, erinnerte daran, dass die Kreisschulrätin noch am 10. Oktober 1989 in einer Anweisung an die Lehrer erklärt hatte, bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig seien Konterrevolutionäre am Werk. Die Unruhe im Saal verstärkte sich, als berichtet wurde, dass noch am 16. Oktober 1989 Lehrer von der Kreisschulrätin gerügt worden seien, die anders mit den Schülern diskutierten, als sie es angeordnet hatte. Den schärfsten Protest gegen die ideologisch ausgerichtete Einheitsschule formulierte der katholische Oschatzer Pfarrer, Peter Müller. Viele Bürger hätten die DDR nur deswegen verlassen, weil Eltern ihre Kinder nicht länger einem unmenschlichen Schulsystem aussetzen wollten. Bis heute herrsche in den Schulen das alte System. Die Lehrer müssen sich ändern oder sie müssen gehen, wie es 1945 der Fall war. Seine damalige Lehrerin habe 1945 kaum richtig schreiben können, sei aber, was entscheidend gewesen sei, kein Nazi gewesen. Die Lehrpläne müssten sich jetzt umgehend ändern. Er schlug vor, dass eine Initiativgruppe „Schule“ von nun an laufend in den Schulen hospizieren sollte. Zu Tumulten kam es, als bekannt wurde, dass die Kreisschulrätin einen ehemaligen Mitarbeiter des MfS in der Hilfsschule Altoschatz eingestellt hatte. Diese rechtfertigte sich damit, dass es sich um einen ehemaligen Kollegen handle, der gut arbeite. Erdmute Lose, parteilos, erklärte protestierend: „Ich bin der Meinung, dass eine solche Person unseren Kindern nicht vorgesetzt werden darf. Wie will er die Kinder zu aufrechten Menschen erziehen? Ist das neues Denken? Wer hat das entschieden?“ In erregtes Stimmengewirr und lautes Lachen hinein meldete sich die Direktorin der

Hilfsschule und erklärte, für sie gebe es keinen Grund, über einen Menschen zu spotten und herzuziehen, der bereit sei, umzulernen. Gesprächsleiter Kölbl erntete Beifall mit der Erwiderung, sicher wolle keiner der Anwesenden den MfS-Mitarbeitern neue Chancen verweigern, es stelle sich aber doch die Frage, an welcher Stelle diese eingeräumt werden sollten. Dagmar Grundmann, parteilos, erklärte, sie spreche für die Kindergärtnerinnen, wenn sie kritisiere, dass bestimmte Leitungsfunktionen bis zur Rente von den gleichen Leuten besetzt würden. Dies gelte auch für die Fachberater, von denen manche eher Politberater seien. Wenn weiterhin Leitungsfunktionen mit unfähigen Kadern besetzt würden, könne sich in der Volksbildung nichts ändern. Ein Kindergartenkollektiv habe für die Montagsrunde Vorschläge eingereicht, dafür sei es vom BGL-Vorsitzenden gerügt worden. Bernd Voigtländer vom Oschatzer Ökokreis wies den anwesenden Lehrern und der Kreisschulrätin eine Mitverantwortung für das Bildungswesen der vergangenen vierzig Jahre zu. Es sei notwendig, dass sie sich selbst die Vertrauensfrage stellten. Sie sollten den Weg freimachen für neue Lehrer, die das Vertrauen der Bevölkerung besäßen. Pfarrer Müller löste mit der Bemerkung, er habe nach den Beiträgen der anwesenden Lehrer den Eindruck, dass sich das Bildungssystem des Marxismus/Leninismus auf die Lehrer noch verheerender auswirke als auf die Schüler, Heiterkeit im Saal aus. Offensichtlich seien sie unfähig zum Umdenken. Er beantragte einen Ausschuss, der sich mit den Oschatzer Schulen beschäftigen sollte. Anni Günster, Mitglied der katholischen Gemeinde, meinte, dass aus gegängelten Kindern auch gegängelte Erwachsene würden. Bisheriges Bildungsziel sei es gewesen, reibungslos funktionierende Kinder zu erziehen. Andersdenkende habe man als unbequem angesehen, sie seien nicht gefragt gewesen. Wie könne man auf diese Weise Kinder erziehen, die Eigenverantwortung und Selbstbewusstsein entwickelten? Kinder brauchten Freiräume, um sich entwickeln zu können. Fantasie müsse trainiert werden, sonst verkümmere sie. Den Kindern müsse eine individuelle Prägung erlaubt sein. Auch Konfliktfähigkeit müssten die Kinder erst lernen. Sie schlug daher unter Beifall die Einführung eines Faches „Lebens- und Menschenkunde“ vor. Zu Aufarbeitung weiterer Anfragen wie „Wie verkraften die Schüler die Wende?“, „Wie werde zukünftig die Bildung und Ausbildung behinderter Kinder erfolgen?“, „Gibt es in Oschatz Initiativen in der Schule zur Vernichtung von Militärspielzeug?“, „Wie soll der Geschichtsunterricht in Zukunft gehandhabt werden?“, „Gibt es eine Umerziehung der Geschichtslehrer?“ und „Was ist in den Oschatzer Schulen seit dem 9. November anders geworden?“ beschloss die Montagsrunde die Einrichtung einer Initiativgruppe „Schule“. Der Beschluss, nach dem Thema „Gesundheitswesen“ auch das Thema „Volksbildung“ noch einmal auf die Tagesordnung einer Montagsrunde zu setzen, zeigte die Bedeutung dieser Probleme für die Bevölkerung. Die weitere Entwicklung ließ Sachfragen jedoch zunächst zugunsten politischer Richtungsentscheidungen zurücktreten, so dass es nicht mehr zu weiteren öffentlichen Beratungen kam.

Nach der harschen Kritik an den Lehrern des Kreises veröffentlichte die Oschatzer Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung“ am 22. Januar einige Proteste kommunistischer Pädagogen.³¹⁰ Die Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, B. Knaust, schrieb, sie habe mit Entsetzen hören müssen, dass die Lehrer „umerzogen“ werden sollten und unfähig zum Umdenken seien. Besonders betroffen habe sie die Aussage gemacht, dass alle Lehrer und Erzieher wie 1945 abgelöst werden müssten. Die Pädagogen würden sich gegen solch pauschale Wertungen wehren. Die Funktionärin des FDGB drohte mit Warnstreiks und Demonstrationen der Massenorganisation sollten die Äußerungen der Montagsrunde unwidersprochen bleiben. Freilich war die Zeit inszenierter kommunistischer Massenkundgebungen vorbei, und es kam weder zu einem Widerruf noch zu Protestaktionen des FDGB. Hier hatte man andere Sorgen, wollte man sich doch von einer Massenorganisation der SED zu einer Gewerkschaft im Sinne des DGB mausern. Außerdem änderten die wütenden Proteste der kommunistischen Pädagogen nichts an der Tatsache, dass die Bevölkerung wusste, wie berechtigt die Vorwürfe waren, und dass es sich gerade bei vielen Pädagogen um überzeugte Anhänger der Diktatur gehandelt hatte. Freilich empörte viele Lehrer die Gleichsetzung mit Nazilehrern. Unter der Überschrift „Pädagogen sind empört“ veröffentlichte die „Leipziger Volkszeitung“ am 30. Januar einen von 27 Direktoren der Schulen des Kreises Oschatz unterschriebenen Aufruf. Hier hieß es, viele Lehrer und Erzieher seien empört, dass ihre Bildungs- und Erziehungsarbeit der vergangenen Jahre negiert werde. Sie verwarften sich auf das schärfste gegen die von Pfarrer Müller erfolgte Gleichsetzung der Pädagogen des Kreises Oschatz mit Lehrern, welche die „faschistische Ideologie“ mitgetragen hätten. Man erwarte umgehend eine öffentliche Entschuldigung. Der Aufruf zeigte, dass viele Pädagogen nicht wahrhaben wollten, dass sie sich mit der kommunistischen und militaristischen Erziehung der Kinder und Jugendlichen sowie mit der Benachteiligung sogenannter „Andersdenkender“ ins Unrecht gesetzt hatten. Statt sich für das bisherige Verhalten zu entschuldigen, wurde von der Bevölkerung eine Rücknahme der ersten klaren Worte zur kommunistischen Erziehungsdiktatur gefordert. Am 8. Februar ging Pfarrer Müller in der „Leipziger Volkszeitung“ auf die Stellungnahmen ein³¹¹ und fragte, was einige Pädagogen eigentlich dazu berechtigte, sich vom allgemeinen Umerziehungsprozess auszuschließen, den der Übergang von einer Diktatur in eine demokratische Gesellschaft nun einmal von allen Bürgern verlange. Mit ihrer Haltung bestätigten die Pädagogen doch nur, was sie so heftig abstreiten würden, dass sie nämlich unfähig zum Umdenken seien. Entschuldigen müssten sich einige Pädagogen bei den Opfern des 40-jährigen SED-geführten Schulsystems dafür, dass sie bestimmten Schülern und ihren Familien sowie ihren eigenen nicht angepassten Kollegen Leid zugeführt hätten. Nicht nur die Opfer der Justiz und des MfS, auch die

310 „Wir wehren uns.“ In: Ebd. vom 30.1.1990.

311 „Geduldete Entschuldigung“. In: Ebd. vom 8.2.1990.

des Schulsystems hätten Anspruch auf Rehabilitierung. In der selben Ausgabe erklärte der Dahleener Zahnarzt Reinhart Dieckmann, die Zuschriften der Direktoren und der Vorsitzenden der Kreisgewerkschaft Unterricht und Erziehung ließen erkennen, dass diese Vertreter des Bildungswesens offensichtlich nicht fähig seien, ihre Arbeit in der Vergangenheit objektiv einzuschätzen. Es könne kaum bestritten werden, dass das berufliche Fortkommen im Bildungswesen beinahe nur denen möglich war, die, abgesehen vom richtigen Parteibuch, die ideologischen Phrasen des alten Regimes am lautesten nachplapperten, dass Schüler christlichen Glaubens schon zu Beginn ihrer schulischen Entwicklung Repressalien ausgesetzt waren oder zumindest kaum gefördert wurden. Er erinnerte an die Gespräche, die mit Jugendlichen geführt wurden, wenn sie die Mitgliedschaft in der FDJ verweigerten. Ein Schüler musste dabei „gegen“ drei Pädagogen antreten, von denen einer der Direktor gewesen sei. Die Pädagogen seien in die Elternhäuser gegangen, um Offiziere zu werben. Viele hätten es nicht gewagt, auf die Jugendweihe zu verzichten und ihre Kinder konfirmieren zu lassen. Plötzlich wollten die Pädagogen nichts mehr vom Hebel Lehrstelle/ EOS/ Studienplatz wissen. Der Ton beider Schreiben unterscheide sich nur wenig von vergleichbaren Verlautbarungen aus der Zeit vor der Wende. Auch einige Lehrer und Erzieher der POS in der Gemeinde Hof begrüßten die Kritik an den DDR-Pädagogen und erklärten, sie würden sich den vielen Forderungen nach einer Erneuerung der Volksbildung anschließen. Die Lehrer müssten bereit sein, ehrlich umzudenken und sich den Vorwurf gefallen lassen, als Werkzeuge zur Durchsetzung einer falschen Politik gedient zu haben. Wer dies nicht einsehe und nicht umdenken könne oder wolle, sollte nicht weiter Lehrer sein dürfen. Kritik an der Volksbildung übten auch einige Lehrer und Erzieher aus Mügeln. Vierzig Jahre SED-Volksbildungspolitik hätten viel Ärger hervorgerufen. Viel zu oft habe man Kritik nicht äußern dürfen. Sie unterstützten die Meinung von Gabi Neubert, dass der Umdenkungsprozess in den Schulen zu schleppend vorangehe. Freilich blieben solche Erklärungen von Lehrern im Kreis Oschatz die Ausnahme. In der Regel schwiegen die Lehrer über ihre Fehler in der Vergangenheit oder reagierten trotzig ablehnend. So hatte es der kleine Kreis von Pädagogen schwer, der in den Schulen des Kreises Oschatz einen Wandel in Gang bringen wollte. Die Stimmung an den Schulen zeigte eine Leserzuschrift, in der beklagt wurde, dass kaum ein Schuldirektor, ein Lehrer oder die Kreisschulrätin die gemachten Fehler offen bekennen würden. Statt dessen höre man laufend Argumente wie: „Es wurde kein Kind wegen seines christlichen Glaubens benachteiligt.“ Ausdrücklich wurde Gabi Neubert vom Neuen Forum für ihren Mut gedankt. Sie sei in Oschatz die erste Lehrerin gewesen, die vor vielen Menschen im November offen Kritik am Schulsystem geübt habe.³¹²

312 „Es ist gut so, dass die Dinge zur Sprache kommen“. In: Ebd. vom 8.2.1990.

Dass sich auch in den Schulen des Kreises selbst mitunter dramatische Szenen abspielten, zeigt ein anonymes Brief an Superintendent Kupke, in dem über die Verhältnisse an der Otto-Eichler-Oberschule Oschatz berichtet wurde. Die hiesige Geschichtslehrerin habe in Anwesenheit der beiden Sekretärinnen und eines älteren Lehrers im Geschäftszimmer der Schule laut moniert, dass sich Schüler der höheren Klassen plötzlich weigerten, weiterhin den „Freundschaftsgruß“ der FDJ zu sprechen. Die Pädagogin habe erklärt, jetzt kämen die Staatsfeinde wie Ratten aus ihren Löchern, wühlten im Dreck herum und hätten „die große Schnauze“. Empört fragte der Verfasser des anonymen Briefes, wie solch eine Pädagogin weiterhin Lehrer sein und Kinder erziehen könne.³¹³ Tatsächlich war die Lage an den Schulen des Kreises in der Umbruchzeit spannungsgeladen. Die Schüler stellten ihre Fragen und nutzten die neue Freiheit, um gegen unbeliebte Lehrer zu protestieren. Besonders betroffen von der „Umwertung aller Werte“ waren die Lehrer für Geschichte und Staatsbürgerkunde, deren ideologisches Denkgerüst sich nicht mehr mit der Wirklichkeit vertrug. Gerade deshalb war die Bedeutung der Montagsrunden und der sich daraus ergebenden öffentlichen Aussprachen für die Themenbereiche „Bildung und Erziehung“ erheblich, kamen hier doch Probleme zur Sprache, die nie zuvor öffentlich thematisiert worden waren.

Neben den zentralen Veranstaltungen in der Kreisstadt gab es auch weiterhin zahlreiche gesellschaftliche Initiativen in den kleineren Städten und Gemeinden. So hatten die katholische Gemeinde Mügeln sowie die evangelischen Gemeinden Altmügeln und Mügeln für den 24. Januar zu einem ökumenischen Friedensgebet mit Kundgebung in die St. Johanniskirche Mügeln eingeladen. Auf der Einladung hieß es: „Die Angst herrscht noch immer. Diese Angst sagt: Unsere Staatsorgane führen die Liste der schwarzen Schafe weiter. Vieles hat den Namen der Wende, aber wir sehen zu wenig Gewendetes.“ In Lampertswalde gründete sich eine Initiativgruppe, die sich ausdrücklich nicht mit der „großen“ Politik, sondern mit lokalen Problemen befassen wollte. Sie wandte sich gegen den Erlass der staatlichen Baubehörde zum Abriss des historisch wertvollen Gärtnerhauses in Lampertswalde, das Teil des ehemaligen, jetzt völlig heruntergewirtschafteten Rittergutes war, nachdem es seit Jahrzehnten von der LPG Tierproduktion „Walter Ulbricht“ Dahlen genutzt wurde. Die Initiativgruppe verhinderte im Dialog mit dem Lampertswalder Bürgermeister und dem LPG-Vorsitzenden in letzter Minute den vorgesehenen Abriss und setzte eine erneute Prüfung des Hauses durch.³¹⁴ In ähnlicher Weise retteten überall in der DDR engagierte Bürger kulturhistorisch wertvolle Gebäude und Stadtteile, die die SED zunächst dem Verfall und später dem Abriss preisgegeben hatte.

Nachdem sich die Regierung Modrow lange Zeit geweigert hatte, Vertreter der neuen politischen Kräfte stimmberechtigt in die „Volksvertretungen“ aller

313 Anonymer Brief (HAIT, Martin Kupke).

314 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 24. 1. 1990.

Ebenen einzubinden, zwang der fortschreitende Zerfall staatlicher Strukturen und der Einfluss Runder Tische und vergleichbarer Gremien auf allen Ebenen den Ministerrat Ende Januar zu einer Kurskorrektur. Die Regierung beschloss, ihre Zusammenarbeit mit den Runden Tischen und oppositionellen Gruppierungen wie Parteien auf allen Ebenen zu verstärken.³¹⁵ Wie auf der Ebene des Bezirkes Leipzig ergaben sich daraus auch für den Rat des Kreises Oschatz Veränderungen. In einer Sondersitzung beauftragte der Rat am 24. Januar den Sekretär des Rates, dem Neuen Forum und der SPD anzubieten, je einen Vertreter als ständige Vertreter zu den Sitzungen des Rates zu delegieren. Diese könnten hier zur Information und Diskussion teilnehmen. Fallweise seien nicht besetzte Ratsfunktionen anderen politischen Kräften zur Neubesetzung anzubieten.³¹⁶ Noch immer wurden freilich die meisten Funktionen von SED/PDS-Mitgliedern ausgeübt.

Am 29. Januar fand um 18.00 Uhr das erste Bürgerforum im Jahr 1990 im vollbesetzten Oschatzer Kino statt.³¹⁷ Im Blick auf die bevorstehenden Wahlen hieß das Thema: „Parteien stellen ihre Programme vor.“ Die Organisation der Veranstaltung hatte die LDPD übernommen. Superintendent Kupke übernahm die Gesprächsleitung. Mit am Tisch saßen Friedmar Freund vom Bürgerkomitee für die Auflösung der Staatssicherheit, Albrecht Böhnisch von der Arbeitsgruppe für Öffentlichkeitsarbeit, Griseldis Voigtländer vom Oschatzer Ökokreis, die bei der Gesprächsleitung assistieren sollte, und Renate Müller als Protokollantin. An der Bühne war auf einem Plakat zu lesen „Alle müssen wählen! Stimmenthaltung schadet der Demokratie!“ Kupke erklärte einleitend, man habe sich versammelt, um die öffentliche Diskussion des Herbstes fortzusetzen. Durch eine anschließende Demonstration wolle man diesem Willen auch öffentlich Nachdruck verleihen. Dies sei nötig, da festzustellen sei, dass sich nichts von allein entwickle. Zwar riefen alle nach schnellen Veränderungen, aber das Rufen allein reiche nicht aus, dafür müsse man etwas tun. Da inhaltliche Auseinandersetzungen nötig seien, stellten die Gespräche kein sinnloses Gerede dar, sondern seien als Methode zu verstehen, die zu Ergebnissen führe. Daher sollten sie fair und sachlich geführt werden, weil sich die Form auch auf den Inhalt auswirke. Jeder möge auf den anderen hören, weil dieser eventuell etwas zu sagen habe, was man noch nicht wisse. Durch Reden, Hören und Denken komme man in einen Lernprozess, der einen weiterbringe. Die ersten beiden Sitzreihen in der Nähe der Mikrofone waren für die Vertreter und Gruppen der Parteien reserviert. Für die Teilnehmer in den hinteren Reihen gab es Handmikrofone. Kupke gab die Themenkomplexe bekannt und bat die Parteien und Gruppen, Stellung zu be-

315 Beschluss des Ministerrates der DDR 11/1/90 vom 25.1.1990. Betrifft: Einschätzung der Lage und Auswertung des Runden Tisches (BArch B, C 20, I/3-2901, Bl. 40-42). Vgl. Richter, Räte, „Volksvertretungen“, Runde Tische, S. 165 f.

316 Beschlussprotokoll der Sonderratssitzung des RdK Oschatz am 24.1.1990 (ALTO, 558). Der „Demokratische Aufbruch“ blieb ohne Bedeutung.

317 Protokoll des Bürgerforums am 29.1.1990 im Oschatzer Kino (HAIT, Martin Kupke).

ziehen und sich persönlich vorzustellen. Die Themen waren als Fragen formuliert: Sollen die Volkskammerwahlen vorgezogen werden? Wie stellen Sie sich das Wahlverfahren und das neue Wahlgesetz vor? Was haben die Parteien im Blick auf die Behinderten im Programm? Welches Frauenprogramm haben die Parteien? Was ist im Blick auf die Berufstätigkeit der Frauen geplant und im Blick auf ihre politische Arbeit? Wie ist die Energiefrage zu lösen? Wie sind die kommunalen Fragen zu bewältigen? Nach der Programmvorgabe erfolgte das Gespräch, wobei die Vertreter der Parteien das Profil ihrer Partei umrissen. Nach einer Diskussion um die Modalitäten der kommenden Wahlen ging es um die Zukunft des NVA-Objektes in der Dresdner Straße in Oschatz. Oberstleutnant Peter Dassler erklärte, die Einrichtung sei Eigentum des Ministeriums für Post und Fernmeldewesen. Dort würden Armeeangehörige ausgebildet. In Zukunft könnte es zum Beispiel als Fernmeldebauamt des künftigen Landes Sachsen oder als Ausbildungsobjekt der Deutschen Post genutzt werden. Eine Arbeitsgruppe werde dem Minister ein Konzept vorlegen. Der Abbau der bisherigen Ausbildung werde etappenweise fortgesetzt. Einer der anwesenden Zahnärzte forderte die Abtrennung eines Gebäudeteiles als Krankenhaus. Das jetzige Krankenhaus könne dann in ein Altersheim umgewandelt werden. Kupke schlug vor, Mediziner und Bauleute sollten sich das Objekt gemeinsam ansehen und über seine Verwendungsmöglichkeit beraten. Nächstes Thema waren die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, die bis Ende Januar im Kreis Oschatz aufgelöst worden waren. Die „Kämpfer“ waren zu diesem Zeitpunkt bereits von ihrem Gelöbnis entbunden und ihre Sammelräume an die Trägerbetriebe zurückgegeben worden. Weisungen, Ordnungen, Dienstvorschriften und Befehle wurden an die Weisungsstelle zurückgeführt und vernichtet. VS-Unterlagen und anderes dienstliches Schriftgut wurden ebenfalls vernichtet bzw. archiviert. Die Fahnen wurden im Volkspolizeikreisamt eingelagert, die Ausbildungsmittel zerstört. Sämtliche Kraftfahrzeuge wurden an das Referat Kfz des Volkspolizeikreisamtes zurückgeführt und die gesamte Nachrichtentechnik der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei in Leipzig übergeben. Waffen und Munition sowie Radiologische Geräte, Pionierausrüstungen und Verpflegung erhielt die Armee, Schlafsäcke wurden der Strafvollzugseinrichtung Torgau übergeben, die Sanitätsausrüstung dem DRK.³¹⁸ Beim Bürgerforum wurde auf Anfrage bekannt gegeben, dass die Uniformbestände von der Volkspolizei übernommen, die Uniformen für 50 Mark verkauft sowie Stiefel und Unterwäsche in Dahlen verschenkt worden waren.

Beim nächsten Thema ging es um Konzepte der Parteien zur Förderung behinderter Menschen. Dazu entwickelte sich eine umfangreiche Diskussion, die deutlich machte, in welchem Maße auch dieser Problembereich im SED-Staat vernachlässigt worden war. Die Vorsitzende des Behindertenverbandes, Brunhild Schüttig, forderte dazu auf, im täglichen Leben gegenüber den

318 Abschlußbericht zur planmäßigen Beendigung der Tätigkeit der Kampfgruppen vom 3. 4. 1990 (SächsStAL, BDVP Leipzig, Nr. 2128).

Behinderten nicht mehr länger gedankenlos und rücksichtslos zu sein. Jeder sollte sich mal in einen Rollstuhl setzen und losfahren. Anni Günster aus der katholischen Gemeinde in Oschatz ergänzte die Kritik am bisherigen Umgang der sozialistischen Gesellschaft mit den Behinderten und erklärte, auch geistig-behinderte Menschen hätten eine Menschenwürde. Mit Hinweis auf die katastrophalen Verhältnisse in der dortigen Psychiatrie erklärte sie, es wäre gut, mal in „das Wermisdorfer Wespennest zu stechen“. Kupke ergänzte, eine Gesellschaft sei so gut, wie sie ihre Gefangenen behandle. In Abwandlung könne man sagen, sie sei so gut, wie sie mit ihren Behinderten umgehe. Es sei erschreckend, dass noch kein kompetenter Vertreter der Stadtverordnetenversammlung daran gedacht habe, Bordsteinkanten in Oschatz für Rollstuhlfahrer abzusenken. SPD-Mitbegründer René Dorow erklärte daraufhin, für ihn seien Behinderten ebenfalls Opfer der 40-jährigen SED-Herrschaft, da man bislang so wenig für die Behinderten in der DDR getan habe. Zum Schluss der Diskussion erklärte Kupke, er hoffe, dieses Gespräch werde zu Hause, in den Parteien, Betrieben und Schulen fortgesetzt, damit Menschen aus ihrer Sprachlosigkeit und Unmündigkeit herausfänden. Er rief nun zur Demonstration auf, die wie üblich auf dem Markt beginnen und enden werde. Zum Abschluss werde dann eine kleine Rede von der LDPD gehalten, welche heute auch den Ordnungsdienst übernommen habe. Bei der folgenden Demonstration warben Plakate für die neugebildete SPD, auf anderen hieß es „BR(D)DR. Gut Ding will Weile haben“ und „Gebt unseren Kindern eine Zukunft in einem freien demokratischen Staat“.

Über einen späten Erfolg konnten sich Ende Januar die Gegner der Errichtung eines Kernkraftwerkes in der Region freuen. Nachdem sich der Bürgermeister der Gemeinde Börln, Döring, Ende Januar in einem Offenen Brief an Ministerpräsident Modrow gewandt und verlangt hatte, dass die Regierung die Bürger der Region endlich über das Vorhaben eines Kernkraftwerkes aufklärt und nicht über die Entscheidung der Bürger weg entscheidet,³¹⁹ signalisierte ein Schreiben der Regierung der DDR das Aus für ein Kernkraftwerk in der Nähe des Ortsteils „Schwarzer Kater“. Bei der Sitzung des Rates des Kreises vom 31. Januar informierte der Vorsitzende des Rates des Kreises über ein Schreiben des Ministers für Schwerindustrie an den Generaldirektor des VE Kombinat Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“ zur Einstellung aller Arbeiten für die Vorbereitung des Standortes. Ein gleichlautendes Schreiben ging an den Rat der Gemeinde Börln.³²⁰ Die friedliche Revolution hatte schließlich auch diesem Unternehmen ein Ende bereitet. Innerhalb der SED setzte sich der Wandlungsprozess fort. Am 2. Februar beschloss der Parteivorstand der SED/PDS, sich künftig nur noch PDS zu nennen. Zwei Tage später fand in Oschatz eine Mitgliederversammlung der PDS mit 400 Teilnehmern statt, auf der ein „einmütiger Wille zum Bruch mit der SED“

319 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 26.1.1990.

320 Vgl. Sitzungsprotokoll des RdK Oschatz vom 31.1.1990 (ALTO, 558).

und zum Eintreten für eine „von Grund auf erneuerte, konsequent demokratische, sozialistische Partei“ formuliert wurde.³²¹ Große Teile der Bevölkerung des Kreises sahen in der Wandlung der Partei jedoch eher einen taktischen Schachzug, um nicht mehr mit der Staatspartei des diktatorischen Systems der DDR gleichgesetzt zu werden. Dass die PDS Konkurrenz bekommen würde, wurde klar, als sich am 3. Februar die SPD für den Kreis Oschatz wiedergründete.³²² In Anwesenheit von SPD-Mitgliedern aus der bundesdeutschen Partnerstadt Blomberg und SPD-Abgeordneten des Nordrhein-Westfälischen Landtages wurde zunächst über die Geschichte der SPD im Kreis, deren frühere Programmatik sowie über Struktur und Aufbau der Partei informiert. Die Diskussion drehte sich vor allem um konkrete Vorstellungen des SPD-Kreisverbandes, mit denen auf allen Ebenen ein spürbarer Aufschwung erreicht werden sollte. Zu diesem Zweck wurden Arbeitsgruppen gebildet. Außerdem wurde über den zukünftigen Umgang mit der PDS debattiert. Abschließend erfolgte die Wahl des geschäftsführenden Arbeitsvorstandes mit Bernd Donaubauber an der Spitze.³²³ Dieser wurde auf der Gründungsversammlung als Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Oschatz bestätigt.³²⁴

Am 5. Februar trat in der Oschatzer Klosterkirche die dritte Montagsrunde zusammen,³²⁵ die sich in ihrem Hauptteil noch einmal mit dem Gesundheitswesen befasste. Inzwischen hatten sich in verschiedenen Kommunen des



Abb. 5: Montagsrunde zum Thema Gesundheitswesen am 5. 2. 1990 in der Oschatzer Klosterkirche

321 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 9. 2. 1990.

322 Vgl. ebd. vom 1. 2. 1990.

323 Vgl. ebd. vom 6. 2. 1990.

324 Vgl. ebd. vom 9. 2. 1990.

325 Protokoll der Montagsrunde vom 5. 2. 1990, Tonbänder und Videokassetten (HAIT, Martin Kupke).

Kreises Runde Tische gebildet. In Wermsdorf wurden am 1. Februar an einem Runden Tisch kommunalpolitische Fragen sowie die Abrechnung des Planes 1989 und der Entwurf des Planes 1990 diskutiert.³²⁶ Der Mügelnener Runde Tisch, der sich aus 25 Vertretern von 17 Parteien und Organisationen zusammensetzte, befasste sich am 5. Februar mit einem Antrag der Volkssolidarität zur Verbesserung der Lebensbedingungen der älteren Generation, mit Fragen der Denkmalpflege, der Heimatgeschichte sowie der Stadtökologie und stellte Überlegungen zur besseren Öffentlichkeitsarbeit des Runden Tisches an. Der Runde Tisch in Dahlen diskutierte am 8. Februar unter anderem über Abwasserprobleme, die Mülldeponie und die künftige Öffentlichkeitsarbeit.³²⁷ In der „Leipziger Volkszeitung“ lobte Lokalreporter Manfred Bajewski den Dahleener Runden Tisch. Dieser sei „konkret und abrechenbar“. Die Leitung wechsele in alphabetischer Reihenfolge aller Parteien, Organisationen und Gruppierungen einschließlich der beiden Kirchen. Der Vorstand bestehe aus zwei gewählten Bürgern. Auf Veranlassung von Bürgermeister Manfred Müller befasse er sich vor allem mit dem Baugeschehen in der Stadt.³²⁸

Zu Beginn der Oschatzer Montagsrunde, die sich anders als die Runden Tische in den Kommunen auf den gesamten Kreis bezog, wurde zunächst mitgeteilt, dass sich inzwischen die Initiativgruppen „Gesundheits- und Sozialwesen“ sowie „Bildung und Schule“ gebildet hatten. Anfragen und Hinweise seien diesen Gruppen zu übergeben. Außerdem gab der Vorsitzende des Bürgerkomitees für die Auflösung der Staatssicherheit, Friedmar Freund, die Zusammensetzung des Bürgerkomitees bekannt. Die Mitglieder stellten sich vor und wurden dann von der Montagsrunde bestätigt. Dem Komitee gehörten neben ihm auch Pfarrer Zehme und der Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Harry Schmidt, an. Zum Thema „Gesundheitswesen“ waren erneut Gäste geladen worden. An der Runde beteiligten sich Kreisarzt Wunder, der ärztliche Direktor des Kreiskrankenhauses, Günther Schmidt, Achim Sebold von der Volkssolidarität in Oschatz und als Bausachverständiger der Projektant Dieter Eckert. Barbara Petzold erinnerte zunächst daran, dass die Regierung der DDR unter Führung der SED nicht in der Lage gewesen sei, die gesundheitlichen und sozialen Bedürfnisse der Bürger zu befriedigen. Es sei kaum etwas getan worden, obwohl die baulichen Mängel an den Gesundheitseinrichtungen, der Personalmangel und die schlechte Bezahlung des medizinischen Personals bekannt waren. Jetzt seien Konzepte für einen wirklichen Sozialstaat nötig, in dem die Menschen die gebührende Achtung erfahren würden. Elke Gramsch berichtete über die drei Altersheime im Kreisgebiet in Hohenwussen, Börln und Gaudlitz mit insgesamt 135 Pflege-

326 Schreiben der Teilnehmer des Runden Tisches Wermsdorf an die Bevölkerung vom 2. 2. 1990 (HAIT, Briefwechsel Sächsische Staatskanzlei). Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 1. und 9. 2. 1990.

327 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 10./11. 2. 1990.

328 Vgl. ebd. vom 19. 1. 1990.

und 69 Feierabendplätzen sowie einer langen Warteliste mit 267 Senioren. Sie wies auch auf die vielen Betten in den Krankenhäusern hin, die durch Pflegepatienten belegt waren, und forderte, Möglichkeiten der häuslichen Pflege zu schaffen. Familienangehörige sollten für ihren Pflegedienst Geld erhalten und für die Dauer der Pflege von ihrem Arbeitsplatz frei gestellt werden. Nach ausführlicher Diskussion über die Einrichtung von Altenhilfekursen berichtete die amtierende Leiterin des Pflegeheimes in Börln, Regine Schwarz, über die dortigen Zustände. Elf Mitarbeiterinnen sorgten dort auf zwei Pflegestationen für 73 Heimbewohner und auf zwei Feierabendstationen für 57 Heimbewohner. Oft hätten sie einen Zwölfstundentag, nachts sei eine Schwester für 130 Heimbewohner zuständig. Das sei nicht zumutbar, der Krankenstand bei den Mitarbeitern steige ständig. Beim jetzigen Stand der Belegung wären zwanzig Mitarbeiter nötig. Außerdem habe die Gemeinde Räume des Heimes, die das Heim selber dringend benötige, mit einem Jugendclub belegt. Die Heimbewohner hätten viel zu wenig Platz, manchen stünden im Schrank nur zwei Fächer zur Verfügung, Essen müssten einige am Nachtschrank, da am Esstisch kein Platz sei. Auch die Sanitäreanlagen reichten nirgends aus. Für drei Zimmer gebe es ein Waschbecken, auf einer Pflegestation für 28 Frauen habe man nur eine Toilette und kein Fäkalienbecken, in einem Zimmer stünden sechs bis neun Betten. Die Zustände seien menschenunwürdig. Auf die Frage, weshalb dem Heim auch noch das einzige Dienstauto entzogen worden sei, habe der Kreisarzt geantwortet, man benötige es für das Landambulatorium in Dahlen. Daraus ergäben sich katastrophale Transportverhältnisse. Überhaupt habe es durch den Rat des Kreises Oschatz als zuständigem Organ immer nur Schwierigkeiten erfahren. Kreisarzt Wunder erklärte daraufhin, dass der Kreis Oschatz in der Tat dringend ein neues Feierabend- und Pflegeheim benötige.³²⁹ Beim nächsten Thema ging es um den Neubau des Kreiskrankenhauses und um einen Barackenneubau im Oschatzer Krankenhaus. Der ärztliche Direktor, Schmidt, wies darauf hin, dass die Baracken für Patienten und Mitarbeiter unzumutbar seien. Seit fünfzehn Jahren sollten sie beseitigt werden, aber noch immer spiele sich darin der tägliche Krankenhausbetrieb mit Patientenbetten, Röntgen- und chirurgischer Abteilung ab. Unter den gegebenen Verhältnissen könne man dort kaum noch arbeiten. In den letzten Jahren seien bereits die Außenwände zusammengebrochen und die Innenwände bei kleinen Erschütterungen zusammengefallen. Die Betten hätten plötzlich schief gestanden, weil der Fußboden eingebrochen sei. Der Projektant, Eckert, erinnerte daran, dass die Baracken seit 1939 dort stünden und nicht mehr reparabel seien. Eigentlich müssten sie baupolizeilich gesperrt werden.³³⁰ Der Arzt des Kreiskrankenhauses Armin Poletnia ergänzte, auch im Hauptgebäude des Krankenhauses seien die Verhältnisse schlimm. Es gebe für vierzig Betten

329 Unter Leitung Kupkes baute die Diakonie ein Pflegeheim, das am 9.11.2000 eingeweiht wurde.

330 Ein neues Krankenhaus wurde am 16. 7.1998 eingeweiht.

zwei Toiletten, man habe Krankenzimmer mit sechs Betten. Die Schwestern hätten keine zumutbaren Räume zum Essen und Umkleiden und die Ärzte keinen ordentlichen Arbeitsplatz. Der Chefarzt des Wermisdorfer Krankenhauses, Bernd Donaubauer, erklärte, bei ihm seien die Verhältnisse ähnlich und schlug die Einsetzung einer Kommission vor, die ein Gesamtkonzept für den Kreis Oschatz erstellen sollte.

Neben den Verhältnissen im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen beschäftigte die Einwohner des Kreises zu diesem Zeitpunkt das Erbe des MfS. Nachdem der zentrale Runde Tisch der DDR gegenüber Ministerpräsident Modrow Mitte Januar die endgültige Auflösung der Staatssicherheit durchgesetzt hatte, wuchsen in der Bevölkerung Forderungen nach einer völligen Offenlegung aller Aktivitäten des MfS und seiner Inoffiziellen Mitarbeiter. Am 22. Januar wies Superintendent Kupke in diesem Zusammenhang Gerüchte zurück, in der Kirche würden die Namen der Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS ausgehängt.³³¹ Überall befürchteten MfS-Mitarbeiter, dass bei einer Bekanntgabe ihrer Namen eine Hetzjagd einsetzen würde. Die Ängste der Inoffiziellen Mitarbeiter verdeutlicht ein anonymer Brief, den Superintendent Kupke in dieser Zeit erhielt. Darin hieß es, der Schreiber hätte nie zuvor daran gedacht, einem Mann der Kirche zu schreiben. Er wende sich nun vertrauensvoll an ihn, weil er große Angst habe, die ihn krank mache und unter der auch seine Familie leide. Er bereue tief und sei nahe daran, seinem Leben ein Ende zu setzen. Er bat den Superintendenten, sich dafür einzusetzen, die Namen aller seiner gegenwärtigen Leidensgenossen nicht bekannt zu machen. Wenn jemals Namen bekannt würden, wäre es das Aus für alle. Wer wolle schon mit einem Spitzel zu tun haben, mit ihm arbeiten, mit ihm sprechen, in einem Haus wohnen? Er und seine Familie wären für Generationen gekennzeichnet. Bei seiner Tätigkeit habe er niemandem persönlich Schaden zugefügt. Das sei die Wahrheit.³³²

Angesichts der allgemeinen Unsicherheit über das Ausmaß des Wirkens der SED-Geheimpolizei wurden ab Februar in einer großangelegten Aktion alle im Kreisgebiet bekannten Objekte und Räume des MfS dekonspiriert und aufgesucht. Unter anderem wurden dabei Wohnungen, Keller und Nebengelasse der ehemaligen leitenden MfS-Mitarbeiter der Kreisdienststelle überprüft.

Am 2. Februar fand erstmals eine öffentliche Begehung der Funkstelle am Collm statt, nachdem das Bürgerkomitee den Hinweis erhalten hatte, dass sich hier vom MfS benutzte Räume befänden.³³³ Zuvor hatte der Leiter der Funkstelle Collm, Teinmar Teubert, in der Presse erklärt, die Funkstelle habe keine Verbindungen zum Fernmeldenetz der SED gehabt und es seien niemals Störsender installiert gewesen. Auf spätere Anfragen, ob der Sender

331 Protokoll von der 2. Montagrunde am 22.1.1990 in der Oschatzer Klosterkirche (HAIT, Martin Kupke).

332 Anonymer Brief an Martin Kupke (ebd.).

333 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 7.2.1990.

nicht bundesdeutsche Fernsehprogramme ausstrahlen könne, erklärte er, die Funkstelle sei mangels technischer Ausrüstung nicht in der Lage, selbstständig TV-Programme auszustrahlen. Sie könne nur die üblichen DDR-Hörfunk- und -Fernsehprogramme empfangen, nicht aber weiter entfernt liegende Sender wie die ARD oder das ZDF.³³⁴ An der Begehung nahmen Vertreter der Parteien, Oberstleutnant Schmidt und Pfarrer Zehme für das Bürgerkomitee, Kreisstaatsanwalt Jörg Winkler und Gabi Liebegall von der „Leipziger Volkszeitung“ teil. Mit dem Fahrstuhl gelangten sie in die 19. Etage, wo sich ein fensterloses Zimmer mit der Bezeichnung „T 190“ befand, in dem sich Sender, Empfänger und Verstärker befanden. Der Funkstellenchef erklärte, er habe den Schlüssel für diesen Raum nur bei Havarie aus einem versiegelten Kästchen entnehmen dürfen, an dem der Hinweis stand: „Nur vom MfS zu öffnen“. Gelegentlich seien Mitarbeiter des MfS hergekommen, z. B. ein Herr Wolf aus Berlin und ein Herr Campioni aus Leipzig. Vom 6. bis 9. November 1989 habe sich hier ein Herr Proschmann aus Berlin Tag und Nacht aufgehalten. Am Begehungstag waren die Geräte bereits außer Betrieb. Der Kreisstaatsanwalt versiegelte den Raum.

Nach der technisch-organisatorischen Beseitigung der MfS-Strukturen im Kreis bestimmte die Frage der Offenlegung der Namen der Inoffiziellen Mitarbeiter die Diskussionen der Bevölkerung noch bis über das Jahr 1990 hinaus. Während ein Teil der Bevölkerung forderte, die Akten offen zu legen, erklärten Friedmar Freund, Berthold Zehme und Harry Schmidt als Vertreter des Bürgerkomitees für die Auflösung der Staatssicherheit im Frühjahr auf der Lokalseite der „Leipziger Volkszeitung“, der menschliche Schaden wäre in diesem Fall vielleicht größer als der „Erfolg“, den sich einige versprechen. Mit der Bekanntgabe würde eine „Welle des Hasses, der Vergeltung und Diskriminierung dieser Bürger in den Betrieben und Wohngebieten verursacht“ werden. Es sei notwendig, zunächst einmal zu prüfen, unter welchen Bedingungen die einzelnen Inoffiziellen Mitarbeiter zu ihrer Mitarbeit erpresst worden seien.³³⁵ Da der Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Schmidt, ebenfalls zum Bürgerkomitee gehörte, zog die DSU am 9. Mai in der „Leipziger Volkszeitung“ dessen Aussage in Zweifel, dass er als Polizeichef von Oschatz nicht mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet habe. Staatsanwalt Bernd Lehmann erklärte in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 20. Mai, die im Kreis Oschatz vom Bürgerkomitee vertretene Ansicht, die Liste derer, die als Inoffizielle Mitarbeiter oder in ähnlichen Funktionen für das ehemalige MfS wohlwissend tätig gewesen seien, nicht zu veröffentlichen, sei nicht der Weisheit letzter Schluss. Einige Bürger hätten sich bewusst zu dieser „ehrenamtlichen Tätigkeit“ verpflichtet, nicht ohne Eigennutz, mitunter zum ausgesprochenen Nachteil anderer. Viele hätten zu Lasten ihrer Mitbürger Vergünstigungen erhalten und materielle Vorteile gehabt.

334 Vgl. ebd. vom 20./21.1.1990.

335 Vgl. ebd. vom 11.4.1990

Angesichts der massiven Angriffe gegen Partei- und Staatsfunktionäre aller Ebenen nutzte die Regierung Modrow die verbleibende Zeit bis zu ihrer sicheren Abwahl, um die bisherigen Getreuen des Regimes zu versorgen und zu schützen. Neben der Unterbringung ehemaliger Funktionäre in neuen Stellen legte die Regierung fest, dass jedermann belastende Angaben aus seinen Personalunterlagen entfernen konnte. In Umsetzung entsprechender Anweisungen beschloss auch der Rat des Kreises Oschatz am 8. Februar „Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechtssicherheit im Umgang mit Personalunterlagen und Personalprojekten“³³⁶ und legte fest, dass alle Mitarbeiter die Möglichkeit erhielten, in ihre Personalakte Einsicht zu nehmen. Es wurden Personalbögen mit reduziertem Fragespiegel ausgegeben und beschlossen, die Arbeit mit dem zentralen Kaderdatenspeicher des Rates mit sofortiger Wirkung einzustellen. Daten und Signiervorschriften waren zu archivieren, „überflüssige Unterlagen“ aus den Personalakten zu entfernen und den Mitarbeitern zu übergeben. Dazu gehörten Erklärungen über Kontakte bzw. Beziehungen zu Bürgern aus dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“, Duplikate, Schriftstücke mit Hinweisen auf bereits gelöschte Disziplinarmaßnahmen oder getilgte Strafen sowie „unwesentliche Unterlagen“. Die Aktion gab damit auch allen Partei- und Staatsfunktionären die Gelegenheit, belastendes Material aus ihren Personalunterlagen zu entfernen. Von nun an waren folgende, bisher übliche Kategorien in den Personalbögen nicht mehr erfasst: Ausgeübte Tätigkeit der Erziehungsberechtigten, Zugehörigkeit zu Parteien und Massenorganisationen, Wahlfunktionen, Besuch von Parteischulen und anderen Schulen, Teilnahme am antifaschistischen Widerstandskampf, Zugehörigkeit zu bewaffneten Organen, Auszeichnungen, Zugehörigkeit zu „faschistischen Organisationen“, Kriegsgefangenschaft, Angaben über Eltern und Geschwister sowie alle früheren Wohnanschriften.

4.9 Erste freie Wahlen und politischer Neuanfang

Ab Mitte Februar war die politische Situation vor allem von der organisatorischen wie programmatischen Profilierung aller Parteien und Gruppierungen, der Arbeit von Runden Tischen, Bürgerforen und -komitees, Veränderungen in der Funktionsweise des Staatsapparates auf Kreisebene sowie zunehmend vom Wahlkampf bestimmt. Der Vorsitzende des Rates des Kreises erklärte am 12. Februar, im Kreis sei ein Prozess des Dialogs mit neuen politischen Parteien, basisdemokratischen Gruppen und Bürgerinitiativen in Gang gekommen, der dazu beitrage, im gegenseitigen Lernprozess Misstrauen und Vorbehalte abzubauen. Es sei zur Annäherung der Standpunkte gekommen und es wären Aktivitäten zur Lösung anstehender Aufgaben entwickelt worden. Das enge Zusammenwirken mit den Runden Tischen sei für

336 Beschlussvorlage des RdK Oschatz vom 8.2.1990 (ALTO, 5590).

die Reform des politischen Systems in der DDR unverzichtbar. Deshalb habe der Rat des Kreises dem Neuen Forum und der SPD angeboten, ein ehrenamtliches Mitglied in den Kreistag zu schicken, was von diesen auch angenommen worden sei. Es gebe inzwischen auch eine klare Abgrenzung zwischen Legislative und Exekutive. Die Wirtschaft befinde sich in der Übergangsphase von der Plan- zur Marktwirtschaft.³³⁷ Dass es sich bei dieser Einschätzung nicht um die Beschreibung eines nun andauernden Zustandes, sondern um die Momentaufnahme während eines bald abgeschlossenen Transformationsprozesses handelte, machte das Bürgerforum am 12. Februar im Oschatzer Kino deutlich, bei dem es in Anwesenheit zweier Bundestagsabgeordneter und von Gästen aus der bundesdeutschen Partnerstadt Blomberg um den Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands ging.³³⁸ Die Zuhörer konnten sich wieder am Gespräch beteiligen. Superintendent Kupke erklärte, das Thema der deutschen Einheit sei jetzt mehr oder weniger Ziel aller Parteien. Das sei erstaunlich und zeuge von einer rasanten Entwicklung. Noch im Dezember habe die Presse mit dem Hinweis, das Thema sei nicht aktuell, kaum darüber schreiben wollen. Er plädierte dafür, nach den freien Wahlen am 6. Mai in beiden deutschen Staaten einen Volksentscheid über die deutsche Frage durchzuführen, und stellte wie üblich einige Fragen in den Raum: Was erwarten Sie von der deutschen Einheit? Wann und wie sollte sie kommen? Welche Bedeutung werden die militärischen Blöcke dabei haben? Welche Bedeutung haben die Siegermächte für den Einigungsprozess? Welche Rolle wird die Idee vom Sozialismus für ein geeintes Deutschland spielen? Wann und wie erwarten Sie die Währungsunion? Die anwesenden Parteivertreter sprachen sich fast alle für eine baldige deutsche Einheit aus, nur die PDS plädierte für ein langsames Zusammenwachsen beider deutscher Staaten auf neutraler Grundlage. Nach der Gesprächsrunde gingen die Versammelten wie gewohnt zur Demonstration auf die Straße. Sie trugen deutsche Fahnen. Auf einem Transparent hieß es „Für ein vereinigtes Deutschland. Für ein friedliches Neben- und Miteinander mit den Völkern Europas und der ganzen Welt!“³³⁹

Am 14. Februar trat der Kreistag zu seiner 3. Tagung zusammen.³⁴⁰ Ratsvorsitzender Küttner sprach davon, dass die revolutionäre Umgestaltung auch den Kreis Oschatz erfasst habe. Die Grundlagen und das generelle Herangehen an die „Ausarbeitung staatlicher Orientierungsgrößen“ hätten sich wesentlich verändert. Alle Zielstellungen würden nun „auf breiter, demokratischer Basis von unten nach oben ausgearbeitet“ und vor Beschlussfassung mit den Bürgern „unter Einschluss aller neuen demokratischen Par-

337 RdK Oschatz: Referat zur Stabilisierung des gesellschaftlichen Lebens im Kreis Oschatz vom 12.2.1990 (ebd. 555).

338 Protokoll des Bürgerforums am 12.2.1990 im Oschatzer Kino (HAIT, Martin Kupke).

339 Zu den Einzelheiten der Diskussion Kupke, Die Wende in Oschatz, S. 55-59. Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 14.2.1990.

340 Protokoll der 3. Tagung des Kreistages Oschatz am 14.2.1990 (ALTO, 555).

teien, Bewegungen und Beratungsgremien“ erörtert. Deswegen sei dem Kreisvorstand der SPD und der Oschatzer Basisgruppe des Neuen Forums angeboten worden, dem Kreistag die Wahl eines ehrenamtlichen Ratsmitglieds ohne Geschäftsbereich vorzuschlagen. Mit der Wahl werde die Handlungsfähigkeit des Rates auf eine „breitere und tragfähigere demokratische Grundlage“ gestellt.³⁴¹ Tatsächlich wurden bei der Tagung Uwe Münkner für das Neue Forum und Wolfgang Reichelt für die SPD in den Kreistag kooperiert.³⁴² Der Rat des Kreises hatte zuvor vorgeschlagen, zur Erhöhung der Eigenständigkeit des Kreistages und zur Abgrenzung von Legislative und Exekutive ein ständiges Präsidium und einen Vorsitzenden des Präsidiums zu wählen. Die Vorsitzenden der Fraktionen entschieden sich jedoch mehrheitlich dafür, die Tagungen des Kreistages bis zum 6. Mai durch eine nach dem Rotationsprinzip gewählte Tagungsleitung mit einem Arbeitspräsidium leiten zu lassen. Frank Kupfer informierte über die Beendigung der Tätigkeit der Vorschlagskommission, die inzwischen 98 Vorschläge an die Arbeitsgruppen der ständigen Kommission verteilt hatte.

Beim Bürgerforum am 21. Februar stellten sich zu Beginn der „heißen Phase“ des Volkskammerwahlkampfes sieben Parteien und Bürgerbewegungen vor.³⁴³ Das Kino war wieder nur halb gefüllt. Die Tatsache, dass das Kino nur halbvoll war, deutete darauf hin, dass die Transformationsgremien ihre Funktion erfüllt hatten. An ihre Stelle traten nun im Wahlkampf bereits die Funktionsmechanismen parlamentarischer Demokratie. So war es nur folgerichtig, dass die Montagsrunden eingestellt wurden. Als Podium der Parteien und Gruppen hatte die Montagsrunde eine wichtige Rolle gespielt, nun gingen die an ihr geübten Formen direkter Demokratie in die des künftig repräsentativen Systems über. Die Bürgerforen wurden noch bis zu den Kommunalwahlen dazu genutzt, den Parteien die Möglichkeit zu geben, ihre Programme zu erläutern, aber auch sie wurden immer mehr von eigenen Wahlkampfveranstaltungen der Parteien an den Rand gedrängt.

Mit einem Rückblick auf die wenigen Möglichkeiten freier und geheimer Wahlen und Wahlentscheidungen der letzten siebenzig Jahre deutscher Geschichte unterstrich Kupke am 21. Februar die Notwendigkeit einer Beteiligung an kommenden Abstimmungen. Das Anliegen des heutigen Abends sei es, die Unterschiede in den Parteiprogrammen zu erkennen. Kupke bat die Parteien, sich konkret dazu zu äußern, wie sie sich die Bindung Deutschlands an die Militärblöcke vorstellten. PDS und SPD bat er, sich zur Idee des Sozialismus zu äußern, weil deren Haltung die Wähler interessiere. Im vorläufigen Statut der SPD stehe im Paragraphen 2, die Partei stehe den Traditionen der

341 Referat des Vorsitzenden des RdK vor dem Kreistag Oschatz am 14.2.1990 (ebd.).

342 Reichelt, der von 1975 bis 1981 Mitglied der LDPD gewesen war, wurde allerdings bereits auf der nächsten Tagung des Kreistages am 22. März auf eigenen Wunsch wieder abberufen.

343 Protokoll des Bürgerforums am 21.2.1990 im Oschatzer Kino (HAIT, Martin Kupke). Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 24./25.2.1990.

europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten nahe. Dies bat er zu interpretieren. Erneut wurde gebeten, den Wahlkampf nicht zur Schlammschlacht ausarten zu lassen, sondern sich fair auseinander zu setzen. Die Parteien stellten sich in alphabetischer Reihenfolge vor. Begonnen wurde mit der CDU, die auf DDR-Ebene mit der DSU und dem Demokratischen Aufbruch das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ eingegangen war. Beide Parteien waren im Kreis Oschatz noch nicht in Erscheinung getreten. Nach längerer Diskussion kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Parteien um die Mitgliedschaft von SED-Mitgliedern in der SPD. Der Vorsitzende des SPD-Bezirksverbandes Leipzig, Karl August Kamilli, kritisierte „die doppelte Wende“ der CDU und ließ sich in diesem Zusammenhang zu einer polemischen Art des Wahlkampfes hinreißen, die es unter der Regie der Kirche so bislang nicht gegeben hatte. Seine Äußerungen wurden mit Pfiffen und Tumult quittiert und veranlassten Kamilli, sich zu entschuldigen. Nach der Vorstellung der Parteien informierte Dieter Köhncke darüber, dass sich eine Arbeitsgruppe mit dem NVA-Objekt befasst habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass sich dieses Objekt nicht zum Krankenhaus umfunktionieren lasse. Man könnte allenfalls eine Medizinische Fachschule darin unterbringen.

Am 26. Februar kam es zur vierten Zusammenkunft des Runden Tisches in Mügeln, bei dem vielfältige Themen von der künftigen Gestaltung des 1. Mai bis hin zu Fragen der Stadtökologie, des Denkmalschutzes oder Städtepartnerschaften beraten wurden. Auch der Runde Tisch in Dahlen kam an diesem Tag zum vierten Mal zusammen, um sich mit den Vorstellungen der in der Stadt wirkenden Parteien und Organisationen zu befassen. Hier wurde Kritik an mangelnden Aktivitäten der Parteien im Wahlkampf geübt sowie über Optionen für eine Städtepartnerschaft und Aktivitäten der Bürgerinitiativen informiert. Die „Leipziger Volkszeitung“ informierte darüber, dass sich am 28. Februar eine Kreisgruppe der Grünen Partei³⁴⁴ und am 1. März die überparteiliche Initiative „Demokratie Initiative 90“ konstituiert habe, deren Ziel die „praktische Ausübung der Volkssouveränität durch dreistufige Volksgesetzgebung“, bestehend aus Initiative, Begehren und Bescheid, sei.³⁴⁵ Bei den Runden Tischen wurde immer wieder dazu aufgefordert, im Wahlkampf fair miteinander umzugehen. Das war auch notwendig, denn die für die Bevölkerung ungewohnten politischen Auseinandersetzungen wurden, auch angesichts der sich mit dem Ergebnis verbindenden, tiefgreifenden Richtungsentscheidung für die DDR, mit aller Härte geführt. Bereits im Februar war deswegen zwischen den Parteien, Vereinen, dem Bürgerforum und der Kirche eine Sicherheitspartnerschaft verabredet worden.³⁴⁶ Trotzdem sah sich das Volkspolizeikreisamt Anfang März veranlasst, sich mit den Wahl-

344 Vgl. ebd. vom 28.2.1990.

345 Vgl. ebd. vom 1.3.1990.

346 VPKA Oschatz, Protokoll zur Beratung am 9.2.1990 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4806).

auseinandersetzungen zu befassen. Hauptmann Werner Schneider berichtete, dass sich Bürger bei der Volkspolizei beschwert hätten und Anzeige erstatten wollten, weil ihre Häuser mit Wahlplakaten beklebt worden waren. Alle „Genossen“, so trotz gegenteiliger Bekundungen weiterhin die sogar so protokollierte interne Anrede in der Volkspolizei,³⁴⁷ beschlossen, die Betroffenen an die jeweiligen Parteien zu verweisen. Nach Hinweisen, dass es bei einer CDU-Veranstaltung in einer Landgaststätte in Dahlen zu Krawallen kommen könnte, wurde ein zuständiger ABV beauftragt, die Situation vor Ort in Augenschein zu nehmen. Der Leiter des Volkspolizeikreisamtes, Schmidt, sorgte auch kurz vor den ersten freien Wahlen nicht nur weiterhin für die ideologische Ausrichtung seiner „Genossen“, sondern auch für die altgewohnte militärische Disziplin. Mit Bedauern nahm er zur Kenntnis, dass in letzter Zeit „eine gewisse Oberflächlichkeit“ und „Laschheit“ eingezogen seien. Nach dem Prinzip „Ordnung muss herrschen“ verlangte er, ihm sofort alle Fälle von Disziplinlosigkeit schriftlich mitzuteilen.³⁴⁸ Schmidt ordnete an, das „Anbringen und die Verbreitung von schriftlichen Parolen und Losungen mit faschistischem, neofaschistischem, nationalistischem bzw. rassistischem Inhalt“ zu verhindern. Wahlpropaganda der Republikaner sei verboten und zu unterbinden.³⁴⁹ Vom Verbot linksextremer Parteien wie der seinen war keine Rede.

Am 5. März stellten sich die Kandidaten für die bevorstehende Wahl noch einmal beim Bürgerforum im Oschatzer Kino vor.³⁵⁰ Kupke erklärte einleitend, das vorige Mal sei es um die Parteiprogramme gegangen, noch wichtiger aber seien die Menschen, die sie verwirklichten. Deshalb würden sich heute die Kandidaten persönlich vorstellen. Die Bevölkerung wolle die Kandidaten kennen und wissen, wie sie das Programm ihrer Parteien verwirklichen wollten. Bisher sei das Volk veralbert, belogen und betrogen worden. Es gehe künftig um die Frage, wie die Menschen zu ihrem Recht kommen könnten und wie es politisch und wirtschaftlich, aber auch wie es menschlich und ökologisch weitergehe. Die Art und die Ergebnisse des künftigen Handelns der erstmals frei gewählten Volkskammer seien von historischer Bedeutung. Kupke ließ Listen durch die Reihen geben, auf denen sich Bürger eintragen konnten, die in einem Wahlvorstand mitarbeiten wollten. Dazu erläuterte eine Vertreterin der Bezirkswahlkommission die Wahlmodalitäten. Danach erfolgte die Vorstellung der Kandidaten, diesmal in umgedrehter alphabetischer Reihenfolge. Nach der Vorstellung und langer Diskussion³⁵¹ bedankte sich Kupke bei der PDS, die diesmal für die Organisation zuständig war. Für den

347 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 25.1.1990.

348 VPKA Oschatz, Protokoll zur Beratung am 2.3.1990 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4806).

349 VPKA Oschatz, Aufgabenstellung des Leiters des VPKA Oschatz zur Wahl der Volkskammer am 18.3.1990 (ebd. 4813).

350 Protokoll des Bürgerforums am 5.3.1990 im Oschatzer Kino (HAIT, Martin Kupke).

351 Zu den Einzelheiten der Diskussion vgl. Kupke, Die Wende in Oschatz, S. 60–63.

nächsten Montag wurden Informationen zum Wahlverfahren angekündigt. Die Organisation werde dann in den Händen der NDPD liegen.

Nach jahrzehntelanger Diktatur und den Einheitslistenwahlen in der DDR war die erste freie Wahl ein wichtiges Kampfziel der demonstrierenden Massen. Vor allem von der Volkskammerwahl am 18. März 1990 wurde eine Richtungsentscheidung hinsichtlich der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands erwartet. Dennoch äußerten im Kreis Oschatz viele Bürger vor der Wahl, dass sie trotz der Vorstellungsrunden der Parteien und der Kandidaten nicht so recht wüssten, wen sie wählen sollten. Auch die Diskussionen bei den Bürgerforen hatten gezeigt, dass viele Menschen Schwierigkeiten bei der Beurteilung der Parteienlandschaft und Probleme mit vielen Kandidaten hatten, die sie mit den bisherigen Verhältnissen in Zusammenhang brachten. So zeigte sich im Kreis eine gewisse Wahlunsicherheit, und es gab auch Stellungnahmen, sich nicht an der Wahl beteiligen zu wollen. Um der ihm im Prozess der friedlichen Revolution zugewachsenen politischen Verantwortung gerecht zu werden, veröffentlichte Superintendent Kupke am 7. März in der „Leipziger Volkszeitung“ einen Wahlauf Ruf unter dem Titel: „Wenn ich wüsste, wen ich wählen soll?“ Mancher Zeitgenosse, so hieß es hier, sei angesichts der Menge für ihn undurchsichtiger Parteien unsicher. Damit keiner auf die Idee komme, nicht zur Wahl zu gehen, gab er zu bedenken, dass Wählen heiße, sich zu entscheiden. Wer sich nicht entscheide, über den werde entschieden. Wählen heiße auch, die neue Freiheit zu gebrauchen, zu lenken, Einfluss zu nehmen, die Gesellschaft zu gestalten, von der man lebe, an die Zukunft zu denken, sich zu informieren, zu vergleichen, abzuwägen und Dinge zu bedenken. Dabei entstehe ein ausgewogenes Urteil und die Menschen würden reifer. Urteilsfähige Menschen aber brauche die neue Gesellschaft. Wählen heiße, sich für eine Partei zu entscheiden, von der man annehmen könne, dass sie am ehesten Entscheidungen für gute Veränderungen trifft. Nicht zu wählen heiße, sich die Sache leichter zu machen, als sie sei und sich aus der Verantwortung zu stehlen, die jeder habe. Deswegen forderte er alle heimlichen Nichtwähler dringend auf zu wählen, auch weil dieses Recht schwer erkämpft worden sei.

Beim Bürgerforum am 12. März in der Klosterkirche gab es noch einmal Informationen zur Wahl, freilich erschienen nur noch etwa dreißig Bürger. Viele wussten schon, wen sie wählen würden und wie die Formalitäten aussahen, andere waren nicht interessiert. Kupke betonte, jeder Bürger könne froh sein, endlich frei wählen zu können. Dieses Recht habe sich die Bevölkerung erkämpft, nun müsse sie auch Gebrauch davon machen. Der Ausgang der Wahl entscheide über ihre Zukunft. Diesmal solle es korrekt zugehen, Wahlfälschungen wie im Mai 1989 dürften nicht ermöglicht werden. Deshalb hätten sich auch viele Menschen für die Wahlvorstände in den Wahllokalen gemeldet. Es gebe ein neues Wahlgesetz, zu dem viele Anfragen vorlägen. Bei der Zusammenkunft würden diese Fragen von Experten beantwortet werden. Nun folgte ein eher kurzes Gespräch über die Wahlmodalitäten, denn im Zen-

trum der Stadt lief der Wahlkampf auf Hochtouren. So führten am 10. März CDU und SPD in der Oschatzer Innenstadt Wahlkampf durch. Die CDU hatte eine Großkundgebung organisiert und Lothar Späth nach Oschatz eingeladen. Das dafür vorgesehene Kino war überfüllt, so dass die Kundgebung auf den Markt verlegt wurde.³⁵² Hier warben bereits die Sozialdemokraten mit Wurst und Freibier um die Wählergunst.³⁵³ Anfang März hatte die CDU auf einem CDU-Kreisparteitag ihren bisherigen Kreisvorsitzenden, Ullrich Hofmann, wiedergewählt.³⁵⁴ Setzte die CDU damit auf ihre bisherigen Altfunktionäre, versuchten Anhänger der CDU/CSU einen politischen Neuanfang und gründeten am 6. März einen DSU-Kreisverband.³⁵⁵ Auf einer Wahlkampfveranstaltung der PDS am 14. März warb der Spitzenkandidat der PDS für den Bezirk Leipzig, Dietmar Keller, für die Ziele der erneuerten SED.³⁵⁶ Dass sich der Wahlkampf nicht nur auf die Kreisstadt konzentrierte, zeigte der am selben Tage durchgeführte fünfte Runde Tisch in Mügeln, bei dem es ebenfalls um die bevorstehenden Volkskammerwahlen ging.³⁵⁷

Am 18. März fanden in der DDR erstmals freie, gleiche und geheime Wahlen zur Volkskammer statt. In Oschatz hatte die SED-Kreisleitung im Frühjahr 1989 eigentlich für diese Zeit eine Kreisdelegiertenkonferenz geplant und sich sogar schon detailliert über die Ausgestaltung Gedanken gemacht. Auf einer Bühne im Thomas-Müntzer-Haus sollte das Emblem des XII. Parteitages der SED auf weißem Untergrund umgrenzt von roten und DDR-Fahnen prangen.³⁵⁸ Inzwischen wehten andere Fahnen, und die Bürger konnten erstmals seit Jahrzehnten selbst entscheiden, von wem sie regiert werden wollten. Die Wahl selbst verlief im Gegensatz zum Wahlkampf im Kreis ruhig. Wie im Mai 1989 registrierte die Volkspolizei „keine Vorkommnisse oder andere die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigenden Handlungen“.³⁵⁹ Auch die Wahlbeteiligung lag mit 95,17 Prozent³⁶⁰ nur knapp unter der des Vorjahres. Nur das Wahlergebnis war dem der letzten Einheitslistenwahl diametral entgegengesetzt.

352 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 14. 3. 1990.

353 Vgl. ebd. vom 13. 3. 1990.

354 Vgl. ebd. vom 6. 3. 1990.

355 Vgl. ebd. vom 14. 3. 1990.

356 Vgl. ebd. vom 16. 3. 1990.

357 Vgl. ebd. vom 17./18. 3. 1990.

358 SED-KL Oschatz: Konzeption zur Ausgestaltung des Konferenzgebäudes bzw. der Sichtagitation am 17. 3. 1990 (SächsStAL, SED IV F-4/10/060).

359 VPKA Oschatz, Auswertung der Wahlen zur Volkskammer am 18. 3. 1990 (SächsStAL, VPKA Oschatz 4813).

360 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 24./25. 3. 1990.

Wahlergebnisse des Kreises Oschatz im Vergleich³⁶¹

	Kreis Oschatz	Bezirk Leipzig	DDR
CDU	49,74	39,38	40,8
PDS	15,37	14,43	16,4
SPD	14,32	21,45	21,9
DBD	5,47	1,67	2,2
FDP (Liberalen)	4,88	5,39	5,3

Damit lag der Stimmenanteil für die CDU im Kreis Oschatz etwa zehn Prozent über dem Ergebnis des Bezirkes Leipzig und der gesamten DDR und knapp unter der absoluten Mehrheit. Umgekehrt bedeutete das Ergebnis für die SPD ein Desaster. Sie erhielt im Kreis rund sechs Prozent weniger Stimmen als im Durchschnitt des Bezirkes und der DDR. Auch die Liberalen blieben hinter dem Durchschnitt zurück. Der Anteil an PDS-Stimmen entsprach in etwa den Ergebnissen auf DDR-Ebene. Sehr viel besser schnitt im agrarisch geprägten Kreis hingegen die Demokratische Bauernpartei ab. Deutlich zeigte sich, dass die bisherige SED-Alleinherrschaft im Kreis Oschatz keinerlei demokratische Legitimierung besessen hatte und die Parolen der SED von der Verankerung der Partei in der Bevölkerung einzig der Legitimierung der kommunistischen Diktatur gedient hatten.

Noch standen die Kommunalwahlen aus, mit denen in Kreisen und Kommunen demokratische Verwaltungsverhältnisse geschaffen werden sollten. Am 21. März beschloss die Oschatzer Stadtverordnetenversammlung die Bildung einer Wahlkommission für die bevorstehenden Wahlen der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen am 6. Mai.³⁶² Am 22. März trat der Kreistag zu einer Sondersitzung zur Vorbereitung der Wahl zusammen.³⁶³ Am 30. März teilte die Wahlkommission den Kreis Oschatz in sechs Wahlkreise ein.³⁶⁴ Um die Vorbereitung dieser Wahlen ging es auch bei der 4. Montagrunde am 2. April in der Klosterkirche.³⁶⁵ Wieder war der Besuch eher mäßig. Am Tisch in der Runde saßen die bereits bekannten Vertreter der Parteien und Gruppen, außerdem als geladene Gäste der Bürgermeister von Oschatz, Günter Hetmank, der Vorsitzende der Kreiswahlkommission, Udo Barthen, Rechtsanwältin Jutta Brieger und Gabi Liebegall von der „Leipziger Volkszeitung“. Einleitend erklärte Superintendent Kupke, es gehe um die Vorbereitung der Kommunalwahlen und um die künftige Kommunalpolitik. Über die Durch-

361 FAZ vom 20. 3. 1990.

362 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 23. 3. 1990.

363 Protokoll der 4. Tagung des Kreistages Oschatz am 22. 3. 1990 (ALTO, 556).

364 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 30. 3. 1990.

365 Protokoll der 4. Montagrunde in der Oschatzer Klosterkirche am 2. 4. 1990 (HAIT, Martin Kupke).

führung der Wahl sei noch wenig bekannt. Wahlgesetz und Wahlordnung seien noch nicht veröffentlicht, dadurch vergehe die Zeit ungenutzt, und die Bevölkerung könne sich nicht genügend in die Wahlvorbereitung einbringen. Er frage sich, ob jemand verhindern wolle, dass die Wahl gelinge und ob absichtlich irgendwo gebremst werde. In einer zweiten Runde gehe es um Fragen der Kommunalpolitik, auch hier fehlten Informationen. In dieser Hinsicht habe sich durch das zentralistische DDR-System, in dem Kreise und Kommunen ihre Anweisungen von oben erhielten, ein Zustand entwickelt, in dem keiner mehr entscheiden wolle, weil niemand gewohnt sei, Verantwortung zu übernehmen. Kupke informierte darüber, dass noch bis zum 6. April Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung und für den Kreistag nominiert werden könnten. Gesucht würden Kandidaten, die bereit seien, sich persönlich einzusetzen und umzulernen. Gebraucht würden hauptamtliche Kommunalpolitiker, die vertrauenswürdig, integer und kompetent seien. Das Gemeinwohl solle bei ihnen über den Privatinteressen stehen. Künftige Entscheidungen könnten nur im Miteinander von Gruppen, Parteien, Parteilosen und Kirchen gefällt werden. Auf ein solches Miteinander solle man sich schon heute einstellen. Als Vorsitzender der Kreiswahlkommission informierte Udo Barthen über die technischen Vorbereitungen zur Wahl. Alle Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der Bürgerbewegungen seien eingeladen und informiert worden. Vorschläge aus der Bevölkerung habe die Kreiswahlkommission bis zum 9. April zu bearbeiten. Die Vertreterin der Presse versprach, stärker auf die Wahl hinzuweisen und Informationen über den Wahlhergang zu geben. Diskutiert wurde unter anderem über die Frage, wie vermieden werden könne, dass unerkannte Mitarbeiter des MfS bei der Kommunalwahl auf die Kandidatenliste gelangten. Beim Gespräch stellte sich heraus, dass eine vorherige Prüfung kaum möglich war. Bei der Diskussion kommunaler Fragen wurde unter anderem diskutiert, ob die Räte der Stadt und des Kreises noch Entscheidungen fällen dürften, die Auswirkungen auf die Zeit nach dem 6. Mai hatten. Dazu gehörten Fragen wie des Verkaufs von Grund und Boden, verbindliche Aussagen zu Bauvorhaben oder die künftige Nutzung des NVA-Objektes. Bürgermeister Hetmank erklärte, nach wie vor fänden jede Woche Ratssitzungen statt, auf denen Entscheidungen getroffen würden. Einige Beschlüsse seien jedoch angesichts der bevorstehenden Wahlen ausgesetzt worden. Grund und Boden verkaufe der Rat weiterhin auf bisheriger gesetzlicher Grundlage. Unter den Anwesenden wurde daraufhin die Befürchtung geäußert, dass sich in Erwartung der Währungsunion Grundstücksspekulanten betätigen könnten. In Berlin hätten MfS-Mitarbeiter Grundstücke zum Schleuderpreis erworben. Hetmank entgegnete, ihn würden in dieser Sache laufend kritische Briefe erreichen. Er könne sich vorstellen, dass eine Person vom Bürgerkomitee benannt werde, die bei Grundstücksverkäufen die Verantwortung mittrage. Kupke bat daraufhin den Vorsitzenden des Bürgerkomitees, Friedmar Freund, eine solche Person zu benennen. Zum NVA-Objekt wurde erklärt, die Kliniken Hubertusburg bekämen dort eine



Abb. 6: Vorstellung der Kandidaten für die Kommunalwahl beim Bürgerforum am 25.4.1990 im Oschatzer Kino

Kaserne zu ihrer Nutzung. Harald Dinter vom Rat des Kreises Oschatz ergänzte, es sei außer dieser Zuweisung für die Kliniken noch keine weitere Entscheidung gefallen. Mit dem kritischen Hinweis, dass beim Bau einer neuen Kaufhalle in Oschatz-West wieder nicht an die Rollstuhlfahrer gedacht worden sei, ging die 4. Oschatzer Montagsrunde zu Ende.

Unterdessen formierten sich die Parteien mit Blick auf ihre kommenden Aufgaben auf Kreis- und Kommunalebene weiter. Nach CDU und DSU führte am 6. April auch die SPD ihren ersten Kreisparteitag durch. Nach dem unerwartet schlechten Abschneiden bei der Volkskammerwahl diskutierten 23 Delegierte die Perspektiven der Partei im Kreis. Der inzwischen auch zum Abgeordneten der Volkskammer gewählte neue Kreisvorsitzende, Bernd Donaubauer, referierte seine politischen Vorstellungen. Anschließend wurden die Mitglieder des Kreisvorstandes, der Schiedskommission und der Kontrollkommission gewählt.³⁶⁶ Am 18. und 19. April legten die Wahlkommissionen der Stadt und des Kreises Oschatz die Kandidaten für die Wahlen zu Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindeversammlungen fest.³⁶⁷ Am 21. April folgte die Gründung eines Kreisverbandes der CDU-Mittelstandsvereinigung, der sich – auch dies Teil des Wahlkampfes – für die unverzügliche Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR einsetzte.³⁶⁸

Am 25. April fand das nächste Bürgerforum im Oschatzer Kino statt, bei dem sich nach der Vorstellung der Kandidaten zur Volkskammerwahl am 5. März diesmal die Kandidaten der Parteien für die Kommunalwahl vorstell-

366 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 18. 4. 1990.

367 Vgl. ebd. vom 18. und 19. 4. 1990.

368 Vgl. ebd. vom 19. 4. 1990.

ten.³⁶⁹ Das Kino war etwa zu zwei Dritteln gefüllt. Kupke dankte den Kandidaten, die sich der Wahl stellten. Auf sie warte viel Arbeit. Die Kommunalwahl am 6. Mai sei eine Wahl des Übergangs. Noch sei ungewiss, was auf die Gewählten zukomme. Zum Stand der Wahlvorbereitung wies der Vorsitzende der Stadtwahlkommission Oschatz, Konrad Petzold, darauf hin, dass für die Wahlvorstände noch immer Helfer fehlten, und richtete den dringenden Appell an alle Oschatzer, die Wahl durch ihre Mithilfe zu unterstützen. Die Kandidaten für den Kreistag und für die Oschatzer Stadtverordnetenversammlung stellten sich vor und erläuterten das jeweilige Parteiprogramm. Der SPD-Forderung, alle Kandidaten überprüfen zu lassen, schlossen sich CDU, DSU, der DFD und die DBD an. Kritisch wurde angemerkt, dass von der PDS nur wenige Kandidaten anwesend waren. Außerdem wurde die Kandidatur von Josef Reisenbüchler kritisiert. Dieser habe in seiner bisherigen Funktion als SED-Parteisekretär im Oschatzer Rathaus und als stellvertretender Bürgermeister für Inneres anderen geschadet. Über ihn entspann sich eine längere Diskussion, ebenso über „Scheinmandate“ von Felicitas Röhr vom DFD und Hans-Joachim Gleß vom DTSB, deren SED/PDS-Mitgliedschaft kein Geheimnis war. Obwohl Petzold daraufhin erklärte, eine Rücknahme der Kandidaten sei nicht mehr möglich, bat Kupke darum, eine Anfrage über die Verfahrensweise an die zentrale Wahlkommission zu richten. Karl-Heinz Becker, bislang Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises für Inneres, warf ein, dass von der PDS solche Scheinmandate nicht erwünscht seien. Er schlage deshalb vor, dass Röhr und Gleß ihre Mandate nicht annehmen sollten, falls sie gewählt würden. Zum Schluss wünschte Kupke denen, die gewählt würden, Weisheit, Durchhaltevermögen und gute ethische Maßstäbe bei ihren Entscheidungen zum Aufbau einer neuen Gesellschaft in der Stadt Oschatz und im Kreis.

Kurz vor der Wahl legten die Parteien im Kreis noch einmal zu. Am 28. April fand mit Unterstützung des Blumberger SPD-Ortsvereins eine Wahlkampfveranstaltung der SPD auf dem Oschatzer Markt statt, am 3. Mai stellte die CDU ihre Kandidaten für das Oschatzer Stadtparlament vor, und auf einer Wahlveranstaltung des Bundes Freier Demokraten – Die Liberalen sprach der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick.³⁷⁰

In den kommunalen Verwaltungsorganen des Kreises bereitete man sich – auch im Blick auf die bevorstehende Verabschiedung eines neuen Kommunalgesetzes³⁷¹ – auf die künftigen Strukturen vor. Einen Monat nach dem Sieg der CDU bei den ersten freien Volkskammerwahlen beschloss der Rat des Kreises Oschatz eine Arbeitsgrundlage für die künftige Struktur des Rates des Kreises.³⁷² Inhalt war vor allem die Struktur des Landratsamtes Oschatz

369 Protokoll des Bürgerforums am 25. 4. 1990 im Oschatzer Kino (HAIT, Martin Kupke).

370 Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 3. und 4. 5. 1990.

371 Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassung) vom 17. 5. 1990 (GBl. DDR I Nr. 28, S. 255).

372 RdK Oschatz: Arbeitsgrundlage für die künftige Struktur des RdK Oschatz (ALTO, 560).

nach dem 6. Mai. In einem Beschluss des Rates des Kreises vom 3. Mai hieß es, mit Wirkung vom 4. Mai seien die Arbeitsbereiche „1. Stellvertreter des Vorsitzenden“ und „Sekretär des Rates“ aufgelöst. Stattdessen wurde die Bildung der verschiedenen Ämter samt Gehaltsgruppen ihrer Leiter beschlossen.

Bei der Kommunalwahl zum Oschatzer Kreistag waren am 6. Mai 1990 fünfzig Abgeordnete zu bestimmen. 18 Parteien, politische Vereinigungen, Organisationen, Bürgerbewegungen und Listenvereinigungen hatten 147 Vorschläge für den Kreistag eingereicht. Von den 38 248 wahlberechtigten Bürgern des Kreises Oschatz beteiligten sich 30 653 Stimmberechtigte (80,14 %) an den Wahlen. Mit 7,70 Prozent gab es einen erstaunlich hohen Prozentsatz ungültiger Stimmen, der wohl auf die fehlenden Erfahrungen im Umgang mit freien Wahlen zurückzuführen war.³⁷³ Die größte Zustimmung erhielt erneut die CDU.

Wahlergebnisse der Kommunalwahlen zum Kreistag Oschatz am 6. 5. 1990³⁷⁴

	absolut	in Prozent
CDU	35982	43,92
PDS	10699	13,06
B.F.D.	8 944	10,92
SPD	7 811	9,53
GRÜNE	5 218	6,37
DBD	3 725	4,55
Bauernverband	3 677	4,49
DFD	1 441	1,76
DSU	1 104	1,35
NF	996	1,22
BEH.V.	704	0,86
F.D.P.	666	0,81
DTSB	254	0,31
KB	177	0,22
VS	173	0,21
DA	145	0,18
FREIDENKER	140	0,17
VL	66	0,08

373 Protokoll über die konstituierende Sitzung des Kreistages Oschatz am 6. 6. 1990 (ebd. 3616-1).

374 Angaben des Sächsischen Landesamtes für Statistik.

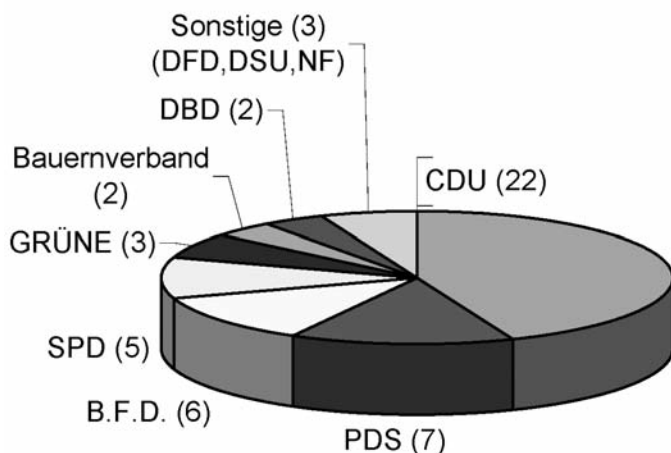


Abb. 7: Mandatsverteilung im Kreistag Oschatz nach der Kommunalwahl am 6.5.1990

Damit hatte die CDU im Vergleich zur Wahl am 18. März rund sechs Prozentpunkte verloren, was zeigt, dass sie bei den Volkskammerwahlen auch aus deutschlandpolitischen Erwägungen gewählt worden war, die auf Kreisebene keine direkte Bedeutung hatten. Zugelegt hatten hingegen die Liberalen um rund sechs Prozent. Leichte Verluste gab es bei der PDS und der SPD. Da die CDU zwar stärkste Partei im Kreis wurde, jedoch nicht die absolute Mehrheit erringen konnte, gab sie am 23. Mai bekannt, in den nächsten Tagen Koalitionsverhandlungen mit dem BFD, der DSU und eventuell mit der DBD aufzunehmen. Eine Koalition mit der SPD und der PDS wurden ausgeschlossen.³⁷⁵ Bei der Wahl zur Oschatzer Stadtverordnetenversammlung lag die Wahlbeteiligung bei 75,28 Prozent. Auch hier zog die CDU bei der konstituierenden Sitzung der Oschatzer Stadtverordnetenversammlung am 30. Mai als klarer Wahlsieger ins Oschatzer Rathaus ein.³⁷⁶ Mit 40,31 Prozent der Stimmen erhielt sie 13 Mandate, die PDS erhielt 17,88 Prozent der Stimmen (6 Mandate), die SPD 11,32 Prozent (4 Mandate), der BFD 12,96 Prozent (6 Mandate) und die Grüne Partei 5,80 Prozent (3 Mandate). Mit jeweils einem Mandat waren DFD, DSU und Neues Forum vertreten.³⁷⁷

In Mügeln, Dahlen und Wermsdorf lag die Wahlbeteiligung jeweils zwischen 70 und 80 Prozent. In Mügeln errang eine Listenvereinigung aus CDU, BFD, FDP und Parteilosen mit 63,08 Prozent die absolute Mehrheit der Mandate, in Dahlen wurde die CDU mit 47,07 Prozent stärkste Kraft vor PDS,

³⁷⁵ Vgl. LVZ, Ausgabe Oschatz, vom 23. 5. 1990.

³⁷⁶ Vgl. ebd. vom 30. 5. 1990.

³⁷⁷ Vgl. ebd. vom 9. 5. 1990.

BFD und Bauernverband. In Wermsdorf lagen CDU und BFD gleichauf vor SPD, DBD und PDS.³⁷⁸ Im Kreis Oschatz gingen somit nicht die neu gegründeten Parteien und Gruppierungen als Sieger aus den Wahlen hervor, sondern die gewandelte Blockpartei CDU samt ihren bisherigen Funktionären. Dadurch ergab sich für den Verwaltungsapparat wie für die Kommunalparlamente eine gewisse personelle Kontinuität, die im Kontrast zur Funktionsveränderung von Kreistag und Rat des Kreises/Landratsamt stand. Auch im bisherigen Staatsapparat blieben trotz starken Personalabbaus zahlreiche Mitarbeiter angestellt. So kann zwar in institutioneller Hinsicht von einer revolutionären Veränderung gesprochen werden, nicht aber von einem ebenso radikalen Elitenumbruch.

Einen Monat nach den Kommunalwahlen fand im Thomas-Müntzer-Haus die Konstituierung des ersten demokratischen Oschatzer Kreistages statt.³⁷⁹ Fraktionsvorsitzende wurden für die CDU Johannes Rudolph, für die FDP Jürgen Mehnert, für die PDS Karl-Heinz Becker, für die SPD Friedrich Payer, für Bündnis 90/Grüne Gerhard-Otto Hemmann und für die DSU Torsten Büttner. Zum Tagungsleiter wurde Kantor Johannes Rudolph aus Laas bestimmt. Mit seinem ersten Beschluss legte der neue Kreistag fest, dass „zum Zwecke einer strikten Trennung von Legislative und Exekutive“ die im Landratsamt tätigen Abgeordneten ihre Mandate niederzulegen hatten. In einer kurzen Ansprache sagte Rudolph, im Juni 1989 habe niemand ahnen können, was am 6. Juni 1990 hier in diesem Hause geschehen würde. Ein von der Bevölkerung des Kreises Oschatz frei gewähltes Parlament trete zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Dies sei nur möglich geworden, weil seit dem Herbst 1989 das Volk in einer friedlichen Revolution den Weg dahin erkämpft habe. Es sei ihm daher innerstes Anliegen, an dieser Stelle, vor diesem Parlament für diese friedliche Revolution zu danken. Stellvertretend für alle, die in den Städten und Dörfern auf die Straße gegangen seien, die keine Mühe gescheut hätten, dabei zu sein und friedlich zu diskutieren sowie zu demonstrieren, dankte er Superintendent Kupke als Moderator der Montagsrunden, Pfarrer Zehme und den Vorsitzenden des Bürgerkomitees, Friedmar Freund. Rudolph wurde daraufhin von der Fraktion der CDU für die Funktion des Präsidenten des Kreistages vorgeschlagen und mit 37 Ja-Stimmen gegen fünf Nein-Stimmen bei einer Stimmenthaltung und zwei ungültigen Stimmzetteln gewählt. Nach der Wahl des Präsidiums schlug die Fraktion des BFD Herbert Ahner als Kandidaten für die Wahl des Landrates vor. Auf Rückfragen zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS erklärte Ahner, diese hätten sich „eindeutig auf dienstliche Belange“ begrenzt. Daraufhin wurde er mit 34 Ja-Stimmen gegen zehn Stimmen bei einer Enthaltung zum Landrat gewählt. Nach der Wahl von zehn Beigeordneten wurden die acht neuen Dezernate Hauptverwaltung, Recht und Ordnung, Bildung, Kultur

378 Vgl. ebd. vom 10. 5. 1990.

379 Protokoll über die konstituierende Sitzung des Kreistages Oschatz am 6. 6. 1990 (AL-TO, 3616-1).

und Tourismus, Gesundheits- und Sozialwesen, Bauen und Wohnen, Umweltschutz, Naturschutz und Landwirtschaft, Kommunalplanung und Wirtschaftsförderung sowie Finanzen gebildet. Im Anschluss an weitere Wahlen und Beschlussfassungen erklärte der neue Landrat, man tue sich zunächst schwer mit der neu errungenen Demokratie, aber er sei sich sicher, das alle dies lernen würden. Ihm gehe es um die Durchsetzung der Demokratie, deren Wege und Ziele durch die Bevölkerung vorbestimmt worden sei, die zur Erneuerung der Gesellschaft und unter dem Ruf „Wir sind das Volk, wir sind ein Volk“ aufbrachen und damit die friedlich-demokratische Revolution einleiteten. Er rief dazu auf, auch der Opfer des Stalinismus und all seiner Folgeerscheinungen zu gedenken. Vom demokratischen Neuanfang, der zum Aufschwung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens führen werde, dürfe keiner ausgeschlossen werden. Dies sei die Voraussetzung dafür, um die mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion erwachsenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen. Ein halbes Jahr vor der Wiedervereinigung Deutschlands war der Demokratisierungsprozess im Kreis Oschatz in formaler Hinsicht abgeschlossen, und es begann ein Konsolidierungsprozess, der bis in die Gegenwart reicht. Auch wenn etliche Gesichter aus dem alten Kreistag zu sehen waren, bedeutete der erste frei gewählte Kreistag eine tiefgreifende Zäsur und symbolisierte, noch unter der Fahne der DDR, einen demokratischen Neuanfang. Dass die Folgen der Diktatur trotz formaler Demokratisierung noch lange nicht überwunden waren, deutete sich an, als Landrat Ahner seinen Posten kurz nach seiner Wahl wegen erwiesener IM-Tätigkeit niederlegen musste. Sein Nachfolger wurde der in die CDU übergetretene frühere 1. Sekretär des Kreisverbandes der DBD, Robert Schöpp.

Der Kreis Oschatz (3 Städte und 10 Gemeinden) existierte nach der Wiedervereinigung Deutschlands noch vier Jahre, bevor er am 1. August 1994 im Rahmen einer Gebiets- und Verwaltungsreform mit dem Kreis Torgau (vier Städte und 16 Gemeinden) sowie 6 Gemeinden des Kreises Eilenburg zum Landkreis Torgau-Oschatz zusammengelegt wurde. Der neue Landkreis umfasst eine Fläche von 1 168 Quadratkilometern und hatte am 30. Juni 2000 102 339 Einwohner. Er liegt im Nordwesten des Freistaates Sachsen, flankiert von den Bundesländern Sachsen-Anhalt im Norden und Brandenburg im Osten. Erster Landrat des neuen Kreises wurde Robert Schöpp.

Bleibt abschließend die Frage zu beantworten, was aus den wichtigsten Akteuren von damals wurde. Trotz ausführlicher Recherchen konnten dazu nur einige Informationen gewonnen werden. In die Ereignisse im Kreis Oschatz waren 1989/90 zahlreiche Pfarrer involviert. Sie alle blieben auch nach der deutschen Einheit in ihren Ämtern, einige sind inzwischen pensioniert. Der Vorsitzende des Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit, Friedmar Freund, gründete nach der Wende ein Planungsbüro für Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik. Inzwischen ist er Rentner. Die Lehrerin Gabi Neubert vom Neuen Forum ist heute Direktorin des Thomas-Mann-Gymnasiums in Oschatz. René Dorow aus der Initiativgruppe zur Gründung

eines SPD-Kreisverbandes wurde Geschäftsführer in der neugegründeten Firma seines Vaters. Ullrich Hofmann blieb bis 1994 Kreisvorsitzender der CDU. Er ist heute Leiter des Amtes für Landwirtschaft in Döbeln und weiterhin Mitglied des Kreistages Torgau-Oschatz. Frank Kupfer, bis 1989 stellvertretender Kreisgeschäftsführer der CDU arbeitete von 1990 bis 1994 als Kreisgeschäftsführer. 1999 wurde er Generalsekretär des sächsischen Landesverbandes der CDU. Er ist heute Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Torgau-Oschatz. Robert Schöpp, 1989/90 1. Sekretär des Kreisverbandes der Bauernpartei, ist nach wie vor Landrat des Kreises Torgau-Oschatz. Der erste Präsident des freigewählten Oschatzer Landtages, Kantor Johannes Rudolf sen. ist heute Rentner. Der damalige Oschatzer SED-Bürgermeister, Günther Hetmank, war nach seiner Ablösung als Beigeordneter im Oschatzer Rathaus tätig. Er ist heute ebenfalls Rentner. Siegfried Burkhardt, bis zur ersten freien Wahl Mitglied der Volkskammer, wurde 1990 durch eine Mitgliedervollversammlung als Vorsitzender der LPG Laas abgewählt. Danach unternahm er verschiedene berufliche Versuche und lebt heute als Rentner in Laas. Dieter Ullrich, 1989 amtierender Leiter des Kreisamtes für Nationale Sicherheit, arbeitete nach seiner Entlassung zeitweilig als Kantinenleiter bei der Telekom in Oschatz. Danach verliert sich seine Spur. SED-Kreisschulrätin Sigrid Schmidt wurde Schulungsleiterin einer Bildungseinrichtung in Leipzig. Auf eine ungebrochene Karriere kann der damalige Leiter des Volkspolizeikreisamtes und überzeugte Verteidiger der SED-Diktatur, Harry Schmidt, verweisen. Er ist heute Leiter des Planungsstabes der Polizeidirektion Grimma.

5. Resümee

Die politischen Verhältnisse im ländlich geprägten DDR-Kreis Oschatz entsprachen der zentralistisch strukturierten SED-Diktatur. Eine politische Opposition war gesetzlich verboten, Kritik der Bevölkerung an den zunehmend katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Mangelversorgung bis in den Grundnahrungsmittelbereich konnte nur hinter vorgehaltener Hand formuliert werden. Wie überall wurden politisch und weltanschaulich „Andersdenkende“ mit Sanktionen belegt. Die Evangelisch-Lutherische Kirche war die einzige Institution, in der, wenn auch verhalten, Kritik am SED-Regime formuliert wurde. Zurückhaltung legte sich die Kirche auf, um ihren Verkündigungsauftrag nicht zu gefährden. Die vor allem von existentiell gesicherten Pfarrern formulierte Kritik betraf in erster Linie Themenfelder, die der Kirche besonders am Herzen lagen. Dazu gehörten zum Beispiel die Benachteiligung von Christen in Schule und Beruf sowie Fragen der Friedenssicherung oder des Umweltschutzes.

Im Vorfeld des revolutionären Umbruchs in der DDR war auch im Kreis Oschatz die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den politischen und wirt-

schaftlichen Lebensverhältnissen erheblich angewachsen. Trotzdem kam es bis in den Spätherbst hinein kaum zu organisierten Protesten. Bedingt durch die geographische Nähe zu und die guten Anchlüsse an die Bezirksstadt Leipzig beteiligten sich Bürger des Kreises ab September 1989 an den dortigen Protestveranstaltungen. Da aber nicht nur die Oschatzer an den dortigen Demonstrationen teilnahmen, sondern auch Volkspolizei und Staatssicherheit des Kreises nach Leipzig abkommandiert wurden, trafen hier demonstrierende Bürger und „Sicherheitsorgane“ des Kreises als Teil einer größeren Konfliktmasse aufeinander, die notwendig war, um das Regime, je nach Sichtweise, zum Einsturz zu bringen oder aber zu verteidigen. Das Vorgehen der Bevölkerung folgte einer Handlungslogik, die davon ausging, zunächst die Herrschaft der SED durch geballte Aktionen in den politischen Oberzentren zu brechen. Umgekehrt galt es für die SED, ihre Diktatur eben dort zu verteidigen. Aktivitäten in der Provinz, die nicht von Handlungen in den Großstädten flankiert waren, hätte die notwendige Durchschlagskraft gefehlt, um die diktatorischen Grundlagen des Regimes ins Wanken zu bringen. Der politische Konflikt des Kreises wurde also durchaus frühzeitig ausgetragen, allerdings mit den Konflikten anderer Kreise in der Bezirksstadt gebündelt. In Leipzig fand somit nicht nur eine Revolte der Stadtbevölkerung, sondern von Einwohnern der Region statt. Eine angemessene Bewertung der Aktivitäten in der „Heldenstadt“ Leipzig muss daher berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil der „Helden“ aus den umliegenden Kreisen kam.

Parallel zu den Aktionen in Leipzig fand im Kreis Oschatz die kommunalpolitische Revolution vor Ort statt. Seit ihrem Beginn Ende Oktober liefen beide Aktivitäten parallel. Ging es in der Bezirkshauptstadt darum, den revolutionären Prozess unumkehrbar zu machen, stand die aufbegehrende Bevölkerung im Kreis Oschatz vor der Aufgabe, die Ergebnisse des revolutionären Prozesses vor Ort umzusetzen, um auch in den Kreisen und Kommunen eine neue, demokratische politische Kultur zu etablieren und den Zustand der allgemeinen gesellschaftlichen Stagnation zugunsten eines neuen Meinungs- und Interessenpluralismus aufzubrechen.

Im politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozess bildeten sich im Kreis verschiedene Gremien, deren Charakter von der Übergangssituation geprägt war und deren selbst gesteckte Aufgaben sich darauf bezogen. Es handelte sich nicht um Institutionen mit dem Anspruch, bereits Ausdruck der angestrebten freiheitlich-demokratischen Verhältnisse zu sein oder dauerhaft legislative oder exekutive Funktionen wahrzunehmen. Vielmehr organisierten Kirchen, politische Parteien, Gruppierungen und engagierte Bürger mit und in ihnen selbstverantwortlich den Übergang von der Diktatur zur Demokratie vor Ort. Die Legitimierung dafür erhielten sie durch die Akzeptanz der Bevölkerung, die sich in der Teilnahme und in zustimmenden Stellungnahmen niederschlug. Alle sich bildenden Transformationsgremien stellten zwar die demokratische Legitimierung der „Volksvertretungen“ und Räte auf den Ebenen des Kreises sowie der Städte und Gemeinden in Frage, nicht aber die

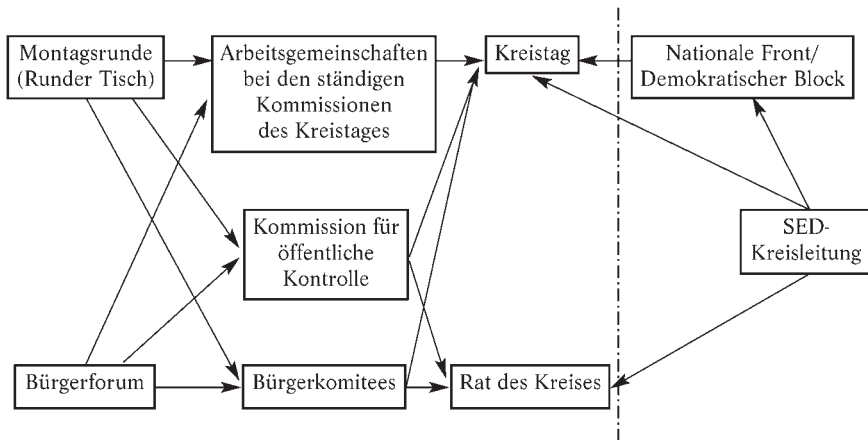


Abb. 8: Etablierte und Transformationsgremien im Kreis Oschatz vor der Kommunalwahl Mai 1990

Notwendigkeit ihres Weiterwirkens bis zu freien Kommunalwahlen. Daher existierten neben den Transformationsgremien auch die bisherigen Staatsorgane wie Räte und „Volksvertretungen“ weiter, modifizierten aber teil- und schrittweise ihre Rolle und Funktion. Das Verhältnis alter und neuer Gremien prägte wie in anderen Teilen der DDR die Kultur des Überganges von der kommunistischen Diktatur zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Die Transformation im kommunalen Bereich vollzog sich dabei bis zum Mai 1990 nur hinsichtlich der Adaption an kommunalpolitische Konzepte und Vorgaben als auf die politische Realität der Bundesrepublik Deutschland ausgerichtete, zielorientierte Transformation. Auf kommunaler Ebene vollzog sich die politische Revolution als DDR-interner Vorgang sui generis und unterschied sich damit vom revolutionären Prozess auf gesamtstaatlicher Ebene, der sich mit der Herstellung der staatlichen Einheit deckte.³⁸⁰

Auf Initiative der evangelischen Kirche des im übrigen nicht mit dem staatlichen Kreis Oschatz identischen Kirchenbezirks fanden ab Oktober in der Kirche Friedensgebete statt, die die Bürger vor allem seit Ende Oktober für Volksaussprachen nutzten. Wie in anderen Teilen der DDR folgten diesen Demonstrationen, auf denen zuvor formulierte Postulate bekundet wurden. Ab Dezember fanden die Bürgerforen vorübergehend nicht mehr in der Kirche, sondern im Oschatzer Kino statt, bis die Kirche ihre Räumlichkeiten ab Januar auf allgemeine Bitten wieder zur Verfügung stellte. Es hatte sich gezeigt, dass die Autorität der Kirche dazu beitrug, die Veranstaltungen aggressionsfreier durchzuführen. Den kirchlichen Veranstaltungen kam nicht nur

380 Vgl. Richter, Friedliche Revolution und Transformation, S. 936 f.

die auf Synoden und bei Gemeindeveranstaltungen lebendig gebliebene Kultur eines demokratischen Miteinanders zugute, die Vertreter der Kirche, allen voran Superintendent Kupke, lenkten den revolutionären Prozess durch inhaltliche Vorgaben und Hinweise klar in Richtung einer freiheitlichen Demokratie. Im Kreis Oschatz erwies sich die Kirche damit – neben externen Faktoren – als wichtigster Schrittmacher und stabilisierender Faktor einer zielgerichteten gesellschaftlichen Liberalisierung und politischen Demokratisierung. Auf ihre Initiative und nach gemeinsamer Beratung alter und neuer Parteien unter Ausschluss der SED/PDS wurde die Bildung einer Montagsrunde beschlossen, die der Idee der sich DDR-weit bildenden Runden Tische entsprach. Sie traf sich von Januar bis März. Damit wurde zugleich der Versuch der SED-Kreisleitung von Anfang Dezember zurückgewiesen, einen Runden Tisch nach eigenen Prämissen zu etablieren. Dank der Kirche gelang es, einen Runden Tisch des Kreises Oschatz zu bilden, der nicht unter dem direkten Einfluss des Partei- und Staatsapparates stand. An der vom Superintendenten ins Leben gerufenen Montagsrunde berieten freilich nicht nur neue Parteien und Gruppierungen, sondern auch die Vertreter des bisherigen Partei- und Staatsapparates sowie der Kirchen kommunale Probleme und politische Grundfragen. Bei der Runde handelte es sich weder um ein vorparlamentarisches noch um ein exekutives Gremium. Ebenso wenig wurden entsprechende Ansprüche angemeldet. Allerdings fanden Vorschläge der Montagsrunde in der kurzen Zeit ihres Bestehens je nach Thematik im Rat der Stadt oder dem Kreistag Beachtung. Daneben wurden im Januar auch die Bürgerforen wieder aktiviert, da ein anhaltender, erheblicher Diskussionsbedarf der Bevölkerung erkennbar war. Entsprachen die Montagsrunden dem Grundmodell Runde Tische, so dienten die Bürgerforen seit dem Herbst 1989 der Information und Artikulation der Bevölkerung. Auf diese Weise ergänzten sie die Montagsrunden. Bis zur Wahl fanden nun wöchentlich wechselnd Montagsrunden und Bürgerforen statt. Daneben bildeten sich Bürgerkomitees mit selbstgestellten Aufgaben wie der Auflösung der Staatsicherheit.

Die Parteien und Massenorganisationen bildeten seit November 1989 im Kreistag Fraktionen, deren Mandatsträger allerdings nicht demokratisch legitimiert, sondern nur durch die von der SED organisierten Einheitslistenwahlen bestätigt worden waren. Wie in anderen „Volksvertretungen“ der DDR öffnete sich der Kreistag auf Anweisung der Modrow-Regierung Ende Januar neuen politischen Kräften, es kam aber nicht zur Bildung einer basisdemokratischen Fraktion oder zum Einzug neuer Parteien mit Stimmrecht. Neues Forum und SPD konnten lediglich je einen Abgeordneten ohne Stimmrecht in den Kreistag delegieren. Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen wurde nach der Volkskammerwahl auf eine Angleichung der Zusammensetzung an die Wahlergebnisse verzichtet. Um die Tätigkeit auf Sacharbeit zu konzentrieren und der neuen politisch pluralen Uneinlichkeit im Kreistag zu entsprechen, verlagerte sich die inhaltliche Haupt-

arbeit allerdings stärker in die ständigen Kommissionen, in denen die Rolle der Blockparteien zunahm und der Einfluss der SED-Kreisleitung auf die inhaltliche Arbeit sank. Durch die Einsetzung einer „Vorschlagskommission“ und die Bildung von Arbeitsgruppen in den ständigen Kommissionen, in denen die SED/PDS ebenfalls nicht mehr dominierte und in die auch Vertreter neuer Parteien und Gruppierungen einbezogen wurden, kam es zu einer stärkeren Beachtung des spontan geäußerten Bürgerwillens. Dennoch wurde auch mit diesem Modell den Mehrheitsverhältnissen unter der Oschatzer Bevölkerung nicht entsprochen. Als zusätzliches gesellschaftliches Kontrollgremium bildete sich aus den Montagsrunden heraus ein Bürgerkomitee zur Kontrolle der Beachtung oder Umsetzung von Vorschlägen der Montagsrunden und Bürgerforen durch den Kreistag und den Rat des Kreises.

Der Rat des Kreises, formal das Exekutivorgan des Kreistages, tatsächlich aber Vollstrecker des Willens der SED-Kreisleitung, änderte seine Zusammensetzung bis zu den Kommunalwahlen kaum. Allerdings verstand er sich seit dem Jahreswechsel nicht mehr als Ausführungsorgan der SED-Kreisleitung, sondern der sich in einem inneren Demokratisierungsprozess befindlichen Parteien und Massenorganisationen bzw. Fraktionen des Kreistages. In der Demokratisierungsphase trat an die Stelle des totalen SED-Einflusses der divergierende Einfluss der Schritt für Schritt in Konkurrenz geratenden Blockparteien. Auch wenn diese bis zur Kommunalwahl demokratisch nicht legitimiert waren, kam es bereits ab dem Zeitpunkt der Fraktionsbildung zu einem partiellen Aufbrechen der SED-Alleinherrschaft. Es kam zu einer größeren Ausgeglichenheit der Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der verschiedenen ungewählten „Mandatsträger“. Die Dominanz der SED/PDS blieb dennoch erhalten und zeigte sich in der Zurückweisung von Misstrauensanträgen gegen den Vorsitzenden des Rates des Kreises und die Kreisschulrätin. Eine Demokratisierung auf Kreisebene brachten erst die Kommunalwahlen vom Mai 1990, die auf der Grundlage einer zuvor in der erstmals frei gewählten Volkskammer verabschiedeten Kommunalgesetzgebung stattfanden. In den wichtigeren Städten und Gemeinden des Kreises bildeten sich ab Januar ebenfalls Runde Tische und Bürgerinitiativen, in denen oft Vertreter der Blockparteien dominierten. Hier wurde die Arbeit der kommunalen Räte ebenso diskutiert wie auf Bürgerforen, die der Bevölkerung die Möglichkeit boten, lange aufgestaute Probleme zur Sprache zu bringen.

Die SED wandelte sich während der friedlichen Revolution von einer mit totalitärem Anspruch herrschenden Staatspartei zu einer Partei, die zwar nach wie vor sozialistische Verhältnisse als Ziel angab, die aber durch die gegen sie durchgesetzten demokratischen Verhältnisse gezwungen wurde, sich den neuen Regeln der politischen Kultur anzupassen. Die Art ihrer Transformation verdeutlicht dabei, dass sie jeweils nur so weit auf revolutionäre Veränderungen reagierte, wie sie durch die Umstände unbedingt gezwungen war. Zu keinem Zeitpunkt trat sie als Schrittmacher der Entwicklung auf, ebenso wenig gab es Ansätze zu einer freiwilligen Machtteilung und

zu einem Wettbewerb um die Macht. Das lag auch in politischen Grundüberzeugungen zahlreicher Mitglieder begründet, die über Jahrzehnte wenig Modifizierungen erfahren hatten und fest in der kommunistischen Ideologie verankert waren. Als besonders hartnäckige Anhänger der SED-Diktatur erwiesen sich im Kreis Oschatz neben der SED-Kreisleitung vor allem die führenden Vertreter der „Sicherheitsorgane“ MfS und Volkspolizei sowie ein Großteil der Lehrerschaft. Daneben gab es zahlreiche Mitglieder, die weniger aus kommunistischer Überzeugung, sondern aus Gründen der Opportunität Mitglieder der SED geworden waren. Diese traten nun scharenweise aus, um sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Die Stimmungsberichte der SED-Kreisleitung Oschatz machen deutlich, dass zahlreiche „ideologisch gefestigte“ SED-Mitglieder des Kreises die Ursache für „die tiefe Krise der DDR“ keinesfalls in deren diktatorischem Charakter, sondern in Defiziten der Parteiführung hinsichtlich einer effektiven Wirtschafts- und Versorgungsorganisation sahen. In dieser Hinsicht, so immer wiederholte Forderungen, müsse die SED angeblich nur verlorengegangenes Vertrauen wieder herstellen. Dass auch diese Aufgabe regelmäßig „nach oben“ delegiert wurde, zeigt zudem, in welchem hohem Maße die SED in obrigkeitstaatlichem Denken befangen war. Kategorien wie Bürgerfreiheit und Selbstverantwortung fehlten auch in ihren Entwürfen für einen neuen Sozialismus fast vollständig. Die Orientierung „nach oben“ wirkte sich auch insofern bremsend für die SED/PDS aus, als die Vorgaben des letzten kommunistischen Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, die sozialistische Staatlichkeit unter Dominanz seiner Partei zu erhalten, von den Staats- und Parteifunktionären im Kreis uneingeschränkt übernommen wurden. Somit übertrug sich die auch von der SED/PDS-Führung getragene restaurative Grundhaltung auf die Haltung der Partei im Kreis. Demokratische Entwicklungspotentiale innerhalb der SED/PDS wurden somit bis zum Februar durch Vorgaben der Partei- und Staatsführung gebremst. Dadurch kam es im Kreis Oschatz zu keiner eigenständigen Demokratisierung durch die und innerhalb der SED/PDS. Auch hinsichtlich ihrer schrittweisen Veränderung vollzog sie ausschließlich die Vorgaben der Parteiführung in Berlin bzw. der Regierung. Wichtigster Hinderungsgrund für die Partei, sich flexibel und pragmatisch auf die sich verändernde Situation einzustellen, wie dies in den Blockparteien gelang, war ihre innere Bindung an die marxistisch-leninistische Ideologie. Die darin verankerten irrealen ideologischen Denkfiguren wie „weltweiter Klassenkampf“, „Klassenfeind“ oder „führende Rolle der Arbeiterklasse“ verstellten den Blick auf die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Realitäten im Kreis.

Entsprechend fand sich auch das Eingeständnis, für eine Diktatur tätig gewesen zu sein, bei Mitgliedern und Funktionären selten, in der Regel wurde Bedauern darüber ausgedrückt, dass die sozialistische Diktatur nicht richtig funktioniert habe. So wurde auch ganz unbefangen von einem neuen, reformierten Sozialismus gesprochen, in dem alle, die sich zu einem demokratischeren Sozialismus bekannten, eine Chance haben sollten. Die Zu-

kunftsmodelle der Oschatzer SED/PDS waren damit wiederum von einem, allerdings moderateren diktatorischen Konzept geprägt, in dem ausschließlich sozialistische Kräfte sich um die „führende Rolle“ bewerben konnten. Die parlamentarische Demokratie marginalisierte derartige Konzepte, durch die wichtige demokratische Parteien Deutschlands von einer politischen Mitwirkung ausgeschlossen bleiben sollten, in den Kommunalwahlen endgültig und ebnete den Weg für alle Parteien, die sich zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekannten.


Dass im Kreis Oschatz nicht die neu gegründeten Parteien und Gruppierungen als Sieger aus den Wahlen hervorgingen, sondern die bisherige Blockpartei CDU samt ihren bisherigen Funktionären, lag daran, dass sich in der CDU schnell Personen und Konzepte durchsetzten, die der Bevölkerung einen raschen Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands und freiheitlich-demokratische, sozial-marktwirtschaftliche Verhältnisse versprachen. Dabei verband sich bei der Demokratisierung innerhalb der Blockparteien die Umsetzung von Vorgaben ihrer Parteiführungen mit eigenen Schritten und Forderungen nach einer Demokratisierung. Für den Verwaltungsapparat wie für die Kommunalparlamente ergab sich dadurch eine personelle Kontinuität, die im Kontrast zur Funktionsveränderung des Staatsapparates und des Kreistages stand. So kann zwar in institutioneller Hinsicht von einer revolutionären Veränderung gesprochen werden, nicht aber von einem ebenso radikalen Elitenumbruch auf Kreisebene. An der erfolgreichen Realisierung des Demokratisierungszieles änderte dies freilich nichts, stellten doch gerade jene Staatsbedienstete mit nominellen Mitgliedschaften in der Einheitspartei und ihren Gliederungen 1989/90 wie 1945 ihre Anpassung an die neuen Verhältnisse durch betont regeltreuen und „unpolitischen“ Vollzugsgehorsam unter Beweis.³⁸¹

Die Entwicklungen im Kreis Oschatz können bislang nur in Relation zum Geschehen auf DDR-Ebene und in der Bezirkshauptstadt beschrieben werden. Für eine angemessene Bewertung der Vorgänge fehlt jedoch derzeit die Vergleichsmöglichkeit mit anderen Kreisen. Noch liegen zu wenig Informationen darüber vor, wie sich das Demonstrationsgeschehen auf diversen Kreisebenen gestaltete, welche politischen Kräfte wirkten, welche Transformationsgremien sich bildeten und inwieweit autonome Entwicklungen mit zentralen oder dezentralen Impulsen korrelierten. Die Untersuchung der Oschatzer Ereignisse ist daher Teil eines größeren Projektes des Hannah-Arendt-Instituts, in dessen Rahmen Antworten auf diese Fragen gefunden werden sollen.

381 Vgl. Holtmann, Systemumbruch und Verwaltungseliten, S. 159.

6. Anhang

6.1 Faksimile: Flugblatt 1. Oschatzer Montagsrunde 15. 1. 1990



1. Oschatzer Montagsrunde

am 15. 1. 1990 durchgeführt

Alle Parteien, kirchliche Gruppen und das Neue Forum an einem Tisch

ERGEBNIS:

- Der Runde Tisch beschloß einstimmig, das Gebäude der ehem. Staatssicherheit den geschädigten Kindern und Jugendlichen zu übergeben!
- Oschatz erhält eine Litfaßsäule auf dem E.-Thälmann-Platz für Informationen, Meinungen, Ideen, Proteste, Erfreuliches!
- Bürgerkomitee zur Kontrolle der Beschlüsse des Runden Tisches gebildet!
- Kommission Öffentlichkeitsarbeit gegründet
»Sie hören von uns!«
- Zustimmung des Kreisarztes zur Gründung eines Bürgerkomitees für Gesundheitswesen wurde erteilt.
Interessenten können sich beteiligen.
- Das Gesundheitswesen braucht Hilfe in der Betreuungsarbeit.
Wer hat Lust, wieder in seinem Beruf zu arbeiten?

Das Hauptthema »Gesundheitswesen« wurde von der 1. Montagsrunde umfangreich behandelt und ist erneut für Montag, den 29. 1. 1990 vorgesehen. Kommenden Montag steht das Thema »Volksbildung«. Anfragen zu beiden Themen bitte schriftlich in den Briefkasten der Kirchkanzlei Oschatz.

INTERESSIEREN AUCH SIE SICH FÜR DIE ARBEIT ZUR ERNEUERUNG UNSERES LANDES!

Kommission Öffentlichkeitsarbeit

III 24 1 LI G 3 108 90 128

6.2 Abkürzungen

ABI	Arbeiter-und-Bauern-Inspektion
ABV	Abschnittsbevollmächtigter der VP
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik Sankt Augustin
ACZ	Agrochemisches Zentrum
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AG	Arbeitsgruppe
AKG	Auswertungs- und Kontrollzentrum (MfS)
AKW	Atomkraftwerk
ALTO	Archiv des Landratsamtes Torgau-Oschatz, Außenstelle Oschatz
ASO	Archiv der Stadtverwaltung Oschatz
Ast.	Außenstelle
BArch B	Bundesarchiv, Außenstelle Berlin
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BEH.V.	Verband der Behinderten der DDR
BFD/B.F.D.	Bund Freier Demokraten
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BL	Bezirksleitung
BPO	Betriebsparteiorganisation der SED
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BT	Bezirkstag
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DS	Dienststelle
DSU	Deutsche Soziale Union
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund
EKO	VEB Erstlings-Kinderbekleidung Oschatz
EOS	Erweiterte Oberschule
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP/F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FS	Fernschreiben
FÜG	Führungsgruppe
GVS	Geheime Verschlusssache
HA	Hauptabteilung
HAIT	Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden
K	Kriminalpolizei
KAfNS	Kreisamt für Nationale Sicherheit
KB	Kulturbund der DDR
KL	Kreisleitung
KT	Kreistag
KV	Kreisverband
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

LPG (P)	Landwirtschaftliche Genossenschaft (Pflanzenproduktion)
LPG (T)	Landwirtschaftliche Genossenschaft (Tierproduktion)
Ltr.	Leiter
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MdVK	Mitglied der Volkskammer
M/L	Marxismus/Leninismus
MR	Medizinalrat
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Neues Forum
ODH	Diensthabender Offizier
ÖVW	Örtliche Versorgungswirtschaft
Olt.	Oberleutnant
OMR	Obermedizinalrat
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
POS	Polytechnische Oberschule
RdB	Rat des Bezirkes
RdG	Rat der Gemeinde
RdK	Rat des Kreises
RdSt	Rat der Stadt
S	Schutzpolizei
SächsStAL	Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
VARIA	Fabrik für Künstlerfarben
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEG	Volkseigenes Gut
VL	Vereinigte Linke
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VS	Volkssolidarität
WPO	Wohngebietsparteiorganisation (der SED)
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (des MfS)
ZBO	Zwischengenossenschaftliche Bauorganisation
ZK	Zentralkomitee
ZW	Zusammenwirken

6.3 Unveröffentlichte Quellen

Archiv der Stadtverwaltung Oschatz (ASO)

363	Bürgermeisterdienstberatung beim Kreis 1988–1990
526	Ratsbeschlüsse Nr. 1–26 Januar–Mai 1990
525	Ratsbeschlüsse Nr. 1–71 Januar–Dezember 1989

Archiv des Landratsamtes Torgau-Oschatz, Außenstelle Oschatz (ALTO)

Kreistag Oschatz

513 27. 9. 1989

554 außerordentliche Sitzung 18. 11. 1989

555 3. Sitzung 14. 2. 1990

556 4. Sitzung 18. 3. 1990

3616 1.-4. Sitzung 6. 6. 1990-19. 12. 1990

Rat des Kreises Oschatz

358 B 6. 9. 1989-25. 9. 1989

358 C 27. 9. 1989-22. 12. 1989

558 3. 1. 1990-31. 1. 1990

559 2. 2. 1990-21. 3. 1990

560 4. 4. 1990-3. 5. 1990

Archiv für Christlich-Demokratische Politik Sankt Augustin (ACDP)

CDU-Kreisverband Oschatz II-295

Bundesarchiv, Außenstelle Berlin (BArch B)

Ministerrat der DDR

C 20, I/3-2901

Ministerium des Innern

DO 1, 2.1, 52461, Bl. 284

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

ZA, HA VIII-AKG 1672.

ZA, HA XXII 531, 1721, 5942.

BStU, Außenstelle Leipzig (BStU, Ast. Leipzig)

Kreisdienststelle Oschatz 00267

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden (HAIT)

Bestand Martin Kupke

Briefwechsel Sächsische Staatskanzlei

Flugblattsammlung

Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (SächsStAL)

Bezirkstag/Rat des Bezirkes Leipzig (BT/RdB) 21142

SED-Bezirksleitung Leipzig SED-BL IV F-4/10

001, 007, 053, 056, 059, 060, 063, 069, 086, 092

BDVP Leipzig 2128

Volkspolizeikreisamt Oschatz (VPKA Oschatz)

4760, 4761, 4764, 4768, 4793, 4799, 4806, 4807, 4813, 4816, 4820

6.4 Literatur

- Bahr, Eckhard: Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden, Leipzig 1990.
- Blanke, Bernhard (Hg. unter Mitarbeit von Susanne Benzler): Staat und Stadt. Systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen „dezentraler“ Politik (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 22/1991), Opladen 1991.
- Baum, Hans-Rainer/Lipinski, Fritz/Specht, Tankred: Der Neuaufbau der SPD im Raume Wurzen-Grimma-Oschatz. Hg. vom SPD-Ortsverein Wurzen, Leipzig 1993.
- Del Pino, Oetra/Meinel, Käte: Die Wende im Kreis Auerbach. Versuch einer Chronik der Jahre 1989/1990, Auerbach o. D.
- Dietrich, Christian/Jander, Martin: Die Ausweitung zum Massenprotest in Sachsen und Thüringen. In: Kuhrt (Hg.), Opposition in der DDR, S. 737-779.
- Eckart, Karl/Hacker, Jens/Mampel, Siegfried (Hg.): Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 56), Berlin 1998.
- Fiedler, Aline/Tiesler, Frank (Bearb.): 1989. Chronologie der Wende in Sachsen. Hg. von der Sächsischen Staatskanzlei, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Dresden 2000.
- Fischer, Alexander/Heydemann, Günther (Hg.): Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 1), Dresden 1995.
- Freistaat Sachsen 1991/92. Das Jahrbuch, Halle 1992.
- Gieseke, Jens: Die DDR-Staatssicherheit. Schild und Schwert der Partei, Bonn 2000.
- Grabner, Wolf-Jürgen/Heinze, Christiane/Pollack, Detlef (Hg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende. Mit einem Vorwort von Friedrich Magirus, Berlin 1990.
- Großenhain im Aufbruch. Die Ereignisse der Wende. Eine Dokumentation des Projektes Zeitgeschichte. Hg. von der Stadtverwaltung Großenhain, Großenhain 2001.
- Heydemann, Günther/Mai, Gunther/Müller, Werner (Hg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 73), Berlin 1999.
- Hollitzer, Tobias: „Heute entscheidet es sich: Entweder die oder wir“ – zum 9. Oktober 1989 in Leipzig. Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkung. Ein Beitrag zur Geschichte der Entwicklung 1989/90 in Leipzig. In: Horch & Guck 7 (1998), H. 23, S. 23-37.
- „Wir lebten jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlussfolgerungen (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen 6, Reihe B: Analysen und Berichte, hg. von der BStU 1/99), Berlin 1999.
- Holtmann, Everhard: Systemumbruch und Verwaltungseliten 1945 und 1989/90. Konstanz und Wandel in kommunalen Führungspositionen. In: Schlüter-Knauer (Hg.), Die Demokratie überdenken, S. 157-170.

- Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999.
- Kandler, Karl-Hermann: Die Rolle der Ev.-Luth. Kirche in Freiberg während der „Wende“ 1989/90, Freiberg 1996.
- Kasper, Martin: Die Lausitzer Sorben in der Wende 1989/1990. Ein Abriss mit Dokumenten und einer Chronik (Schriften des Sorbischen Instituts 28), Bautzen 2000.
- Krause, Henry: Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR (Berichte und Studien 19), Dresden 1999.
- Küttler, Thomas/Röder, Jean Curt (Hg.): Es war das Volk. Die Wende in Plauen. Eine Dokumentation, 5. Auflage Plauen 1993.
- Küttler, Thomas: Die Wende in Plauen. In: Fischer/Heydemann (Hg.), Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, S. 147–155.
- Kuhn, Ekkehard: Der Tag der Entscheidung. Leipzig, 9. Oktober 1989, Frankfurt a. M., 1992.
- Kuhr, Eberhard (Hg. in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Innern): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft (Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren 3), Opladen 1999.
- Kujath, Hans Joachim: Kontinuitäten und Brüche der Wirtschaftsentwicklung in ausgewählten Städten und Regionen Ostdeutschlands. In: APuZG B 5 vom 29. Januar 1999, S. 15–25.
- Kupke, Martin: Die Wende in Oschatz. Eine Dokumentation. Was in einer sächsischen Kleinstadt geschah, Oschatz 2000.
- Lausitzbotin. Das Jahr 1989 in der sächsischen Provinz im Spiegel einer Zittauer Oppositionszeitschrift. Mit einer Studie von Arnaud Liszka, Bautzen 1999.
- Liebold, Cornelia: Zwischen zentralistischer Abhängigkeit und demokratischem Neubeginn. Leipziger Kommunalpolitik in der Wende 1989/90. In: Fischer/Heydemann (Hg.), Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, S. 71–116.
- Maretzke, Steffen/Irmen, Eleonore: Die ostdeutschen Regionen im Wandel. Regionale Aspekte des Transformationsprozesses. In: APuZG B 5 vom 29. Januar 1999, S. 3–14.
- Meuschel, Siegrid/Richter, Michael/Zwahr, Hartmut: Friedliche Revolution in Sachsen. Das Ende der DDR und die Wiedergründung des Freistaates (Berichte und Studien 22), Dresden 1999.
- Meusel, Georg: Wunde Punkte – Wendepunkte. Die Ereignisse der friedlichen Revolution 1989/90 im Raum Crimmitschau/Werdau. Hg. vom Martin-Luther-King-Zentrum Werdau, Weißbach/Werdau 1999.
- Neubert, Erhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989 (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Berlin 1997.
- Ostwald, Werner (Hg.): Raumordnungsreport '90. Daten und Fakten zur Lage in den ostdeutschen Ländern, Berlin 1991 oder 1992.
- Püttner, Günter: Gemeinden und Kreise im deutschen Umbruchprozess. In: Eckart/Hacker/Mampel (Hg.), Wiedervereinigung, S. 507–520.
- Reum, Monika/Geißler, Steffen: Auferstanden aus Ruinen – und wie weiter? Chronik der Wende in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz 1989/90, Chemnitz 1991.

- Richter, Frank: Worte wachsen langsam. Persönliches aus dem Herbst '89. Gedichte und Kurzprosa. Kirchweih, Dresden 1997.
- Richter, Michael: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“ (Berichte und Studien 2), Dresden 1995.
- Räte, „Volksvertretungen“, Runde Tische. Die Entwicklung der staatlichen Struktur im Bezirk Dresden bis zur Wahl des sächsischen Landtages im Oktober 1990. In: Fischer/Heydemann (Hg.), Die politische „Wende“ in Sachsen, S. 157–188.
 - Die Staatssicherheit im letzten Jahre der DDR (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 4), Weimar/Köln/Wien 1996.
 - Friedliche Revolution und Transformation. In: Deutschland Archiv, 34 (2001), Heft 6.
 - Aufbruch an der Basis. Zur Situation in der Ost-CDU vom Beginn der Gorbatschowschen Reformpolitik bis zum Sonderparteitag im Dezember 1989: Eine Dokumentation. In: Historisch Politische Mitteilungen, 8 (2001), S. 189–240.
 - Entscheidung für Sachsen. Grenzkreise und -kommunen bei der Bildung des Freistaates Sachsen 1989–1994 (Berichte und Studien 38), Dresden 2002.
 - /Sobeslavsky, Erich: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 12). Köln/Weimar/Wien 1999.
 - /Sobeslavsky, Erich: Entscheidungstage in Sachsen. Berichte von Staatssicherheit und Volkspolizei über die friedliche Revolution im Bezirk Dresden. Eine Dokumentation. Hg.: Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Dresden 1999.
- Röder, Curt (Hg.): Zivilcourage. Die friedliche Revolution in Plauen anhand von Stasi-Akten sowie Rückblicke auf die Ereignisse im Herbst 1989, Plauen 1998.
- Rühl, Christof (Hg.): Institutionelle Reorganisation in den neuen Ländern. Selbstverwaltung zwischen Markt und Zentralstaat (Probleme der Einheit 5), Marburg 1992.
- Sahner, Heinz: Zur Entwicklung ostdeutscher Städte nach der Wende: nicht nur „dem Tod von der Schippe gesprungen“. In: APuZG B 5 vom 29. Januar 1999, S. 26–37.
- Scherf, Karola: Der Runde Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt. Zur Arbeit eines politischen Gremiums zwischen Diktatur und Rechtsstaat. Diplomarbeit, Fachbereich Archiv, Bibliothek, Dokumentation an der Fachhochschule Potsdam (maschinenschriftlich), Oelsnitz 1997.
- Schlegelmilch, Cordia: Die politische Wende in der DDR am Beispiel der sächsischen Stadt Wurzen. In: Fischer/Heydemann (Hg.), Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, S. 117–146.
- Schlüter-Knauer, Carsten (Hg.): Die Demokratie überdenken. Festschrift für Wilfried Röhrich, Berlin 1996.
- Schneider, Matthias: „Und plötzlich ging alles so schnell“. Wende und Wandel in Görlitz, Wiesbaden 1991.
- Schwabe, Uwe: Der Herbst '89 in Zahlen – Demonstrationen und Kundgebungen vom August 1989 bis zum April 1990. In: Kuhrt (Hg.), Opposition in der DDR, S. 719–735.

- Statistisches Jahrbuch 1990 Sachsen, Hg. vom Statistischen Landesamt Sachsen, Dresden 1990.
- Urich, Karin: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 18), Köln/Weimar/Wien 2001.
- Wagner, Herbert: 20 gegen die SED. Der Dresdner Weg in die Freiheit, Stuttgart/Leipzig 2000.
- Winter, Friedrich (Hg.): Die Moderatoren der Runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989/90, Leipzig 1999.
- Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993.
- Die Revolution in der DDR 1989/90 - eine Zwischenbilanz. In: Fischer/Heydemann (Hg.), Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, S. 205-252 (S. 250f.!).
 - Die demokratische Revolution in Sachsen. In: Meuschel/Richter/Zwahr (Hg.), Friedliche Revolution in Sachsen, S. 23-43.

6.5 Personenverzeichnis mit Funktionsangaben 1989/90¹

Seitenangaben mit Stern beziehen sich auf eine Fußnote.

- Ahner, Herbert, Dr. (Erster Landrat in Oschatz nach Kommunalwahl Mai 1990, LDPD/BFD) 152, 153
- Axen, Hermann (Mitglied des Politbüros des ZK der SED) 67
- Bajewsky, Manfred (Chefredakteur der LVZ in Oschatz, Mitglied der SED-Kreisleitung) 71, 74, 75, 83, 110, 112, 135
- Barthen, Udo (Vorsitzender der Kreiswahlkommission) 146, 147
- Bauer, Helmuth, Dr. (Vorsitzender der Kreisplankommission und Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung) 81
- Baumann, Danuta (LDPD, stellv. Vorsitzende der Vorschlagskommission des Kreistages) 98
- Beck, Christian 74
- Becker, Karl-Heinz (Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises Oschatz für Inneres, ab 9.11.1989 1. Sekretär der SED-KL Oschatz) 59, 68, 71–73, 80, 86, 89, 100, 101, 112, 120, 149, 152
- Berghofer, Wolfgang (Oberbürgermeister von Dresden, SED) 47
- Biedermann, Bernd (Mitglied der Vorschlagskommission des Kreistages, NDPD) 99
- Böhnisch, Albrecht (Gruppe Öffentlichkeitsarbeit in Oschatz) 131
- Bohley, Bärbel (Mitbegründerin des Neuen Forums in Berlin) 37
- Brakmann, Wolfgang (ab 9.11.1989 ehrenamtliches Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung für Industrie) 81
- Brieger, Jutta (Rechtsanwältin, Mitglied der Vorschlagskommission des Kreistages, parteilos) 99, 146
- Brink, Bernd (Bürgermeister von Mügeln, SED) 110, 116
- Bürger, Ullrich, Dr. (Mitglied des evangelischen Kirchenvorstandes, NDPD) 110
- Büttner, Torsten (Fraktionsvorsitzender der DSU im Oschatzer Kreistag) 152
- Burkhardt, Siegfried (Vorsitzender der LPG Laas, Mitglied der SED-Bezirksleitung Leipzig, MdVK) 31, 114, 115, 154
- Buschmann, Karl-Heinz (1. Sekretär der SED-Kreisleitung Oschatz bis 9.11.1989) 27, 28, 31, 32, 39, 43, 52, 58, 64, 72, 73, 76, 77, 80, 98
- Campioni (MfS Leipzig) 138
- Claus, Wilfried (Mitglied des Rates des Kreises für ÖVW, 1990 Vorsitzender des Kreisverbandes der NDPD) 71
- Dassler, Peter (Oberstleutnant im NVA-Objekt Dresdner Straße in Oschatz, SED) 132
- Dieckmann, Reinhart, Dr. (Zahnarzt in Dahlen) 129

1 Soweit nicht anders vermerkt beziehen sich die genannten Funktionen auf Oschatz. Die Angaben sind unvollständig, sollen aber soweit vorhanden einen Überblick über wichtige Funktionsträger und andere Personen des Kreises Oschatz geben. Die Schreibweise der Namen variiert in den ausgewerteten Unterlagen teils erheblich, so dass die Übernahme unkorrekter Schreibweisen nicht ausgeschlossen werden kann.

- Dinter, Harald (1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises, SED) 31, 59, 68, 148
- Dittrich (Oberleutnant der VP, SED) 22
- Döring, H. (Bürgermeister der Gemeinde Börln) 133
- Donaubauer, Bernd, Dr. (Chefarzt in Wermsdorf, Vorsitzender des Kreisverbandes der SPD) 134, 137, 148
- Dorow, René (Initiativgruppe zur Bildung eines Kreisverbandes der SPD) 119, 133, 153
- Eckert, Dieter (Projektant und Bausachverständiger) 135, 136
- Ellinger, Matthias (Evangelischer Pfarrer in Mahlis) 20, 35
- Enders, Klaus-Jürgen (Rat der Stadt Oschatz, SED) 42*
- Eulitz, Manfred (Bezirkskatechet im Kirchenbezirk Oschatz seit August 1989) 126
- Färber, Hans (2. Sekretär und Mitglied der SED-Kreisleitung) 80, 98
- Finke, Rolf (Vorsitzender des FDGB-Kreisverbandes, Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung) 81, 86, 89
- Fischer, Karin (Sekretär der Vorschlagskommission des Kreistages, SED) 98
- Fischer, Thomas (Richter am Kreisgericht, SED) 119
- Flach, Reinhard (Mitglied der Vorschlagskommission des Kreistages, parteilos) 99
- Fleck, Frank (Sekretär der SED-Kreisleitung für Agitation und Propaganda) 58, 64, 80, 98
- Freund, Friedmar (Vorsitzender des Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit) 97, 131, 135, 138, 147, 152, 153
- Friedrich, Otto 111
- Gasch (Agitatorin der SED) 30
- Gebhardt, Johannes (Evangelischer Pfarrer in Lupp) 17*
- Geißler, Wolfgang, Dr. (Stellvertretender Kreisvorsitzender der LDPD) 52
- Genscher, Hans-Dietrich (Außenminister der Bundesrepublik Deutschland) 41
- Gerlach, Manfred (Vorsitzender der LDPD der DDR) 37, 38, 49, 87
- Gey, Martin (Einwohner von Merkwitz) 73
- Gleß, Hans-Joachim (Mitglied der Vorschlagskommission des Kreistages, DTSB, SED) 99, 149
- Götting, Gerald (Vorsitzender der CDU der DDR), 65, 66, 94
- Goldammer, Sofie (Sekretär des Rates der Gemeinde Wermsdorf) 79
- Gorbatschow, Michail S. (Sowjetischer Partei- und Staatschef) 46
- Gramsch, Elke 135
- Grundmann, Dagmar (Kindergärtnerin aus Oschatz, parteilos) 127
- Günster, Anni (Mitglied der katholischen Gemeinde) 127, 133
- Hackenberg, Helmut (2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig) 80*
- Hänsch, Gerhard (Hauptmann VPKA, SED) 53
- Hager, Kurt (Mitglied des Politbüros des ZK der SED) 67
- Haschke, Erhard (Lehrer in Oschatz) 126
- Heidemann, Klaus-Peter, MR Dr. (Mitglied der Vorschlagskommission des Kreistages, CDU) 99
- Heinrich, Dirk (Bürgerkomitee für die Auflösung der Staatssicherheit) 73, 74, 93, 97, 101, 106

- Heinrich, Torsten (Evangelischer Pfarrer in Lampertswalde) 96
- Hemmann, Gerhard (Evangelischer Pfarrer in Schmannewitz) 35, 152
- Hempel, Johannes (von 1972 bis 1994 Bischof des Sächsischen Landeskirche) 52
- Hendrich, Gisela (Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung) 100
- Henrich, Rolf (Mitbegründer des Neuen Forums in Berlin) 37
- Hennig, Klaus (NDPD Oschatz) 112
- Herrmann, Joachim (Mitglied des Politbüros des ZK der SED) 54
- Hesse, Rudolf (Evangelischer Pfarrer in Wellerswalde) 35
- Hetmank, Günther (Bürgermeister von Oschatz, Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung) 58, 66, 68, 71, 72, 105, 146, 147, 154
- Heym, Stefan (Schriftsteller) 94
- Hiemann, Olaf (Neues Forum) 73, 90, 101, 110
- Hitler, Adolf 41
- Hönecke, Harald (Mitarbeiter des MfS) 74
- Hoffmann, Günter, OMR Dr. (Ärztlicher Direktor des Klinikums Hubertusburg, Vorsitzender der Ständigen Kommission Gesundheitswesen im Kreistag mit FDGB-Mandat, SED) 122
- Hofmann, Artin (Vorsitzender der Kreispartei kontrollkommission, Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung) 81
- Hofmann, Ulrich, Dr. (Kreisvorsitzender der CDU) 42, 43, 86, 145, 154
- Homann, Heinrich, Prof. Dr. (Vorsitzender der NDPD der DDR) 66
- Honecker, Erich (Generalsekretär der SED und Vorsitzender der Staatsrates der DDR) 42, 46, 47, 49, 52, 53, 85, 93, 94
- Honecker, Margot (Volksbildungsministerin der DDR, SED) 66, 118
- Hurt, Franz (Sekretär der SED-Kreisleitung für Landwirtschaft) 80, 98
- Jäger, Ulrich (ab 9.11.1989 2. Sekretär der SED-Kreisleitung) 80
- Jenichen, Johannes (Evangelischer Pfarrer in Borna bei Oschatz) 17
- Jentzsch, Elke (Mitglied der Kreisleitung der SED, am 24.10.1989 ausgeschlossen) 55
- Kamilli, Karl-August (SDP-Mitbegründer Leipzig) 142
- Kant, Hermann (Vorsitzender des Schriftstellerverbandes, SED) 49
- Kattner, Diethelm (LDPD) 93, 119
- Keller, Dietmar, Dr. (Spitzenkandidat der SED/PDS bei der Volkammerwahl im Bezirk Leipzig) 145
- Keller, Heinz [Horst] (Sekretär des Rates des Kreises, 1989 Leiter des Kreiswahlbüros) 71, 73, 107
- Keller, Monika (Vorsitzende des Kreisverbandes des DFD, Mitglied der SED-Kreisleitung) 78*
- Kessler (Hauptmann VPKA, SED) 48
- Kiebs, Benno, Prof. Dr. (Vorsitzender des Kreisverbandes der Freidenker) 45
- Kittel, Werner (Kreisvorsitzender LDPD, Mitglied des Rates des Kreises für Wohnungspolitik) 71, 72
- Kleiber, Günther (Kandidat des Politbüros des ZK der SED) 85
- Klemig, Bernd, Dr. (Zahnarzt, NDPD) 112, 113
- Klemm, Andreas (Evangelischer Pfarrer in Cavertitz) 68

- Klemm, Mathias (Grafiker in Leipzig) 17
- Knaust, B. (Kreisvorsitzende Gewerkschaft Unterricht und Erziehung des FDGB, SED) 128
- Kölbel, Matthias (Bezirkskatechet in Oschatz bis 1988) 54, 71, 125, 127
- Köhncke, Dieter 122, 142
- König, Erich (Vorsitzender des Stadtausschusses der Nationalen Front Mügeln) 94*
- König, Sigrid (Lehrerin an der Kommunalen Berufsschule „Wilhelm Pieck“) 46
- Körnig, Christina 111
- Kohl, Helmut, Dr. (Bundeskanzler, CDU-Vorsitzender) 95
- Kopenhagen (Oberleutnant VPKA, SED) 48
- Korbel, Ulrich (Evangelischer Pfarrer in der Gemeinde Ablass) 105
- Krenz, Egon (Generalsekretär der SED und Vorsitzender der Staatsrates der DDR) 46, 52, 53, 56, 61, 65, 66, 86, 87, 92, 94, 100
- Kröbe, Bernd (ab 9.11.1989 Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung) 100
- Küttner, Heinz (Vorsitzender des Rates des Kreises, Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung) 25, 34, 58, 68, 71-74, 81, 86-88, 95, 140
- Kunath, Hans-Joachim (NDPD Oschatz) 72, 124
- Kupfer, Frank (Sekretär des Kreisverbandes der CDU) 89, 96, 98, 141, 154
- Kupke, Martin, Dr. (von 1986 bis 1999 Superintendent in Oschatz) 7, 18-20, 32-35, 54, 59, 60, 65, 68, 71-75, 78, 79, 83, 84, 88, 92, 96, 99, 102, 110-116, 118, 119, 121, 124, 125, 130-133, 136*, 137, 140, 141, 143, 144, 146, 147, 149, 152, 157
- Laasch, Fritz (Leiter ISZ, ab 9.11.1989 Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung für Landwirtschaft) 81, 100
- Lange (Bürgermeisterin von Wermsdorf, SED) 86
- Lehmann (Bürgermeister von Malkwitz, SED) 30
- Lehmann, Bernd (Staatsanwalt) 138
- Leib, Bruno (Teilnehmer Friedensgebet 27.11.1989) 96
- Leich, Werner (Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Thüringischer Landesbischof) 37
- Lenhardt (SED-Agitorin) 30
- Leonhardi, Michael (Evangelischer Pfarrer in Lupp) 18, 23, 35
- Liebegall, Gabi (Lokalredakteurin der „Leipziger Volkszeitung“) 77, 107, 138, 146
- Liebig (Elternvertreter beim Bürgerforum) 125
- Löschke, Gerd (Einwohner von Mügeln) 73, 75
- Lohse, Erdmute (parteilos) 74, 126
- Loth (Major der VP, SED) 53
- Lotter (Hauptmann der VP, SED) 30
- Magirius, Friedrich (Superintendent von Leipzig) 36
- Maleuda, Günter (Vorsitzender der DBD der DDR, Präsident der Volkskammer) 84
- Maizière, Lothar de (Ministerpräsident der DDR, CDU)
- Markert, Andreas (von 1985 bis 1992 evangelischer Pfarrer in Wermsdorf) 35, 71
- Mehnert, Jürgen (Zahnarzt, 1990 Vorsitzender des Kreisverbandes der LDPD) 88, 152
- Mende, Lothar (Evangelischer Pfarrer in Dahlen) 68

- Mende, Reinhard (ab 9.11.1989 Sekretär der SED-Kreisleitung für Landwirtschaft) 80, 100
- Mescheder, Olaf (Mitglied des Rates des Kreises, CDU) 112
- Mielke, Erich (Minister für Staatssicherheit, SED) 67
- Miene, Käte (Einwohnerin von Lampertswalde) 92
- Mischnik, Wolfgang (Vorsitzender der Bundestagsfraktion der FDP) 149
- Mittag, Günter (Mitglied des Politbüros des ZK der SED) 53, 85, 94
- Modrow, Hans (1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Ministerpräsident der DDR) 47, 82, 84, 92, 95, 105, 114, 116, 117, 120, 130, 133, 137, 139, 157, 159
- Möbius, Armin (Vorsitzender der LPG Niedergoseln, Mitglied der SED-Kreisleitung)
- Müller, Erwin, Dr. (Vorsitzender des Kreisverbandes der DBD) 43, 88
- Müller, Helmut (Leiter der Kreisdienststelle des MfS, SED) 109, 110, 112, 113
- Müller, Manfred (Bürgermeister von Dahlen, SED) 135
- Müller, Marion (Lehrerin, SPD) 126
- Müller, Melanie (Schülervertreterin) 125
- Müller, Peter (Katholischer Pfarrer in Oschatz) 35, 68, 126-128
- Müller, Renate (Protokollantin der Bürgerforen und Montagsrunden) 131
- Münkner, Uwe (seit November 1989 Sprecher der Basisgruppe Oschatz des Neues Forums, am 14.2.1990 in den Kreistag kooptiert) 96, 141
- Neubert, Erhard (Theologe, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs in der DDR) 43
- Neubert, Gabi (Lehrerin, Mitglied der Vorschlagskommission des Kreistages, Neues Forum) 99, 126, 129, 153
- Niebilsky, Walter (Direktor der EOS Oschatz, SED) 125
- Noatzsch, Dieter (Hauptmann im Volkspolizeikreisamt, SED) 100
- Nuschke, Otto 65
- Otten (SED-Parteisekretär des VEB EKO Oschatz) 48*
- Payer, Friedrich (Fraktionsvorsitzender der SPD im Oschatzer Kreistag) 152
- Petzold, Barbara 135
- Petzold, Konrad (Vorsitzender der Stadtwahlkommission zur Kommunalwahl in Oschatz 1990) 149
- Plath, Werner (LDPD) 96
- Pöge, Petra (Vorsitzende der Jugendkommission des FDGB-Kreisvorstandes Oschatz, SED) 38
- Poletnia, Armin, Dr. (Arzt im Kreiskrankenhaus) 136
- Przikopp, Ursula (1. Sekretär des Kreisverbandes der Freidenker) 45
- Proschmann (MfS Berlin) 138
- Quisdorf, Jürgen, Dr. (Musiklehrer, Vorsitzender der Ständigen Kommission Kultur des Kreistages, Kulturbund) 89
- Reich, Jens, Prof. Dr. (Mitbegründer des Neuen Forums in Berlin) 37
- Reichelt, Wolfgang (am 14.2.1990 für die SPD in den Kreistag kooptiert) 141
- Reisenbüchler, Josef (SED-Sekretär des Rates der Stadt Oschatz) 42, 149

- Richter, Frank (Kaplan in Dresden, Gruppe der 20) 55*
- Richter, Karin (Geschichtslehrerin POS „Otto Eichler“ in Oschatz, SED)
- Röhr, Felicitas (DFD) 149
- Rudolph (SED, VP-Hauptmann) 53
- Rudolph, Johannes, sr. (Kantor in Laas, Präsident des Kreistages nach der Kommunalwahl Mai 1990, CDU)/Rudolph, Johannes, jr. 96, 107, 152, 154
- Sachse, Christian (Neues Forum Mahlis) 72
- Sahlbach, Wolfgang (Mitglied der Vorschlagskommission des Kreistages, CDU) 99
- Schabowski, Günter (Mitglied des Politbüros des ZK der SED) 56
- Schalk-Golodkowski, Alexander (Staatssekretär, zuständig für Devisenbeschaffung) 102
- Schilling, Gunter (VP-Mitarbeiter Oschatz) 107
- Schmidt, Günter (Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung) 30, 135
- Schmidt, Günther, OMR Dr. (Ärztlicher Direktor des Kreiskrankenhauses) 122, 136
- Schmidt, Harry (Oberstleutnant der VP, Leiter des Volkspolizeikreisamtes Oschatz, SED) 21, 26, 27, 30, 31, 33, 36, 40, 53, 56, 57, 62, 77, 78, 82, 91, 92, 100, 106-109, 120, 135, 138, 143, 154
- Schmidt, Ilse (Zweigstellenleiterin der Inneren Mission in Oschatz) 123
- Schmidt, Sigrid (Kreisschulrätin, Mitglied des Rates des Kreises, SED) 40, 71, 74, 88, 90, 125, 154
- Schmücker, Jörg (NVA-Berufssoldat, SED) 96
- Schneider, Jürgen (Evangelischer Pfarrer in Börln) 35, 109
- Schneider, Werner (Hauptmann VPKA, SED) 100, 143
- Schöne, Karl (Kreisvorsitzender der NDPD) 43, 86, 88
- Schönfeld, Margot (ab 9.11.1989 Sekretärin für Wirtschaft der SED-Kreisleitung) 80, 101
- Schönherr, Siegfried (Vorsitzender der NDPD in Mügeln) 110, 116, 124
- Schöpp, Robert (1. Sekretär des Kreisverbandes der DBD, zweiter Landrat nach der Kommunalwahl 1990) 112, 113, 153, 154
- Schollmeyer, Manfred, MR Dr. (Chefarzt der Abteilungen Gynäkologie und Geburtshilfe am Kreiskrankenhaus) 119, 122
- Scholz, Wolfgang (Rat der Stadt Oschatz, SED) 42*
- Schorlemmer, Friedrich (Evangelischer Pfarrer in Wittenberg, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs der DDR) 94
- Schreiber (amtierende Bürgermeister der Rat der Gemeinde Wermsdorf) 79*
- Schüttig, Brunhild (Vorsitzende des Oschatzer Behindertenverbandes) 132
- Schumann (MfS Leipzig) 109
- Schumann, Hans-Christoph (von 1973 bis 1985 Superintendent in Oschatz) 17
- Schumann, Horst (1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig) 31*, 32*
- Schupke, Roland (SED-Sekretär des Landbaukombinates Oschatz) 58
- Schwarz (Hauptmann der VP, SED) 53, 100
- Schwarz, Regine (Leiterin des Pflegeheims in Börln) 136
- Sebald, Achim (Volkssolidarität Oschatz) 135

- Seiters, Rudolf, Dr. (Chef des Bundeskanzleramtes) 92
- Seupel, Annelie, Dr. (Mitglied des Kreistages, CDU) 88, 99
- Sindermann, Horst (Mitglied des Politbüros des ZK der SED) 85
- Singelmann, Ute (1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung, Mitglied des Sekretariats der SED-Kreisleitung) 81
- Späth, Lothar (Ministerpräsident von Baden-Württemberg) 145
- Stein, Lutz (Rat der Stadt Oschatz, SED) 42*
- Stoph, Willy (Vorsitzender des Ministerrates der DDR, SED) 67
- Streubel, Peter (Direktor der Pestalozzi-Oberschule in Oschatz, SED) 125
- Strieter, Claudia 97
- Teubert, Teinmar (Leiter der Funkstelle Collm) 137
- Thiel, Rudolf 72
- Thielemann, Rolf (Jugendwart des Kirchenbezirkes Oschatz) 122
- Thomas, Rudolf (Einwohner von Laas) 96
- Tisch, Harry (Vorsitzender des FDGB der DDR, SED) 66
- Tischendorf, Wolfgang (Evangelischer Pfarrer in Sorntzig) 18, 35, 58, 59, 68, 74, 98, 113
- Ullrich, Dieter (Stellvertretender Leiter der Kreisdienststelle des MfS, amtierender Leiter des Kreisamtes für Nationale Sicherheit, SED) 101-107, 112, 113, 154
- Ullrich, Wolfgang (Evangelischer Pfarrer in Terpitz) 35
- Voigt, Manfred (Initiativgruppe zur Bildung eines Kreisverbandes der SPD) 119
- Voigtländer, Bernd (Privater Bauhandwerker, Oschatzer Ökologie-Kreis) 93, 127, 131
- Voigtländer, Griseldis (Oschatzer Ökologie-Kreis) 131
- Wesser, Horst (Stellvertretender Bürgermeister in Oschatz) 118
- Winkler, Jörg (Kreisstaatsanwalt, SED) 101, 107, 120, 138
- Winkler, Matthias 75
- Winkler, Michael (Vorsitzender der CDU-Ortsgruppe Mügeln) 93
- Winkler, Volkmar (Bürgermeister der Gemeinde Ablass) 105
- Wittenberg, Helmut (Rat der Stadt Oschatz, SED) 42*
- Wittig (Einwohnerin aus Lamperswalde) 74
- Wötzel, Roland, Dr. (1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig) 94
- Wogawa, Stefanie (Krankenschwester am Kreiskrankenhaus) 73
- Wolf (MfS Berlin) 138
- Wolf, Christa (Schriftstellerin, SED) 94
- Wunder, Horst, MR Dr. (Mitglied des Rates des Kreises, Kreisarzt, SED) 58, 71, 122, 123, 135, 136
- Zahrend, Rolf, MR Dr. 46
- Zahsowk, Helmut 111
- Zehme, Berthold (Evangelischer Pfarrer in Oschatz) 23, 54, 68, 101, 102, 107, 108, 112, 135, 138, 152
- Zehme Ullrike (Pfarrfrau in Oschatz, Grüne Partei) 74
- Zieger, Friedhelm (Initiativgruppe zur Bildung eines Kreisverbandes der SPD) 119

Die Autoren

Martin Kupke, Dr. theol., geb. 1937, von 1986 bis 1994 Superintendent des Kreises Oschatz und 1989/90 Moderator der dortigen Montagsrunden und Bürgerforen. Für seine Aktivitäten während der friedlichen Revolution erhielt er 1994 von Bundespräsident Roman Herzog das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Veröffentlichungen: Die Wende in Oschatz. Eine Dokumentation. Was in einer sächsischen Kleinstadt geschah, Oschatz 2000.

Michael Richter, Dr. phil., geb. 1952, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden.

Veröffentlichungen u. a.: Die Ost-CDU. Zwischen Gleichschaltung und Widerstand 1948 bis 1952 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19), Düsseldorf 1990; Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“ (Berichte und Studien 2), Dresden 1995; Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 2), Köln/Weimar 1995 (gemeinsam hg. mit Martin Rissmann); Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 4), Köln/Weimar 1996; Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 12), Köln/Weimar 1999 (gemeinsam mit Erich Sobeslavsky); Friedliche Revolution in Sachsen. Das Ende der DDR und die Wiedergründung des Freistaates (Berichte und Studien 22), Dresden 1999 (gemeinsam mit Sigrid Meuschel und Hartmut Zwahr); Entscheidungstage in Sachsen. Berichte von Staatssicherheit und Volkspolizei über die friedliche Revolution im Bezirk Dresden. Eine Dokumentation, Dresden 1999 (gemeinsam mit Erich Sobeslavsky); „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konflikts mit Innenminister Kurt Fischer 1947, Leipzig 1999 (gemeinsam mit Mike Schmeitzner). Entscheidung für Sachsen. Grenzkreise und -kommunen bei der Bildung des Freistaates Sachsen 1989–1994. Bürgerwille und repräsentative Demokratie (Berichte und Studien 38), Dresden 2002.

Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e. V. an der
Technischen Universität Dresden



Schriften des Hannah-Arendt-Instituts

Nr. 1: Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz. Hg. von Alexander Fischer (†) und Günther Heydemann, 1995

Nr. 2: Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Hg. von Michael Richter und Martin Reißmann, 1995

Nr. 3: Stefan Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, 1996

Nr. 4: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, 1996

Nr. 5: Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Hg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin und Günther Wagenlehner, 1998

Nr. 6: Lothar Fritze: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, 1998

Nr. 7: Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Hg. von Achim Siegel, 1998

Nr. 8: Bernd Schäfer: Staat und katholische Kirche in der DDR, 1998

Nr. 9: Widerstand und Opposition in der DDR. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel, 1999

Nr. 10: Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, 2000

Nr. 11: Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke, 1999

Nr. 12: Michael Richter, Erich Sobeslavsky: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, 1999

Nr. 13: Johannes Raschka: Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, 2000

Nr. 15: Ralf Ahrens: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, 2000

Nr. 16: Frank Hirschinger: „Zur Ausmerzungen freigegeben“. Halle und die Landesheilanstalt Altscherbitz 1933–1945, 2001

Nr. 17: Sowjetische Militärtribunale. Bd. 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953. Hg. von Andreas Hilger, Ute Schmidt und Günther Wagenlehner, 2001

Nr. 18: Karin Urich: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90, 2001

Nr. 19: Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland. Hg. von Johannes Abele, Gerhard Barkleit und Thomas Hänseroth, 2001

Nr. 20: „Ein Gespenst geht um in Europa.“ Das Erbe kommunistischer Ideologien. Hg. von Uwe Backes und Stéphane Courtois, 2002

Nr. 21: Mike Schmeitzner, Stefan Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, 2002
Böhlau Verlag Köln Weimar

Berichte und Studien

Nr. 1: Gerhard Barkleit, Heinz Hartlepp: Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952–1961, 1995 (vergriffen)

Nr. 2: Michael Richter: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“, 1995

Nr. 3: Jörg Osterloh: Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie, 1995

- Nr. 4:* Klaus-Dieter Müller, Jörg Osterloh: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, 1995 (vergriffen)
- Nr. 5:* Gerhard Barkleit: Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR, 1996
- Nr. 6:* Christoph Boyer: „Die Kader entscheiden alles ...“ Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952), 1996
- Nr. 7:* Horst Haun: Der Geschichtsbeschuß der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, 1996
- Nr. 8:* Erich Sobeslavsky, Nikolaus Joachim Lehmann: Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR 1946–1968, 1996 (vergriffen)
- Nr. 9:* Manfred Zeidler: Stalinjustiz kontra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme, 1996 (vergriffen)
- Nr. 10:* Eckhard Hampe: Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR 1955–1962. Die Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie, 1996
- Nr. 11:* Johannes Raschka: „Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik.“ Zur Zahl der politischen Häftlinge während der Amtszeit Honeckers, 1997 (vergriffen)
- Nr. 12:* Die Verführungskraft des Totalitären. Saul Friedländer, Hans Maier, Jens Reich und Andrzej Szczypiorski auf dem Hannah-Arendt-Forum 1997 in Dresden. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1997
- Nr. 13:* Michael C. Schneider: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR, 1998
- Nr. 14:* Johannes Raschka: Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers, 1998
- Nr. 15:* Gerhard Barkleit, Anette Dunsch: Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie, 1998
- Nr. 16:* Manfred Zeidler: Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933–1940, 1998
- Nr. 17:* Über den Totalitarismus. Texte Hannah Arendts aus den Jahren 1951 und 1953. Aus dem Englischen übertragen von Ursula Ludz. Kommentar von Ingeborg Nordmann, 1998
- Nr. 18:* Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1999
- Nr. 19:* Henry Krause: Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR, 1999
- Nr. 20:* Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Hg. von Christoph Boyer und Peter Skyba, 1999
- Nr. 21:* Horst Haun: Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), 1999
- Nr. 22:* Sigrid Meuschel, Michael Richter, Hartmut Zwahr: Friedliche Revolution in Sachsen. Das Ende der DDR und die Wiedergründung des Freistaates, 1999
- Nr. 23:* Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam 1941–1956: Dimensionen und Definitionen. Hg. von Manfred Zeidler und Ute Schmidt, 1999
- Nr. 24:* Gerald Hacke: Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, 2000
- Nr. 25:* Komponisten unter Stalin. Aleksandr Veprik (1899–1958) und die Neue jüdische Schule. Hg. von Friedrich Geiger, 2000
- Nr. 26:* Johannes Abele: Kernkraft in der DDR. Zwischen nationaler Industriepolitik und sozialistischer Zusammenarbeit 1963–1990, 2000

Nr. 27: Silke Schumann: „Die Frau aus dem Erwerbsleben wieder herausnehmen.“ NS-Propaganda und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen 1933–1939, 2000

Nr. 28: Andreas Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942–1945), 2000

Nr. 29: Gerhard Barkleit: Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme, 2000

Nr. 30: Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski, Bernd Schäfer: Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989, 2000

Nr. 31: Harald Wixforth: Auftakt zur Ostexpansion. Die Dresdner Bank und die Umgestaltung des Bankwesens im Sudetenland 1938/39, 2001

Nr. 32: Auschwitz. Sechs Essays zu Geschehen und Vergegenwärtigung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 2001

Nr. 33: Mike Schmeitzner: Schulen der Diktatur. Die Kaderausbildung der KPD/SED in Sachsen 1945–1952, 2001

Nr. 34: Jaroslav Kučera: „Der Hai wird nie wieder so stark sein.“ Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945–1948, 2001

Nr. 35: Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Hg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Ute Schmidt, 2001

Nr. 36: Gerhard Sälter: Interne Repression. Die Verfolgung übergelaufener MfS-Offiziere durch das MfS und die DDR-Justiz (1954–1966), 2002

Nr. 37: Stephan Posta: Tschechische „Fremdarbeiter“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, 2002

Nr. 38: Michael Richter: Entscheidung für Sachsen. Grenzkreise und -kommunen bei der Bildung des Freistaates 1989–1994. Bürgerwille und repräsentative Demokratie, 2002

Nr. 39: Martin Kupke, Michael Richter: Der Kreis Oschatz in der friedlichen Revolution 1989/90, 2002

Einzelveröffentlichungen

Nr. 1: Lothar Fritze: Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende, Köln 1997 (Böhlau)

Nr. 2: Jörg Osterloh: Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstocklager 304 (IV H) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941–1945, Leipzig 1997 (Kiepenheuer)

Nr. 3: Manfred Zeidler: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996 (Oldenbourg)

Nr. 4: Michael Richter, Mike Schmeitzner: „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konflikts mit Innenminister Kurt Fischer 1947, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

Nr. 5: Johannes Bähr: Der Goldhandel der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg. Unter Mitarbeit von Michael C. Schneider. Ein Bericht des Hannah-Arendt-Instituts, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

Nr. 6: Felicja Karay: Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten. Das Frauenlager der Rüstungsfabrik HASAG im Dritten Reich, Köln 2001 (Böhlau)

Nr. 7: Hannah Arendt Denktagebuch. Hg. von Ursula Ludz und Ingeborg Nordmann. 2 Bände, München 2002 (Piper)

Bestelladresse für „Berichte und Studien“:

Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V.
an der Technischen Universität Dresden
01062 Dresden

Telefon: 0351 / 463 32802

Telefax: 0351 / 463 36079

E-Mail: hait@mail.zih.tu-dresden.de

Homepage: www.hait.tu-dresden.de

